

Landtag von Baden-Württemberg

102. Sitzung 14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 27. Oktober 2010 • Haus des Landtags

Beginn: 10:01 Uhr Mittagspause: 13:48 bis 14:46 Uhr Schluss: 19:38 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	b) Wahl der Mitglieder und der stellvertreten- den Mitglieder, der/des Vorsitzenden und
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Ulrich Lusche	der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses
Begrüßung des französischen Generalkonsuls in Stuttgart, Herrn Michel Charbonnier	Abg. Claus Schmiedel SPD
Württemberg: Baden-Württemberg – Motor für Deutschland, Deutschland – Motor für die Welt – beantragt von der Fraktion der CDU 7185	Beschluss
Abg. Veronika Netzhammer CDU	4.1 Hochschule 2010 – Ausbaumaßnahmen der dritten Tranche (2011)
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	Minister Dr. Peter Frankenberg . 7231, 7232, 7233, 7234 Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP
	4.2 Lärmaktionspläne
2. Aktuelle Debatte – Grundlagen für eine erfolgreiche Integrationspolitik – beantragt von der Fraktion GRÜNE	Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE
Abg. Christoph Palm CDU7222Abg. Dr. Nils Schmid SPD7224Abg. Hagen Kluck FDP/DVP7225Minister Dr. Ulrich Goll7226	5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes- regierung – Gesetz zur Reform des öffentlichen Dienstrechts (Dienstrechtsreformgesetz – DRG) – Drucksache 14/6694
3. a) Antrag der Fraktion der SPD – Einsetzung und Auftrag des Untersuchungsausschusses "Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 14/7054
30. September 2010 im Stuttgarter Schloss- garten" – Drucksache 14/7080	Abg. Manfred Groh CDU

	Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE Abg. Hagen Kluck FDP/DVP Minister Heribert Rech. Beschluss 7261,	.7257 7259	b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen – Drucksache 14/4970	
6.	Abg. Hagen Kluck FDP/DVP (zur Abstimmung) . Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag – Drucksache 14/6802	7263	 c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – Keine Abschaffung der unentgeltlichen Beförderung im öffentlichen Personennahverkehr für schwerbehinderte Menschen – 	
	Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/7084		Drucksache 14/5451 abgesetzt (7251, 9. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme	7277)
7.	a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnah-	/2/1	des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Kein Patent auf Tiere und Pflanzen – Drucksache 14/4544.	7277
	me des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Abschlussbericht der unabhängigen Expertenkommission zur Untersuchung der Dopingpraktiken am Universitätsklinikum Freiburg – Drucksache 14/4470		Abg. Renate Rastätter GRÜNE Abg. Karl Rombach CDU Abg. Alfred Winkler SPD Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP Minister Rudolf Köberle	7278 7278 7279
	b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Entwicklungsstand der Dopingbekämpfung in Baden-Württemberg		Beschluss	
	 Konsequenzen aus dem Bericht der Expertenkommission zur Untersuchung der Dopingpraktiken am sportmedizinischen Institut des Universitätsklinikums Freiburg im Breisgau – Drucksache 14/6331 (geänderte Fassung). 	7272	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP – Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses "Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten"	7282
	Abg. Walter Krögner SPD Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP Minister Dr. Peter Frankenberg	.7272 7274 7275	Anlage 2 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Wahl der/des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses "Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten"	
8.	 a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – Novellierung des Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes – Drucksache 4/4477 	7277	Anlage 3 Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses "Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten"	

Protokoll

über die 102. Sitzung vom 27. Oktober 2010

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 102. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg.

Krankgemeldet sind Frau Abg. Altpeter und Frau Abg. Rudolf

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Bormann und Frau Abg. Queitsch erteilt.

Aus dienstlichen Gründen haben sich Herr Minister Professor Dr. Reinhart, Frau Ministerin Dr. Stolz – ab 14:00 Uhr – und Herr Staatssekretär Dr. Scheffold – ab 14:30 Uhr – entschuldigt.

Dienstlich verhindert ist Frau Staatsrätin Professorin Dr. Ammicht Quinn.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ein herber Verlust!)

Meine Damen und Herren, heute hat unser Kollege Ulrich Lusche Geburtstag. Im Namen des Hauses gratuliere ich herzlich und wünsche alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Im E i n g a n g befindet sich der Antrag des Finanzministeriums vom 7. Oktober 2010 – Inanspruchnahme der haushaltsrechtlichen Ermächtigung aufgrund des Haushaltsvermerks bei Kapitel 1212 Titelgruppe 70 bzw. nach § 3 StHG 2010/11 Abs. 19 in der Fassung des Nachtrags 2010/11. Er ist Ihnen als Drucksache 14/7033 zugegangen.

Ich schlage vor, den Antrag des Finanzministeriums, Drucksache 14/7033, an den Finanzausschuss zu überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen

Wir treten in die Tagesordnung ein.

(Unruhe)

Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg: Baden-Württemberg – Motor für Deutschland, Deutschland – Motor für die Welt – beantragt von der Fraktion der CDU

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Netzhammer.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eine sehr gute Frau! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Und eine gute Wirtschaftslage! Das passt zusammen!)

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Euphorie in der deutschen Wirtschaft", "XXL-Aufschwung" – so lauteten die Schlagzeilen der letzten Tage. In der Tat stehen in der deutschen Wirtschaft alle Zeichen auf schön.

Die Wirtschaft in Baden-Württemberg wächst wieder um starke 5 %, und die Wirtschaft in Deutschland wächst um 3,4 %. Wer von uns hätte dies vor einem Jahr erwartet? "So steil es bergab gegangen ist, so deutlich geht es jetzt wieder bergauf", so Nicola Leibinger-Kammüller, die Chefin des Ditzinger Maschinenbauers Trumpf, bei der letzten Bilanzpressekonferenz.

Mit einem Wachstum von 3,4 % ist Deutschland die Nummer 1 in Europa, angetrieben von Baden-Württemberg, das mit sagenhaften 5 % das Wachstum in Deutschland antreibt. Damit ist Baden-Württemberg die Konjunkturlokomotive in Deutschland und Deutschland die Konjunkturlokomotive in Europa.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das glauben Sie selbst nicht, oder was? – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU: Das ist so! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Da muss sie selbst lachen!)

Darauf können wir alle stolz sein. Darauf können die Unternehmen und die Menschen in unserem Land stolz sein.

Trotz der schweren Rezession hat die baden-württembergische Wirtschaft, haben die Unternehmen im Land weder ihre Innovations- und Leistungskraft verloren noch ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Die hohen Exporte nach China, Indien, Brasilien und in die EU-Länder sind der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und nicht den niedrigen Wechselkursen zu verdanken.

Aber dieser Aufschwung ist nicht nur den Exporten zu verdanken. Nein, dieser Aufschwung steht auf mehreren Beinen. Nicht nur die Menge der Exporte ist gestiegen, sondern auch

(Veronika Netzhammer)

die Binnennachfrage ist gestiegen. Zwei Drittel des Wachstums sind der Binnennachfrage zu verdanken. Nach Jahren der Zurückhaltung investieren die Unternehmen wieder in ihre Maschinenparks. Die Unternehmer glauben an die Zukunft ihrer Unternehmen. Sie investieren wieder und legen damit die Grundlage für das Wachstum von morgen. Denn hinter den Investitionen stehen Innovationen von Produkten und Prozessen.

Die Zuversicht der Unternehmer überträgt sich auch auf die Verbraucher. So konsumieren auch die Verbraucher wieder mehr. Bei dieser Faktenlage besteht überhaupt kein Grund für eine Ankurbelung der Binnennachfrage, wie sie von der amerikanischen Regierung immer wieder gefordert wird. Deshalb wehrt die Bundesregierung solche Forderungen zu Recht als unbegründet ab.

Herr Schmiedel: "Yes, we can. We can Aufschwung."

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dieser Aufschwung ist nicht nur gut für Baden-Württemberg, für die Unternehmen, für die Mittelständler, die nach verlustreichen Jahren wieder Gewinne verzeichnen, nein, dieser Aufschwung ist auch gut, weil er bei den Menschen ankommt. Dieser Aufschwung ist auch ein Beschäftigungsaufschwung. 45 000 Menschen in Baden-Württemberg fanden in diesem Jahr den Weg aus der Arbeitslosigkeit. 58 000 offene Stellen bieten weitere Chancen auf Beschäftigung. Die Kurzarbeit wurde deutlich abgebaut. Fünf Millionen Menschen, Herr Schmiedel, waren am Ende der Amtszeit der rot-grünen Bundesregierung ohne Arbeit,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Warum sprechen Sie immer mich an? Ich weiß, dass es unser Aufschwung ist!)

waren Hartz-IV-Empfänger. Heute, unter einer CDU-geführten Bundesregierung, sind es bundesweit unter drei Millionen. Das ist ein gigantischer Erfolg für die Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Abg. Albrecht Fischer CDU: Bravo! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Das ist Wirtschaftspolitik, die bei den Menschen ankommt; das ist effektive Sozialpolitik.

Im Rückblick auf die schwerste Finanzkrise können wir sagen, dass sich die Konjunkturprogramme der CDU-geführten Bundesregierung und der CDU-geführten Landesregierung bewährt haben. Das gilt z. B. für das Kurzarbeiterprogramm. Bei Bosch waren von 110 000 Arbeitnehmern teilweise 65 000 in Kurzarbeit. Im Jahr 2009 schrieb man hohe Verluste; dank Kurzarbeit konnte man die Produktion sofort hochfahren und erzielt im Jahr 2010 ein Umsatzplus von 20 %. Heute vermeldet Bosch, dass der neue Lohntarifvertrag um zwei Monate vorgezogen wird. Das ist ein klarer Beweis, dass vom Aufschwung auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Ich bin sicher, so, wie es jetzt bei Bosch ist, wird es bei anderen Unternehmen auch bald sein.

(Beifall bei der CDU)

Auch die massive Ausweitung der Bürgschaften, der Garantien und Kreditprogramme, die Investitionsprogramme von Bund, Land und Kommunen, aber auch unser dreigliedriges Bankensystem haben sich in der Krise bewährt und dazu beigetragen, dass die Krise relativ schnell überwunden werden konnte. Diesen Aufschwung gilt es zu sichern.

Alles Weitere in der zweiten Runde.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Man merkt, die Frau weiß, wovon sie spricht!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Prewo.

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Netzhammer, Baden-Württemberg wird länger brauchen als Deutschland insgesamt, um aus der Krise zu kommen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Da können Sie die Zahlen nicht lesen!)

Bestenfalls Ende 2011, wahrscheinlich aber erst im Jahr 2012 wird das der Fall sein. Die meisten anderen Bundesländer sind Ende 2010 schon so weit. Die 5 %, die Sie anführen, sind natürlich nicht richtig.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Statistisches Landesamt!)

Denn das ist der Vergleich mit dem tiefsten Punkt der Krise im Juni 2009. Seitdem sind wir bis zum Juni dieses Jahres wieder um 5 % nach oben gekommen – von einem Minus von 9 % aus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wachstum ist Wachstum! – Zuruf: 3,4 %!)

 Die 3,4 % für Deutschland beziehen sich auf die Prognosen des Sachverständigenrats bis Ende 2010. Wir werden leider darunterbleiben.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das hoffen Sie!)

Das Land Baden-Württemberg ist nicht der Motor, sondern ist in diesem Fall die Bremse in Deutschland.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie des Ministerpräsidenten Stefan Mappus – Abg. Peter Hauk CDU: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben? Sie verstehen etwas von Kommunalpolitik, aber nichts von Wirtschaftspolitik!)

Deutschland allerdings – warten Sie ruhig einmal ab – ist der Motor in Europa. Das stimmt. Die Kurzarbeiterregelung, die Herr Brüderle damals abgelehnt hat, und die Erste Hilfe in Form der Abwrackprämie – heute ist sie anerkannt –, Kon(Dr. Rainer Prewo)

junkturpakete und die Garantie für die Sparguthaben sind damals die Handschrift von Steinbrück und Scholz gewesen. Das ist heute weithin anerkannt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns an Herrn Geißler ein Vorbild nehmen und die Dinge einmal ganz ruhig angehen. Ich muss Ihnen jetzt ein paar Zahlen und Fakten nennen.

(Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Denn die Fakten sind immer die besten Verbündeten der Opposition.

(Lachen des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Wenn wir die Wirtschaftsentwicklung Baden-Württembergs anschauen, sehen wir, dass wir in den letzten Jahren zurückgefallen sind. Das weiß man mittlerweile.

(Zuruf von der CDU: A wa!)

Wir sind hinter Hessen zurückgefallen. Wir sind inzwischen hinter Bayern zurückgefallen. Die SPD weist seit vier Jahren darauf hin. Herr Ministerpräsident Mappus hat ein Gutachten von McKinsey und des IAW an der Universität Tübingen eingeholt. Es wurde im Juli 2010 vorgelegt. Ich zitiere einmal daraus:

Baden-Württemberg war in den 1980er-Jahren noch an der Spitze der deutschen Flächenländer, 1990 wurde es jedoch von Hessen überholt und 1994 auch noch von Bayern. Im Zeitraum 1998 bis 2009 lag die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate in Baden-Württemberg mit 0,7 % um fast 0,3 Prozentpunkte unter dem bundesdeutschen Wert (1,0 %).

 Unter dem bundesdeutschen Durchschnitt, und das über zehn Jahre hinweg!

Doch auch schon vor der Krise im Jahr 2009 war das Wachstum unter dem Schnitt.

Das sollte allmählich einmal angekommen sein.

Bei einem internationalen Vergleich mit 14 Regionen – er stammt auch aus diesem Gutachten – war Baden-Württemberg im Jahr 1998 noch an dritter Stelle und lag um 20 % über dem Durchschnitt. Im Jahr 2008 lag Baden-Württemberg nur noch um 10 % über dem Durchschnitt. Im Jahr 2014 werden es nur noch 5 % sein.

Bei den Dienstleistungen, meine Damen und Herren, ist Hessen weit vorn. Aber auch Bayern ist deutlich stärker. Wir sind nur noch im Bereich des verarbeitenden Gewerbes, das heißt im Fahrzeug- und im Maschinenbau, vor Bayern. In diesem Bereich ist Bayern auch nicht mehr weit von uns entfernt. Warum?

(Zurufe der Abg. Albrecht Fischer und Veronika Netzhammer CDU)

Bei den Bruttoanlageinvestitionen – deren Volumen ist für den Maschinenbau und den Fahrzeugbau besonders wichtig, weniger für die Dienstleistungen – liegt Bayern deutlich vor uns. Selbst Hessen mit seinem großen Dienstleistungsanteil hat hier zu Baden-Württemberg vollkommen aufgeschlossen.

(Zurufe der Abg. Albrecht Fischer CDU und Hagen Kluck FDP/DVP)

Warum? Der Aufholprozess hat in Hessen im Jahr 1990 durch die lange sozialdemokratische Regierungszeit geendet. Damals ist Hessen zur Nummer 1 geworden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Wie lang war sie? – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hoi!)

Meine Damen und Herren, warum?

(Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Ist denn etwa unsere Wirtschaft schwächer, sind unsere baden-württembergischen Unternehmen und unsere Mittelständler schwächer? Nein, das sind sie nicht. In dem Gutachten von McKinsey wird bestätigt: Es liegt nicht an der Investitionstätigkeit unserer Unternehmen. Unsere Unternehmen investieren nur am Standort Baden-Württemberg immer weniger, und immer mehr im Ausland.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Die haben Angst, dass ihr ans Ruder kommt!)

– Augenblick, lieber Kollege Kluck. Die Auslandsinvestitionsquote liegt inzwischen bei über 40 % unseres Bruttoinlandsprodukts. In Deutschland ist sie auch sehr hoch, aber um fünf Prozentpunkte niedriger als in Baden-Württemberg. Dass unsere Unternehmen so viel im Ausland investieren, ist hervorragend, denn das beweist, dass sie global bestens aufgestellt sind und auf dem Weltmarkt gebraucht werden. Das ist sehr gut.

(Zuruf von der CDU: Richtig! – Abg. Peter Hauk CDU: Vergleichen Sie doch einmal die Binneninvestitionsquote unserer Unternehmen! – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Nein, Herr Kollege Hauk, das muss ich Ihnen wohl erklären. Denn umgekehrt ist die "Inward-Quote", die "Einwärtsinvestitionsquote", in Deutschland auch geringer als die Auslandsinvestitionsquote. Sie beträgt 20 % des Bruttoinlandsprodukts. Aber in Baden-Württemberg beträgt sie mittlerweile nur noch 13,9 %. Wir sind nicht mehr attraktiv genug, um Direktinvestitionen – sowohl unserer eigenen Unternehmen im Inland als auch ausländische Investitionen – anzuziehen. Das geht aus den Zahlen, die der amtlichen Statistik entnommen sind, klipp und klar hervor.

(Abg. Peter Hauk CDU: Deshalb wollen Sie eine Volksabstimmung über Stuttgart 21!)

- Ach, Herr Hauk.

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat kürzlich einen Dynamikindikator herausgegeben. Was schätzen Sie, welchen Platz Baden-Württemberg bei diesem Indikator einnimmt? Baden-Württemberg liegt unter allen Bundesländern auf dem 16. Platz.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

(Dr. Rainer Prewo)

Diese Untersuchung wurde zusammen mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die der CDU nahesteht, durchgeführt. Wir sind vor allem beim Teilindikator Wohlstand bei der Dynamik – Einkommenswachstum – ganz schwach geworden

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, 2009! Das ist logisch!)

Aber das ist nicht der alleinige Grund. Bei uns besteht das Problem, dass wir nicht genügend Fachkräfte ausbilden. Bei uns gibt es zu wenig Kinderbetreuungsplätze. Wir selektieren im Bildungsbereich zu früh. Das hat Herr Fehrenbach in seiner Kritik kürzlich auch angeführt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Jeder soll das machen, was er kann!)

- Herr Kollege Hauk, ich will es Ihnen gerade erklären.

Ein wahrscheinlich noch wichtigerer Punkt ist die Infrastruktur. Unser Nachbarland Bayern ist größer als unser Land.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Es wird ohne die SPD regiert!)

- Nur langsam. Geduld, junger Mann.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Auch pro Einwohner hat Bayern z. B. doppelt so viele Autobahnkilometer wie Baden-Württemberg. Bayern stellt seinen Einwohnern und seiner Wirtschaft

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

ein viel komfortableres Verkehrsnetz zur Verfügung. Wir haben dafür – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Bei uns wurde unter Rot-Grün nichts gebaut!)

– Wann hat denn Rot-Grün in Baden-Württemberg regiert?

(Abg. Peter Hauk CDU: Sieben Jahre Stillstand beim Bundesverkehrswegebau! So war es doch!)

– Herr Kollege Hauk, wir haben die am höchsten belasteten Autobahnen und die am höchsten belasteten Bundesstraßen – 45 % über dem Durchschnitt. Baden-Württemberg stellt 13,1 % der Einwohner in Deutschland, verfügt aber nur über 8,2 % der Autobahnkilometer in Deutschland. Bayern hingegen stellt 15,3 % der Einwohner in Deutschland, verfügt jedoch über 19 % der Autobahnkilometer in Deutschland. Hessen wiederum liegt auch über dem Durchschnitt.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Dr. Prewo, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck?

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Das wollen wir nachher noch ein bisschen vertiefen. Aber ich denke: Man muss zunächst einmal die Fakten zur Kenntnis nehmen, bevor man auch in der Zukunft gescheit debattieren kann.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bisher war es keine gescheite Debatte! – Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Dr. Prewo, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck?

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Das möchte ich lieber nachher machen. Jetzt will ich einmal die Fakten darlegen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie gehen doch gerade!)

Ich verstehe gut, dass Sie mich unterbrechen wollen. Aber das können wir später tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es hervorragend, werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass Sie dieses Thema auf die heutige Tagesordnung haben setzen lassen. Sie haben recht: Die baden-württembergische Wirtschaft ist Motor,

(Abg. Ernst Behringer CDU: Sehr gut sogar!)

und sie gibt nach der Krise kräftig Gas. Aber wir haben ein großes Problem, denn CDU und FDP/DVP in diesem Land sind die Bremse für Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ernst Behringer CDU: Die Bremser sind in der Opposition!)

Deswegen, Herr Kollege Hauk, hat Bosch-Chef Franz Fehrenbach diese von CDU und FDP/DVP geführte Landesregierung mit Fug und Recht in den Senkel gestellt. Er wirft Ihnen, Herr Ministerpräsident, Untätigkeit in der Bildungs- und Forschungspolitik vor. In den "Stuttgarter Nachrichten" konnten Sie nachlesen.

(Abg. Ernst Behringer CDU: Das muss ja nicht stimmen!)

drei Jahre lang habe der von Ihrem Amtsvorgänger eingesetzte und hochkarätig besetzte Innovationsrat getagt; aber geschehen sei bisher fast nichts.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Außer Spesen nichts gewesen!)

Denn es reicht eben nicht aus, in Sonntagsreden über Bildung und Innovation zu sprechen.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Warum ist dann Baden-Württemberg vorn, was die Bildung angeht?)

Entscheidend sei die Umsetzung, und die sei unzureichend.

Herr Fehrenbach weiß, wovon er spricht – Herr Kollege Hauk, Ihre Kritik an ihm ist unberechtigt –, und er hat recht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Gegenruf von der CDU: Nein!)

(Edith Sitzmann)

Nun gibt es einen umfangreichen Abschlussbericht des Innovationsrats mit vielen Handlungsempfehlungen. Weil wir befürchten müssen, dass Sie diesen Bericht nicht gelesen haben, darf ich daraus zitieren:

Die Arbeitsgruppe ist sich einig, dass die langfristige Stärkung des Standorts Baden-Württemberg ein systematischeres Vorgehen erfordert, als dies bislang der Fall war

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Aha!)

Aber nicht nur der Innovationsrat kritisiert diese Landesregierung. Sie haben sich das mit viel Geld auch selbst attestieren lassen. Sie haben bei IAW und McKinsey ein Gutachten mit dem Titel "Technologien, Tüftler und Talente" in Auftrag gegeben.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Lesenswert!)

Darin heißt es:

Um die bisher hervorragende Ausgangssituation

- der baden-württembergischen Wirtschaft -

zu halten, sind also stärkere Anstrengungen des Landes notwendig.

Nach diesem Gutachten lebt Wirtschaftspolitik von Schwerpunkten, und diese Schwerpunkte sind nachhaltige Mobilität, Umwelttechnologie, Gesundheit und Pflege sowie IT-Dienstleistungen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Willkommen im Klub!)

Darauf sollte sich die Wirtschaftspolitik schwerpunktmäßig konzentrieren. In Baden-Württemberg sind wir von einer Schwerpunktsetzung aber leider meilenweit entfernt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dieses Gutachten ist eine schallende Ohrfeige für den Wirtschaftsminister und seine Bauchladenwirtschaftspolitik.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Er ist ja nicht einmal da!)

 Er ist heute nicht einmal da. Das heißt, das scheint ihn auch nicht zu interessieren.

Klar ist auf jeden Fall: Weder der Wirtschaftsminister noch sein Staatssekretär haben auch nur irgendetwas mit Zukunftsförderung und Modernisierung für dieses Land am Hut. Das müssen wir hier leider feststellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Den Beweis dafür können Sie in den täglichen Presseerklärungen des Wirtschaftsministeriums oder auch im Mittelstandsbericht nachlesen. Klar ist, dass diese Melange aus Einweihungen, Preisverleihungen, Minimodellprojekten unseren Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg nicht voranbringt.

Deshalb schließen wir uns der Forderung des Innovationsrats an. Frau Kollegin, lesen Sie den Abschlussbericht. Darin heißt es nämlich, dass "Nachhaltigkeit als gemeinsames Prinzip in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft" verankert werden muss. Das ist richtig. Das fordern wir seit Jahr und Tag. In diesem Zusammenhang spielt gute Bildung eine wichtige Rolle.

Deswegen heißt es im Abschlussbericht des Innovationsrats zu Recht:

... die Quote der Jugendlichen ohne Schulabschluss und der Studienabbrecher in Baden-Württemberg ... ist ... weiterhin unvertretbar hoch.

Herr Ministerpräsident, deshalb ist die Kritik von Herrn Fehrenbach mehr als gerechtfertigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen werden in diesem Land durch den Fachkräftemangel vor ein existenzielles Problem gestellt. Deswegen fordern das IAW, McKinsey, der Innovationsrat und auch wir Grünen seit Jahr und Tag eine Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus. Sie müssen endlich an den Schulen für Verbesserungen sorgen, die Weiterbildung voranbringen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern. Nur so kann Baden-Württemberg tatsächlich Motor bleiben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Durch die Basisschule am besten!)

Bildung ist die prioritäre Aufgabe der Landespolitik. Lassen Sie endlich innovative Schulkonzepte zu. Kümmern Sie sich endlich um individuelle Förderung. Bauen Sie endlich die Ganztagsschulen in diesem Land aus. Lassen Sie die beruflichen Gymnasien nicht weiter austrocknen. Stärken Sie die überbetriebliche Aus- und Weiterbildung. Nur so kann Baden-Württemberg Motor bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zu den weiteren Konsequenzen für einen Motor Baden-Württemberg komme ich in der zweiten Runde.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Der ist ja wirklich die Allzweckwaffe!)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bestandsaufnahme ist relativ klar. Frau Netzhammer hat sie vorgenommen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Frau Sitzmann hat sie im Wesentlichen bestätigt.

(Lachen bei den Grünen)

Ein Kabarettist aus Nagold hat sie infrage gestellt. Das ist das, was wir bisher am heutigen Vormittag erleben konnten.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Fakt ist, dass wir in Baden-Württemberg im Jahr 2009 einen massiven Einbruch hatten, übrigens nicht um 9 % des Bruttoinlandsprodukts – Herr Prewo, ich weiß nicht, woher Sie diese Zahlen haben; vielleicht aus dem Nagolder Gewerbegebiet –, sondern um etwa 7,4 %. Von diesem Niveau aus haben wir im ersten Halbjahr ein Wachstum von 5 % erreicht. Daraus abzuleiten, Baden-Württemberg sei die Bremse, wie Sie es formuliert haben, Herr Prewo, ist schon sehr eigenartig.

Die Grünen haben davon gesprochen, die Landesregierung sei die Bremse.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Genau!)

Ich komme schon noch darauf zu sprechen, wo die Infrastrukturbremsen im Land Baden-Württemberg sitzen, Frau Kollegin Bauer.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das betrifft das Stichwort "Nachhaltige Mobilität" – neben weiteren Stichworten.

Zunächst einmal kann und muss man konstatieren – bisher kam das in dieser Debatte zu kurz –, dass das Hauptverdienst für diese wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2010 ohne Zweifel und ohne Wenn und Aber bei den Unternehmen und Beschäftigten in diesem Land liegt. Das ist überhaupt keine Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Politik tut auch ganz gut daran, das immer wieder zu betonen.

Allerdings muss man natürlich schon und insbesondere in einer landespolitischen Debatte die Frage nach den politischen Rahmenbedingungen stellen. Das ist ganz klar. Ich stehe überhaupt nicht an, zu konzedieren, dass in dieser Krise die Weichenstellungen auch der Großen Koalition in Berlin im Großen und Ganzen richtig gewesen sind – Stichwort Kurzarbeit.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das wurde von der FDP abgelehnt! Späte Einsicht, Herr Kollege! Damals waren Sie dagegen!)

Aber ich glaube, meine Damen und Herren, es wird deutlich, dass das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das zum 1. Januar 2010 in Kraft getreten ist, auch seinen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Jahr geleistet hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Genau!)

Bei dieser Entwicklung liegen die Bundesrepublik Deutschland und Baden-Württemberg im Besonderen im EU-Vergleich an der Spitze. Wir können gern einmal einen Vergleich anstellen, wie es zu rot-grünen Zeiten war – ich meine etwa Anfang dieses Jahrzehnts –, wie die Entwicklung in der EU war und wie die Wachstumszahlen in Deutschland waren. Damals befanden sich Deutschland und die deutsche Volkswirtschaft nämlich am Ende der Tabelle der EU-Länder.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das waren die Erblasten von CDU und FDP! Das ist doch klar! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

– Ja, ja, das ist immer die Hauptsache, Herr Kollege Schmiedel. Das sind immer die Erblasten. Währenddessen liegt der Grund für die jetzige positive Entwicklung wahrscheinlich in der Vorfreude der SPD auf ihre Juniorpartnerschaft in der nächsten Landesregierung. Das ist vermutlich der Grund für den Aufschwung.

(Heiterkeit des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Theoretisch! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Theoretische Vorfreude! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Unser Aufschwung!)

Theoretisch. So ist das wahrscheinlich in der Wahrnehmungswelt des Kollegen Schmiedel.

Schließlich werden mangelnde Investitionen beklagt. Herr Kollege Prewo, wenn Sie in diesem Land zu wenig Investitionen konstatieren, würde ich mir einmal die Frage stellen, ob es richtig ist, ständig für höhere Steuern und Abgaben in diesem Land einzutreten. Denn Investitionen – das ist das Prinzip der Marktwirtschaft – suchen ihren Weg nach Gewinnen. Das ist völlig klar. Wenn Sie ständig bloß darüber nachdenken, wie man der Wirtschaft neue Rucksäcke auf die Schultern packen kann, dann werden Sie diese Investitionen in diesem Land natürlich nicht bekommen.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Die anderen haben die gleichen Steuern!)

Fakt ist jedenfalls, dass wir in Baden-Württemberg wie auch bundesweit feststellen können, dass die wirtschaftliche Entwicklung, begleitet von der Politik, in diesem Jahr 2010 positiv ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Herr Kollege Prewo, ich würde Ihnen empfehlen, die Zahlen aus dem Jahr 2010 und nicht die Zahlen aus dem Jahr 2009 zu nehmen. Sie versuchen, mit den Zahlen aus dem Jahr 2009 zu beweisen, dass die Entwicklung im Jahr 2010 schlecht sei. Es ist nicht besonders redlich, so vorzugehen.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Sie, Frau Kollegin Sitzmann, stellen nun fest, die Regierung sei die Bremse.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Nicht nur wir! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

 - Ja, Sie haben von Herrn Fehrenbach gesprochen. Bei Herrn Fehrenbach habe ich eine gewisse Nachsicht. Hin und wieder verliert er vielleicht über seinem Tagesgeschäft den Überblick,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Widerspruch bei Abgeordneten der Grünen)

und er stellt nicht fest, was vom Innovationskonzept alles umgesetzt ist. Davon ist nämlich schon eine ganze Menge umgesetzt.

(Unruhe)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Wenn wir jetzt über das eine oder andere reden, was Sie konstatieren, dann stellen wir beispielsweise fest: Sie fordern nachhaltige Mobilität. Die größte Bremse für nachhaltige Mobilität sitzt genau in dieser Reihe dieses Hauses.

(Der Redner zeigt in Richtung der Abgeordnetenplätze der Fraktion GRÜNE. – Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Denn wenn es um nachhaltige Mobilität auf der Schiene geht, gibt es nur einen Bremser, und der heißt "Grüne".

(Zurufe von den Grünen)

Sie sagen, wir täten nichts für die Bildung. Es ist völlig richtig, dass in all diesen Bereichen – auch im McKinsey-Gutachten – von Bildung und übrigens auch von E-Mobilität die Rede ist. Dass wir da nichts täten ist auch eine gewagte Behauptung. Aber reden wir einmal über Bildung. Schauen Sie sich einmal an, wie sich der Haushalt und wie sich der Anteil der Bildungsausgaben – eine Bildungsinitiative kam obendrauf – im Haushalt des Landes Baden-Württemberg entwickelt haben. Sie können behaupten, wir hätten die falschen Schulstrukturen. Dabei können Sie anderer Meinung sein als wir. Aber die Behauptung, wir täten nichts für die Bildung und in diesem Land würden keine gewaltigen Investitionen in den Bereich Bildung fließen, ist schon etwas gewagt, Frau Kollegin Sitzmann.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Das können Sie gern auch Herrn Fehrenbach ausrichten.

Wenn ich mir den Bereich Forschung und Entwicklung anschaue, dann stelle ich fest, dass 4,4 % des Bruttoinlandsprodukts in Baden-Württemberg in diesen Bereich investiert werden. Da kann nun wirklich niemand behaupten, dass im Land Baden-Württemberg Innovationen, Forschung und Entwicklung verschlafen würden. Meine Damen und Herren, ich glaube, dass diejenigen, die das behaupten, geschlafen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! Da fällt den Grünen nichts mehr ein!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Ministerpräsident Mappus.

Ministerpräsident Stefan Mappus: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zurzeit wird in Europa viel demonstriert. Ich meine jetzt aber nicht das, was vielleicht die meisten meinen, wenn es um Demonstrationen geht, sondern ich meine das, was sich im Moment in vielen anderen europäischen Ländern abspielt.

Es gibt in vielen europäischen Ländern mit Blick auf die Folgewirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise Unmut und nachvollziehbare Ängste. Wenn Sie nach Griechenland schauen, wenn Sie nach Portugal schauen, dann sehen Sie, dass es dort viele Menschen gibt, die blanke Existenzangst haben. Nehmen Sie die Rosskur, die manche Regierungen in ihren Ländern gerade umsetzen. Nehmen Sie Spanien und Irland. Irland hat in diesem Jahr, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, ein Defizit von sage und schreibe 32 %.

Denken Sie an Frankreich, wo die bemerkenswerte Frage, ob man das Rentenalter von 60 Jahren auf 62 Jahre erhöhen kann, im Prinzip seit Tagen und Wochen ein komplettes Land lahmlegt. Denken Sie im Übrigen an Großbritannien, wo die neue Regierung beschlossen hat, 490 000 Stellen im öffentlichen Dienst abzubauen und 20 % der staatlichen Ausgaben über alle Ebenen hinweg innerhalb von zwei Jahren zu streichen.

Meine Damen und Herren, betrachten Sie einmal das, worüber in anderen Ländern derzeit diskutiert wird, und zwar auf Basis der dortigen wirtschaftspolitischen Entwicklung, und schauen Sie dann, wie es in Baden-Württemberg – in Deutschland generell, aber im Besonderen in Baden-Württemberg – läuft.

Ich würde uns hierbei zwei Dinge anraten: Zum einen rate ich mit Blick auf Projekte, aber auch weit darüber hinaus, den Kopf aus dem Talkessel von Stuttgart hinaus zu recken. Zum anderen rate ich uns, nicht ausgerechnet in dem Land, in dem es noch am besten läuft, hier an dieses Rednerpult zu treten, um einmal richtig zu beschreiben, wie "miserabel" alles in Baden-Württemberg sei.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Setzen wir uns doch jetzt einmal mit Fakten auseinander. Im letzten Jahr ist das Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg in der Tat um 7,4 % zurückgegangen – 7,4 %, Herr Prewo, nicht neun Komma irgendetwas. Der Rückgang um 7,4 % war schlimm genug.

(Abg. Claus Schmiedel SPD zu Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: 7,4 %, nicht 4,9 %! – Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Im Juni 2009 waren es ca. 9 % gegenüber Juni 2008 – Basis für die plus 5 % von Juni 2009 bis Juni 2010!)

 Wir reden aber nicht von tagesscharfen Analysen aus dem Wahlkreisbüro des Abg. Prewo, sondern wir reden von den Statistiken des Statistischen Bundesamts bezogen auf das Jahr 2009. Da waren 7,4 % – mit Verlaub – schlimm genug.

Man muss aber auch einmal hinschauen, warum die wirtschaftliche Entwicklung im letzten Jahr so war, wie sie war. Kein anderes Bundesland ist international so vernetzt wie Baden-Württemberg. Wenn dann in einer weltweit synchronisierten Wirtschafts- und Finanzkrise quasi alles gleichzeitig zusammenbricht, dann müsste es eigentlich für fast jeden in diesem Hohen Haus nachvollziehbar sein, dass dann genau die Länder am stärksten betroffen sind, die in besonderem Maß im Export engagiert und auch ein Stück weit vom Export abhängig sind.

Dass Baden-Württemberg beim Export besonders erfolgreich ist, lässt sich u. a. daran ablesen, dass sich die französische Finanzministerin ständig darüber beschwert, dass die deutschen Exporte nach Frankreich völlig überdimensioniert seien, und dass sie seither ein Eintreten der Bundesregierung für eine Limitation der deutschen Exporte nach Frankreich fordert. Abgesehen davon, dass diese Forderung makroökonomisch ein bisschen gewagt ist, zeigt dies natürlich, wie stark der deutsche Export ist.

Wenn Sie dann wissen, dass ein weit überdurchschnittlicher Teil der deutschen Exporte nach Frankreich aus Baden-Würt-

temberg kommt, dann können Sie ausrechnen, wie bedeutend dieser Sektor in etwa ist. Aber genau deshalb geht es im Moment auch wieder steil nach oben: weil eben weltweit die Konjunktur anzieht, weil wir vor allem im asiatischen Raum extrem stark unterwegs sind und weil die baden-württembergische Wirtschaft sehr, sehr stark ist.

Im ersten Halbjahr hat das Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg um 5,0 % zugelegt. Vorher wurden die Bundesländer Bayern und Hessen erwähnt, die uns angeblich völlig abgehängt haben. Ich will darauf hinweisen, dass in diesem Zeitraum in Bayern das Wachstum bei 3,2 % und in Hessen bei 2,7 % lag. Das ist also gerade einmal stark die Hälfte dessen, was wir in Baden-Württemberg haben.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Hört, hört!)

Für die Bundesrepublik sind für dieses Jahr 3,5 % prognostiziert. Deshalb können Sie sich in etwa ausrechnen, was in Baden-Württemberg am Ende des Tages herauskommen wird. Man muss ja nicht immer einer Meinung sein, und dass man auch konzeptionell anders vorangehen kann, als wir das machen, ist doch okay. Aber hören Sie endlich auf, dieses Land ständig schlechtzureden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die können halt nichts anderes!)

Ich verschone Sie übrigens heute mit Protokollauszügen aus Debatten zum Thema Wirtschaft vom letzten Jahr.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Schade!)

 Herr Kollege Kretschmann, das Problem ist, dass Sie da mit bemerkenswerten Aussagen immer überdurchschnittlich gut wegkommen, "überdurchschnittlich" im Sinne von quantitativ betrachtet.

Ich wollte es Ihnen heute einmal ersparen, aber ich hole es bei der nächsten Rede an diesem Pult gern nach. Denn die Halbwertszeit Ihrer Aussagen hält sich durchaus in Grenzen, auch wenn es um das Thema "Wirtschaftspolitische Verantwortung" geht.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wird immer niedriger! Die sinkt gegen null!)

Deshalb müssen wir jetzt darüber reden: Was haben wir gemacht, und was werden wir noch machen, damit wir in Baden-Württemberg ganz vorn sind?

Jetzt hat Herr Prewo aus dem Gutachten zitiert, das die Landesregierung von Baden-Württemberg in Auftrag gegeben hat. Wissen Sie, Herr Prewo, ich lasse, wenn die Hütte brennt, halt nicht irgendwelche Auftragsgutachten machen, in denen das steht, was der Opposition garantiert nicht gefällt, sondern ich habe zu Beginn meiner Amtszeit gesagt: Ich möchte – so, wie es Erwin Teufel Anfang des letzten Jahrzehnts gemacht hat; damals bei Roland Berger – ein neues Gutachten. Zehn Jahre später haben aufgrund der Ausschreibung, die in solchen Fällen notwendig ist, McKinsey und das IAW den Zuschlag bekommen

Ich habe gesagt: Ich möchte genau wissen, wo wir stehen und wohin wir gehen, weil es keine Regierung auf dieser Welt gibt, die alles nur richtig macht. Es ist doch klar: Wer viel arbeitet, macht auch einmal einen Fehler. Keine Bilanz sieht so aus, dass man nicht auch noch etwas besser machen kann. Das ist doch wohl richtig. Also habe ich gesagt: Ich möchte wissen, wo wir gut unterwegs sind und wo man noch besser unterwegs sein kann.

Sie haben jetzt eine Passage zitiert. Es war unschwer zu erraten, dass Sie diese Passage zitieren. Es wäre nicht schlecht, wenn Sie einmal etwas zitieren würden, was in diesem Gutachten ganz vorn zum Thema "Ausgangssituation von Baden-Württemberg" steht. Das würde ich an Ihrer Stelle auch nicht zitieren, aber ich würde es trotzdem einmal lesen. Denn das zeigt Ihnen, warum wir gemeinsam mit Bayern an der Spitze aller Bundesländer stehen. Das zeigt Ihnen auch, warum Bayern und Baden-Württemberg die mit Abstand niedrigste Arbeitslosenquote haben. Das kommt wohl nicht ganz von ungefähr. Wenn Ihnen irgendjemand gesagt hätte, dass wir Mitte des Jahres 2010 bei einer Arbeitslosenquote von 4,6 % wären, dann möchte ich nicht wissen, was Sie vor sechs bis neun Monaten dazu gesagt hätten.

Wenn Sie sich die Arbeitslosenstatistik des letzten halben Jahres anschauen, stellen Sie übrigens fest, dass wir uns, relativ zu anderen Bundesländern betrachtet, schneller verbessert haben. Aber ich wollte genau wissen, wo wir noch mehr tun müssen und noch mehr tun können, damit wir in den nächsten Jahren noch besser dastehen, als es schon jetzt der Fall ist. Dazu diente dieses Gutachten. Es hat Stärken identifiziert, und es hat Bereiche identifiziert, in denen wir noch mehr tun müssen, damit wir noch schneller vorankommen.

Ich kann an dieser Form von Regierungsstil jetzt nicht generell etwas Schlechtes erkennen. Denn wer nicht bereit ist, sich helfen und sich sagen zu lassen, wo man noch mehr tun muss, damit wir im Jahr 2020 mindestens dort stehen, wo wir jetzt stehen, der hat meines Erachtens ein Wahrnehmungsproblem. Deshalb bin ich gegenüber solchen Vorschlägen immer offen. Aber wir müssen deshalb auch darüber reden, was gut läuft und was wir in den nächsten Jahren vielleicht noch ein Stück weit weiterentwickeln können und müssen.

Wenn Sie analysieren, warum wir so gut dastehen, dann kommen Sie an dem Thema Kurzarbeiterregelung nicht vorbei. Das war eine Folge der Großen Koalition. Herr Kollege Schmiedel, ich habe, wie Sie wissen, nie zu denen gehört, die so getan haben, als ob die Große Koalition von Übel wäre. Sie hat vieles getan, was in dieser Krise notwendig und gut war. Sie hat auch manches getan, was ich persönlich für falsch halte, z. B. wenn es um die Erbschaftsteuer und anderes mehr geht. Aber ich glaube, dass sie in der Zeit der Krise an den entscheidenden Punkten – es gab in dieser Zeit zwei Wochen, in denen wir am Abgrund standen – mit beispiellosem Einsatz in Rekordzeit Exzellentes geleistet hat.

(Beifall des Abg. Jörg Döpper CDU – Zuruf von der SPD)

Nur, Herr Schmiedel, der Unterschied ist: Ich stehe zu dem, was damals vereinbart wurde. Das kann man von der SPD nicht immer so ganz behaupten.

Jetzt reden wir nämlich einmal darüber, wovon Sie sich in der Zwischenzeit im Eilzugtempo – sozusagen ICE 3, neue Trasse – mit Höchstgeschwindigkeit verabschiedet haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ohne Volksabstimmung!)

Das, wozu Sie stehen – ich will das Positive hervorheben –, ist die Kurzarbeiterregelung. Ich kenne in Deutschland übrigens ohnehin niemanden mehr, der jetzt noch dagegen wäre. Als man das gemacht hat, war das nicht bei allen so; in der Zwischenzeit finden das alle gut. Das ist schon einmal ein Fortschritt. In Amerika wird gerade vom "German Wunder" geredet, was diese Regelung angeht. Wenn Sie sich den Rest Europas und vor allem die USA betrachten, dann wissen Sie auch, warum. Denn in den USA hat sich die Arbeitslosigkeit während der Krise bis zum heutigen Tag verdoppelt, während wir jetzt wieder da sind, wo wir vor der Krise waren. Das ist der große Unterschied. Da sind wir uns doch einig.

Wir sind uns auch noch einig – in weiten Bereichen jedenfalls, vermute ich – beim Thema Konjunkturprogramme, die der Bund aufgelegt hat und die das Land aufgelegt hat. Da kann man unterschiedliche Pointierungen setzen, aber ich glaube, von der Grundüberlegung her war das richtig.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Jetzt reden wir einmal über das, wozu wir stehen, wozu Sie aber nicht mehr stehen, wo Sie im Höchsttempo unterwegs sind, genau das Gegenteil zu machen.

Ich fange einmal mit dem an, was unter Rot-Grün beschlossen wurde, meine Damen und Herren. Übrigens will ich heute keine Diskussion über bestimmte Infrastrukturprojekte in diesem Land aufmachen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist auch besser so! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Schade!)

Das machen wir zur Genüge. Ich erlaube mir nur, an eines zu erinnern, Herr Kollege Kretschmann: Ich frage mich ab und zu, warum diejenigen, die sieben Jahre lang auf Bundesebene an der Regierung waren und jede Möglichkeit gehabt hätten, auf Bundesebene Finanzierungsvereinbarungen zu verhindern, nachdem sie das damals nicht gemacht haben, jetzt plötzlich der Meinung sind, dass dies das übelste Projekt auf dieser Welt wäre.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das hat auch nicht viel mit politischer Redlichkeit zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir können auch gern einmal darüber reden, was die Özdemirs dieser Welt, die sich jetzt für welche Position auch immer warmlaufen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Es gibt nur einen Özdemir!)

damals gemacht haben, als sie die Chance dazu gehabt hätten, ein solches Projekt etwas tiefer zu hängen. Aber sei's drum.

(Unruhe)

Jetzt reden wir als Erstes einmal über ein Projekt, das Rot-Grün gemacht hat, übrigens mit Unterstützung der CDU im Bundesrat. Wir haben damals im Gegensatz zu Ihnen keine Fundamentalopposition gemacht, sondern wir haben gesagt: Wenn etwas ökonomisch sinnvoll ist, dann stimmen wir im Bundesrat zu. Sie hatten damals keine Mehrheit im Bundesrat; ohne uns wäre das nicht gekommen. Aber wir stehen dazu – im Gegensatz zu Ihnen. Ich rede gerade von den Hartz-IV-Reformen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Es ist schon wirklich der Oberhammer, wenn diejenigen, die damals in der Bundesregierung Hartz IV initiiert haben – mit Zustimmung der CDU im Bundesrat –, jetzt, in diesem Moment, in dem die CDU sogar Verbesserungen plant, diejenigen sind, die sagen: "Das ist ein Unding; die Verbesserungen sind nicht groß genug." Denn Sie haben damals Hartz IV auf einem geringeren Niveau beschlossen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das ist politische Redlichkeit à la Rot-Grün, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich verspreche Ihnen: In den nächsten fünf Monaten reden wir einmal über alle diese Themen, und zwar in aller Ausführlichkeit. Denn auch ich kann sagen, für was ich alles nicht bin. Dazu gehört nicht viel. Dann reden wir aber einmal darüber, für was Sie sind, für was Sie waren und wovon Sie sich in der Zwischenzeit munter verabschiedet haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Kommen wir gleich zum nächsten Thema, und reden wir einmal über die Rente mit 67.

(Heiterkeit des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Sie sind immer so stolz darauf – wie ich gerade gehört habe, Herr Dr. Prewo –, dass die Konjunkturprogramme nichts mit Angela Merkel und der CDU zu tun haben, aber natürlich mit Herrn Steinbrück und Herrn Scholz. Okay. Darüber muss sich jeder selbst ein Bild machen. Reden wir jetzt einmal über die Rente mit 67, wobei, wenn ich richtig orientiert bin, der damals für diesen Bereich zuständige Minister in der Großen Koalition von der SPD war.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ja! Genau!)

Es waren Herr Müntefering und danach Herr Scholz. Die Rente mit 67 ist kein populäres Thema, aber entlang dessen, was angesichts der demografischen Entwicklung notwendig ist, ist das ein sicherlich nicht zu umgehendes und in der Folge ein richtiges Vorhaben. Genau deshalb vollziehen wir das heute in der Dienstrechtsreform auch nach, und zwar 1:1 nach dem, was Herr Müntefering damals vorgeschlagen hat.

Das Problem ist nur: Wir vollziehen das nach, von dem Sie sich schon wieder verabschiedet haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt kann ich jeden Tag lesen, dass die große Hoffnung der deutschen Sozialdemokratie, Sigmar Gabriel, der Meinung ist, die Rente mit 67 sei unsozial, man müsse sie zurückneh-

men, das alles könne man so nicht machen. Diese haben Sie vorgeschlagen, und wir haben sie in der Großen Koalition gemeinsam beschlossen. Gabriel saß am Kabinettstisch – als Umweltminister –, Müntefering saß am Kabinettstisch – als Sozialminister –, Scholz saß danach am Kabinettstisch – auch als Sozialminister –, wir alle haben es gemeinsam gemacht. Die Sozialdemokraten haben sich wieder verabschiedet. Das Einzige, was mich wundert, ist, dass man noch nicht gefordert hat, einen Volksentscheid über dieses ganze Thema zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Als Nächstes reden wir einmal über die Steuerpolitik. In der Großen Koalition waren wir uns einig, dass man die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen in Deutschland entlasten muss. Ich sehe das übrigens im Zusammenhang mit Hartz IV.

(Zuruf: Es geht um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg!)

– Ja, genau. Es geht um den Standort Baden-Württemberg, und da geht es – vielleicht selbst für Sie ersichtlich – um Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Steuerpolitik ist vielleicht noch immer ein elementarer Bestandteil von Wirtschafts- und Finanzpolitik, jedenfalls nach meiner Überzeugung auch dann, wenn es Ihnen wehtut und nicht gefällt – um das einmal klar zu sagen.

Reden wir jetzt einmal über die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen. Wir waren uns in der Großen Koalition einig, dass Hartz IV von der Konstruktion her richtig ist, dass es aber deshalb mehr denn je notwendig ist, dass jemand, der acht Stunden am Tag arbeitet, einen gewissen positiven Lohnabstand zu jenen hat, die – ob unverschuldet oder nicht, das sei dahingestellt – nicht in der Lage sind zu arbeiten. Da waren wir uns in der Vergangenheit einig. Deshalb haben wir gesagt: Die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen in Deutschland müssen in Zukunft netto mehr in der Tasche haben, als es bisher der Fall war. Jedenfalls ist es nach meiner Erinnerung so. Man kann das u. a. in Protokollen des Deutschen Bundestags nachlesen. Das war das Stichwort "Kalte Progression".

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ja ein Durcheinander! Das ist unglaublich! Seit wann gibt es bei niedrigen Einkommen eine kalte Progression?)

Wir haben gesagt: Diejenigen, die wenig haben, müssen wir entlasten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt wird es lustig! Lohnabstandsgebot durch Abschaffung der kalten Progression! – Weitere Zurufe von der SPD)

 Ich glaube Ihnen sofort, dass Ihnen das nicht gefällt. Kein Problem.

Wir haben immer gesagt, die müssen netto mehr haben. Deshalb haben Sie sogar mitgemacht – der Finanzminister, damals von der SPD –, dass wir in einer ersten Tranche 6 Milliarden € für die Abmilderung der kalten Progression und die Entlastung der Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen bereitstellen. Wir stehen dazu.

Ich bin übrigens der Überzeugung – das geht nicht jetzt; es wird vermutlich auch im nächsten Jahr nicht gehen, aber es wird danach gehen müssen –, dass wir bei diesem Projekt weitermachen müssen. Ihre Partei hat sich in der Zwischenzeit völlig verabschiedet und sagt, weitere Steuerentlastungen in diesem Bereich seien nicht möglich.

Meine Damen und Herren, das sind drei Beispiele, mit denen man belegen kann, was Zusagen von Rot-Grün aus der Vergangenheit wert sind: nichts, meine Damen und Herren, wenn es um die Zukunft geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gar nichts! – Abg. Peter Hofelich SPD: Alles sehr unscharf! Das ist ja unglaublich!)

Deshalb will ich nicht immer hören, was nicht geht, sondern deshalb will ich hören, was wir mit Blick auf den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg in Zukunft machen und wie wir das Ganze auf der Basis dessen, was ich gerade beschrieben habe, was aber in Zukunft fortgeführt werden muss, weiterentwickeln.

Sehr, sehr positiv war mit Sicherheit auch eine extrem kluge Tarifpolitik der Tarifvertragspartner – Arbeitnehmer und Arbeitgeber – in den letzten Jahren. Es erfolgten über Jahre hinweg maßvolle Lohnabschlüsse; das war richtig und wichtig. Das hat uns übrigens ermöglicht, dass wir in der Krise einen Wettbewerbsvorteil erringen konnten und deshalb jetzt besonders gut aus der Krise herauskommen. Aber ich sage auch mit Blick auf die phänomenale wirtschaftliche Entwicklung und mit Blick darauf, was Steuerzahler in den letzten zwei, drei Jahren in Bezug auf die internationale Finanzkrise alles leisten mussten: Es ist jetzt auch der richtige Moment, zu sagen: Wenn die nächste Tarifvertragsrunde kommt, dann müssen auch die Arbeitnehmer in spürbarem Maß an dem Erfolg der Wirtschaft in Deutschland, in Baden-Württemberg beteiligt werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das verstehe ich auch als Folge der Kultur der sozialen Partnerschaft, die, wie ich finde, in Baden-Württemberg besonders stark und besonders gut funktioniert. Das sehen Sie an den Absprachen in den Betrieben – übrigens unabhängig davon, ob Großbetrieb oder Betrieb der mittelständischen Wirtschaft, von denen wir bekanntermaßen besonders viele haben. Das ist unser Trumpf, meine Damen und Herren! Kein anderes Flächenland in Deutschland hat eine so ausgeglichene Wirtschaftsstruktur wie Baden-Württemberg – keines, auch nicht Bayern. Aber genau diese Struktur ist nicht vom Himmel gefallen, sondern sie hat sich in den letzten Jahrzehnten so ausgeprägt, quer durch den ländlichen Raum und überall in Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Seit 150 Jahren hat sich die Struktur ausgeprägt!)

Herr Prewo, ganz so lange – 150 Jahre – existiert Baden-Württemberg noch nicht. Das müsste sogar Ihnen klar sein.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: In 150 Jahren hat sich die Struktur ausgeprägt!)

Auch der Wandel vom Agrarland Baden-Württemberg hin zum Industriestaat Nummer 1 dürfte sich selbst bei Ihnen vor dem geistigen Auge vielleicht noch nachvollziehen lassen. Also hören Sie auf, sogar das jetzt noch schlechtzureden, wenn es um diese Debatte geht, meine Damen und Herren.

Deshalb nochmals: Kein anderes Land hat eine so ausgeglichene Struktur wie Baden-Württemberg. Deshalb müssen wir mit Blick auf Punkte, auf die ich jetzt zu sprechen komme, alles dafür tun, dass das auch so bleibt.

Wir müssen den Unternehmen, vor allem den mittelständischen Unternehmen, weiterhin dabei helfen, Wachstumsmärkte zu erschließen, damit vor allem kleine und mittelständische Unternehmen die Chance haben, dort Fuß zu fassen. Das gehört zu dem, was Politik in Baden-Württemberg u. a. leisten kann.

Deshalb war ich mit einer Delegation in Saudi-Arabien und Katar. Schauen Sie einmal, wie dort im Moment Wachstum generiert wird, wie das Ganze mit Innovation und höchster Geschwindigkeit vorangebracht wird.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Das ist ein Riesenmarkt für unsere mittelständischen Unternehmen in Baden-Württemberg, die sich übrigens mit großer Nachfrage sehr gern vor Ort engagieren.

Deshalb habe ich auch vor, vom 16. bis zum 23. November mit einer großen Anzahl mittelständischer Unternehmer und Wissenschaftler Südostasien zu besuchen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Schon wieder?)

Denn in Vietnam, in Singapur und Malaysia gibt es derzeit Entwicklungen, die für die baden-württembergische Wirtschaft geradezu prädestiniert sind. Wir wollen den mittelständischen Unternehmen helfen und alles dafür tun, dass sie in den nächsten Jahren auch in diesen unglaublichen Wachstumsmärkten Erfolg haben können und auch Erfolg haben werden. Das ist Aufgabe guter Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes Baden-Württemberg.

Darüber hinaus gehört zu diesem Thema natürlich auch die Frage, wie es im Bereich Infrastruktur generell in Baden-Württemberg weitergeht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt nicht das Wort aussprechen, das nicht genannt werden darf!)

– Ganz genau. Ein Wort wollen wir alle heute nicht aussprechen, weil es nicht genannt werden darf.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Fängt das mit S an? – Abg. Veronika Netzhammer CDU: "Schienenverkehr" darf man sagen! – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Jeder darf sich sein Bild darüber machen, wie wir in den nächsten Jahren voranschreiten. Aber eines ist wohl klar, meine Damen und Herren – Herr Schmiedel, da haben wir vielleicht Einigkeit –: Wachstum braucht Wege. Wer sagt, dass keine Landesstraßen, keine Bundesstraßen, keine Kreisstraßen,

(Zuruf von der CDU: Flughäfen!)

keine Flughäfen und seit Neuestem auch keine Bahnhöfe und keine Schnellbahnstrecken gebaut werden sollen, der muss irgendwann einmal sagen, wie sich Verkehr am Wirtschaftsstandort Nummer 1 der Bundesrepublik Deutschland in Zukunft noch bewegen soll.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mit Hubschraubern, Herr Ministerpräsident!)

Nach meiner Überzeugung gibt es in den nächsten Jahren zwei zentrale Felder, die für die Zukunft dieses Landes von ganz entscheidender Bedeutung sind. Das eine ist die Bildungspolitik; ich komme gleich darauf.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Dann wird es aber länger heute!)

Das andere ist die Verkehrsinfrastrukturpolitik. Da haben wir in dem einen oder anderen Bereich Nachholbedarf, keine Frage. Aber ich stehe dazu. Man löst ein Problem aber nicht dadurch, dass man es nur ständig beklagt und in dem Moment, in dem man an der Regierung ist – in diesem Fall im Bund –, herzlich wenig dafür tut.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Na, na, na!)

Es reicht nicht, den Baden-Württembergern immer nur zu sagen, was man alles nicht machen will. Wenn man den Leuten sagt, wie man nicht vorankommt, ist man noch lange nicht vom Fleck. Man muss den Menschen sagen, was man vorhat, was man tun will und was man in Zukunft dafür tun will, dass Baden-Württemberg an der Spitze steht. Davon habe ich heute von Ihnen null gehört. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie einmal sagen, was wir nach Ihrer Auffassung tun sollen, damit Baden-Württemberg in eine gute Zukunft geht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! – Abg. Albrecht Fischer CDU: Sehr gut!)

Herr Prewo, Sie haben die Zahl der Autobahnkilometer auf die Einwohnerzahl bezogen.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Oder auf die Kraftfahrzeuge!)

Das halte ich, mit Verlaub, für eine etwas gewagte Rechnung. Aber eines ist doch klar – in diesem Punkt haben Sie natürlich recht –: Seit 1990 hat Bayern deutlich mehr Geld für den Bundesfernstraßenbau bekommen als Baden-Württemberg, auch bezogen auf die Kilometerzahl des Straßennetzes.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Prewo SPD)

Warum war dies so, meine Damen und Herren? Weil im Zuge der deutschen Einheit alle Länder, die an die neuen Bundesländer angrenzen, zusätzliche Mittel für den Bundesfernstraßenbau bekommen haben. Baden-Württemberg grenzt bekanntermaßen an Frankreich, an die Schweiz und in einem kleinen Zipfel an Österreich, aber halt nicht an die neuen Bundesländer. Deshalb haben wir in diesem Zeitraum weniger bekommen. Aber deshalb erwarte ich auch einmal Unterstützung

und nicht ständig Kritik, wenn ich sage: Es wird jetzt allmählich Zeit,

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

dass 20 Jahre nach der deutschen Einheit,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das ist es ja: Sie kriegen es nicht hin!)

nach einer Zeit, in der in den neuen Bundesländern unglaublich viel und gut investiert wurde, jetzt auch im Westen etwas mehr investiert wird. Darum geht es doch.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Jawohl! – Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Sie kriegen es nicht hin!)

Da bin ich sofort bei Ihnen, Herr Prewo. Seien Sie versichert: Ich kämpfe darum. Nur habe ich als Ministerpräsident natürlich eine schlechte Ausgangsposition,

(Zuruf von der SPD: Ja!)

wenn in Baden-Württemberg jede Menge Leute von den Grünen herumrennen, die sagen,

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Oh!)

warum wir bestimmte Mittel gerade nicht in Baden-Württemberg wollen, sondern lieber Schienenverkehrswege in Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen bauen wollen. Das hat mit Glaubwürdigkeit auch nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo! – Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Also sind die Grünen schuld!)

Sie müssen schon akzeptieren, dass mancher in Berlin ein bisschen gaga wird, wenn man morgens einläuft und sagt: "Aber bitte keine Mittel für die Schiene in Baden-Württemberg", und nachmittags kommt und fordert: "Aber bitte mehr Mittel für Verkehrswege in Baden-Württemberg." Das können Sie niemandem erklären. Deshalb rate ich uns bei allem, was wir tun – egal, in welchem Bereich –, dringend, einfach auch einmal ein klein wenig darüber nachzudenken, welche Außenwirkung manches Signal in Baden-Württemberg hervorruft,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Und zwar weltweit!)

das von manchem im Moment mit großer Verve auf der Straße angegangen wird. Gut tut uns das nicht, meine Damen und Herren; das muss klar gesagt werden, insbesondere, was Berlin betrifft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Das schadet unserem Land!)

Ich kämpfe für bessere Verkehrswege, und zwar auf der Straße – da bin ich bei Ihnen; ich komme jeden Morgen in den Genuss, zu sehen, dass die Situation noch deutlich optimierungsfähig ist –, auf der Schiene, und zwar im Güter- und im Personenverkehr, und – das füge ich hinzu, auch wenn wir da nicht die Potenziale haben, die andere haben – auch beim Luftverkehr; auch da kann man nicht so tun, als ob es uns am

Wirtschaftsstandort Nummer 1 in der Bundesrepublik völlig egal sein könne, wohin die Reise geht. Auch da wäre ich für etwas mehr Unterstützung manchmal sehr dankbar.

Kommen wir nun einmal zum Thema Bildung. Zu diesem Thema habe ich gerade von Frau Sitzmann Ausführungen in der Art und Weise gehört, wie wir sie von ihr gewohnt sind. Frau Sitzmann, wenn man Ihnen zuhört, könnte man manchmal denken, dass man in Baden-Württemberg schon froh sein kann, wenn man lesen und schreiben lernt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/ DVP – Abg. Peter Hofelich SPD: Richtig! – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Das möchte ich angesichts dessen, was Sie hier verbreiten, auch einmal anmerken. Wenn Sie sich aber die Bildungsmonitore in Deutschland anschauen, dann sehen Sie, dass komischerweise bei den westlichen Flächenländern Baden-Württemberg und Bayern seit Jahrzehnten an der Spitze stehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und zwar ohne Basisschule!)

Das können Sie doch nicht wegdiskutieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb gilt auch da: Nichts ist so gut, als dass man es nicht noch besser machen könnte. Da bin ich doch bei Ihnen. Aber auch in diesem Bereich das Land ständig madig zu reden ist einfach nicht das, was die Menschen in diesem Land verdient haben. Es ist nicht das, was dieses Land verdient hat, und es ist – bei aller Bescheidenheit – auch nicht das, was die Politik verdient hat, die in einem Zeitraum von 57 Jahren dafür gesorgt hat, dass wir an der Spitze aller Bundesländer stehen, meine Damen und Herren. So sieht es doch aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nun hat Günther Oettinger einen Innovationsrat eingesetzt. Das ist übrigens ein weiteres Beispiel dafür, dass wir, vielleicht im Gegensatz zu manch anderen, nicht im eigenen Saft schmoren und Tag und Nacht sagen: "Außer uns hat niemand Ahnung", sondern dass wir ganz bewusst die Crème der baden-württembergischen Wirtschaft und Wissenschaft in ein Gremium holen und sie bitten: "Sagt uns, was gut ist, und sagt uns auch, was nicht so gut ist und noch verbessert werden kann."

Herr Professor Messerschmid und Herr Dr. Veit von Festo haben mit mir gemeinsam – zuvor mit Günther Oettinger – den Vorsitz in diesem Innovationsrat geführt. Ich rate Ihnen einmal dringend – ich glaube, wer Herrn Professor Messerschmid und Herrn Dr. Veit kennt, kann zumindest bestätigen, dass diese beiden nicht den Typus Mensch verkörpern, der sich Tag und Nacht von dem beeinflussen lässt, was in diesem Gremium getan und geäußert wird –, einmal nachzulesen, was Herr Professor Messerschmid und Herr Dr. Veit gesagt haben – übrigens auch als Reaktion auf die Aussage von Herrn Fehrenbach. Das ist nachlesbar und ist sicherlich auch Ihnen nicht entgangen. Ich kann nur sagen: Natürlich kann noch nicht alles von dem umgesetzt sein, was der Innovationsrat empfohlen hat.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Aber vieles!)

Er hat bis vor zwei Wochen noch getagt. Manchmal ist in der Wirtschaft darüber hinaus nur schwer nachvollziehbar, dass die demokratische Legitimation über ein Parlament etwas länger braucht als eine Geschäftsführersitzung in einem großen Unternehmen. Das akzeptiere ich. Manchmal aber erleichtert das meine Arbeit auch nicht gerade.

Wenn Sie aber einmal schauen, was wir von den Beschlüssen des Innovationsrats in den letzten drei Jahren schon alles umgesetzt haben – Herr Professor Messerschmid hat das auch geschildert –, dann zeigt sich, dass bereits erhebliche Teile umgesetzt wurden. Selbstverständlich wird das, was bislang darüber hinaus noch angedacht wurde, ebenfalls umgesetzt; das ist doch gar keine Frage. Auch in diesem Bereich sind wir in den letzten Jahren massiv vorangekommen. Das bestätigen Ihnen übrigens auch McKinsey und das IAW in ihrer Analyse für dieses Land. Genau diesen Weg werden wir weiter beschreiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Richtig ist übrigens auch – um das auch einmal beiläufig zu erwähnen –, dass Baden-Württemberg die niedrigste Schulabbrecherquote in der ganzen Bundesrepublik Deutschland hat.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: So ist es!)

Trotzdem möchte ich, dass diese Quote noch weiter sinkt. Da stimmen wir überein.

Aber reden wir noch einmal über das, was wir machen und wogegen Sie ständig angehen. Meine Damen und Herren, vorhin habe ich beschrieben, dass wir in diesem Wirtschaftsraum eine ausgeglichene Struktur haben, wie es sie in keinem anderen Bundesland gibt. Dies liegt zum einen daran, dass wir im tiefsten ländlichen Raum Unternehmen haben, von denen andere Länder maximal träumen. Wenn Sie irgendwo in Südbaden, im Schwäbischen, im Hohenlohischen oder wo auch immer im tiefsten ländlichen Raum unterwegs sind, stoßen Sie auf eine nicht unerhebliche Zahl von Weltmarktführern und auf eine unglaubliche Zahl von tollen Unternehmen, die hochgradig innovativ sind. Das ist doch Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn Sie das betrachten, erkennen Sie: Das liegt natürlich maßgeblich an einer unglaublichen Kraft und einer unglaublichen Quantität, an tollen Unternehmen und Unternehmern, die mit einem unglaublichen Maß an Innovation diese Unternehmen voranbringen.

Aber bei allem Respekt, es liegt natürlich auch ein Stück weit an dem, was die Politik in den vergangenen Jahrzehnten genau für diesen ländlichen Raum gemacht hat,

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Die Fachkräfte fehlen! Das ist unglaublich!)

und zwar beim Thema Verkehrsinfrastruktur, aber vor allem auch beim Thema Bildung.

Reden wir jetzt einmal darüber, was wir beim Thema Bildung machen, was von Ihnen immer verhindert und miesgemacht wird, und darüber, was wir in den nächsten Jahren im ländlichen Raum weiterhin vorantreiben wollen.

Nehmen Sie als Erstes einmal das Thema Grundschule. Gehen Sie einmal in das gelobte Land Nordrhein-Westfalen – ich kenne mich dort aus familiären Gründen ein klein wenig aus –, und schauen Sie einmal, was die aktuelle Landesregierung dort im Moment macht, was auch in den letzten Jahren gemacht wurde, wenn es z. B. um das Thema Grundschule geht.

In anderen Ländern wurden die Grundschulen im ländlichen Raum aufgelöst. Ich sage: Die Grundschule bleibt in Baden-Württemberg in genau der kleinen Größe erhalten – kurze Beine, kurze Wege –, weil man im ländlichen Raum Bildung und Grundschule braucht, meine Damen und Herren. So sieht es in Baden-Württemberg aus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Abg. Norbert Zeller SPD: Wo sind sie aufgelöst worden?)

Wir führen die Bildungshäuser sukzessive überall ein. Am Ende des Jahres werden wir in Baden-Württemberg über 100 Bildungshäuser haben. Die Kindergärten – dort sind 96,5 % aller Kinder "unterwegs" – gibt es in dieser Art sonst fast nirgends in Deutschland.

Zum Thema Betreuung, das wir, weil wir da Nachholbedarf haben, in höchster Geschwindigkeit voranbringen: Ziel ist eine Betreuungsquote von 34 % bis zum Jahr 2013, und wir fördern das mit 165 Millionen € freiwilliger Leistung des Landes bis tief in den ländlichen Raum.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das zahlen die Kommunen!)

Wir stehen zu dieser Aussage auch in der Wirtschaftskrise, während andere gefragt haben: Müssen wir das jetzt machen? Können wir das machen?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich!)

Wir sind auf dem Weg, dass die frühkindliche Bildung für Kinder im Alter von bis zu zehn Jahren nirgendwo so gut funktioniert wie in Baden-Württemberg, und wir werden das vollenden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP-Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Mich stört es einfach, wie hier vorgegangen wird. Deshalb habe ich vor, in den nächsten fünf Monaten quer durch das Land nicht darüber zu reden, was wir nicht wollen – das machen Sie; dafür sind Sie zuständig –,

(Heiterkeit der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

sondern darüber zu reden, was in diesem Land gut läuft und was wir gerade mit Blick auf den ländlichen Raum vorhaben – mit allen Konsequenzen für die nächsten Jahre, mit Blick auf die Frage: Wie kann Baden-Württemberg auch im Bildungsbereich in eine exzellente Zukunft gehen?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da müssen Sie aber Gas geben! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Kein anderes Land in Deutschland gibt im Moment gemessen am Landeshaushalt so viel für Bildung aus wie Baden-Württemberg,

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Ineffizient! – Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

nämlich rund 45 % für zwei Häuser: Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie Kultus, Jugend und Sport. Wir stellen 4 500 Lehrer zusätzlich ein. Während andere Länder bei zurückgehenden Schülerzahlen Lehrerstellen abbauen, stellen wir bei zurückgehenden Schülerzahlen neue Lehrer ein. So sieht richtige Bildungspolitik in Deutschland aus. Hören Sie deshalb auf, es immer madig zu machen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP-Abg. Ursula Haußmann SPD: Rechtzeitig vor der Landtagswahl!)

Wenn es um Bildung geht, reden wir mit Blick auf die Wirtschaft auch einmal darüber, wie wir den Fachkräftemangel in den nächsten Jahren bewältigen können. Meine Damen und Herren, den Fachkräftemangel gibt es, und es gibt ihn bei uns deshalb in besonderem Maß und steigender Tendenz, weil wir wirtschaftlich so unglaublich erfolgreich sind, weil bereits jetzt schon wieder die Phase anfängt, in der die Wirtschaft in deutlichem Umfang zusätzliche Fachkräfte nachfragt. Das würde sie nicht machen, wenn sie in einem Bundesland unterwegs wäre, in dem es nichts zu arbeiten gibt. Vielmehr macht sie es deshalb, weil sie Gott sei Dank so überdurchschnittlich erfolgreich ist und deshalb verstärkt Fachkräfte braucht

Deshalb sage ich auch ganz offen: Wir müssen auch mit der Wirtschaft reden, wie wir noch besser – ich bin der Überzeugung, wir sind auf gutem Weg; der Anteil älterer Fachkräfte hat sich bereits deutlich vergrößert – und in noch größerem Maß ältere Fachkräfte länger und noch intensiver in den Arbeitsprozess einbinden können.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Es gibt ein Potenzial, reich an Erfahrung, das wir in Zukunft noch besser nutzen müssen, als es bisher der Fall war. Darin sind wir uns vermutlich einig. Dafür können wir eine ganze Menge tun.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Abg. Peter Hofelich SPD: Jetzt sind wir uns bei der Rente mit 67 einig!)

Dann reden wir aber auch über das Thema "Integration und Zuwanderung". Davon ist in diesem Gutachten nämlich auch die Rede. Auch dazu bekommen Sie von mir eine klare Aussage – und zwar wohlgemerkt vor der Wahl; ich hätte von Ihnen zu diesem Thema auch gern einmal vor der Wahl eine klare Aussage.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich möchte – damit dies klar ist – in drei Stufen vorgehen. Erstens möchte ich alles dafür tun, dass möglichst alle jungen Menschen, die in diesem Land sind, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft das bestmögliche Maß an Bildung erhalten

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das bekommen sie aber nicht!)

und wir dadurch so viele Fachkräfte wie möglich in Baden-Württemberg bekommen. Das ist die erste Stufe.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Die zweite Stufe – damit beschäftigt sich die Enquetekommission "Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung" in hohem Maß – muss sein, dass wir auch jene, die noch nicht in diesem Stadium sind, aber schon im Arbeitsprozess stehen, so aus- und weiterbilden, dass wir auch daraus ein möglichst großes Potenzial zur Gewinnung von möglichst vielen Fachkräften schöpfen können. Das ist die zweite Stufe.

Nun kommt die dritte Stufe, meine Damen und Herren. Diese Stufe ist klar. Wenn es nach den ersten beiden Stufen noch eine Differenz in quantitativer Hinsicht gibt und wir zusätzliche hoch qualifizierte Arbeitskräfte von außerhalb Deutschlands brauchen, dann ist doch klar, dass man eine Regelung finden kann und muss, um dies entsprechend umzusetzen.

Nur, meine Damen und Herren: Eines ist mit uns nicht mehr möglich, nämlich den Fehler der vergangenen 30 Jahre zu wiederholen, der u. a. deshalb begangen wurde, weil es vermeintlich nicht opportun war, manches Thema in Deutschland anzusprechen. Ich spreche es an, wenn ich sage: Diese dritte Phase muss dadurch zustande kommen, dass wir qualifizierte Arbeitskräfte nach Deutschland holen können, wenn wir sie brauchen, dies aber nicht durch Zuwanderung in die Sozialsysteme, sondern durch Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Das ist das richtige Credo, das wir in Deutschland brauchen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir können gern einmal darüber reden, ob wir da noch immer auf der gleichen Wellenlänge funken. Denn das, was ich von Ihnen in den vergangenen Tagen, Wochen und Monaten dazu gehört habe, sieht ein klein wenig anders aus. Sie halten das Thema schön hinter dem Berg – wir alle wissen, warum –, aber ich erwarte von Ihnen auch zu diesem Themenbereich einmal eine klare Aussage.

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Wenn Sie dies sehen, meine Damen und Herren, dann ist es, glaube ich, auch richtig: Wir können und müssen in diesem Zusammenhang ohne Schaum vor dem Mund über Integration reden. Ich bin dafür, dass wir hier möglichst viele Menschen aufnehmen, die hierher wollen, die sich unserer Gesellschaftsform auch entsprechend zuneigen und bestimmte Spielregeln einhalten. Das gilt insbesondere auch für die Fachkräfte, die ich gerade genannt habe.

Aber wie in jedem anderen Land auf dieser Erde muss auch der Umkehrschluss gelten dürfen: In Bezug auf den, der hierherkommt und sich nicht integrieren will und sich auch nicht integrieren lassen will, muss es auch möglich sein, dass wir sagen: Das akzeptieren wir in Deutschland nicht. Daraus müssen wir auch die konkreten Konsequenzen ziehen dürfen, meine Damen und Herren. Das gehört auch zur Diskussion.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb, meine Damen und Herren: Baden-Württemberg steht exzellent da.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Deshalb? Was heißt denn dieses "deshalb"? Das ist ja der Hammer!)

Das ist erfreulich, aber kein Grund, sich zurückzulehnen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Ja, genau!)

Es geht also nicht darum, bequem sein zu dürfen oder zu müssen. Es geht auch nicht darum, hochmütig darauf zu achten. Wohl aber geht es darum, den Menschen konkret zu sagen, was wir tun – nicht das, was wir nicht tun –, damit wir auch in Zukunft auf diesem exzellenten Weg unterwegs sind. Denn Erfolg in wirtschaftspolitischer Hinsicht ist kein Naturgesetz. Dies kann kaum ein anderes Land so gut belegen wie Baden-Württemberg. Kaum ein anderes Land hatte in den letzten 60 Jahren eine solch steile Erfolgsgeschichte vor sich wie Baden-Württemberg. Das ist kein Naturgesetz. Deshalb muss man eine ganze Menge für den Erfolg tun.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Deshalb muss man den Menschen aber auch vor Wahlen sagen, was man tun will. Ich möchte, dass wir weiterhin exzellente Forschungseinrichtungen und Hochschulen haben, dass wir mit einem Anteil von 4,5 % FuE in Baden-Württemberg weltweit an der Spitze aller Länder stehen. Sie finden in Europa weit und breit – in Deutschland schon zweimal nicht – kein anderes Land, das einen Anteil von 4,5 % des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung ausgibt –

(Beifall des Abg. Albrecht Fischer CDU)

ein nicht unerheblicher Teil wird durch Unternehmen aufgebracht, aber ein überdurchschnittlicher Teil auch durch staatliche Förderung, meine Damen und Herren. Auch das gehört zur Wahrheit.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Sie werden kaum ein anderes Bundesland finden, das so viel solide Politik für breite berufliche Bildung macht. Berufliche Bildung ist ein Exportschlager aus Baden-Württemberg. Sie wird im Moment z. B. nach China exportiert. Dort sind Lehrer von uns tätig, weil dort alle sagen: "Ihr macht das so hervorragend. Wir wollen auch dieses Instrument."

(Zuruf der Abg. Sabine Fohler SPD)

Sie reden es schlecht, der Rest der Welt will es. Man muss doch auch einmal darüber reden können, ob das der richtige Weg ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir brauchen gute Schulen und Betreuungseinrichtungen. Diese Aufgabe muss in der Geschwindigkeit angegangen werden, in der wir sie im Konsens mit den anderen Bundesländern und der Bundesregierung angehen. Dies ist übrigens von

der Großen Koalition so vereinbart worden. Deshalb gehe ich davon aus, dass auf der linken Seite dieses Hauses absolute Zustimmung zu diesem Kurs herrscht.

Meine Damen und Herren, wir brauchen außerdem eine zeitgemäße Infrastruktur. Wir brauchen vor allem eine klare Aussage, wie wir es machen und wie wir es nicht machen. Ohne den Begriff, den man nicht aussprechen darf, heute auszusprechen, sage ich Ihnen: Was mich am meisten stört, Herr Kretschmann, ist nicht, dass man bei einem solchen Projekt unterschiedlicher Meinung ist. Das gehört zu einer Demokratie dazu. Ich glaube übrigens, dass dieser Prozess unabhängig von der inhaltlichen Konzeptionierung durchaus zeigt, dass wir in einem Land leben, das demokratisch stabil ist und dies im Übrigen auch gut ertragen kann und muss und mit Blick auf die Zukunft im Zweifel vielleicht auch will.

Eines macht mir viel größere Sorge. Wenn ich die Zeitung lese oder fernsehe und dabei zur Kenntnis nehme, wie eine ganze Generation von Architekten und Bauingenieuren von Weltruf, die ein exzellentes Projekt vorangebracht haben, von manchen so hingestellt wird, als ob sie noch nicht einmal eine Mauer planen könnten, dann kann ich Ihnen nur sagen: So geht man mit den eigenen Leuten nicht um.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Peter Hofelich SPD)

Deshalb sage ich abschließend: Ich glaube, ein Land kommt gut voran, wenn es nicht in erster Linie die Risiken sieht, sondern wenn es in erster Linie die Möglichkeiten sieht, wie wir mit Blick auf die Gestaltung der Zukunft vorangehen können. Lassen Sie uns das gemeinsam machen. Lassen Sie uns sagen, wofür wir stehen. Lassen Sie uns sagen, wie wir Baden-Württemberg in eine exzellente Zukunft führen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Präsident Peter Straub: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Kretschmann das Wort.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, wir sagen nicht, wie miserabel alles in Baden-Württemberg sei.

(Zuruf von der CDU: Doch!)

Wir machen auch nicht das Land schlecht. Wir wollen dieses Land regieren und gestalten.

(Beifall bei den Grünen – Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Peter Hauk CDU: Da gibt es aber noch ein paar Hürden!)

Wir machen das Land nicht schlecht, sondern wir zeigen Alternativen auf.

(Zurufe von der CDU: Wo?)

Wir gehen in die Kontroverse, wenn wir unterschiedlicher Auffassung sind. Darum geht es.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Herr Ministerpräsident, Wahlkampfreden in Landtagsdebatten sind nicht sehr erfolgversprechend,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie man gerade sieht!)

weil die Leute, die hier sitzen, alle ziemlich festgelegt sind.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Das können Sie bei Ihren Veranstaltungen machen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das sagt der Richtige!)

Dass Sie allerdings mit dem, was Sie hier geboten haben – nämlich zum großen Teil reine Vergangenheitsbewältigung –,

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo waren Sie denn? – Abg. Winfried Scheuermann CDU: Gegenwartsschilderung!)

jemanden begeistern können, das glaube ich nicht. Sie müssen den Leuten schon sagen, wie es hier weitergeht, und nicht, was in der Vergangenheit gut oder richtig gelaufen ist.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Daran hat er nämlich keinen Anteil! – Abg. Peter Hauk CDU: Wo waren Sie in der letzten halben Stunde?)

Wenn ich mir die letzten Besuche bei mittelständischen Betrieben in diesem Land vor Augen führe – viele von ihnen sind Weltmarktführer bei bestimmten Produktlinien –, dann muss ich sagen, dass Sie die wichtigen Herausforderungen, um die es geht, gar nicht auf dem Schirm haben.

Da sind die Unternehmen in diesem Land schon viel weiter. Sie nehmen nämlich den globalen Wettbewerb um Energie und Ressourcen ernst, und sie stellen sich darauf ein. Ich darf noch einmal den Innovationsrat zitieren:

Verstärkte Investitionen in Energieeffizienz und alternative Technologien können ... eine positive Wirkung zur Folge haben. ... Die negativen Auswirkungen der Verknappung können einerseits durch den Einsatz effizienter Technologien und die Umstellung auf erneuerbare Energien kompensiert werden. Andererseits bieten sich Chancen zur produktiven Positionierung in diesem Wettbewerb

Ich stelle fest: Da sind diese Betriebe alle sehr viel weiter als Schwarz-Gelb.

(Beifall bei den Grünen)

Diese Unternehmen haben sich mit grünen Ideen auf den Weg gemacht.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Na, na, na! "Grüne Ideen"! – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Sie verdienen Geld mit Produkten, die weniger Energie und weniger Ressourcen verbrauchen. Unsere Unternehmen in den Kernbranchen Maschinenbau, Anlagenbau und Fahrzeugbau stellen sich entsprechend auf, (Abg. Peter Hofelich SPD: Nein, das ist etwas anderes! – Zuruf von der CDU: Das machen wir seit Jahren!)

denn sie wissen, daran entscheidet sich ihre Zukunft im Wettbewerb auf den Weltmärkten. Genau darum geht es in der globalen Auseinandersetzung. Nur wer in diese Richtung geht, kann auf den Weltmärkten bestehen. Der Exportboom, den wir feststellen, beruht auf genau diesen Faktoren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist doch keine grüne Erfindung, Herr Kollege! Die Firmen sind weiter als die Grünen! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Ich habe die Firma Bosch gelobt!)

Nehmen wir einmal die Firma Bosch, über die Sie, Herr Kollege Rülke, hergezogen sind. Herr Bosch hat Ihrer Ansicht nach keinen –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nicht Herr Bosch, sondern Herr Fehrenbach!)

– Herr Fehrenbach hat Ihrer Meinung nach keinen Überblick.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Bosch ist schon verstorben!)

 Die Freude, wenn ich mich einmal verspreche, gönne ich Ihnen

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Über etwas anderes können Sie sich sowieso nicht freuen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich freue mich immer bei den Grünen!)

außer wenn andere Leute irgendwelche Fehler machen, z. B. sich versprechen. Das haben wir ja schon festgestellt. Die Schadenfreude ist, wie wir wissen, immer die reinste Freude, vor allem bei der FDP.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist normal!)

Bosch hat es schon längst erkannt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Fehrenbach!)

– Die Firma Bosch hat es schon längst erkannt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk und Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das haben wir gesagt!)

Herr Fehrenbach hat schon in einem großartigen Interview in der Vorweihnachtszeit vor zwei Jahren dargestellt, dass er auf den Weltmärkten weiterkommt, weil er sein Unternehmen diversifiziert hat, weg vom reinen Autozulieferer, hin zu Umwelttechnologien. Genau das ist seine Strategie gewesen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Was soll denn das? Das ist doch Unsinn! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Herr Kretschmann, wo nimmt denn Bosch die Fachkräfte her? – Weitere Zurufe von der CDU)

Diese Unternehmen, Herr Dr. Birk,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wo kommen denn die Fachkräfte her, Herr Kollege? Geben Sie doch darauf einmal eine Antwort!)

brauchen hohe Umweltstandards im Hinblick auf CO₂-Emissionen, Lärm und Energieverbrauch. Die Technologieführer in Baden-Württemberg können gerade aufgrund ihres hervorragenden Know-hows, aufgrund ihrer guten FuE-Abteilungen ebendiese Auflagen erfüllen und im Wettbewerb mit den Konkurrenten aus Asien und von sonst wo bestehen.

So konnten wir im "Handelsblatt" lesen, dass der Vorstandschef des Großmotorenbauers Tognum am Bodensee eine strengere Klimapolitik fordert.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Er sagt:

Eine nachträgliche Erleichterung der Abgasnormen ... käme einer massiven Wettbewerbsverzerrung gleich. Die Wettbewerber, die es technologisch nicht geschafft haben, werden mit einer Aufweichung ... auch noch belohnt.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Genau!)

Umgekehrt heißt das: Die Politik von Schwarz-Gelb in Berlin behindert gerade, dass sich solche Unternehmen auf den europäischen und auf den globalen Märkten durchsetzen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Theresia Bauer GRÜ-NE: Genau! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Das Vorstandsmitglied von Schuler in Göppingen, Joachim Beyer, fordert dazu auf, die Industrie herauszufordern und für strengere Umweltnormen zu sorgen; denn nur dann könne sich technologischer Fortschritt gegen Billiganbieter durchsetzen. In einem Presseartikel heißt es in diesem Zusammenhang:

Unabhängig davon, ob es sich um Abgaswerte, Lärmschutz oder energieeffiziente Produktion dreht: Durch ihren technologischen Vorsprung können die baden-württembergischen Unternehmen früh anbieten, was die Normen erfüllt. Darin liegt ein Wettbewerbsvorteil.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von den Grünen: So ist es!)

Das ist das Gegenteil von dem, was Sie im Bund machen.

(Unruhe)

Wann immer solche Fragen auf der Tagesordnung sind, versuchen Sie, diese Normen in Brüssel aufzuweichen und ihre Gültigkeit zu verlängern. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir reden nicht über Umweltstandards! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wir reden über den Aufschwung! – Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE – Unruhe)

Deswegen sind wir auf dem richtigen Weg. Wir haben gerade mit Schuler einen Betrieb besucht, der Weltmarktführer bei

Pressen ist und jetzt in den Bau kompletter Windkraftanlagen einsteigt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist doch in Ordnung! Das begrüßen wir! – Gegenruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wir brauchen noch den Ausbau des Stromnetzes! – Unruhe)

– Ich würde Ihnen raten, ein bisschen zuzuhören und nicht nur zu polemisieren.

(Beifall bei den Grünen – Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Das würde ich Ihnen raten, vor allem angesichts der aktuellen Umfragewerte. Das würde ich Ihnen wirklich raten. Das ist aber Ihr Problem.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Diesem Betrieb fehlen die Referenzstandorte,

(Zuruf von den Grünen: Genau!)

damit er in diesem Land Windparks bauen und den Leuten auf der ganzen Welt zeigen kann, dass er Premiumprodukte herstellt.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ja! Ganz genau!)

Durch Ihre Verhinderungspolitik ist es unseren Weltmarktführern nicht möglich, auf dem Heimatmarkt Referenzstandorte zu haben, anhand derer sie den Kunden im Ausland zeigen können, was sie herstellen. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Hat Baden-Württemberg kein Windrad? – Weitere Zurufe von der CDU – Unruhe)

Jetzt frage ich Sie, Herr Ministerpräsident Mappus: Wie viele Gutachten brauchen Sie eigentlich noch, um zu erkennen, dass das von der Wissenschaft, von denen, die Sie beraten, längst aufgenommen wurde? Deswegen – das sagen wir auch immer – sind diese grünen Ideen in der Mitte der Gesellschaft und in der Mitte der Wirtschaft angekommen. Darin besteht die Zukunft.

Wir sind mit einer ökologischen Ordnungspolitik klar aufgestellt, weil wir wissen, dass sie gerade unseren innovativen Betrieben in Baden-Württemberg nützt und sie in der Weltmarktführerschaft auf den internationalen Märkten stärkt.

Jetzt komme ich zum Thema Investitionen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Hm!)

Wir können ruhig über Stuttgart 21 reden, das ist nicht verboten. Im Streit um Stuttgart 21 geht es in Wirklichkeit um unterschiedliche Modernisierungsstrategien.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das kann man wohl sagen!)

Die Frage der Zukunft – die nehmen wir kraftvoll auf – lautet:

(Oh-Rufe – Abg. Thomas Blenke CDU: "Kraftvoll" stimmt nicht!)

Wie gestalten wir das Land unter der Maßgabe der demografischen Entwicklung, unter der Maßgabe, dass in der Verfassung eine Schuldenbremse steht, unter der Maßgabe, dass dadurch die Ressourcen knapper werden? Wir müssen ja zu ausgeglichenen Haushalten kommen. Das Land darf ab dem Jahr 2010 keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Im Bund darf die Schuldenaufnahme ab dem Jahr 2016 nur noch etwa ein Zehntel der derzeitigen Schuldenaufnahme betragen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: 2010? 2020, nicht 2010! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nicht korrigieren! Da ist er empfindlich!)

– Ja, richtig: 2020. – Die entscheidende Frage lautet: Wie schaffen wir es, bei den knappen Ressourcen dort zu investieren, wo es am notwendigsten ist? Darüber wird der Streit in der Zukunft gehen. Diesen Streit nehmen wir auf.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das ist nichts Neues! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Wenn es um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und den Wirtschaftsstandort Deutschland geht, dann wird niemand bestreiten, dass die wirkliche europäische Magistrale

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

von den Häfen von Rotterdam und von Hamburg über unsere industriellen Kernzonen durch die Schweiz bis nach Oberitalien zum Hafen von Genua geht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist altes Denken! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Im Rheintal sind die Bewohner total euphorisch! – Gegenruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Warum wollen Sie die Rheintalbahn nicht? – Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

– Einfach zuhören! – Darüber, dass das eine europäische Trasse von überragender ökonomischer und ökologischer Bedeutung ist, besteht Konsens; das bestreitet eigentlich überhaupt niemand.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und jetzt? – Abg. Albrecht Fischer CDU: Dann dafür sein!)

Selbst die Bürgerinitiativen im Rheintal bestreiten die Notwendigkeit der Aufrüstung durch ein drittes und viertes Gleis nicht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aufrüstung?)

Dort geht es nur um die Linienführung;

(Abg. Claus Schmiedel SPD: "Nur"!)

denn die Leute müssen auch leben können und wollen nicht im Lärm untergehen.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Genau!)

Aber dass dies notwendig ist, ist keine Frage und wird akzeptiert

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: So ist es! – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Sie konnten in einem Interview des Bundesverkehrsministers Ramsauer nachlesen: Die Strecke ist dramatisch unterfinanziert. Wir haben Verträge mit der Schweiz. Bis 2020 müsste sie fertig sein.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

In der Schweiz wird die Strecke fertig, bei uns nicht – noch nicht einmal zu 25 % –, weil sie unterfinanziert ist.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das liegt doch nicht am Geld, sondern an der Planung! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Bis die Planung fertig ist, sind Sie wieder dagegen! – Weitere Zurufe)

– Auch Sozialdemokraten sollten zuhören. – Die entscheidende Frage ist: Wo erzielen wir die höchsten ökologischen und ökonomischen Effekte bei den knappen Mitteln, die wir haben?

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Die Bundeskanzlerin hat die Sache an sich gezogen und gesagt, Stuttgart 21 sei ein europäisches Projekt. Aber sie hat nicht gesagt: "Wenn die Mittel nicht reichen, bekommt ihr vom Bund frisches Geld." Im Gegenteil: Sie hat Minister Ramsauers Etat noch einmal um 5 % gekürzt.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Ich will es noch einmal sagen: Es geht um etwas ganz anderes. Es geht nicht darum, wer verweigert und wer investiert,

(Beifall bei den Grünen – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Genau darum geht es!)

sondern darum, wer die knappen Mittel an der richtigen Stelle investiert.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Die Stuttgart-21-Debatte führe ich jetzt nicht; die wird gerade in den Vermittlungsgesprächen geführt. Auch da geht es genau um die Frage unterschiedlicher Modernisierungsstrategien, um die Frage: Wie erreiche ich mit den knappen Mitteln die besten Mobilitätseffekte im Netz? Darum wird gestritten. Es geht nicht um "Verweigerung oder Investition?".

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Es geht darum, Herr Ministerpräsident, wie wir es trotz der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung schaffen, dort zu investieren, wo es unabdingbar notwendig und erforderlich ist, um die Quellen des Reichtums der Zukunft nicht zu untergraben.

Da muss doch jeder ehrlicherweise sagen: Die FDP ist daran grandios gescheitert. Wenn man das Ziel hat, zu investieren und gleichzeitig die Haushalte zu konsolidieren, kann man keine Steuern senken. Das ist einfach nicht möglich.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ach, Quatsch! – Zuruf von der FDP/DVP: Aber natürlich!)

In Wirklichkeit brauchen wir mehr Investitionsmittel, um die erforderlichen Aufgaben zu schultern. Betrachten wir einmal, was Schwarz-Gelb jetzt gerade bei der Steuerpolitik macht: Sie wollen weg von der Ökosteuer, anstatt vielleicht einzelne Härtefallregelungen für Industriebetriebe zu machen. Sie wollen die Ökosteuer pauschal oder doch weitgehend aussetzen und stattdessen die Tabaksteuer erhöhen. Die Tabaksteuer zu erhöhen ist natürlich immer gut, denn es nützt der Gesundheit - aber es nützt dem Staatshaushalt nur sehr wenig, wie unsere Erfahrung zeigt. Man sollte nicht glauben, dass man die entgangenen Einnahmen aus der Ökosteuer durch die Erhöhung der Tabaksteuer wieder hereinholt. Das ist ein Märchen. Das wird sich nicht erfüllen. Das zeigt Ihre ganze Hilflosigkeit in der Steuerpolitik, die darauf zurückzuführen ist, dass Ihnen ein klares ordnungspolitisches Denken fehlt und Sie nicht wissen, wo Sie Lenkungseffekte erzielen müssten. Dies zeigt sich an der aktuellen Debatte.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Ministerpräsident Mappus, es geht darum: Investieren wir in die dynamischen Sektoren der Volkswirtschaft? Haben wir das vor Augen?

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Oder wollen wir die Altindustrien retten, so, wie Sie das tun, indem Sie die Laufzeit von Atomkraftwerken verlängern,

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Ist die Automobilindustrie eine Altindustrie?)

so, als könnten wir abgeschriebene Atomkraftwerke exportieren?

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sie wollen doch die Laufzeiten von Bahnhöfen verlängern!)

Die ganze Dynamik findet bei den regenerativen Energien statt.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Sie wird durch Ihre Politik ausgebremst. Durch Ihre Politik entstehen Wettbewerbsnachteile und Wettbewerbsverzerrungen für die regenerativen Energien auf den Märkten.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: So ist es!)

Ich sage noch einmal: Unsere Politik setzt auf die dynamischen Sektoren unserer baden-württembergischen Volkswirtschaft

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Derivate! – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

und nicht auf Altindustrien, wie Sie das tun.

(Beifall bei den Grünen)

Zur Bildung hat meine Kollegin Sitzmann das Notwendige gesagt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber nichts Richtiges!)

Auch hier geht es klar um Alternativen und nicht darum, dass der eine etwas tut und der andere nichts.

Wir sind der Überzeugung, dass das, was wir vorschlagen, richtig ist. Wir fordern massive Investitionen in die frühkindliche Betreuung – da sind Sie schlecht aufgestellt – und massive Investitionen in Ganztagsschulen. Wir dürfen das berufliche Schulwesen nicht absaufen lassen und müssen die innovativen Ideen, die die Menschen vor Ort haben – Schulgemeinschaften, Bürgermeister, Gemeinderäte –, um eigene integrative Schulprojekte durchzuführen, fördern.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das Einzige, was absäuft, ist Ihr Niveau!)

Das alles ist bei Ihnen nicht möglich. Wir geben den Leuten, die vorhaben, etwas auf die Beine zu stellen, das Versprechen, das Schulwesen zu öffnen und die Rollläden in diesem Bereich hochzuziehen. Das ist das Versprechen, das wir in der Bildungspolitik machen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Die Integrationspolitik werden wir beim nächsten Tagesordnungspunkt thematisieren. Aber klar ist jedenfalls, dass da bei Ihnen in der Union eine Kakofonie herrscht. Das, was Seehofer sagt, unterscheidet sich diamentral von dem, was Annette Schavan sagt. Da müssen Sie erst einmal für Orientierung in den eigenen Reihen sorgen. Natürlich müssen wir ältere Arbeitnehmer qualifizieren. Trotzdem brauchen wir die Zuwanderung qualifizierter Kräfte. Ich glaube, auch da sind wir besser aufgestellt als Sie.

Ich stelle abschließend fest: In Ihrer Rede sind folgende Frage offengeblieben: Was sind die Ziele? Was sind die klaren Strecken für eine Ordnungspolitik? Dafür ist die Politik verantwortlich. Was sind Ihre Angebote, um in der Bildung wirklich individuell zu qualifizieren?

Sie haben sich hauptsächlich mit der Vergangenheit beschäftigt. Wir werden uns mit der Zukunft beschäftigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von den Grünen: Bravo!)

Präsident Peter Straub: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält jetzt Herr Fraktionsvorsitzender Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg scheint eine Plattform für alle Felder der Politik zu sein, und wessen Herz voll ist, dem geht manchmal der Mund über.

(Heiterkeit des Abg. Peter Hofelich SPD)

Ich will jetzt versuchen, mich auf das Thema "Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg" zu konzentrieren. Ich hoffe, dass es gelingt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Machen Sie es einfach umgekehrt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, die Industrie in Baden-Württemberg ist viel schneller aus der tiefen Talsohle des Jahres 2009 herausgekommen, als alle erwartet haben.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Richtig!)

auch die Wirtschaftsführer selbst. Man hatte gedacht, es würde nach dem Absturz erst einmal eine Horizontalbewegung geben, bevor es wieder hochgeht – also ein U –, tatsächlich aber stellt sich die Entwicklung wie ein V dar. Das heißt, nach dem steilen Absturz geht es wieder steil nach oben. Nur: Mit der Arbeit der baden-württembergischen Landesregierung hat das überhaupt nichts zu tun. Nichts!

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Von Ihnen kann man nichts anderes erwarten! – Abg. Thomas Knapp SPD: Die stürzt noch immer steil ab!)

Der Antrieb für die baden-württembergische Wirtschaft – insbesondere auch für das Haus Bosch – sind natürlich Bestellungen aus dem Ausland. Das heißt, die Weltkonjunktur ist sehr viel schneller wieder in Gang gekommen. Das ist das eine.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Schauen Sie einmal in die USA!)

Das andere ist der Produktivitätsfortschritt, den wir in den vergangenen Jahren auch in der Industrie in Baden-Württemberg erreicht haben. Es gab eine Steigerung um 10 %.

Wenn man aber jetzt einmal auf die politische Verantwortung zu sprechen kommt und fragt, weshalb die Krise unter dem Strich relativ glimpflich an den Unternehmen und an den Arbeitnehmern, insbesondere im Industriebereich – nehmen wir einmal die Firma Bosch –, vorbeigegangen ist, dann waren das im Wesentlichen zwei politische Entscheidungen. Auf eine wurde jetzt schon mehrfach hingewiesen: Das war die Entscheidung für die Verlängerung der Kurzarbeit.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Ja!)

Da war die FDP dagegen. Die andere ist die Entscheidung für die Abwrackprämie, die den tiefen Absturz gerade in der baden-württembergischen Zulieferindustrie gedämpft hat; da waren FDP und Grüne dagegen. Wenn Sie also heute einsehen, dass diese Entscheidungen richtig waren, dann ist es gut. Aber damals haben Sie jedenfalls keinen Beitrag dazu geleistet, dass dieser Abschwung der Weltwirtschaft für Baden-Württemberg so glimpflich verlaufen ist.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Jetzt ist natürlich wichtig: Die Produktivität ist auch deshalb vorangekommen, weil die Arbeitnehmer, die Betriebsräte und die Gewerkschaften sich in den vergangenen Jahren sehr moderat und sehr verantwortungsbewusst verhalten haben. Deshalb ist es richtig, dass jetzt, da es wieder läuft, die Arbeitnehmer dran sind, und zwar mit einem kräftigen Schluck aus der

Pulle. Deshalb begrüßen wir, dass Bosch jetzt sagt: Wir nehmen dies für uns in Anspruch – der Tarifvertrag sieht diese Möglichkeit vor – und führen die Lohnerhöhung zwei Monate früher durch. Wir appellieren an die anderen Betriebe, dies auch zu tun. Das ist ein Anspruch, den die Schaffer in den Betrieben – bei Bosch, bei Daimler und überall sonst – haben.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt möchte ich auf etwas zu sprechen kommen, was Ihre Politik kennzeichnet. Vor dem Hintergrund guter Statistiken, vor dem Hintergrund guter Entwicklungen vergessen Sie den genauen Blick darauf, dass es an anderer Stelle durchaus noch Handlungsbedarf gibt. Denn es ist beileibe nicht so, dass alle, die durch die zunehmenden Bestellungen in der Industrie jetzt in Beschäftigung kommen, angemessen beteiligt sind. Das Landesarbeitsamt weist darauf hin, dass 40 % der jetzt im Aufschwung neu angebotenen Stellen im Wege von Leiharbeit ausgeschrieben sind. 40 %! Herr Mappus, Sie wollten hören, wofür wir sind: Wir wollen, dass in Leiharbeit Beschäftigte nicht die Stammbelegschaft ersetzen. Dafür sind wir, und deshalb muss Leiharbeit zurückgeführt werden.

(Beifall bei der SPD)

Denn diese Kolleginnen und Kollegen haben beileibe nicht so viel vom Aufschwung, wie es die Stammbelegschaft hat. Deshalb müssen wir alles tun, damit tatsächlich wieder Stammbelegschaften aufgebaut werden und Leiharbeit wirklich nur zum Auftragsabbau, zur Abfederung von Aufschwung und Abschwung genutzt wird und Leiharbeiter nicht zum Ersatz für die Stammbelegschaft werden.

In diesem Zusammenhang ein Satz zu Hartz IV und zum Lohnabstandsgebot: Das war jetzt eine kuriose Nummer von Ihnen, zu sagen, das Lohnabstandsgebot zwischen denen, die als Transfereinkommen Hartz IV bekommen, und denen, die arbeiten, soll dadurch hergestellt werden, dass der Mittelstandsbauch abgeflacht wird. Das ist eine tolle Nummer. Nehmen wir einmal als Beispiel einen verheirateten Arbeitnehmer mit zwei Kindern, der 36 000 € im Jahr verdient. Der zahlt überhaupt keine Steuern; da geht es gar nicht um Steuern; das ist gar nicht das Thema.

Wenn wir über das Lohnabstandsgebot reden, dann geht es schon einmal nicht an, zu sagen, wir müssten die Hartz-IV-Sätze reduzieren. Das geht nicht; da ist das Bundesverfassungsgericht davor. Es sagt, das Einkommen, das jemand braucht, um an unserer Gesellschaft teilzuhaben, kann man nicht vom untersten Tariflohn ableiten. Man muss also etwas dafür tun, dass die niedrigen Löhne angehoben werden. Deshalb ist die richtige Antwort im Sinne des Lohnabstandsgebots, dass wir uns endlich darauf verständigen, dass Tariflöhne für alle verbindlich sind und dass es da, wo es keinen Tariflohn gibt, einen gesetzlichen Mindestlohn gibt. Dafür sind wir, Herr Mappus.

(Zuruf von der CDU)

Leider sind Sie dagegen.

Jetzt kommen wir einmal zum Thema "Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg" und zu der Frage, wo wir stehen. Wo ein Land wirtschaftlich steht, ist nicht das Ergebnis einer Entscheidung von vor einem Jahr oder zwei Jahren, sondern das

Ergebnis einer längerfristigen Entwicklung. Deshalb wäre es doch richtig und angezeigt, dass Sie wenigstens das zur Kenntnis nehmen, was Herr Prewo gesagt hat. Er hat nicht über die Regierungszeit von Herrn Mappus geredet, er hat nicht einmal über die Regierungszeit von Herrn Oettinger geredet, sondern er hat einen Vergleich angestellt, der 20 Jahre umfasst. Dabei stellen wir fest, dass wir zwar natürlich noch immer besser sind als andere Länder, aber unseren relativen Vorsprung langsam einbüßen. Er hat darauf hingewiesen: Hessen hat uns überholt, Bayern hat uns überholt, aber auch die Region Mailand hat uns überholt, und die Region Barcelona hat ebenfalls mächtig aufgeholt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Singapur auch!)

Deshalb muss man doch einmal die Frage stellen: Gibt es Bereiche, in denen wir uns besser aufstellen müssen, damit wir unsere Spitzenstellung, die wir in vielen Bereichen haben, halten? In puncto Wirtschaftsleistung haben wir sie schon eingebüßt. Da ist es doch wichtig, dass man die Gutachten nicht nur bestellt und zur Kenntnis nimmt, sondern auch darauf reagiert.

Jetzt haben Sie gesagt, Sie setzen die Tradition von Herrn Teufel fort, der damals das Roland-Berger-Gutachten bestellt hat. Ich sage: klasse. Das Roland-Berger-Gutachten hatte eine wesentliche Kernaussage: Wichtig sei, die Clusterbildung in Baden-Württemberg voranzutreiben und zu unterstützen.

(Minister Ernst Pfister: Genau!)

Es hat 15 Jahre gedauert, Herr Wirtschaftsminister, bis im Wirtschaftsministerium ein Clusterreferat eingerichtet wurde.

(Minister Ernst Pfister: Vielen Dank!)

Wenn Sie in dieser Geschwindigkeit fortfahren, dann sind Sie längst im verdienten Ruhestand, bevor Sie an eine Umsetzung denken können.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es um Innovationsförderung geht, kommt wieder zum Ausdruck, dass Sie sich hinter statistischen Durchschnittswerten verstecken. Natürlich ist der Anteil, der in diesem Bereich gemessen an der Wirtschaftsleistung in Baden-Württemberg ausgegeben wird, hoch. Der Anteil liegt über 4 %. Das ist klasse. Nehmen wir aber den Beitrag der Wirtschaft heraus und betrachten die öffentliche Forschung, dann befinden wir uns im Bundesdurchschnitt. Nun kann der Wirtschaftsminister sagen: "Klasse, wenn die Wirtschaft so viel tut, dann muss es der Staat nicht tun – Subsidiaritätsprinzip." Wenn man aber einmal betrachtet, welche Teile der Wirtschaft hierzu beitragen, stellt man fest, dass dies die großen Unternehmen, insbesondere im Automobilsektor, sind.

Die Wirtschaftsförderpolitik in Baden-Württemberg ist doch darauf auszurichten, den Nachteil auszugleichen, den die kleinen und mittleren Unternehmen gegenüber den großen Unternehmen haben. Denn die kleinen und mittleren Unternehmen haben keine großen Forschungsabteilungen. Deshalb ist doch die Frage, wie wir sie da unterstützen können. Genau auf diesen Punkt zielen all die Gutachten. Dazu gibt es auch den Vorschlag des Kollegen Prewo, an den Hochschulen Forschungshäuser als Schnittstellen zwischen dem Wissen, das dort vorhanden ist, und der Industrie, insbesondere der mittelständi-

schen Industrie, einzurichten. Wir haben das vorgeschlagen. Wir sind dafür, Sie sind dagegen. Das ist Fakt in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dietmar Bachmann FDP/ DVP: Wir haben das alles schon!)

Der zweite Punkt ist – insbesondere wenn man an die verschärften Regeln denkt, die aufgrund von Basel III zu erwarten sind – die Finanzierung des Mittelstands. Wir haben es in der Krise angesprochen. Wir haben darauf hingewiesen, dass wir da andere Instrumente brauchen als den klassischen Bankkredit. Dies wird sich unter Basel III noch verschärfen.

Ich bin sehr dafür, Herr Ministerpräsident, dass wir ein offenes Gespräch darüber führen, was wir in Baden-Württemberg mit unseren Mitteln, auch den Mitteln unserer Banken, tun können, um der mittelständischen Industrie den Weg zu eröffnen, den die Großen gehen können, nämlich den Weg an der Bank vorbei direkt auf den Kapitalmarkt, um die Bedingungen von Basel III zu umgehen. Das ist der Punkt.

(Zuruf des Abg. Peter Schneider CDU)

Allein können sie das nicht. Also wäre es doch eine zwingende Aufgabe mittelstandsfördernder Politik in Baden-Württemberg, zusammen mit unseren Banken über Finanzierungsinstrumente nachzudenken, um auch dem Mittelstand in Baden-Württemberg diesen Weg zu eröffnen, um vor allem längerfristige Finanzierungen darstellen zu können, die unter Basel III immer schwieriger werden.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie haben ein Thema angesprochen, das mit der Agenda 2010 zusammenhängt. Übrigens umfasst die Agenda 2010 mehr als Hartz IV.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Richtig!)

Die Agenda 2010 beinhaltet ein großes Programm zum Ausbau von Ganztagsschulen. Wir erinnern uns noch daran: Als in Berlin angekündigt wurde,

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Rot-Grün!)

dass vom Bund Mittel zur Verfügung gestellt werden – ich glaube, es waren insgesamt über 4 Milliarden € –, um Ganztagsschulen voranzubringen,

(Abg. Norbert Zeller SPD: Abgelehnt von Baden-Württemberg!)

hat die damalige Kultusministerin, Frau Schavan, gesagt: "Dieses Geld nehmen wir nicht. Ganztagsschulen brauchen wir in unserem Land nicht.

(Beifall des Abg. Reinhold Gall SPD – Abg. Reinhold Gall und Abg. Norbert Zeller SPD: Genau!)

Wir wollen die Kinder nicht so lange in Ganztagsschulen von ihren Familien fernhalten. Das ist nicht unsere Politik." Die Halbwertszeit war relativ gering.

(Abg. Peter Hauk CDU: Lang, lang ist's her! – Abg. Thomas Knapp SPD: Heute reden die ganz anders!)

Aber was bis heute andauert, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist, dass Sie noch immer ein zwiespältiges Verhältnis zu Ganztagsschulen haben, dass Sie noch immer nicht –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein! Wir wollen keine Zwangsganztagsschulen! – Lachen bei der SPD – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Das sind doch wieder Kampfbegriffe!)

- Wie war der Begriff?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Keine Zwangsganztagsschule! Wir wollen ein Wahlrecht für Eltern!)

Der Kollege Röhm sagt, er will keine Zwangsganztagsschule.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Entlarvend! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir haben aber Schulpflicht! Das ist auch Zwang!)

Ich sage Ihnen einmal eines. Wissen Sie, was ich nicht will?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Ich will keine Zwangshalbtagsschule.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deswegen haben wir z. B. Hausaufgabenbetreuung! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich sage Ihnen eines: Meine Zwillinge sind seit einem Jahr aus der Grundschule. Sie hatten keine Chance, auf eine Ganztagsschule zu kommen; sie haben jetzt übrigens auch keine Chance auf eine andere Ganztagsschule. Jetzt sage ich Ihnen einmal, was in Baden-Württemberg los ist: Im Bundesdurchschnitt gibt es im Grundschulbereich viermal so viele Ganztagsschulen als Angebotsschule wie in Baden-Württemberg. Ich will verdammt noch einmal das Angebot, nicht den Zwang. Aber Sie verweigern den Eltern das Angebot. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Da müssen Sie einen Antrag stellen!)

Jedes Unternehmen sagt Ihnen: Im Kindergartenbereich ist die Situation noch in Ordnung. Solange die Kinder im Kindergarten sind, funktioniert es mit der Mitarbeit der Eltern, insbesondere der Frauen. Da funktioniert das einigermaßen; das ist okay. Aber das Problem beginnt, wenn die Kinder dann in die Schule wechseln – weil Sie sich weigern, richtige Ganztagsschulen einzurichten. Sie sind noch nicht einmal in der Lage, Ganztagsschulen ins Schulgesetz von Baden-Württemberg aufzunehmen, weil Sie das noch immer nicht richtig wollen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wünschen uns eine ganz normale, rationale Haltung zu dieser Frage; wir wünschen uns, dass Sie Ihre Ideologie beiseiteschieben.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Die ist doch bei Ihnen, die Ideologie!)

Ganztagsschulen sind nicht gegen Familien gerichtet; sie unterstützen Familien.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Richtig! Genau! Aber die Eltern haben ein Wahlrecht!)

Sie ermuntern sie, Kinder zu haben, und schrecken sie nicht etwa davor ab.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die ersten 15 Jahre in der Ganztagsschule und danach in einer Pflegeeinrichtung! Das ist Ihr Ziel! – Lebhafter Widerspruch bei der SPD und den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Oh, Herr Zimmermann! Mein Gott! Wiederholen Sie das noch einmal, damit es auch wirklich im Protokoll steht! Noch einmal für's Protokoll! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

 Ich hoffe, Ihr Zuruf kommt ins Protokoll; ansonsten können Sie ihn noch einmal wiederholen. Diese Aussage ist bezeichnend; ich finde sie eigentlich klasse.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja, genau! So denken Sie!)

Weiter haben Sie das Thema "Rente mit 67" angesprochen und gesagt, die SPD verlasse eine in der Großen Koalition gemeinsam gefundene Linie. Herr Mappus, ich empfehle einen Blick in das Gesetz, das wir – CDU und SPD – gemeinsam beschlossen haben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Kann er lesen? – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das kann nichts gewesen sein!)

Im Gesetz steht, dass es, bevor die erste Stufe der Rente mit 67 erfolgt, einen Blick auf den Arbeitsmarkt geben muss und dass untersucht werden muss, wie die Beschäftigungssituation der Älteren vor Einführung der Rente mit 67 ist. Okay. Das machen wir. Wir handeln nach dem Gesetz.

Schauen wir nun einmal, wie viele der 60- bis 65-Jährigen noch in Arbeit sind. Wie viel Prozent der Menschen sind das?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Gering, gering! – Zuruf: Zu wenige!)

Es sind keine 20 %.

Schauen wir nun einmal auf die Firma Bosch und in weitere Industriebetriebe in Baden-Württemberg. Was schätzen Sie, wie viele Beschäftigte im Alter zwischen 60 und 65 die Firma Bosch hat?

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Ja, das müssen wir verbessern! Da sind wir uns absolut einig! Das muss verbessert werden!)

Schätzen wir diese Zahl doch einmal.

(Abg. Karl Zimmermann und Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das war doch Ihr Altersteilzeitprogramm!)

– Es geht nicht um Teilzeit. – Wie viele Beschäftigte in dieser Altersgruppe arbeiten bei der Firma Bosch? Sind es weni-

ger als 10 %, sind es weniger als 5 %, oder sind es weniger als 1 %?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Gehen Sie an die Ursachen heran! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Da sind wir uns doch einig! Diesen Trend müssen wir umkehren!)

Deshalb, Herr Mappus: Solange es nicht gelingt, tatsächlich mehr ältere Menschen in Beschäftigung zu bekommen, ist die Einführung der Rente mit 67 ein reines Rentenkürzungsprogramm und kein Beschäftigungsprogramm für Ältere.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb hat sich die Aufgabe, das Rentenalter auf 67 Jahre anzuheben, noch nicht erledigt; wir alle verstehen, was die demografische Entwicklung bedeutet. Das ist selbstverständlich nicht erledigt. Aber wer sich selbst begrenzt und sagt: "Jetzt führen wir die Rente mit 67 ein, und alles wird gut", der verkennt die Wirklichkeit.

Gerade wir mit unseren starken Industriebetrieben in Baden-Württemberg müssen doch einen Blick auf die Realität werfen. Wir müssen doch erkennen: Wenn weniger als 1 % der Mitarbeiter in diesen Betrieben über 60 Jahre alt sind, dann muss doch zunächst einmal etwas in Bezug auf die Altersgruppe der 60- bis 65-Jährigen passieren, bevor die Gruppe der 65- bis 67-Jährigen in den Fokus kommt und die Arbeit bis 67 die Regel wird. Dafür brauchen wir verschiedene Instrumente.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sagen Sie doch, was passieren soll! Was wollen Sie vorschlagen?)

Da muss man doch akzeptieren, dass ein Schaffer, der 40 Jahre lang in der Produktion am Band stand, anders behandelt werden muss als jemand, der mit 30 Jahren seine erste Arbeitsstelle am Schreibtisch hatte. Das muss man doch einfach einmal einsehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das wird er doch! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Machen Sie einmal konkrete Vorschläge!)

Deshalb lautet unser konkreter Vorschlag,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, bitte!)

die Rente ab 67 so lange nicht in Kraft treten zu lassen, wie die Lage so ist, wie sie heute ist. Wir müssen jetzt darüber reden, wie wir es schaffen, mehr Ältere in Beschäftigung zu bringen.

(Abg. Peter Hauk CDU: So zerreden wir alles!)

Wir müssen Gesundheitsvorsorge betreiben, wir müssen über die Gestaltung der Arbeitsplätze sprechen, die auch noch von Älteren eingenommen werden können. Wir müssen Betriebsund Teilrentenmodelle in Gang bringen, damit denjenigen ein Ausstieg ermöglicht wird, die es einfach nicht mehr schaffen. Es gibt Situationen im Land, die dazu führen, dass Beschäftigte nach 40 Jahren "abgeschafft" sind.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Das alles gibt es doch schon!)

Da kann man nicht einfach so tun, als könnte man jeden Mitarbeiter bis 67 schaffen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck?

(Abg. Walter Heiler SPD: Wenn sie zielführend ist!)

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Kollege Schmiedel, ist Ihnen bekannt, ab welchem Zeitpunkt die Leute schaffen müssen, bis sie 67 Jahre alt sind? Morgen, übermorgen, nächstes Jahr? Können Sie uns das einmal erläutern?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Alles falsch bisher! Alles falsch!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Es ist Ihnen bekannt, es ist jedem hier bekannt, dass die Rente mit 67 Jahren nicht von heute auf morgen kommt, sondern dass das Renteneintrittsalter sich in Monatsschritten steigert. Das hilft aber einfach nicht weiter. Wenn wir in den Industriebetrieben bei unter 1 % sind, wird das, wenn sich nichts ändert, auch in zehn Jahren nicht viel besser sein. Wenn wir uns einig sind, dass eine längere Lebensarbeitszeit angesichts der demografischen Entwicklung unumgänglich ist, dann ist es zunächst einmal unsere Aufgabe, zu überlegen

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Machen wir doch! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Du machst gar nichts!)

– das machen Sie gar nicht; Sie reden nur über die Rente mit 67; Punkt, aus – und darüber zu reden, wie man die Voraussetzungen dafür schafft.

Jetzt kommen wir noch einmal zur Bildungspolitik in Baden-Württemberg und zum Thema Fachkräftemangel. Natürlich brauchen wir Zuwanderung. Das ist überhaupt keine Frage. Wenn wir feststellen, dass schon heute von 100 Ingenieuren, die jetzt in Pension gehen, aus eigener Kraft nur noch 90 ersetzt werden können

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: 30, 40! Viel weniger!)

und in fünf Jahren nur noch 80 % ersetzt werden können, dann ist völlig klar, dass wir in diesem Bereich den Ersatz aus eigener Kraft nicht schaffen. Wir brauchen aber nicht nur den Ersatz, sondern wir brauchen mehr.

Eine gezielte Zuwanderungspolitik ist okay. Aber man muss endlich einmal ein Bekenntnis ablegen und sagen: Wir sind ein Einwanderungsland. Dann muss man sich dem Problem aber auch stellen und darf nicht mit irgendwelchen blöden Aufenthaltskarten arbeiten, die an einen Arbeitsplatz gebunden sind. Dann muss man denen, die hier studieren, die hier Ingenieurwissenschaften studieren, sagen, dass sie hinterher hierbleiben sollen und dass sie mit ihrer Familie willkommen sind, dass wir für andere Kulturen offen sind. Man darf nicht so tun, als müssten sie sich erst bezüglich der Mentalität, des Essens oder Ähnlichem "eindeutschen", sondern man muss sagen: Wir sind ein Einwanderungsland, das mit unterschiedlichen Kulturen lebt.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Jeder, der hier seinen Arbeitsplatz findet, und jeder, der sich zu unserer Gesellschaft und zu unseren Grundwerten bekennt, ist mitsamt seiner Familie willkommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Eisbein mit Sauerkraut! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das Zweite: Wenn Sie, Herr Mappus, sagen: "Wir können uns im Bildungsergebnis mit allen Ländern messen, wir sind da super spitze",

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann stimmt es auch!)

dann ist das wieder der einfache und billige Blick auf eine Durchschnittsstatistik.

Wir sind in einem Punkt überhaupt nicht besser, nämlich in dem, dass 20 % der Schüler eines Jahrgangs nicht den Übergang von der allgemeinbildenden in die berufliche Ausbildung schaffen. Es geht dabei nicht um die Schulabbrecher. Es geht darum, dass man in Baden-Württemberg auch mit einem Schulabschluss Probleme hat, eine Übergangsmöglichkeit zu finden. Damit sind wir beim Thema "Hauptschule in den großen Städten im Land".

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wenn ich bei mir in Ludwigsburg frage, höre ich, dass 80 % der Hauptschüler und Werkrealschüler nach dem Abschluss keinen Platz in einer beruflichen Ausbildung finden.

Deshalb sagen wir, wofür wir sind: Wir sind dafür, alle Anstrengungen dafür zu unternehmen – das können wir mit dem Berufsausbildungsgesetz –, dass jeder junge Mensch, der in Baden-Württemberg eine Schule erfolgreich beendet hat, im Anschluss eine Berufsausbildung bekommt. Dafür sind wir.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Dafür sind wir auch! Da sind wir uns doch einig!)

- Frau Netzhammer, wenn Sie dafür sind, frage ich Sie: Wo sind denn Ihre Instrumente? Wir und insbesondere Gunter Kaufmann haben doch mehrfach dafür geworben, die Möglichkeiten des Berufsausbildungsgesetzes zu nutzen, um, anstatt mit öffentlichem Geld Warteschleifen zu finanzieren, ein erstes Jahr der Berufsbildung zu finanzieren, das dann im Wege einer beruflichen Ausbildung anerkannt wird, damit nicht unnütze Zeit in einer Warteschleife verbracht wird.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das haben Sie abgelehnt. Wir waren dafür, Sie waren dagegen. Wenn man dafür ist, dann muss man auch etwas dafür tun, damit es tatsächlich besser wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Unter dem Strich geht es deshalb nicht darum, Herr Mappus, das Land schlechtzureden. Das macht niemand.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Oft genug! – Abg. Peter Hofelich SPD: Wir jedenfalls nicht! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das hätten Sie gern. Aber es geht auch nicht darum, in Jubel auszubrechen und die Augen vor den echten Herausforderungen, die wir haben, vor den Problemen und vor den Sorgen vieler Menschen zu verschließen.

Denken Sie einmal daran, dass heute im Gegensatz zu früher nur eine Minderheit – weniger als 20 % – noch glaubt, dass der Satz stimmt: "Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es mir auch gut." Früher hat eine große Mehrheit gesagt: "Dieser Satz stimmt." Heute sagt nur noch eine Minderheit, dieser Satz sei richtig.

Daran sieht man doch, dass es auch in Baden-Württemberg Menschen gibt, die Sorgen haben, die ernst genommen werden wollen – Eltern, die sehen, dass ihre Kinder Probleme haben, in eine berufliche Ausbildung zu kommen, und Menschen, die in Arbeit sind, deren Arbeitsplatz aber unsicher ist, Menschen, die in Arbeit sind und von dieser Arbeit am Ende des Tages nicht leben können. Diese Sorgen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten Sie sowie Herr Mappus und die Landesregierung ernst nehmen. Darüber sollten Sie mit uns diskutieren und sollten nicht einfach mit Ihren Statistiken darüber hinweggehen. Das ist eine billige Methode, aber keine verantwortliche Politik.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Fraktionsvorsitzender Hauk das Wort.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die von der CDU beantragte Debatte zum Thema "Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg: Baden-Württemberg – Motor für Deutschland, Deutschland – Motor für die Welt" scheint auch bei der Opposition reges Interesse gefunden zu haben.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Ins Schwarze getroffen!)

Das ist schon einmal erfreulich, weil man in den vergangenen Wochen und Monaten meinte und meinen konnte, es gebe für die Opposition nur noch ein Thema, aus dem sie für sich vermutlich den denkbar meisten Honig saugen würde.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was soll denn das?)

− Es ist so.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das muss man doch einmal festhalten.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das darf man doch sagen! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Schließlich tritt Herr Kretschmann hier ans Rednerpult und spricht in etwa davon, den in Baden-Württemberg erreichten Stand müsse man ja anerkennen. Aber das Ganze sei noch von der rot-grünen Bundesregierung angetrieben worden, indem sie auf klare umweltpolitische und Klimaschutzziele gesetzt habe. Herr Kollege Kretschmann, Sie sagen, die Landesregierung betreibe im Bereich der Forschung eine falsche Investitionspolitik, weil sie nicht in die dynamischen Sektoren – so Ihre Wortwahl –, sondern nur in die Altsektoren investiere.

Lieber Herr Kretschmann, was Ihre Dynamik angeht, muss man sagen: Es handelt sich um eine rein ideologiegeprägte Dynamik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Denn in Ihren Augen findet vermeintliche Dynamik nur in den Sektoren statt, die Sie gerade für gut erachten. Aber wahr ist doch: Dynamik im Bereich des Baus von Windkraftanlagen hätte es nie gegeben, wenn der Maschinenbau in diesem Land nicht eine so massive Stellung innerhalb der Cluster gehabt hätte. Die Weiterentwicklung wäre gar nicht vonstattengegangen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Wahr ist: Dynamik im Bereich der Fotovoltaik hätte es nie gegeben, wenn bei uns in diesen Sektoren nicht schon immer und von vornherein Grundlagenforschung vorhanden gewesen wäre.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Das gilt auch für die anwendungsorientierte Forschung.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wahr ist auch – dies blenden Sie aus –, dass es gerade in unseren klassischen Industriebereichen – Maschinenbau, Elektrotechnik, Automobilbau, um nur einige zu nennen; ich könnte z. B. auch noch Chemie nennen – in den letzten drei, vier Jahren die weitaus größte Dynamik gab. Warum? Weil genau diese Sektoren nicht stehen geblieben sind, sondern sich auch anhand neuer umweltpolitischer und neuer wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen und vor allem auch neuer Wettbewerbsbedingungen in einer globalisierten Welt genau dieser Dynamik gestellt haben.

Das Fahrzeug aus dem Jahr 2010 – beim heutigen Automobilbau – ist doch nicht mehr mit dem Fahrzeug aus dem Jahr 1990 oder aus dem Jahr 2000 vergleichbar.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Das gilt für alle Facetten. Halten Sie der Landesregierung doch nicht vor, sie hätte in den letzten Jahren überall dort Versäumnisse begangen. Wo kommen denn die Fachkräfte im FuE-Bereich derzeit her? Noch immer weit überwiegend genau aus unserem Land. Wo werden die Ingenieure, die Maschinenbauer etc. denn ausgebildet? Doch überwiegend in diesem Land. Wer hat denn bundesweit den besten Ruf? Wo haben wir die besten Kapazitäten? Dabei denke ich insbesondere an die Weiterentwicklung der Technischen Universität Karlsruhe und des Forschungszentrums Karlsruhe im vergangenen Jahr. Wo haben wir denn die besten Startvoraussetzungen geschaffen? Das ist Infrastruktur für die Zukunft. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Gegensatz zu Ihnen geht es uns nicht darum, eine gängelnde Industriepolitik zu machen. Vielmehr vertrauen wir auch auf die Wettbewerbskräfte des Marktes. Das ist wahr. Wir ver-

trauen auch auf Standards, die wir im Interesse des Klimaschutzes setzen. Wir setzen sie aus eigenem Interesse und nicht deshalb, um die Wirtschaft anzuspornen, in diese Sektoren noch mehr zu investieren. Denn wir wissen, dass es viele Verlierer gäbe, wenn das der einzige Antrieb wäre. Wir setzen sie deshalb, weil die Volkswirtschaft und wir als Menschen diese Standards wollen und brauchen.

Es ist aber auch klar, dass Wettbewerb und Wettbewerbssituationen in einer globalisierten Wirtschaft keine Zukunft haben, wenn sie allein von staatlichen Standards abhängig sind. Sie hingegen frönen noch immer Ihrer Vorstellung von einer national fest abgegrenzten Volkswirtschaft, in der Sie allein Standards bestimmen und setzen können, nach denen sich alle zu richten haben, und meinen, dies werde am Ende überhaupt keine Auswirkungen haben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was soll denn das? So ein Käse!)

Davon hätten Sie sich im Prinzip schon vor 20 Jahren verabschieden müssen, Herr Kollege Kretschmann. Sie haben den Prozess der Globalisierung nach der Wiedervereinigung und dem Zusammenbruch der planwirtschaftlichen Wirtschaftssysteme offensichtlich nicht mitgemacht. Das scheint mir ziemlich klar zu sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Sie sagen, wir müssten die Infrastruktur weiterentwickeln. Ja, natürlich. Ich sage: Neben der Frage der Ausbildung und Bildung der Menschen sowie der Forschung und Entwicklung ist die zweite große Baustelle in einem Land, das der Staat gestalten kann, seine Infrastruktur in allen Sektoren.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Dann machen Sie mal!)

Herr Prewo beklagt mit Krokodilstränen eine geringe Investitionsquote des Bundes in Baden-Württemberg,

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Nein, des Landes!)

vergisst aber, dass seine Partei über elf Jahre lang Verantwortung in der Bundesregierung trug und immer den verantwortlichen Bundesverkehrsminister in diesem Land gestellt hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Prewo, die Krokodilstränen sollten Sie über die Vielzahl der Verkehrsminister weinen.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Sie kriegen es doch nicht hin!)

Die geringe Kontinuität in diesem Amt zeigt aber auch, welche Bedeutung Sie dieser Thematik beigemessen haben. Aber sei's drum.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, die Infrastruktur ist mit das wichtigste und das zentrale Thema. Über ein paar Dinge sind wir uns doch wahrscheinlich einig.

Natürlich brauchen wir mehr Geld. 20 Jahre nach der Wiedervereinigung müssen wir in guter Solidarität Mittel wieder in den Westen zurücktransferieren, vor allem auch in den Südwesten der Bundesrepublik. Nach dem Aufbau Ost brauchen wir jetzt den Ausbau Südwest. Das ist gar keine Frage.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Was den Straßenbau angeht, sind wir uns mit der SPD weitgehend einig. Bei den Grünen aber ist Funkstille angesagt.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Im Gegenteil!)

Sie werden sich nicht vollständig vom Thema Mobilität verabschieden können, aber auch dabei bin ich mir nicht ganz sicher. Herr Kretschmann, ich bin mir nicht ganz sicher, was die Grünen eigentlich denken. Da kommt der seriöse Herr Kretschmann und erzählt uns ein paar Storys. Morgen kommt irgendein Überflieger und Hereinflieger aus Berlin namens Özdemir, der uns andere Storys erzählt. Dann kommt irgendein bahnfeindlicher Oberbürgermeister aus der Nachbarschaft,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aus Tübingen!)

der uns wieder andere Storys erzählt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ein buntes Durcheinander! Ein Kessel Buntes!)

Welchen Storys der Grünen sollen wir in Zukunft noch glauben? Wer steht eigentlich für grüne Politik?

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ihr glaubt grünen Storys sowieso nicht, egal, von wem sie kommen!)

- Ich frage nicht, wem wir glauben sollen, sondern wem die Bürger glauben sollen. Wir haben Sie ja durchschaut. Die entscheidende Frage ist, wem die Bürgerinnen und Bürger noch glauben sollen. Ich mache mir da wirklich Sorgen. Ich mache mir auch Sorgen um den Zustand der Grünen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Selbst die SPD hat schon einen Teil ihrer Glaubwürdigkeit verspielt. Dies geschah mit der Abkehr von der Rente mit 67, mit der Abkehr von Hartz IV und mit der Abkehr von dergleichen mehr.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Von S 21!)

Bei der SPD ist fast Hopfen und Malz verloren. Sie sind in Ihrer Glaubwürdigkeit schon massiv erschüttert. Aber den Grünen, die bisher noch als die Gutmenschen in Deutschland gegolten haben – die oppositionellen Gutmenschen –, kann man auch nichts mehr glauben, weil man nicht weiß, wohin sie sich entwickeln.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Der CDU glaubt ohnehin niemand! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜ-NE verlässt seinen Abgeordnetenplatz. – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt flüchtet er!)

 Ich weiß, Herr Kollege Kretschmann und andere scheinen manches nicht auszuhalten. (Zurufe, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kretschmann holt Hilfe von Palmer!)

Eigentlich wollte ich noch etwas zum Thema Schiene sagen.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Jetzt ist er gegangen!)

Aber ich sehe, Herr Kollege Wölfle ist wieder einmal nicht im Parlament und scheint auch an diesem Tag wieder anderes vorzuhaben.

(Zurufe von den Grünen, u. a. Abg. Franz Untersteller: Geht es denn noch billiger? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vielleicht telefoniert er mit Palmer! – Unruhe)

Wahrscheinlich stimmen sich Kretschmann, Palmer, Özdemir und Wölfle gerade miteinander ab. Wer weiß das?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von den Grünen)

Zum Thema Infrastruktur: Wir sind uns wahrscheinlich mit der SPD darin einig, dass wir beim Straßenausbau zweifelsohne noch Nachholbedarf haben.

(Zurufe von den Grünen)

Der zweite Bereich ist die Schiene. Das kann ich Ihnen am Ende nicht ersparen. Herr Kollege Kretschmann, der jetzt leider nicht da ist, sagt, man müsse die alte Achse Nord-Süd sehen. Jawohl, diese muss man sehen. Denn ich bin schon dafür, dass man die Zentren, die heute existieren, auch miteinander verbindet. Das ist wahr.

Deshalb setzen wir alles daran, dass wir im Rheintal deutlich vorwärtskommen. Das wird in Weil nach dem Planfeststellungsverfahren ja auch passieren. Dort gibt es den "Roten Punkt". Die Finanzierung dort ist jetzt auch gesichert. Das heißt, im südlichsten Abschnitt des Rheintals, in Weil, wird jetzt auch gebaut. So wird sukzessive verfahren. Soweit der "Rote Punkt" erteilt ist, wird auch im Rheintal weiter gebaut. Das ist auch richtig.

Sie vergessen nur eines – das betrifft das Thema Zukunftsfähigkeit –, nämlich dass sich die Europäische Union nicht mehr in Richtung Süden, sondern in Richtung Osten erweitert hat. Die dynamischsten Märkte in der Europäischen Union werden in den nächsten Jahren eben nicht in Italien, am Mittelmeer und in Nordafrika, sondern im Osten zu suchen sein – übrigens auch entlang der Donau, Stichwort Donaustrategie auch des Landes Baden-Württemberg.

Es ist doch ganz klar: Wer heute einen Vorsprung schafft, wer bereits heute die Verkehrsinfrastruktur darauf ausrichtet, wo unmittelbar in unserer Nachbarschaft, nämlich innerhalb der EU, Wirtschaftsdynamik entsteht, wird auch davon profitieren. Davor, Herr Kollege Kretschmann, verschließen Sie sich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das stimmt doch überhaupt nicht! Die Neubaustrecke ist doch überhaupt nicht güterverkehrstauglich! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Darum geht es doch gar nicht!)

Entschuldigung, Herr Kollege Kretschmann. Sie vergessen eines: Im Rheintal geht es im Wesentlichen um den Güterverkehr. Dabei geht es auch darum, dass die Schweiz – deshalb hat sie auch den Staatsvertrag abgeschlossen – mit dem Neubau des Gotthard-Basistunnels einen Großteil des Lkw-Verkehrs aus den engen Tälern der Schweiz herausbekommen will, was durchaus verständlich ist.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Es geht also um Güterverkehr. Hier jedoch geht es in allererster Linie um Personenverkehr auf der Ost-West-Achse, weil wir auf dieser Achse keine leistungsfähigen Personenverkehrsverbindungen haben.

Herr Kollege Kretschmann, Sie wollen die Zahl der Kurzstreckenflüge und der Mittelstreckenflüge eindämmen. Den Pkw-Verkehr wollen Sie auch nicht fördern. Was bleibt dann für die Menschen übrig? Sie haben mir noch immer nicht erklärt, wie Sie diesen Spagat schaffen wollen. Sollen die Menschen dann gemütlich mit dem Schiff von Regensburg und von Ulm aus über die Donau verkehren?

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Mehr Niveau, bitte! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Ulmer Schachtel! – Abg. Reinhold Gall SPD: Auch schön! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wenn man viel Zeit hat!)

Nein. Meine Damen und Herren, an diesem Beispiel der Hardware-Infrastruktur zeigt sich, dass sich vor allem die Grünen des Themas nicht annehmen. Warum? Das liegt auch daran, dass man dabei keine Wolkenbilder verschieben kann. Da kann man keine weißen Wolken zeichnen und sagen: "Wunderbar, sieh einmal nach links und nach rechts, die Sonne geht auf, und es ist alles toll." Vielmehr wird da die Wahrheit ganz konkret

Auch die Menschen spüren: Infrastruktur hat eine unmittelbare Auswirkung auf sie und auf die Landschaft. Das ist überhaupt keine Frage. Wenn man Infrastruktur schaffen will, zieht das auch Eingriffe nach sich, die man abwägen muss. Genau diesen Prozessen verschließen Sie sich. Das ist der entscheidende Punkt.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wir verschließen uns dem überhaupt nicht! Blödsinn! – Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Er spricht als Opposition gegen die Grünen!)

Doch, das ist Ihr entscheidendes Manko. Sie fordern A und sind nicht bereit, daraus die Konsequenz – das ist B – zu ziehen. Sie fordern den Ausbau regenerativer Energien, der Windkraft, sind aber nicht bereit, die Konsequenz zu ziehen, dass man dafür Batterien – nämlich Pumpspeicherkraftwerke – und Netzleitungstrassen braucht. Das ist doch wahr.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe, u. a. der Abg. Franz Untersteller GRÜNE und Helmut Walter Rüeck CDU)

In Thüringen führen Sie den Widerstand gegen 380-kV-Trassen an.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das hätten Sie gern!)

Sie wissen genau, dass der Windstrom von Nord nach Süd transportiert werden muss. Im Südschwarzwald sind Sie beim Widerstand dabei, wenn es um Pumpspeicherung geht.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Da gibt es CDU-Gemeinderäte im Vorstand!)

 Ja, natürlich gibt es die. Aber wir haben landespolitisch den Durchsatz, um das entsprechend durchzutragen. Vor Ort verhindern Sie, und hier vor Ort verhindern Sie den Bau von Schnellbahnstrecken.

(Widerspruch bei den Grünen – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: So ein Quatsch!)

- Ja, natürlich. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Kollege Kretschmann, Sie wollen im Prinzip die Gutmenschen bleiben, und wenn die Betroffenheit vor Ort kommt, wollen Sie auch die Gutmenschen bleiben. Das passt nicht zusammen. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was haben Sie gegen Gutmenschen?)

Herr Kretschmann, Sie sprechen davon, dass die Schule geöffnet werden müsse. Das glaube ich. Sie würden die Schule so öffnen, dass die Dächer weg sind und es hineinregnet.

(Heiterkeit bei der CDU – Beifall der Abg. Veronika Netzhammer und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

So wird es kommen. Sie sagen, man müsse die Rollläden hochziehen, aber Sie hauen die Fenster heraus. Entschuldigung, sagen Sie doch, was Sie wollen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Basisschule! – Abg. Reinhold Gall SPD: Die Dächer bleiben drauf!)

Sie wollen die Basisschule, Sie wollen Basisdemokratie. Nein. Ich sage Ihnen, was wir wollen. Wir wollen für alle Menschen, auch für Kinder und Jugendliche, Leistungsstandards setzen, das heißt zentrale Abschlüsse, aber auch individuelle Förderung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Wir wollen keine neun Jahre Basisschule, bei der die starken Schüler nicht gefördert würden und die schwachen auf der Strecke blieben und nur der Durchschnitt gefördert würde. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: So würden Sie es machen! Wir würden es anders machen!)

- Nein.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Doch! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ihr wollt die Schwachen ausgrenzen! – Gegenruf von der SPD: Wer? – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ihr!)

Aus diesen Grundsätzen muss doch jeder gelernt haben.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist ein bisschen viel Polemik! Sie üben bereits für Ihre Rolle als Opposition! – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oje! Hochmut kommt vor dem Fall! – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

 Herr Kollege Kretschmann, Herr Kollege Rüeck hat vollkommen recht: Hochmut kommt vor dem Fall.

(Zurufe – Unruhe)

Wenn Umfragen die aktive Politik beeinflussen würden, wäre das noch schöner. Dafür haben wir eine repräsentative Demokratie, Herr Kretschmann. Die Legislaturperiode endet am 30. April 2011. Die Weichen werden am 27. März 2011 gestellt und keinen Tag früher.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber repräsentative Demokratie heißt nicht, dass man blind polemisiert! – Unruhe)

– Daran sieht man die unterschiedliche Wahrnehmung. Sie polemisieren im Prinzip gegen die Landesregierung, werfen ihr Untätigkeit vor, werfen ihr eine fehlende Dynamik in den in Ihren Augen dynamischen Sektoren vor. Das ist dann ein "sachlicher Beitrag". Wenn man dagegenhält, ist es unsachliche Polemik. Diese Art der Wahrnehmung sind wir von den Grünen mittlerweile gewohnt. So sieht es doch aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kollege Schmiedel hat noch das Thema Mittelstandsfinanzierung angesprochen. Ich glaube, das ist, wenn man über Infrastruktur redet, eine der Rahmenbedingungen, auf die wir gemeinsam ein Auge werfen müssen. Hier droht uns in der Tat von den Angloamerikanern in Sonderheit, aber auch von der Europäischen Union in einigen Bereichen Gefahr. Das ist gar keine Frage.

Wenn von den Banken eine höhere Eigenkapitalquote unabhängig vom Geschäft, das sie betreiben – das ist der entscheidende Punkt –, gefordert wird, steht am Ende unter Umständen weniger für die Mittelstandsfinanzierung zur Verfügung. Dann ist natürlich die Frage: Was davon kann der Staat kompensieren? Wahrscheinlich nicht alles. Wir müssen alles daransetzen, bevor vermutlich im nächsten Jahr die Basel-III-Richtlinie vom Europäischen Parlament, von der Europäischen Kommission und vom Europäischen Rat verabschiedet wird,

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Wo denn?)

dass es uns gemeinsam gelingt, dabei den betont mittelständischen Charakter und eine betont mittelständische Ausgestaltung zu erreichen.

Was ist hierbei der Kernpunkt? Der Kernpunkt ist meines Erachtens, dass bei der Frage der baden-württembergischen Mittelstandsbanken, die im Wesentlichen – aber nicht nur – die Genossenschaftsbanken und die Sparkassen sind, klar differenziert wird zwischen Eigenkapital- und Kernkapitalquote im klassischen Unternehmenskundengeschäft, im klassischen Kreditgeschäft – eine Bank leiht also einem Maurermeister ABC oder einem Industrieunternehmen CDE Geld – und dem klassischen Geschäft mit dem Endkunden, also mit Einzelpersonen.

Da muss man klar abschichten. Diese beiden Sektoren waren in der Vergangenheit nicht risikobehaftet. Von diesen Sektoren ging keine Gefahr für die Finanzwirtschaft aus; von ihnen ging auch keine Gefahr für die Volkswirtschaft dieses Landes aus. Vielmehr waren es in Wahrheit ausschließlich die Kreditersatzgeschäfte, die das Bankensystem, das Finanzsystem und das Wirtschaftssystem ins Wanken gebracht haben.

Ich glaube, man muss gemeinsam versuchen, den Schwerpunkt bei der Frage der Ausgestaltung von Basel III so zu legen, dass genau dort eine deutlich höhere Kernkapitalquote vorgesehen wird, wo es um die risikobehafteten und höchst risikobehafteten Geschäfte von Geschäftsbanken geht.

(Zuruf von der SPD)

– Da sind wir uns in Teilbereichen einig. Deshalb muss man an dieser Baustelle weiterarbeiten und darf nicht vorschnell die Flinte ins Korn werfen; denn das ist eine der Rahmenbedingungen und ein Teil der Infrastruktur dieses Landes. Es wird am Ende wieder klar werden – das muss man auch den großen Investmentbanken sagen –, dass auch das Banken- und Finanzsystem in Bezug auf die Wirtschaft eine dienende und keine beherrschende Funktion hat.

Meine Damen und Herren, die Vorschläge, die Sie bisher dazu gebracht haben, wie sich das Land weiterentwickeln soll, wie wir an die wirtschaftspolitische Dynamik dieses Jahres – ein Wachstum von über 5 % ist sensationell; das muss man in aller Bescheidenheit hinzufügen können – anknüpfen können, waren absolut untauglich.

Ich würde mir wünschen, dass Sie taugliche Vorschläge machen,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Von nichts kommt nichts!)

die ganz konkret in der Infrastruktur, in der Bildung, in Forschung und Technologie ansetzen, dass Sie aktiv werden und konstruktive Vorschläge bringen und nicht nur Vorschläge machen, die schon altbekannt sind und sich seit den Neunzigerjahren nicht mehr weiterentwickelt haben. Daran fehlt es bei der Opposition.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Hauk ist schon auf vieles von dem, was die Herren Schmiedel und Kretschmann hier vorgebracht haben, eingegangen.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Oh! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Dann können Sie sich doch wieder setzen!)

Manches von dem hat sich damit erledigt. Das eine oder andere muss allerdings auch von meiner Seite noch angesprochen werden.

Stichwort "Kretschmann und der Wind": Herr Kollege Kretschmann, ich konzediere Ihnen durchaus, dass Sie in industrie-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

politischen Debatten zumindest immer ein konkretes Beispiel haben. Wenn Sie gefragt werden, wohin die wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg gehen soll, wo die wirtschaftliche Zukunft liegt, dann verweisen Sie immer auf die Windkraft und auf die Unternehmen, die sich im Land Baden-Württemberg etwa an der Produktion von entsprechenden Komponenten beteiligen. Das kritisiere ich in keiner Weise. Das ist durchaus ein wesentlicher Zukunftsfaktor.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das freut uns!)

Aber es ist immer das einzige Beispiel, das Sie haben, und es ist vor allem nicht konsequent zu Ende gedacht. Denn Sie stellen sich offensichtlich vor, dass all das, was diese Konzerne und auch Mittelständler in Baden-Württemberg produzieren, auch in Baden-Württemberg aufgestellt werden muss.

Fakt ist natürlich, dass Windkraft dort sehr viel effizienter ist, wo auch wesentlich mehr Wind bläst als bei uns, nämlich onoder offshore an der Küste. Wenn es dann aber konkret wird – das erleben wir im Moment schon im Nordseeraum –, sind es Ihre politischen Freunde, die plötzlich das Paarungsverhalten der Schweinswale entdecken und gegen die Offshorewindparks sind.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist für den Bereich, den Sie in Baden-Württemberg immer als Zukunftsfeld im Munde führen, in keiner Weise förderlich.

Das andere sind die Trassen und die Infrastruktur, die wir für die erneuerbaren Energien brauchen. Kollege Hauk hat es schon angesprochen. Wer kämpft dann gegen Pumpspeicherkraftwerke in Baden-Württemberg? Die Grünen.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Wer steht schon wieder auf den Barrikaden, wenn es darum geht, die entsprechenden Trassen für den Transport der Energie durch die Bundesrepublik Deutschland zu führen? Die Grünen.

Das ist die Konsequenz Ihrer Politik. Das ist diese Wohlfühlpolitik, die Sie machen. Sie führen ständig den Begriff der regenerativen Energien im Mund, weil Sie wissen: Er hat einen guten Klang. Wenn es aber beim Thema Infrastruktur konkret wird, sind Sie die Ersten, die auf die Barrikaden gehen – genauso wie beim Thema Schienenverkehr.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Dr. Rülke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Untersteller?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber selbstverständlich.

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Herr Kollege Rülke, ist Ihnen bekannt, dass sich die FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag vehement gegen den Ausbau von Freilandtrassen und neuen Netzen einsetzt und sich vielmehr für eine Erdverkabelung neuer Trassen stark macht? Ist Ihnen das bekannt, und wie stehen Sie dazu?

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Gegen Erdverkabelung seid ihr ja auch!)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Kollege Untersteller, mir ist bekannt, dass die FDP in Niedersachsen im Unterschied zu den Grünen überhaupt für eine Trasse ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Das ist doch schon einmal ein wesentlicher Fortschritt.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Platter geht es nicht! Platter geht es gar nicht!)

Herr Kollege Kretschmann, Sie haben der Regierungskoalition Kakofonie vorgeworfen. Kakofonie war Ihr Begriff. Ich finde diesen Vorwurf aus grüner Perspektive schon interessant. Denn bei Ihnen stellt sich ja auch die Frage, wer eigentlich das Sagen hat. Ist es Herr Özdemir im Kommandostand im Helikopter, oder ist es vielleicht ein im Moment freigestellter Oberbürgermeister, der auf Steuerzahlerkosten Kinderbetreuung in Brüssel macht

(Unruhe bei den Grünen)

und dann aber wieder in das Land einschwebt, um gegen Stuttgart 21 zu polemisieren? Oder sind Sie es? Gehen wir einmal davon aus, dass Sie zumindest für die Grünen in diesem Haus das Sagen haben.

Sie haben gegen Stuttgart 21 ins Feld geführt, das Projekt sei zu teuer, wir hätten die Schuldenbremse in der Verfassung und könnten uns solche Infrastrukturprojekte nicht leisten. Es ist typisch für Ihre wirtschaftspolitische Haltung, für Ihr wirtschaftspolitisches Denken, dass Sie nicht unterscheiden zwischen konsumtiven Ausgaben, die einfach weg sind, und Investitionen, die im Land Baden-Württemberg wertschöpfend sind.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Hört, hört!)

Wir brauchen diese Infrastruktur nämlich für die Wertschöpfung. Sie übersehen völlig, dass durch diese Investition 10 000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Allein dadurch, dass Sie über regenerative Energien reden, wird in Baden-Württemberg keine Wertschöpfung geschaffen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Genauso inkonsequent ist Ihre Argumentation zum Thema Ökosteuer. Da sagen Sie, die Tatsache, dass die Bundesregierung in Berlin darüber nachdenkt, bei der Ökosteuer energieintensive Unternehmen möglicherweise anders zu behandeln als andere, sei ein ordnungspolitischer Sündenfall. Herr Kollege Kretschmann, da haben Sie sogar recht. Aber wer hat denn das Ganze erfunden? Wer hat denn die Ökosteuer erfunden, und wer hat bei der Ökosteuer die Ausnahmen

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

für die energieintensiven Unternehmen erfunden? Das waren doch Sie. Als das in der rot-grünen Koalition passiert ist, war doch Herr Trittin Umweltminister.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die SPD!)

- Aber die Grünen waren dabei. Das haben Sie doch gemeinsam beschlossen, Herr Kollege Kretschmann.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was wollen Sie jetzt damit sagen?)

– Damit will ich sagen: Sie können nicht auf der einen Seite eine Steuer mit Ausnahmen erfinden, die ordnungspolitisch kritisiert werden kann, und auf der anderen Seite dann einer Nachfolgeregierung, die aus arbeitsmarktpolitischen Gründen weiter Ausnahmen zulässt, diesen ordnungspolitischen Sündenfall vorwerfen. Das passt nicht zusammen, Herr Kollege Kretschmann, wie Ihre ganze Wirtschaftspolitik nicht zusammenpasst.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Herr Kollege Schmiedel, es hätte mich gewundert, wenn das Thema Mindestlohn bei Ihren Ausführungen nicht gekommen wäre. Nur sollten Sie sich dabei vielleicht einmal mit Herrn Kollegen Prewo abstimmen, in welche Richtung die Argumentation eigentlich gehen soll. Auf der einen Seite beklagt Herr Prewo zu wenig Investitionen am Standort Baden-Württemberg,

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Ja!)

und auf der anderen Seite fordert Herr Kollege Schmiedel Mindestlöhne. Glauben Sie im Ernst, es ist ein Investitionsförderungsprogramm,

(Abg. Norbert Zeller SPD: Genau!)

wenn Sie in Baden-Württemberg Mindestlöhne fordern?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Investitionen im Niedriglohnbereich, das ist doch gaga!)

 Wir wollen Investitionen im Niedriglohnbereich. Nur: Sie sind – darauf komme ich gleich – auch derjenige, der immer kritisiert, es gäbe zu wenig Arbeitsplätze für die Geringqualifizierten im Land.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Genau!)

Wenn Sie zu wenig Arbeitsplätze für die Geringqualifizierten im Land beklagen, müssen Sie sich nicht nur die Frage stellen – wir müssen es natürlich auch; das tun wir –, wie wir die Qualifikationen verbessern können, sondern dann müssen Sie sich auch die Frage stellen, wer investiert, damit auch diese Leute in Baden-Württemberg Arbeitsplätze bekommen. Da ist der Mindestlohn mit Sicherheit der falsche Ansatz.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Im Übrigen sollten Sie zur Kenntnis nehmen, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung im Land Baden-Württemberg im Jahr 2010 gegenüber dem Jahr 2009 dazu geführt hat, dass die Jugendarbeitslosenquote in Baden-Württemberg um 25 % gesunken ist,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört!)

dass wir nicht nur eine geringe Arbeitslosenquote von 4,6 % haben, sondern auch eine Jugendarbeitslosenquote haben, die knapp über 3 % liegt. Das sollte man zur Kenntnis nehmen. Das ist statistisch nachweisbar, Herr Kollege Schmiedel, und das sollte man auch deutlich sagen. Wer Ihnen zuhört, bekommt tatsächlich den Eindruck, dass junge Menschen im Land Baden-Württemberg keinen Arbeitsplatz finden könnten. Das ist völlig falsch. Deshalb kann man sich nur dem Aufruf des Ministerpräsidenten anschließen, dass Sie im Interesse unseres Landes aufhören sollten, dieses Land schlechtzureden.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Peter Straub: Die Fraktionsvorsitzendenrunde ist damit abgeschlossen. Es gibt noch Sprechzeiten der Fraktionen. Werden sie noch in Anspruch genommen? – Herr Abg. Dr. Prewo, bitte.

(Zuruf: Wie viel Zeit?)

- 1 Minute und 30 Sekunden.

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Herr Präsident! Lieber Herr Kollege Hauk, wenn man hört, wie Sie die miserable Leistung der Regierung im Bereich der Infrastruktur erklären wollen,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: In welchem Land leben Sie denn?)

muss man den Eindruck haben, dass die Grünen schon 25 Jahre in diesem Land regieren. Das ist Ihre Aussage.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die SPD war 11 Jahre an der Regierung! – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sprechen Sie von Mecklenburg-Vorpommern, oder was?)

Lassen wir aber die Tatsachen sprechen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wer baut denn Bundesautobahnen?)

Einer der hochrangigsten Beamten der Regierung aus dem Bereich Straßenbau hat kürzlich in einem Vortrag dargelegt, wie der Bundesfernstraßenplan umgesetzt wird. Ich sage Ihnen: Nach 8 Jahren – Laufzeit 15 Jahre – lag die Umsetzung bundesweit bei 43 %. In den alten Bundesländern lag der Umsetzungsgrad bei 35 %. In Baden-Württemberg lag der Umsetzungsgrad bei 30 %.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Weil der Bund das Geld nicht gibt!)

Sie schieben das auf die Grünen oder auf den Bund. Aber die anderen Bundesländer können es doch alle auch.

Schauen Sie nun einmal, wie wir es in Baden-Württemberg bei den Landesstraßen machen: In den gesamten 15 Jahren Laufzeit des letzten Generalverkehrsplans lag der Umsetzungsgrad bei 38 % – Punkt und Schluss. 44 % unserer Landesstraßen sind in einem schlechten oder einem sehr schlechten Zustand. So sieht es bei uns aus.

(Dr. Rainer Prewo)

Wir haben auch im Bauwesen bei den Sachinvestitionen im Land – die Landesvereinigung Bauwirtschaft hat das den Fraktionen kürzlich aufgezeigt – eine miserable Leistung; sie werden nämlich ständig zurückgefahren. So kommt am Ende die Belastung der Wirtschaft zustande. Wir haben hervorragende Unternehmen, fleißige Leute, wir haben im Südwesten Deutschlands eine super Lage in Europa, wir haben eine fantastische Landschaft, wir haben in unserer gewerblichen Wirtschaft eine große Flächenstärke, die wir geerbt haben.

(Zuruf von der CDU: Von wem?)

Seit der Zeit von König Wilhelm und Ferdinand Steinbeis haben wir diese Flächenstärke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Jetzt kommt der Königsglaube der Sozialdemokraten!)

Sie versagen aber bei den Kernaufgaben des Staates, und das müssen unsere Bürgerinnen und Bürger und unsere Unternehmen am Ende büßen. Also: Wir können wieder zum Musterländle werden,

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wir sind es!)

aber dann: Musterländle, come back.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erhält Herr Ministerpräsident Mappus.

Ministerpräsident Stefan Mappus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gegen Ende der Debatte schon noch auf zwei Punkte eingehen, von denen ich glaube, dass man diese hier nicht so durchgehen lassen darf.

Herr Kretschmann, Sie haben sich zu dem Satz verstiegen, Sie machten Politik für die Zukunft, die Landesregierung mache Politik in die Vergangenheit, und Sie haben die Formulierung benutzt, wir würden uns für Altindustrien einsetzen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Genau so ist es!)

Jetzt frage ich Sie einfach einmal: Ist die Tatsache, dass wir den modernsten Automobilbau weltweit haben, der neben den Japanern ohne weitere Konkurrenz auf dieser Welt modernste Technologie einsetzt, energieeffiziente Techniken einsetzt, seit Neuestem ein Beweis für eine Altindustrie?

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Ist die Tatsache, dass wir einen weltweit führenden Maschinenbau haben, der – von der einfachen Maschine bis hin zu modernster Lasertechnik – durch die Firma Trumpf und andere mehr in Baden-Württemberg beheimatet ist, Ausdruck von Altindustrie? Ist die Tatsache, dass 25 % aller Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien in ganz Deutschland ihren Sitz in Baden-Württemberg haben, seit Neuestem ein Ausdruck von Altindustrie?

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Ist die Tatsache, dass mehr als 20 % des in Deutschland durch Sonnenenergie erzeugten Stroms in Baden-Württemberg pro-

duziert werden, ein Ausdruck von Altindustrie? Ist die Tatsache, dass in der modernsten Medizintechnologie, in der Deutschland führend ist, 90 % der Unternehmen ihren Sitz in Baden-Württemberg – vor allem im Raum Tuttlingen und im Nordbadischen – haben, ein Ausdruck von Altindustrie? Ist die Tatsache, dass die Biotechnologieregion im Rhein-Neckar-Raum zu den modernsten europaweit gehört, ein Ausdruck von Altindustrie?

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Nach Kretschmann schon! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Ist die Tatsache, dass im Bereich der IT-Technologie deutschlandweit die führenden Unternehmen – SAP und viele andere mehr – in Baden-Württemberg beheimatet sind, seit Neuestem ein Ausdruck von Altindustrie? Hören Sie doch endlich auf, die Menschen in diesem Land schlechtzureden! Das ist unverschämt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Unglaublich! – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Wissen Sie, Herr Kretschmann: Das Problem ist nicht nur, dass Ihre Aussagen gezeigt haben, dass Sie gar nicht wissen, was in Baden-Württemberg läuft.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Das eigentliche Problem ist doch, dass Sie im Schaufenster der Grünen stehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Kretschmann ist sozusagen die Vorzeigepuppe der Grünen, die all das bedient, womit man im Zweifel auch manche Bürgerlichen dazugewinnen kann.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Aber ganz sicher! Da spricht der pure Neid!)

Sie haben sich ja – das fand ich schon ein bisschen mutig – in der letzten "Welt am Sonntag" als der eigentlich Wertkonservative in Baden-Württemberg dargestellt.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Der einzige!)

In Ordnung. Aber das Problem ist: Sie stehen im Schaufenster, jedoch im Ladengeschäft haben andere das Sagen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ladenhüter!)

Da sind Özdemir und Palmer unterwegs. Palmer nimmt in der Zwischenzeit an der Schlichtung teil, während Sie gar nicht mehr stattfinden. Özdemir hat von uns gemachte Aussagen und zwischen uns getroffene Abmachungen am nächsten Tag im Fernsehen vor 400 000 Zuschauern, etwa wenn es um das Grundwassermanagement und anderes mehr geht, wieder eingesammelt. So ist die Situation der Grünen in Baden-Württemberg. Dort gibt es Sie gar nicht, Herr Kretschmann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wie großmuss die Verzweiflung sein!)

Deshalb: Bringen Sie Palmer und Özdemir, wenn Sie Ministerpräsident werden wollen. Ich diskutiere gern mit ihnen, damit die Menschen in diesem Land endlich einmal wissen, woran sie bei dieser Truppe sind. Ich will den Faktencheck, aber nicht nur bei Stuttgart 21, sondern in allen Punkten, etwa wenn es um Wirtschaftspolitik und anderes mehr geht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wie großmuss Ihre Verzweiflung sein!)

Ein letzter Punkt: Sie haben sich vorhin wieder einmal zu der Aussage verstiegen, die Neubaustrecke Stuttgart-Wendlingen-Ulm wäre nicht güterverkehrstauglich.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Genau!)

Das Schlimme ist, dass Sie am letzten Freitag nicht nur nicht vor Ort waren, sondern dass Sie offensichtlich auch nicht die Gelegenheit genutzt haben, sich über das Schlichtungsgespräch zu informieren.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Denn selbst Herr Palmer hat auf Nachfrage zugegeben, dass die schnellen Güterverkehre, die leichten Güterverkehre, deren Zahl in Zukunft aufgrund der Variabilität des Güterverkehrsverhaltens massiv zunehmen wird, gerade auf die neue Schnellbahnstecke verlagert werden müssen, damit wir auf der alten Strecke für schwere Güterverkehre, aber vor allem für den Regionalverkehr überhaupt die notwendige Kapazität bekommen. Das heißt, Sie haben auch da einfach keine Ahnung von dem, was Sie erzählen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Eines lasse ich Ihnen nicht durchgehen, Herr Kretschmann: In den letzten 60 Jahren hat bei allen unterschiedlichen Ansichten - egal, ob in einer Koalition mit der SPD oder zu Zeiten, in denen wir nicht in einer Koalition waren oder in denen wir mit der FDP oder anderen koalierten – eines in unserem Land eigentlich parteiübergreifend immer gegolten, nämlich dass man Regionen nicht gegeneinander ausspielt. Als die Schnellbahntrasse Stuttgart-Mannheim gebaut wurde - damals haben übrigens auch Zehntausende demonstriert, auch mit den gleichen Argumenten: "zu teuer", "das brauchen wir nicht", "die Tunnel brechen zusammen, weil die Geologie das nicht hergibt", "die Brücken verschandeln die Landschaft", "außerdem brauchen wir Hochgeschwindigkeitsstrecken sowieso nicht"; dazu kann ich Ihnen nur den Tipp geben: fahren Sie da einmal mit; Sie werden staunen, wen Sie in diesen Zügen alles an Passagieren finden; aber sei's drum –, hat man unabhängig vom Projekt akzeptiert, dass Großprojekte nacheinander kommen müssen. Kein Mensch ist damals auf die Idee gekommen, zu sagen: Südbaden oder der Bodenseeraum werden benachteiligt, wenn die Schnellbahntrasse Stuttgart-Mannheim gebaut wird.

Sie haben heute hier im Plenum – am Freitag hat dies auch schon mehrfach stattgefunden – zum wiederholten Mal den Versuch unternommen, Stuttgart 21 und die Schnellbahntrasse Stuttgart-Wendlingen-Ulm gegen die Rheintalbahn und gegen die Menschen, die im Rheintal leben, auszuspielen. Das

lasse ich Ihnen nicht durchgehen, Herr Kretschmann; verlassen Sie sich darauf.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Sehr gut!)

Übrigens sei nur nebenbei erwähnt: Selbst wenn man noch so viel Geld hätte, könnte man im Moment noch gar nicht bauen, weil die Menschen auch dort vor Ort munter gegeneinander mobilgemacht werden.

(Heiterkeit der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wenn Sie sich die Lage im Raum Kenzingen einmal anschauen, werden Sie feststellen: Der Kreistag und die Region sind für eine Trassenführung parallel zur Autobahn. 14 Bürgermeister und vermutlich auch die dahinter stehenden Gemeinderäte sind aber nicht für diese Trasse, sondern sie sind für die Antragstrasse, die entlang der jetzigen Trasse führt. Wir sind im Moment dabei – auch ich habe aus Stuttgart 21 eine Menge gelernt –, vor Ort einen Prozess hinzubekommen, der dazu führt, dass man sich vor Ort einig ist.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Aha!)

Sie versuchen immer wieder, den Menschen zu vermitteln, in Stuttgart werde Geld verbaut, das man an anderer Stelle viel besser einsetzen könnte. Aber zur Wahrheit gehört natürlich schon, dass das gar nicht gehen würde, weil wir dort noch gar kein Baurecht haben. Hören Sie deshalb doch endlich auf, die Menschen in diesem Land, ihre Überzeugung und die Notwendigkeiten vor Ort gegeneinander auszuspielen. Das wird Ihnen nicht gelingen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir brauchen die Rheintalbahn ebenso, wie wir die Strecke Mannheim-Frankfurt brauchen. Wir verwirklichen dies jedoch nacheinander, weil nun einmal nicht alles gleichzeitig geht. Aber hören Sie endlich damit auf, die Menschen zum Zweck der Wahlkampfpropaganda gegeneinander auszuspielen

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Übrigens – als kleines abschließendes Bonmot zu dieser schönen Aktuellen Debatte –: Nachdem Sie bis letzten Freitag bezüglich der Äußerung von Herrn Özdemir und Herrn Palmer, wir bräuchten unbedingt einen Volksentscheid, noch sehr zurückhaltend waren, sind Sie jetzt auch für einen Volksentscheid.

(Zuruf von den Grünen: Schon lange!)

In Ordnung; das kann man ja vertreten. Ich staune nur manchmal über Fälle, in denen Sie dann komischerweise gegen Mitbestimmung sind. Wenn es um ein Gesetz zu den Universitätsklinika geht – in dessen Zusammenhang Sie noch im letzten Jahr den Rücktritt des zuständigen Ministers gefordert und argumentiert haben, das Parlament müsse in dieser Angelegenheit stärker hinschauen, es müsse eine stärkere parlamentarische Kontrolle stattfinden, da müssten die Ministerien stärker hinlangen –, wenn die CDU jetzt ein Mitbestimmungsge-

setz auf den Weg bringt, das vorsieht, dass das Parlament quasi in Aufsichtsgremien mitbestimmen kann, dann sind es ausgerechnet die Grünen, die sich nun mit den Ärztlichen Direktoren solidarisieren, indem sie sagen: Diese Mitbestimmung wollen wir nicht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP)

An einem Tag sind Sie für einen Volksentscheid, und am nächsten Tag sprechen Sie sich im Parlament gegen Mitbestimmung aus.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Pfui!)

Das sind die Grünen in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP-Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich!

- Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wenn man solche Vergleiche macht, muss die Verzweiflung groß sein! – Gegenruf des Abg. Klaus Herrmann CDU:

Das hört ihr halt nicht gern!)

Deshalb sage ich Ihnen eines: Heute in fünf Monaten ist die Landtagswahl. Ich verspreche Ihnen: Es wird kein Tag vergehen, an dem wir nicht den Faktencheck quer durch alle Bereiche der Landespolitik machen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Gern!)

Ich will wissen, wo Sie stehen. Ich will nicht wissen, wogegen Sie sind, sondern ich will, dass Sie auch einmal sagen, wofür Sie sind. Dann wird sich so mancher Traum von Ihnen ganz schnell relativieren.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Kretschmann für die Fraktion GRÜNE das Wort.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das muss man ja beantworten dürfen! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wo stehen Sie? – Gegenruf von der CDU: Im Schaufenster! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt kommt eine Schaufensterrede! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ruhe!)

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe schon gesagt, dass ich von Wahlkampf im Plenum nicht viel halte, weil es hier so wenig Wechselwähler gibt.

(Heiterkeit des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Aber der Alfred hat schon ganz freundlich zu uns herübergeschaut!)

Herr Ministerpräsident, die Porträts in den Zeitungen schreibe ich nicht selbst.

(Ministerpräsident Stefan Mappus: Das war ein Interview!)

Wie die Leute mich sehen, ist ihre Sache. Der Bedarf, jemanden in irgendeine Schublade zu stecken, ist natürlich groß und gehört dazu. Das muss man dann so hinnehmen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie sind doch in der Schublade! – Zuruf des Abg. Albrecht Fischer CDU)

Ich denke, Stuttgart 21 und der Konflikt zeigen auch – dieser Meinung bin ich –, dass die Bevölkerung von diesen reflexartigen Polemiken genug hat.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Vor allem von den Grünen! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sie haben noch nicht einmal Herrn Palmer im Griff!)

Ich kann uns allen nur raten: Harte Auseinandersetzungen in der Sache gehören zur Demokratie.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dann kommen Sie zur Sache!)

Sie machen sie lebendig. Aber diese blinden Polemiken erzeugen nur Verdruss und Abwendung von den demokratischen Institutionen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dann kommen Sie doch zur Sache! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Also wirklich! – Weitere Zurufe von der CDU – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE zur CDU: Ganz cool bleiben!)

Herr Ministerpräsident Mappus, wir sind uns mit Ihnen in einem Punkt völlig einig: Wir haben in Baden-Württemberg hervorragende Unternehmerinnen und Unternehmer, die jeden Tag versuchen, ihre Unternehmen am Markt zu behaupten, Strategien zu entwickeln, wie sie ihre Betriebe auch über Krisen hinwegbringen,

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

mit einer insgesamt hervorragenden Unternehmensphilosophie, die darauf gerichtet ist, nicht nur kurzfristig maximalen Gewinn zu erzielen, sondern die Unternehmen über Jahre hinweg am Markt zu halten. Insbesondere in unseren Familienunternehmen ist dies wichtig.

(Zurufe der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP und Helmut Walter Rüeck CDU)

Sie wollen ihre Betriebe in gutem Zustand und mit erfolgreichen Perspektiven, Produktlinien und Dienstleistungen an die nächste Generation weitergeben. Wir können froh sein, dass wir eine so lebendige und gute Unternehmerschaft in Baden-Württemberg haben.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/ DVP: Das fällt Ihnen aber spät ein! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Blenke?

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ich habe ja noch gar nicht angefangen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Wie bitte? –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Er hat noch nicht angefangen! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das hat man gemerkt!)

Also nein.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wir maßen uns in keiner Weise an – wir werden dies auch in Zukunft nicht machen –, so zu tun, als seien diese unternehmerischen Leistungen mit hervorragenden Unternehmen und mit qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die auch in Krisen Opfer bringen und dort solide arbeiten, die dann Wertschöpfung mit erwirtschaften, unser Erfolg und nicht deren Erfolg.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ihr werdet auch keine Gelegenheit dazu bekommen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es spricht der Philosoph!)

Ich möchte Sie davor warnen, immer wieder zu versuchen, die unternehmerischen Leistungen der Betriebe auf Ihre Mühlen zu lenken.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sehr gut! Sehr gut!)

Das sind ganz eigenständige Leistungen der Unternehmerschaft und ihrer Belegschaft.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Ministerpräsident, ich habe lediglich im Zusammenhang mit dem, was Sie politisch machen, nämlich die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern, von Altindustrien gesprochen. Darauf hat sich das bezogen und auf nichts anderes.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gute Ausrede! – Zurufe von der CDU)

Dabei bleibe ich. Das sind überholte Altindustrien. Wir wollen von ihnen wegkommen. Wir hatten einen Ausstiegsvertrag vereinbart. Sie wollen ihn verlängern, wir nicht.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Vor der Sommerpause schon! – Zuruf von der SPD: Noch nicht verlängert!)

Aber wir wollen von dieser Atomtechnologie weg. Sie ist nicht menschenfreundlich. Sie ist nicht umweltfreundlich. Sie ist gefährlich. Sie beschert uns Atommüll, bei dem wir versuchen, ihn über Tausende von Jahren sicher aufzubewahren. Wir wollen von dieser Technologie weg.

(Beifall bei den Grünen)

Wir sagen eben nicht nur Nein. Vielmehr ist es uns und unserer Politik zu verdanken, dass wir heute diese dynamischen Sektoren bei den regenerativen Energien haben. Das ist unsere Politik; dafür stehen wir.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ich dachte, das ist den Unternehmen zu verdanken und nicht der Politik! Das ist ja unglaublich! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Da sollten wir beim Thema bleiben. Darüber können wir uns ja streiten. Aber bei dem Vorwurf bleibe ich.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zurück zum Thema!)

Aber dass es in Baden-Württemberg grundsätzlich nur Altindustrien gebe, hat niemand behauptet.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: So hat es sich aber angehört! – Gegenruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE: So ein Quatsch!)

Ich weiß nicht, was diese Polemik soll.

(Beifall des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Zurufe von der CDU)

Ich sage Ihnen noch einmal: Zu dem, was ich zu einer ökologischen Ordnungspolitik etwa im Automobilsektor gesagt habe, habe ich die Worte Ihres Amtsvorgängers noch gut in den Ohren. Die harten Vorgaben aus Brüssel in Bezug auf die Begrenzung des CO₂-Ausstoßes auf 120 g/km haben zu wüsten Attacken Ihres Amtsvorgängers geführt, wir wollten den Standort Deutschland mit solchen ordnungspolitischen Vorgaben kaputt machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wen meinen Sie?)

Wer eine solche Politik betreibt, muss sich gefallen lassen, dass er von uns in der Sache angegriffen wird. Das werden wir auch in Zukunft tun.

(Beifall bei den Grünen)

Auch die Automobilindustrie hat ihre Lektion gelernt. Sie macht genau das, was wir seit Langem fordern. Sie bietet endlich Produktlinien an, die in die Richtung dessen gehen, was Brüssel vorschreiben will. Nicht wir, sondern Sie haben das Ganze verwässert und verschoben.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sehr gut!)

Bei den leichten Nutzfahrzeugen, bei denen es wieder um genau solche ordnungspolitischen Vorgaben geht, sind Sie es, die in Berlin versuchen, diese Vorgaben wieder zu verwässern

(Beifall des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Genau!)

Wir sagen: Unsere Industrie ist durch ihre Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in der Lage, diese Standards zu erfüllen. Das höre ich überall. Die Industrie will harte Standards – das habe ich vorhin dargelegt –, damit sie Wettbewerbsvorteile auf dem Markt hat. Denn sie ist ökologisch etwas weiter, als es andere sind, die Schmutzprodukte herstellen. Das ist die Zukunft.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Was sind Schmutzprodukte, Herr Kollege?)

(Winfried Kretschmann)

Herr Ministerpräsident, wir spielen überhaupt nichts gegeneinander aus. Davon kann keine Rede sein.

(Ministerpräsident Stefan Mappus: Doch!)

Wir machen das, was Sie gerade wörtlich gesagt haben: Wir gehen nacheinander vor, weil nicht alles gleichzeitig geht. Wir setzen Prioritäten. Dies wiederum bedeutet, dass man auch Posterioritäten setzt.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wenn man knappe Mittel hat – die Mittel sind knapp –, muss man sich entscheiden, wo ihr Einsatz am nötigsten ist und wo er zweitrangig ist.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Deshalb wollen Sie ein Schienenprojekt 15 Jahre verzögern!)

Wir sind uns mit Ihnen völlig einig: nacheinander, weil nicht alles gleichzeitig geht.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Aber wir gehen nicht nach dem Gießkannenprinzip vor, sondern wir setzen klare Prioritäten.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wo? – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wo denn? In Stuttgart haben wir Baureife! Stuttgart–Wendlingen–Ulm kann gebaut werden!)

 Das alles wissen wir doch. Herr Dr. Birk, es finden gerade Vermittlungsgespräche statt. Da kommt dies alles auf den Tisch. Das alles wissen wir.

Zwischen unseren Positionen bestehen Differenzen. Sie verfolgen eine andere Strategie als wir.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir verfolgen die Strategie: Die Mittel werden prioritär woanders eingesetzt, weil sie dort am nötigsten sind.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Strategie, die Sie verfolgen, ist erkennbar!)

In dieser Zeit können wir das machen, was wir der Bürgerschaft vortragen:

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was ist das? – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Dass man besser durch den Stau kommt!)

Wir planen den Bahnknoten Stuttgart und die Neubautrasse so, dass wir das Ganze bezahlen können und mit den Mitteln, die zur Verfügung stehen, optimale Effekte erzielen. Darum geht der Streit.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: In 15 Jahren wird es doppelt so teuer!)

Wir ziehen einen solchen realitätsnahen Blick auf die Frage, was wir mit den knappen Ressourcen erreichen können, Ihren Träumen vor, irgendwelche Maximalvorstellungen durchzusetzen, deren Umsetzung man schließlich nicht bezahlen kann. Genau darum geht die Kontroverse. Dieser müssen Sie sich stellen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sehr gut!)

Ich rate uns allen, in der Sache – dies erfolgt jetzt – hart zu diskutieren, die Fakten und die Sachlage gegenseitig zu überprüfen. Dazu sind wir bereit. Wir schicken die Leute in die Verhandlungen, die am tiefsten in der Sache drin sind. Sie werden mich bei den Vermittlungsgesprächen schon noch sehen, keine Angst.

(Ministerpräsident Stefan Mappus: Da bin ich gespannt! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Das ist ganz normal. Dann streiten wir uns bitte in der Sache darüber und über Alternativen.

Es ist nämlich nicht so, dass wir Stuttgart 21 nur ablehnen. Wir haben Alternativen, die natürlich – das ist gar keine Frage – neu begonnen werden müssen. Derzeit können wir die Mittel sehr gut prioritär woanders einsetzen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Oberflächlich!)

Selbstverständlich rede in meiner Partei nicht nur ich, sondern es reden auch andere. Das ist ganz normal. Auch Sie müssen sich daran gewöhnen, dass nicht nur Sie eine Meinung haben, sondern auch Ihre Bundeskanzlerin. So ist es bei uns auch. Auch die Parteivorsitzenden greifen in die Debatten ein.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Auch ein gewisser Herr Röttgen! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Frau Merkel ist doch nicht mit Herrn Palmer zu vergleichen!)

Das ist vollkommen normal. Ich weiß deshalb nicht, was diese Polemik soll.

Noch einmal meine Ansage: Herr Ministerpräsident, wir streiten gern hart in der Sache. Ich rate aber von allgemeinen Polemiken und pauschalen Vorwürfen ab.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Um Himmels willen!)

Das bringt uns nicht weiter.

(Beifall bei den Grünen und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: "Haltet den Dieb!", schreit der Dieb! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ministerpräsident hat einen Faktencheck gefordert. Ich möchte nur auf einen Fakt eingehen, der mir wichtig ist, weil wir den Menschen nicht vormachen können, was nicht geht.

Herr Kollege Kretschmann, wenn man vorschlägt, die Mittel für Stuttgart 21 zu sparen und die Gelder des Bundes im Rheintal zur Verwirklichung des dritten und vierten Gleises einzusetzen.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

dann muss man zunächst einmal die Relationen betrachten. Der Bund gibt in den nächsten zehn Jahren jährlich ungefähr 50 Millionen € pro Jahr für Stuttgart 21 aus. Die Kosten für die Errichtung des dritten und vierten Gleises sind seit der vergangenen Kostenschätzung von 4,5 Milliarden € auf 5,7 Milliarden € gestiegen. Wenn Sie sagen, dass Sie das sofort "umswitchen" wollen – und angenommen, das ginge –, dann setzen Sie sich dafür ein, dass eine Antragstrasse realisiert wird, die man den Menschen im Rheintal gar nicht zumuten kann und die die Menschen dort zu Recht gar nicht wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Im Rheintal müssen wir das nachholen, was leider versäumt worden ist, nämlich in einem Raumordnungsverfahren festzustellen, was für Mensch und Umwelt das Verträglichste ist – entweder eine autobahnnahe Trasse oder die Antragstrasse. Das wurde versäumt, weil man aufgrund von Bleistiftstrichen in allen Kommunalparlamenten zu dem Ergebnis kam: Wir wollen Flächenverbrauch vermeiden. Also schaffen wir entlang der bestehenden Gleise ein drittes und ein viertes Gleis.

Mit dem Bleistift gezeichnet sieht das wunderbar aus. So kann man das nachvollziehen. Wenn man aber in der Realität in einem dicht besiedelten Gebiet neue Gleise verlegt, dann sind Lärmschutzwände erforderlich, und dann wird der Vorwurf erhoben, man durchschneide Städte. Das wird von den Menschen als eine unzumutbare Lösung wahrgenommen, und die Menschen gehen zu Recht auf die Barrikaden, weil dies ihre Lebensqualität in unzumutbarer Weise einschränkt.

(Zuruf: So ist es!)

Das wollen Sie von heute auf morgen realisieren, wenn Sie diese Mittel für das dritte und vierte Gleis im Rheintal verwenden wollen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Grüne Traumtänzerei!)

Wir müssen zunächst einmal im Rheintal eine autobahnnahe Trasse finden, die von der Mehrheit gewünscht wird, Herr Ministerpräsident. 14 Gemeinden sind dann neu betroffen. Dann muss man versuchen, einen Ausgleich zu schaffen. Deshalb ist es gut, wenn man versucht, sie zusammenzubringen.

Unsere Position ist klar: Eine autobahnnahe Trasse ist für die Mehrheit der Menschen die verträglichste Lösung. Man muss bereit sein, aus eigenen Stücken einen Beitrag zu leisten, weil sich der Bund sonst zurückziehen und auf das beschränken würde, was laut Planfeststellung notwendig ist.

Dazu wäre ein klares Wort von allen angesagt. Wir hören es jetzt von der Regierung. Wir haben es schon lange gefordert. Es wäre gut, wenn alle im Parlament sagen würden, dass sie dafür sind, dass hier Landesgeld eingesetzt wird.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Man darf den Menschen nicht ein X für ein U vormachen.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Richtig!)

Wenn Stuttgart 21 und die Neubaustrecke nicht realisiert werden, dann wird erst einmal gar nichts realisiert.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Genau so ist es! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So ist es!)

Die Alternative zum planfestgestellten Projekt, zum realisierbaren Projekt, zum finanzierten Projekt ist, dass alles von vorn beginnt. Wir wissen, um was für einen Zeitraum es sich dabei handelt: 10 Jahre werden nicht reichen, 15 Jahre sind das Mindeste. Bis man dann eine neue Finanzierung in einem schwierigen Umfeld hat – da stimme ich Ihnen zu –, wird es wahrscheinlich 20 Jahre dauern.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: 20?)

Angesichts dieser Alternative ist unsere Position eindeutig: Man kann sagen: "Wir sind dagegen." Aber man kann den Menschen nicht erzählen: "Wir nehmen das Geld einfach von hier, setzen es dorthin und machen dort etwas Gescheites."

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Das geht nicht. Da muss man den Leuten reinen Wein einschenken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da könnte ich noch stundenlang applaudieren! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Großer Beifall bei der CDU!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich will gleich darauf hinweisen, dass wir Tagesordnungspunkt 3 nach der Mittagspause im Anschluss an die Regierungsbefragung behandeln.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Aktuelle Debatte – Grundlagen für eine erfolgreiche Integrationspolitik – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Die Gesamtredezeit ist auf 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf auch die Landesregierung bitten, sich an diesen vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Kretschmann das Wort.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Schon wieder? – Unruhe)

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ministerpräsident Seehofer hat gesagt: "Wir als Union treten für die deutsche Leitkultur und gegen Multikulti ein. Multikulti ist tot." Bundeskanzlerin Merkel

(Winfried Kretschmann)

folgt dem und sagt: "Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert."

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da hat sie recht!)

Im Leitantrag der CDU heißt es: "Deutsche Interessen statt Multikulti."

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Recht so! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Während Bundespräsident Christian Wulff versucht hat, mit seiner Formulierung "Der Islam gehört zu Deutschland" eine neue Tonlage in die Integrationsdebatte zu bringen,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Er hat auch gesagt: "Das Christentum gehört zur Türkei."!)

brechen Sie erneut eine ideologische Debatte vom Zaun.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir orientieren uns an Fakten!)

Ich glaube, dass die Tonlage und die Haltung insgesamt in der Integrationsdebatte keine Nebensache sind, sondern Grundlage dafür, zu einer erfolgreichen Integration zu kommen. Ich glaube nicht, dass Sie mit den Begriffen, die Sie wieder einmal in die Welt setzen, richtig orientiert sind. Wer jedoch selbst nicht richtig orientiert ist, kann auch keine Orientierung geben.

Ich glaube, dass Sie mit dem Begriff "Deutsche Leitkultur" nur Desorientierung in die Debatte bringen. Warum? Pluralität ist ein fundamentales Konstitutionsprinzip jeder modernen Demokratie.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Es ist gerade der Sinn des modernen Verfassungsstaats, dass er größtmögliche Freiheiten garantiert. Es ist sozusagen der Sinn einer liberalen Demokratie, dass wir in ihr unsere Differenzen leben können. Das heißt, im Rahmen der Verfassungsordnung kann jeder seine Persönlichkeit entfalten. Das steht ganz am Anfang unserer Verfassung. Das ist der Sinn einer liberalen Demokratie.

Es ist klar, dass diese Pluralität zunehmen und nicht abnehmen wird. Das hat etwas mit der Individualisierung unserer Gesellschaft zu tun, das hat aber natürlich auch etwas mit Zuwanderung zu tun. Wir haben jetzt mit den Zuwanderern aus islamischen Ländern schätzungsweise viereinhalb Millionen Muslime in Deutschland. Also nehmen hier Multireligiosität und damit Multikulturalität zu. Das ist einfach evident.

Es ist gerade Ausdruck unseres säkularen, freiheitlichen Verfassungsstaats, dass wir in allen Fragen der Religion, der Philosophie, der Kultur, des Sports usw. frei sind.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wie wir die Welt erklären, worin wir Sinn finden, aus welchen Quellen wir unsere Kraft schöpfen, das ist jedem selbst überlassen.

Ob jemand ein Anhänger von Buddha oder von Jesus Christus ist, ob er Nietzsche oder Kant folgt, ob er Sport für wichtig oder für Mord hält, das alles ist ihm in seiner persönlichen Lebensführung überlassen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: So ist es! – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Dass die Gesellschaft multikulturell ist, ist gerade der Sinn unserer verfassungsmäßigen Ordnung, insofern als sie nämlich jeden in die Freiheit stellt, so zu leben, wie er möchte, solange er nicht in die Freiheiten anderer eingreift.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt sind wir aber wieder am Punkt, beim Christentum!)

Ich möchte sagen: Selbst über die Frage, was "deutsch" bedeutet, kann man sich weder am Stammtisch noch im vornehmen Salon wirklich einigen. Auch darüber würde man trefflich streiten.

Integration heißt also nicht, den Leuten eine Leitkultur aufzuzwingen. Sie sind gerade frei in der Frage, wie sie sich kulturell empfinden. Das macht doch den Charme unserer Ordnung aus. Integration heißt, sich in die Verfassungs- und Rechtsordnung zu integrieren.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Ja! So ist das!)

Warum kann das grundsätzlich jeder, egal, aus welchem Kulturkreis er kommt? Das kann jeder, weil der Kern unserer Verfassungsordnung auf universalen Menschen- und Freiheitsrechten beruht und nicht auf deutschen. Deswegen kann man jedem zumuten, sich in eine solche Verfassungsordnung zu integrieren, ohne das aufgeben zu müssen, was ihm persönlich wichtig ist.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Jürgen Walter GRÜ-NE: Sehr gut!)

Denn diese Verfassungsordnung ist Ausdruck universaler Rechte. Wir müssen die Menschen in unsere Verfassungsordnung, in unsere Rechtsordnung, in das Arbeitsleben und in unser Bildungssystem integrieren. Wir können von ihnen auch Gemeinsinn und Gemeinwohlorientierung erwarten. Aber kulturell sind sie frei. Darum ist Leitkultur ein Begriff, der nur Verwirrung stiften kann.

(Zuruf von der CDU: Das ist gar nicht wahr!)

Wenn Sie diesen Begriff anführen, dann landen Sie immer wieder bei der Verfassung selbst. Sie ist aber keine deutsche Leitkultur. Die Deutschen haben diese Rechte leider erst sehr spät entdeckt und umgesetzt. Die Bundesrepublik Deutschland ist eine junge Demokratie. Die Rechte und Pflichten stammen aus unserer europäischen Freiheitsgeschichte und aus der universalen Bewegung, die dahintersteht.

Ausnahme ist natürlich die Sprache. Mit der Sprache gibt es in der Tat eine Leitkultur. Wir erwarten von allen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes, dass sie Deutsch können, dass sie gut deutsch sprechen können. Aber dazu hat z. B. sogar der türkische Präsident Gül die türkische Gemeinde in Deutschland aufgefordert. Es ist absoluter Konsens, dass alle, die hier in Deutschland leben, die deutsche Sprache beherrschen müssen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Es geht doch um die Qualität! – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU) (Winfried Kretschmann)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir sind schon immer eine multikulturelle Gesellschaft gewesen, und wir werden das auch bleiben. Das wird sich sogar verstärken; daran kann doch gar kein Zweifel bestehen. Deswegen ist das, was Seehofer gesagt hat, nicht integrierend, sondern desintegrierend. Zu sagen, wir wollten keine Einwanderer aus anderen Kulturkreisen, ist absolut desintegrierend. Mit dieser Aussage hat er selbst Sarrazin noch rechts überholt,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

der gesagt hat: Wer gut ausgebildet ist, kann auch aus anderen Kulturkreisen kommen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/ DVP: Beifall für Sarrazin! – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wir brauchen keine Leitkultur, wir brauchen eine Willkommenskultur. Den Einwanderern muss klar sein, dass sie hier ihre Persönlichkeit entfalten können. Das ist hier das Entscheidende; darin sind sie frei. Dazu müssen wir sie einladen.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Ich denke, wer so unklar aufgestellt ist und solche ideologischen Debatten vom Zaun bricht, der muss sich nicht wundern, dass in seinen eigenen Reihen – auf diesen Punkt bezog sich das, Herr Rülke – Kakofonie herrscht.

Seehofer will mit ganz schlimmen Formulierungen unser Land zumachen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wer hört schon auf Seehofer?)

Annette Schavan hat das Gegenteil gesagt: Uns muss Sorge bereiten, dass wir inzwischen ein Auswanderungsland sind, und nicht, dass wir ein Einwanderungsland sind. Denn in so einem Klima schauen Menschen, dass sie, wenn sie einen türkischen Namen haben und hier nicht willkommen sind, anderswohin kommen.

Wenn Menschen mit türkischem Namen bei einer Bewerbung dreimal so viele Bewerbungen schreiben müssen wie jemand mit einem deutschen Namen, dann stimmt in diesem Land etwas nicht. Davon müssen wir wegkommen. Dazu sind eine andere Haltung und ein anderes Klima notwendig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das ist ja nicht nur schädlich für die Integration, es ist auch schädlich für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Wir brauchen diese gut qualifizierten Einwanderer. Das ist überhaupt keine Frage.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Man schaut doch nicht nur die Namen an! Auch die Qualifikation schaut man sich an!)

Aber sie werden nur dann zu uns kommen, wenn hier ein Klima herrscht, in dem auch Menschen mit einem fremdländisch klingenden Namen willkommen sind. Darum geht es.

Deshalb wirklich noch einmal mein Appell an Sie: Kommen Sie weg von diesen ideologischen Debatten. Sie führen zu nichts; sie führen nur in die Irre.

Ich muss feststellen: Sie sind Getriebene dieser Entwicklung, weil Sie nicht klar aufgestellt sind. Ich möchte es Ihnen an einem Beispiel nachweisen: Vor elf Jahren haben wir die Einführung einer islamischen Fakultät gefordert. Das haben Sie abgelehnt. Heute müssen Sie sie einführen, weil jeder einsehen kann, dass daran überhaupt kein Weg vorbeiführt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen es! Nicht "müssen"!)

Wenn wir Muslime integrieren wollen, müssen ihre Geistlichen und die Religionslehrer hier mit unseren Standards an unseren Universitäten ausgebildet werden. Das sieht jeder. Irgendwann mussten Sie also einschwenken. Aber wieder sind zehn Jahre verloren.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Beim Bahnhof verlieren wir 15! – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter GRÜ-NF)

Damit haben Sie ein Problem. Sie sind Getriebene der Verhältnisse. Wir aber wollen sie gestalten, und es ist unsere Aufgabe, in dieser Integrationsdebatte ein Klima zu schaffen, das deutlich macht: Menschen, die sich in unsere Verfassungsordnung integrieren, sind willkommen. Wir brauchen sie, und sie können ihre Lebensführung so gestalten, wie sie es im Rahmen dieser Verfassungsordnung möchten. Das ist unsere Ansage. Nur so bleiben wir eine erfolgreiche Kultur- und Industrienation.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie zum Schluss Ihrer Rede noch eine Nachfrage des Herrn Abg. Röhm?

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Bitte.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Kollege Kretschmann, Sie haben vorhin die baden-württembergischen Unternehmer gelobt. Jetzt haben Sie aber gerade gesagt, dass Menschen aufgrund ihres türkisch klingenden Namens abgelehnt werden. Glauben Sie nicht auch, dass sich jeder baden-württembergische Unternehmer bei einer Bewerbung auch für die Qualifikation interessiert, die ein Mensch mitbringt, und nicht ausschließlich für den Namen?

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Es wäre zu wünschen, dass es so ist, aber die Untersuchungen belegen das einfach nicht. Das heißt, auf diesem Feld müssen wir etwas tun. Das muss sich ändern. Es geht nicht um individuelle Vorwürfe, sondern es geht darum, dass wir andere Debatten führen, als Sie es mit solchen Parolen wie "Deutsche Interessen statt Multikulti" tun, denn sie führen wirklich in die Irre.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Palm das Wort.

Abg. Christoph Palm CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich stelle an den

(Christoph Palm)

Anfang meines Beitrags zur heutigen Aktuellen Debatte "Grundlagen für eine erfolgreiche Integrationspolitik" zwei Äußerungen des Bundespräsidenten. Nur wenn man beide Äußerungen gemeinsam nennt und sozusagen als Begriffspaar versteht, wird die ganze Tragweite seiner Aussagen und wird auch die Grundlage unserer Integrationspolitik klar.

Es ist richtig, Herr Kollege Kretschmann, am 3. Oktober, am Tag der Deutschen Einheit, hat der Bundespräsident gesagt: "Der Islam gehört zu Deutschland." Rund zwei Wochen später hat er vor dem türkischen Parlament aber auch gesagt: "Das Christentum gehört zur Türkei."

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Richtig!)

Mit diesem Begriffspaar wird ganz deutlich gemacht, wie wir zeitgemäße Integration verstehen und was unter diesem Begriff in die Bevölkerung getragen werden muss.

Integration ist eine Aufgabe, die auf Gegenseitigkeit beruht. Sie ist zugleich Hol- und Bringschuld.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Fördern und fordern bilden also eine Einheit. Das zeigt eben auch, Herr Kollege Kretschmann, dass man über alles reden können muss, und zwar in respektvollem Ton. Das ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Tabus, verehrte Kolleginnen und Kollegen, schaden der Debatte.

Deshalb muss man sagen dürfen, dass es Ängste in der integrierenden Bevölkerung gibt, und diese Ängste gilt es wahrzunehmen und ernst zu nehmen, ohne sie zu schüren.

Man muss auch sagen dürfen, dass nicht alle integriert werden wollen. Auch die Existenz von Parallelgesellschaften darf nicht geleugnet werden. Darüber hinaus bin ich auch der Ansicht, dass verbale Entgleisungen – und zwar von allen Seiten – der Integration nicht dienen.

Wenn ich auf Ihren Vorlesungsteil, dem ich wie sicher viele andere auch zustimmen kann, nun auch nicht näher eingehen möchte, so meine ich doch, dass man schon noch einmal darauf eingehen sollte, was Kultur ausmacht und was im Speziellen der Beitrag der deutschen Kultur zu diesem Weltethos, den Sie angesprochen haben, gewesen ist und auch in Zukunft sein wird.

Wir können, glaube ich, als eine der größten kulturellen Leistungen unseres Landes die Epoche der Aufklärung anführen, und wenn jemand zu uns kommt, der diesen wichtigen Schritt von der anonymen Masse hin zum Individuum und zur Wertschätzung des Individuums nicht mitgemacht hat, dann ist es unser gutes Recht, klarzumachen und deutlich zu machen, auf welchen Werten unsere Gesellschaft basiert, was unser Wertesystem ausmacht und welch einen Wert bei uns das einzelne Individuum darstellt.

Ich bin mit Ihnen einer Meinung: Jeder soll sich frei entfalten können – aber auf der Basis unseres Grundgesetzes und auf der Basis unseres Wertesystems. Wir nehmen hier nicht für uns in Anspruch, dass jeder das glauben soll – im religiösen Sinn –, was wir glauben – ich nehme an, das unterstellen auch Sie uns nicht –, aber es gibt doch Ausprägungen, die beispielsweise die Überlegenheit einer bestimmten Religion in den Raum stellen, oder Ausprägungen, die den Grundsatz der Gleichheit der Geschlechter nicht berücksichtigen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Da legen wir größten Wert auf die Forderung, unsere Werte nicht aufzugeben, um einer missverstandenen Gleichmacherei das Wort zu reden.

(Beifall bei der CDU)

Was die Meinungsbreite in der Union angeht: Herr Kollege Kretschmann, ich habe zu denen gehört, die auch am Ende Ihrer Ausführungen beim Tagesordnungspunkt 1 noch zugehört haben. Da haben Sie für sich und die Grünen in Anspruch genommen, dass es absolut normal sei, auch eine gewisse Breite darzustellen. Wir als Volkspartei nehmen ebenfalls für uns in Anspruch, dass es eine Breite gibt und dass wir uns miteinander und auch untereinander auseinandersetzen. Dass es durchaus eine Linie gibt, sieht man daran, dass speziell in Baden-Württemberg die Erfolge unserer Integrationspolitik weitaus stärker spürbar sind als anderswo. Baden-Württemberg ist auch in diesem Punkt nicht Berlin, und das soll es auch nicht werden.

Integration braucht ein gutes Klima, braucht Verständigung und Verständnis. Sie haben angesprochen, wie wichtig die Sprache ist. Ich würde mir wünschen, dass Sie, Herr Kretschmann, nicht den Eindruck erwecken, als seien Sie ein Feuerwehrmann, der zündelt, weil er so gern löscht.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Es gibt auch bei diesem Thema keinen Alleinvertretungsanspruch der Grünen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Es gab schon Integrationspolitik in Baden-Württemberg, als die Grünen noch nichts zu sagen hatten, und das wird auch zukünftig so sein – in beiderlei Hinsicht.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Die Integrationspolitik wird gut bleiben. Ausführungen zum Rest spare ich mir.

Meine Redezeit ist leider zu Ende. Ich gehe davon aus, dass nachfolgende Redner weiter ausführen können, welche Erfolge wir im Speziellen, etwa in der Bildung, haben.

Als Mitglied des Wissenschaftsausschusses erlaube ich mir noch einen kurzen Nachsatz zu den Fachbereichen für Islamischen Studien: Wir müssen das in Baden-Württemberg nicht machen – drei Hochschulstandorte in Deutschland sollen solche Fachbereiche für Islamische Studien anbieten –, sondern wir wollen das. Wir haben uns beworben und haben den Zuschlag bekommen. Darüber sollten wir alle uns freuen. Wer den Zuschlag für den Fachbereich Islamische Studien bekommt, der bekommt ihn nicht im luftleeren Raum, sondern

(Christoph Palm)

deshalb, weil eine Basis für Dialog, Verständigung und Integration vorhanden ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Schmid das Wort.

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die letzten Wochen haben gezeigt, dass in der zweiten großen Volkspartei, der CDU,

(Lachen bei der CDU)

die Integrationsdebatte von Rückschritt bedroht ist. Konnte der damalige Innenminister noch unwidersprochen feststellen

(Zuruf: Wer ist das?)

– Wolfgang Schäuble –: "Der Islam ist ein Teil Deutschlands", so sind jetzt wieder solche Äußerungen in den Vordergrund gerückt, die kulturelle Unterschiede betonen. Deshalb meine ich, es ist gut, wenn wir unseren Blick für die Buntheit und Vielfalt unserer Gesellschaft öffnen, so, wie sie Tag für Tag unter uns für alle von uns erlebbar ist. Nicht umsonst hat der jetzige Bundesinnenminister, Thomas de Maizière, gestern in Nürnberg beim Besuch eines Integrationskurses gesagt: "Liebe ist der beste Integrationsfaktor."

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Ja!)

Meine Damen und Herren, ich könnte Ihnen jetzt einiges dazu erzählen. Ich will nur darauf hinweisen,

(Zuruf: Wer hat denn wen integriert bei Ihnen?)

dass Herr de Maizière einen wichtigen Punkt getroffen hat, nämlich dass die Integration im Alltag – das alltägliche Grau in Grau, wo es nicht nur schwarz und weiß gibt, sondern wo es alle Schattierungen gibt – schon sehr weit vorangeschritten ist und dass die Menschen in der Nachbarschaft, im Sportverein, in der Schule, am Arbeitsplatz und übrigens zunehmend auch in der Politik dies erleben und erfahren. Sie wissen ganz genau: Es gibt sehr viele Kolleginnen und Kollegen, Mitschülerinnen und Mitschüler, die ganz selbstverständlich zur Gesellschaft gehören, egal, aus welchem Elternhaus sie kommen und aus welchem Land sie stammen.

Aber wer mit offenen Augen durchs Land zieht, merkt natürlich, dass es an der einen oder anderen Stelle auch klemmt. Natürlich gibt es auch kulturelle Hemmnisse für gelingende Integration, Fälle, in denen sich einzelne Zuwanderer hinter Religion und Kultur verschanzen, um sich aus dem gemeinsamen Leben auszuklinken oder ein Parallelleben zu veranstalten. Das ist eine winzig kleine Minderheit, aber auch darüber muss geredet werden, weil es umgekehrt natürlich auch viele Bürgerinnen und Bürger gibt, die die eine oder andere Fremdheitserfahrung machen und nicht so selbstverständlich mit der Vielfalt in unserer Gesellschaft umgehen können, wie vielleicht ich oder andere es tun.

Deshalb meine ich, wir sollten uns dem zuwenden, was in der Gesellschaft geschieht. Für uns als SPD ist klar: Integrationspolitik, die Integration in unsere Gesellschaft, ist die neue soziale Frage unseres Landes, und wir als SPD werden genauso, wie wir für die Gleichberechtigung von Arbeitern gekämpft haben, für die Gleichberechtigung und für gleiche Lebenschancen auch der Zuwanderinnen und Zuwanderer kämpfen

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich sage, es ist die soziale Frage, dann ist die vornehme Aufgabe gerade auch der Landespolitik, dass wir Erfolgsgeschichten von Integration ermöglichen. Eine solche Erfolgsgeschichte ist der soziale Aufstieg durch Bildung, den viele in unserer Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten erfahren haben, den übrigens zunehmend auch Zuwanderer erfahren haben. Wichtig ist, dass dieser Aufstieg durch Bildung für immer mehr Menschen in Baden-Württemberg erlebbar und erfahrbar wird und dass die Hemmnisse für die Chancengleichheit im Schulsystem - etwa die unzureichende Förderung in der vorschulischen Bildung – sowie die Hemmnisse beim Übergang in die Ausbildung oder an die Universitäten abgebaut werden können. Denn eine Gesellschaft lebt davon, dass viele das Gefühl und auch die berechtigte Hoffnung haben, dass es ihren Kindern einmal besser geht als ihnen selbst. Das ist der Motor für unsere Gesellschaft, für die Dynamik und die Wirtschaft in unserer Gesellschaft.

Dies hängt entscheidend von gleichen Bildungschancen ab, und deshalb werden wir in diesem Land Baden-Württemberg die soziale Selektion, die soziale Diskriminierung im Schulsystem abbauen, und zwar über längeres gemeinsames Lernen, bessere Sprachförderung und mehr Ganztagsschulen.

(Beifall bei der SPD)

Gerade weil wir wissen, dass Integration eine Alltagserfahrung ist, wollen wir die Kommunen stärken, wenn es darum geht, vor Ort Integration zu schaffen. Wir wissen, dass in den großen Städten des Landes, aber auch in den kleinen Gemeinden schon unheimlich viel getan wird.

Ich will ein praktisches Beispiel nennen, das, wie ich meine, zeigt, wo sich das Land einsetzen könnte, um die kommunale Integrationspolitik zu stärken. Das ist die Umsetzung der sogenannten Integrationskurse, der Sprachkurse für Zuwanderer.

(Zustimmung der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Bisher wird das zentral über das Bundesamt in Nürnberg abgewickelt. Schon bei der Einführung der Sprachkurse wurde diskutiert, ob man den Kommunen nicht mehr Spielräume bei der Mittelvergabe und bei der Benennung der Träger für Integrationskurse einräumen sollte. Ich meine, wir sollten gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden, mit denen, die Integration vor Ort erleben und ermöglichen, darüber diskutieren, ob wir es nicht schaffen, dies stärker dezentral bzw. kommunal umzusetzen, damit diese wichtige Eingliederungsmaßnahme – die sprachliche Eingliederung – noch zielgenauer und noch stärker auf die Bedürfnisse vor Ort ausgerichtet werden kann. Stärkere kommunale Elemente bei Integrationskursen sind also eine konkrete Forderung von uns.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

(Dr. Nils Schmid)

Aber die letzten Debatten haben auch gezeigt, dass gerade auf dem schwierigen Feld der Integration, auf dem sicher auch Sensibilitäten von allen Beteiligten im Spiel sind, der Ton die Musik macht. Das Bewusstsein dafür habe ich bei Herrn Seehofer vermisst. Denn man sollte nicht unterschätzen, welche Auswirkungen Äußerungen wie die von Herrn Seehofer haben, und zwar auf diejenigen, die sich in der Vergangenheit und verstärkt in den letzten zehn Jahren, nämlich seit der Neuordnung des Zuwanderungsrechts und des Staatsangehörigkeitsrechts, bemüht haben, dabei zu sein, die sich integriert haben und die sich auch als vollwertige Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in dieser Gesellschaft angenommen gefühlt haben. Diese Menschen fühlen sich durch solche Äußerungen wie die von Herrn Seehofer und natürlich auch die von Herrn Sarrazin an den Rand gedrängt und aus dieser Gesellschaft ausgeschlossen.

Ich sage Ihnen: Wenn wir noch ein paarmal solche Signale aussenden, dann können wir zwar noch viele Male darüber reden, wie wichtig Bildung ist und wie wichtig die Zuwanderung von Hochqualifizierten ist, aber dann haben wir dieses Thema in unserer Gesellschaft endgültig kaputt gemacht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deshalb ist es eine vornehme Aufgabe auch dieser Landesregierung, zu überlegen, in welcher Tonlage wir über Integration reden. Denn all diese Menschen brauchen wir. Wir brauchen sie alle von A bis Z. Wir brauchen sie für unsere Unternehmen, wir brauchen sie für unsere Vereine, wir brauchen sie für die Feuerwehr, wir brauchen sie für die Kommunalpolitik, wir brauchen sie für die Parteien, wir brauchen sie

(Zuruf von der SPD: Für die Liebe!)

für den sozialen Zusammenhalt dieser Gesellschaft. Es kann nicht sein, dass wir auch nur einen verloren geben. Es kann nicht sein, dass wir jemanden danach sortieren, woher seine Eltern kamen oder gar welche Religions- oder Kulturzugehörigkeit seine Eltern haben. Wir werden in den nächsten Jahren jeden Einzelnen brauchen. Es ist im wohlverstandenen Eigeninteresse der Mehrheitsgesellschaft, dass Integration gelingt. Darum müssen wir uns kümmern und dürfen politisch nicht mit Vorurteilen herangehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn Sie fragen: "Was ist die Leitkultur, was ist das Leitbild?", dann gibt es darauf eine einfache Antwort: Es ist die Verfassung. Wir erwarten von jedem, der in Deutschland lebt, und jedem, der nach Deutschland kommt, dass er die Verfassung anerkennt. Da gibt es keinen Rabatt nach Religion, da gibt es keinen Rabatt nach Herkunft.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Die Verfassung gilt für alle, die bei uns leben, und für alle, die zu uns kommen wollen. Einem echten Verfassungspatrioten ist es egal, ob er vielleicht beim Fußball noch für Juventus Turin oder Real Madrid mitjubelt. Er gehört als Verfassungspatriot mitten in unsere Gesellschaft hinein.

Es wird die Aufgabe sein, in den nächsten Monaten auch in Baden-Württemberg deutlich zu machen: Die Vielfalt in unserer Gesellschaft ist keine Bedrohung, sondern eine Riesenchance. Daran sollten wir alle uns halten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP darf ich Herrn Abg. Kluck erteilen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Der Integrationsbeauftragte! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Der ist selbst erfolgreich integriert!)

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorweg will ich festhalten: Begriffe wie "Leitkultur" und "Multikulti" tragen nichts Positives zu einer Integrationsdebatte bei, sondern schaden der Sache eher.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Zumal Preußen auch ein Teil von Multikulti sind!)

Einem Liberalen sind Äußerungen des Sozialdemokraten Sarrazin und des Christsozialen Seehofer schon immer unverdaulich erschienen. Wir beteiligen uns am Anrühren solcher Suppen nicht.

Aber, Herr Kollege Kretschmann, Sie wissen es: Selbst Ihre Partei ist davor nicht gefeit. Sie kennen Ihren Mitbegründer Rolf Stolz, der ein Buch mit dem Titel "Deutschland, deine Zuwanderer" herausgebracht hat. Dieser Autor malt das bedrohliche Gemälde von Kulturverlust, Balkanisierung, vom Krieg der Ethnien, von gewalttätiger Herrschaft von Mafiosi und Clanchefs an die Wand. Er ist in dieser Frage genauso ein Spinner wie Sarrazin und Seehofer.

Herr Kollege Dr. Schmid, Sie mahnen an, Erfolgsgeschichten doch deutlicher zu machen. Das machen wir doch! Denn die Integration in Baden-Württemberg ist eine Erfolgsgeschichte.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau! – Abg. Peter Hofelich SPD: Na, na, na!)

Wir haben unter allen Flächenländern den größten Anteil an Einwohnern mit Migrationshintergrund; dieser Anteil beträgt ein Viertel der Bevölkerung. Zugewanderte haben hier wesentlich zur wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Weiterentwicklung beigetragen.

Da ist es für uns Liberale doch ganz normal, dass wir Intoleranz, Rechtsextremismus, Islamismus, Ausländerfeindlichkeit und Parallelgesellschaften konsequent entgegentreten. Das sollten wir alle tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir brauchen in Sachen Integration keinen Nachhilfeunterricht; wir brauchen uns dabei wirklich nicht zu verstecken. Herr Minister Ulrich Goll hat als Integrationsbeauftragter die Prozesse wesentlich vorangebracht. Sie alle kennen das Projekt "Integration gemeinsam schaffen – für eine erfolgreiche Bildungspartnerschaft mit Eltern mit Migrationshintergrund". Wir haben seit 2008 die neu strukturierte Schuleingangsun-

(Hagen Kluck)

tersuchung mit dem Sprachtest und der anschließenden Förderung in der deutschen Sprache in den Kindergärten.

Sie haben die Anhörung der Landesregierung sicher noch in Erinnerung,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jawohl!)

in der es um eine bessere und schnellere Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen ging. Sie kennen die interministerielle Arbeitsgruppe zur stärkeren interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Es gibt für Gemäkel überhaupt keinen Grund. Hier wird jede Menge getan, und hier haben wir auch viele Erfolge vorzuweisen.

Kein Mensch verlangt doch von Zuwanderern die völlige Anpassung. Eine totale Gleichmacherei kann natürlich nicht Ziel einer auf Individualismus und Eigenverantwortung ausgerichteten pluralistischen Gesellschaft sein. Uns Liberalen – vielleicht mit Ausnahme des Kollegen Kleinmann – ist es ohnehin egal, in welche Kirche man zum Beten geht. Das ist Angelegenheit jedes Einzelnen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wo beten denn Sie?)

Wir wollen nicht alles vereinheitlichen. Aber alle Menschen, die hier im Land leben, müssen doch die Möglichkeit erhalten, ihre Chancen und ihr Potenzial nutzen zu können. Das geht aber nur, wenn man Teil der Gesellschaft ist und sein will und wenn man sich entfalten darf und auch will.

Integration bedeutet so etwas wie "Leben und leben lassen". Integration erfordert gegenseitige Toleranz, Anerkennung und Respekt sowie die Bereitschaft – auch das ist ganz wichtig –, sich in die Situation des anderen hineinzuversetzen.

Ganz wichtig ist natürlich – da sind wir uns alle einig – die Bereitschaft zum Erlernen und Beherrschen der deutschen Sprache. Das ist die Grundvoraussetzung für Integration; das ist der Schlüssel. Daran führt kein Weg vorbei.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Integrationspolitik muss werteorientiert sein. Sie hat die fundamentalen Grundrechte und Werte unserer Demokratie und unseres Rechtsstaats zu vermitteln. Demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien sind Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben.

Die Gleichheit der Geschlechter – auch darauf ist Herr Kollege Palm schon eingegangen –, die Achtung gegenüber Andersdenkenden, gegenüber Menschen anderen Glaubens und auch gegenüber Nichtgläubigen, das Gewaltmonopol des Staates und der Verzicht auf gewaltsame Konfliktlösungen – diese Prinzipen müssen ohne Einschränkung für alle in Baden-Württemberg lebenden Menschen gelten. Der Staat hat diese Werte und Prinzipien gegen jeden Relativierungsversuch und auch gegenüber scheinbar kulturell oder religiös begründeten abweichenden Ansprüchen unmissverständlich zu schützen und zu verteidigen.

Integration ist keine Einbahnstraße. Wir stehen zur Integration

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Justizminister Professor Dr. Goll das Wort

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf hier für die Landesregierung Stellung nehmen, wobei ich gleich zu Anfang darauf hinweisen möchte, dass ich in der Tat Integrationsbeauftragter dieser Landesregierung bin. Dies bin ich schon seit einigen Jahren. Integration ist aber eine Querschnittsaufgabe. Daran beteiligt sind im Grunde genommen alle Ressorts, insbesondere aber natürlich das Kultusressort, das Innenressort, das Sozialressort und das Wirtschaftsressort. Bei diesem Thema arbeiten wir sehr eng zusammen. Ich betone das deswegen, weil das Thema bei uns hoch hängt. Denn wir haben die Zeichen der Zeit längst erkannt und wissen, wie wichtig das Thema Integration ist.

Allerdings kann man mit derselben Klarheit sagen: An solchen Debatten, die Sie, lieber Herr Kretschmann, kritisiert haben, beteiligen wir uns eigentlich gar nicht. Mir fällt kein Beispiel ein, bei dem sich die Landesregierung auf solche ideologischen Debatten verlegt hätte. Das wäre nicht landestypisch. Landestypisch ist es, die Dinge pragmatisch in Ordnung zu bringen, soweit man auf Landesebene handeln kann, und einfach etwas zu tun.

An dieser Stelle muss ich sagen: Ich glaube, wir haben es in den letzten Jahren mit vereinten Kräften ziemlich geräuschlos hinbekommen, dass der Zustand der Integration in Baden-Württemberg im Ganzen sehr gut ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Wir haben bestimmte Herausforderungen; darauf komme ich gleich noch zu sprechen. Aber wir haben in Baden-Württemberg im Vergleich aller Bundesländer die höchste Erwerbsquote unter den Migranten und die niedrigste Quote von Sozialleistungsempfängern unter den Migranten. Wir haben die niedrigste Migrantenarbeitslosigkeit unter allen Bundesländern. Wir haben die höchste Quote beim Kindergartenbesuch von Migrantenkindern – da sind wir Rekordhalter; Platz 1. Wir haben ein Bildungssystem – ich bin wirklich jederzeit bereit, über das Bildungssystem zu diskutieren; Kollegin Marion Schick ist es auch; bei guten Vorschlägen sind wir überhaupt nicht vernagelt –, das ständig ausgezeichnete Noten bekommt. Daran kann man nicht vorbeigehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und die Migranten profitieren davon!)

- Herr Röhm sagt: Und die Migranten profitieren davon.

Bei einem muss man genau hinschauen – das erfreut einen besonders –: Bei allen Untersuchungen, die bei uns gemacht werden – über alle Schüler hinweg; im letzten Jahr waren es 30 000 Schüler –, liegen wir eigentlich immer auf vorderen

oder – so sage ich immer – auf zumindest sehr vorzeigbaren Plätzen, und das, obwohl wir den höchsten Anteil von Migrantenkindern in der ganzen Bundesrepublik haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau so ist es!)

Daran sieht man eben erst, wie gut diese Ergebnisse sind.

Aber es gibt Schönheitsfehler, Dinge, die wir in Angriff nehmen müssen. Die Studien haben auch gezeigt, dass es einen Zusammenhang zwischen der Herkunft und dem Bildungserfolg gibt. Diesen negativen Zusammenhang wollen wir durchbrechen. Deswegen hat Kollegin Professorin Dr. Schick vor Kurzem einen Expertenbeirat mit ebendieser Bezeichnung ins Leben gerufen. Er untersucht den Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg. Weil es diesen Zusammenhang gibt - wir wollen untersuchen, wie wir ihn knacken -, ist natürlich auch in der Vergangenheit zu beklagen gewesen, dass die Integration bei uns zwar insgesamt gut gelaufen ist, sich die Migrantenfamilien aber - ich sage es einmal deutlich - auf Dauer eher in den unteren Schichten eingenistet haben. Sie kommen zwar alle irgendwo in die Gesellschaft hinein, aber die Aufstiegschancen sind noch nicht so gut, wie man es sich vorstellen könnte. Deswegen lautet unsere Aufgabe natürlich weiterhin Integration.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sie sind miserabel!)

- Bitte?

(Abg. Norbert Zeller SPD: Die Aufstiegschancen sind miserabel!)

- Nein, miserabel sind sie nicht.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Natürlich, und zwar besonders in Baden-Württemberg! – Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wie Sie sich denken können, habe ich die Gelegenheit, diese Themen zu traktieren, öfter. Nehmen wir die Hochschulabschlüsse türkischer Mädchen. Deren Zahl entwickelt sich erfreulich.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Norbert Zeller SPD: Das Problem sind die türkischen Jungs! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Sie bleiben aber noch immer hinter den Hochschulabschlüssen deutscher Mädchen zurück. Aber man darf an dieser Stelle auch einmal eines sagen, um die Kirche im Dorf zu lassen – Verzeihung, in der Debatte hatten wir viel Konsens; das soll auch so bleiben, aber ich möchte trotzdem darauf hinweisen –: Die türkischen Mädchen

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Und die türkischen Jungs?)

haben in Deutschland eine fünfmal höhere Chance auf einen Hochschulabschluss als in der Türkei. Das darf man auch einmal am Rand erwähnen. (Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/ DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was ist denn mit den türkischen Jungs?)

Unsere Aufgabe heißt Integration.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir wissen, dass wir in dieser Hinsicht noch etwas zu tun haben, insbesondere was die Durchlässigkeit und die Chancen in Wirtschaft und Gesellschaft angeht.

Sie haben für die von Ihnen beantragte Aktuelle Debatte die Überschrift "Grundlagen für eine erfolgreiche Integrationspolitik" gewählt. Auf drei Grundlagen möchte ich ganz kurz eingehen, wobei ich meine Ausführungen jeweils mit einer kleinen Anmerkung verbinden darf, die in Richtung der Fraktion geht, die diese Aktuelle Debatte beantragt hat. Das kann ich dann doch nicht lassen.

Ich gehe auf drei Grundlagen ein, die für mich entscheidend sind: Arbeit, Sprache und Verfassung. Das sind die drei Grundlagen der Integration.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Und alles hängt mit Bildung zusammen!)

Wir sehen im Vergleich sofort: Dort, wo jemand einen Arbeitsplatz hat, bestehen schon viele andere Probleme nicht. Dort sind die Menschen in ihrer Umgebung anerkannt. Selbst wenn die Menschen schlecht Deutsch sprechen, hat das bei der ersten Einwanderergeneration ganz gut funktioniert. Wer also integrieren will, muss zuerst etwas für Beschäftigung tun. Er muss schauen, dass er wie in Baden-Württemberg annähernd Vollbeschäftigung hat.

In diesem Zusammenhang wundert es mich wirklich – heute war ja doch mehrfach von unser aller Lieblingsprojekt die Rede –, dass Sie, Herr Kretschmann, bei einem eigentlich grünen Projekt – ich halte dieses Schienenprojekt für ein grünes Projekt – 10 000 Arbeitsplätze auf Dauer und 7 000 auf etliche Jahre einfach sausen lassen. Diese Arbeitsplätze könnten wir nämlich für die Integration und die weitere Verbesserung der Beschäftigung gerade auch bei den Migrantenfamilien ausgezeichnet brauchen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Völlig richtig! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Das zweite Stichwort, meine Damen und Herren, heißt Sprache. Wir wollen erreichen, dass die Kinder schulfähig in die Schule kommen. Das ist für mich der erste, große, kritische Punkt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es geht um die Frage, ob ein Kind dann, wenn es in die Schule kommt, auf den Zug aufspringen kann oder ob es Mühe hat, auf ihn aufzuspringen.

Deswegen haben wir in Baden-Württemberg schon vor einiger Zeit die Sprachstandserhebung eingeführt. Sie ist notwendig. Ich muss rechtzeitig vor Schulbeginn wissen, welchem Kind ich helfen muss. Dann muss ich die Zeit – anderthalb Jahre – nutzen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das muss in den Kindergärten geschehen!)

Wir haben gesagt: Wir trauen uns zu, anderthalb Jahre vor Schulbeginn zu prüfen: Wo gibt es Defizite? Wo besteht Handlungsbedarf? Wir haben immer gesagt: Wir werden den Handlungsbedarf decken, und wir werden auch das Geld dafür auf den Tisch legen. Die Sprachstandserhebung ist eine ganz wichtige Maßnahme.

Jetzt, wie gesagt, kann ich es mir nicht verkneifen, anzuführen, was Sie, liebe Frau Lösch, uns am 2. Juni 2008 entgegengehalten haben, als ich die Sprachstandserhebung angekündigt habe. Das ging auch durch die Presse. Ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Justizminister Dr. Ulrich Goll:

Die Landesregierung will sich hastig mit ihren Sprachtests profilieren. ...

Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, Sprachscreening im Rahmen der Einschulungsuntersuchung im Kindergarten durch Instrumente der Beobachtung und Dokumentation zu ersetzen.

"Beobachtung und Dokumentation": Das wäre mir, ehrlich gesagt, zu wenig.

Als ich kürzlich meinen Bericht vorgelegt habe, haben Sie uns Untätigkeit vorgeworfen. Verzeihung: Wenn wir es so gemacht hätten, wie Sie es wollten, wären wir untätig geblieben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Aber so machen wir mittlerweile landesweit die Sprachstandserhebung.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister Professor Dr. Goll, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Lösch?

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Ja.

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Abgeordnete.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aber jetzt anständig bleiben!)

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ja, natürlich immer anständig bleiben.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: So natürlich ist das nicht!)

Ich freue mich, dass der Herr Justizminister meine Pressemitteilungen mit so großer Aufmerksamkeit liest.

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Das gehört zur politischen Kultur.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Geben Sie mir recht, dass es nicht nur darum geht, Sprachtests durchzuführen, sondern eigentlich viel wichtiger ist, in einer Kindertageseinrichtung Sprachförderung zu haben?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Haben wir doch reichlich! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist ja der Sinn der Sache!)

Sie profilieren sich mit Sprachtests, aber es ist nach wie vor nicht geklärt, wer für die Sprachförderung aufkommt.

Geben Sie mir außerdem recht, dass es wichtig wäre, dass ein Kind ab dem ersten Tag, an dem es in den Kindergarten geht, eine richtig gute Sprachförderung haben müsste und nicht erst, nachdem bei der Einschulungsuntersuchung festgestellt wurde.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Genau darum geht es!)

dass bei dem Kind im Alter von vier oder viereinhalb Jahren Sprachdefizite bestehen? Geben Sie mir nicht recht: Sprachförderung ab dem ersten Tag und nicht nur ein Reduzieren auf Tests?

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das findet auch durch die anderen Kinder statt!)

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Was die Fördermaßnahmen angeht: Ich hatte immer gehofft, dass man irgendwann einmal zur Kenntnis nimmt, dass wir eben in den Raum gestellt haben: Wir werden nicht nur die Diagnose stellen, sondern wir werden auch die Therapie bezahlen. Gegenwärtig liegen die Therapiekosten für die Sprachförderung bei 10 Millionen €.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Die Sprachförderung und die Diagnose haben wir zunächst mit der Landesstiftung durchgeführt, weil dies sinnvoll war. Die Landesstiftung hatte ein Programm "Sag' mal was", bei dem sie genau solche Tests und eine solche Förderung –

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

 Sie hätten es vielleicht noch zehn Jahre lang evaluiert. Das hätte mir aber zu lange gedauert.

Wir haben gesagt, dass wir es zunächst mit der Landesstiftung machen, weitere Erfahrungen sammeln und es dann landesweit ausdehnen wollen. Wir haben Punkt für Punkt Wort gehalten. Sie hingegen haben gesagt: Ihr könnt das doch nicht ewig über die Stiftung machen. Daraufhin haben wir gesagt: Na gut, vielleicht machen wir es nicht ewig über die Stiftung. Aber es ist sicher sinnvoll und richtig, es zunächst einmal über die Stiftung zu machen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wir sind Schritt für Schritt gegangen. Es ist aber schon klar, dass Ihnen irgendetwas Kritisches einfallen muss; denn das ist Ihre Aufgabe. Es kann dann natürlich auch sein, dass Sie ein überzogenes Konzept auf den Tisch legen. Natürlich kann man Kinder vom ersten Tag an begleiten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Muttersprache wird gelernt!)

Dies ist übrigens in erster Linie Aufgabe der Eltern. Darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Oh!)

In dieser Hinsicht kann man eine Menge tun. Man kann die frühkindliche Förderung ausbauen. Das werden wir auch tun.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Aber nicht mit einer Gruppengröße von 28 Kindern!)

Aber ich sage Ihnen eines: Wir können froh sein, dass wir – dies leistet nach meiner Kenntnis außer Nordrhein-Westfalen kein anderes Bundesland – die letzten anderthalb Jahre der Vorschulzeit nutzen. Anderthalb Jahre sind im Leben eines Kindes eine lange Zeit.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: So früh wie möglich! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Interessant, wie viele Grüne dieses Thema interessiert! Nicht einmal die eigene Fraktion ist da!)

Wenn es nach Ihnen ginge, hätten wir heute noch nicht einmal einen Sprachtest.

Wir nutzen diese anderthalb Jahre, um die Kinder vorzubereiten

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Bauer?

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Ja.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Abgeordnete

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Niemand scheint Hunger zu haben

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich schon! – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr lustig!)

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Minister Goll, Sie sprachen gerade von der Landesstiftung und lobten die Sprachfördermaßnahmen der Landesstiftung. Ist Ihnen bekannt, dass die Landesstiftung ihre Sprachförderprogramme mit zwei unabhängigen Evaluationen, zum einen von der Pädagogischen Hochschule Heidelberg und zum anderen von der Pädagogischen Hochschule Weingarten, selbst evaluiert hat und dass man in diesen beiden Evaluationen zu dem Ergebnis gekommen ist, dass die Kurse, die die Landesstiftung selbst angeboten hat, in ihrer Reichweite nicht ausreichend sind, sondern dass man Sprachförderung anders betreiben muss, nämlich von Anfang an und integriert in das Alltagsleben des Kindergartens? Sind Ihnen diese Studien bekannt?

Stimmen Sie nicht überein mit den Forderungen, die auch die Kollegin Lösch gestellt hat, dass man deswegen Sprachförderung nicht auf Extrakurse in der Schlussphase des Kindergartens reduzieren darf, sondern sie systematisch von Anfang an in das Kindergartengeschehen integrieren muss?

(Zuruf: Sehr gute Frage! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ab wann? Ab dem 14. Lebenstag?)

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister.

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Diese Untersuchungen sind mir auch bekannt. Sie sind aber nach meiner Kenntnis im Nachgang kräftig relativiert worden.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Aber nur von der Landesregierung!)

Vor allem sage ich Ihnen aber eines: In dieser Debatte verlasse ich mich gelegentlich auf den ganz pragmatischen Ansatz des gesunden Menschenverstands. Das empfehle ich Ihnen übrigens dringend im Zeitalter der Gutachter.

(Vereinzelt Beifall – Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Von Gutachtern werde ich beispielsweise mit der Theorie konfrontiert, dass Migranteneltern mit ihren Kindern am besten nicht reden, weil sie es ihnen falsch beibrächten.

(Heiterkeit der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Selbst so etwas verzapft jemand ernsthaft.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Die Landesstiftung z. B.!)

Sie wissen, dass diese Theorie ernsthaft im Raum steht. Jeder, der Kinder hat, weiß aber genau, dass sie die Fehler hinterher schnell wieder ausbügeln und dass es natürlich gut ist, wenn die Eltern mit ihren Kindern reden.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Liebe Frau Bauer, genauso sagt mir mein Verstand: Besser als nur zu warten, zu dokumentieren und zu beobachten, wie Sie es vorhin gesagt haben, ist es, die Kinder im Kindergarten gezielt anderthalb Jahre lang zu fördern.

Jetzt müssen Sie mir darlegen, dass die 10 Millionen € nichts nützen, die wir für Erzieherinnen und Erzieher und qualifizierte Fachkräfte einbringen. Sagen Sie mir das bitte.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Lesen Sie die Evaluation, und reden Sie nicht vom gesunden Menschenverstand!)

Sagen Sie mir, dass das nichts nützt. Ich hätte gern den Gegenbeweis von Ihnen, dass es nichts nützt, wenn wir 10 Millionen € – die Tendenz ist übrigens steigend – in die Hand nehmen und Erzieherinnen und Erzieher und spezielle Kräfte im Kindergarten beauftragen, die Kinder anderthalb Jahre lang acht Stunden in der Woche gezielt zu fördern. Es wird mir doch niemand erzählen, dass das nichts nützt. Natürlich wird es etwas nützen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Albrecht Fischer CDU: Die hören nicht einmal zu!)

Außerdem brauchen wir die Eltern. An dieser Stelle möchte ich wenigstens ein baden-württembergisches Leuchtturmprojekt ansprechen. Wir wollen noch viel gezielter als bisher die Eltern von Migrantenkindern ansprechen, um sie in das Bil-

dungsgeschehen hineinzulocken, um sie zu interessieren und um sie zu informieren. In der vergangenen Woche hatten wir hierzu wieder einen gut besuchten Elterntag, der sehr erfreulich verlaufen ist. Am meisten freue ich mich über ein Projekt der Nachhaltigkeitsstrategie. Von den Vorrednern ist es auch schon genannt worden. Wir werden versuchen, landesweit die besten Modelle in der Praxis auszubreiten, die aufzeigen, wie man an die Eltern herankommt und die Eltern ein bisschen dazu bewegt, sich zu informieren und etwas für die Bildung ihrer Kinder zu tun.

Das ganze Problem der mangelnden Schulfähigkeit betrifft übrigens nicht nur Familien mit Migrationshintergrund,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

sondern zu einem Viertel bis zu einem Drittel auch Kinder ohne Migrationshintergrund. Diese sind natürlich in all diese Programme eingeschlossen.

Sie wissen, dieses Netzwerk können wir mithilfe der Robert Bosch Stiftung und mithilfe der Breuninger Stiftung bilden. Wir haben hierzu einen gemeinnützigen Verein gegründet. Das ist eine einmalige Sache und natürlich auch eine vorbildliche Sache im Sinne des bürgerschaftlichen Engagements.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Mittlerweile sind bereits 21 Beraterinnen am Werk, die nichts anderes machen, als solche Initiativen ins Leben zu rufen, die sich mit der Frage befassen: Wie bringen wir die Eltern in den Dialog?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ich könnte hier natürlich viele weitere Punkte nennen, wie den konsequenten Ausbau der Ganztagsschule, den Einsatz der Pädagogischen Assistenten usw.

Aber ich komme noch ganz kurz zum dritten Punkt, zur Verfassung: Natürlich enthält die Verfassung unser Wertesystem. Da bin ich übrigens bei Ihnen. Die Verfassung ist unsere Leitkultur. Das sehe ich genauso. Deswegen ist sie die Grundlage für die Integration.

Deswegen hat es mich auch ein bisschen gewundert – manchmal geht es auch darum, die Verfassung ein Stück weit zu verteidigen –, dass wir bei unseren Vorschlägen, beispielsweise zum Verbot der Zwangsheirat, nie die Unterstützung der Grünen hatten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! So ist es!)

Nachdem ich, nachdem wir, nachdem Baden-Württemberg jahrelang darum gekämpft hat, hat heute die Bundesregierung beschlossen – das passt gerade –, deutlich ins Strafgesetzbuch hineinzuschreiben, dass Zwangsheirat ein Straftatbestand ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

In den früheren Jahren ist es immer speziell an der Fraktion GRÜNE – aber auch an der Fraktion der SPD – gescheitert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die wollen das Problem gar nicht sehen!)

– Ja, genau.

Ich möchte damit schließen: Ich glaube, dass gerade eine Gesellschaft wie die baden-württembergische – einmal umgekehrt gesprochen –, in der etliche Kulturen friedlich miteinander zusammenleben, wie keine zweite geeignet ist, unsere Landesverfassung und unser Grundgesetz mit Leben zu füllen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte unter Tagesordnungspunkt 2 beendet.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. In der Zwischenzeit haben wir eine Verzögerung von zwei Stunden, wenn ich die Mittagspause mit einrechne. Aber wir können wegen des Stenografischen Dienstes keine kürzere Mittagspause als eine Stunde machen, wie mir die Verwaltung gerade mitgeteilt hat. Somit werden wir die Sitzung des Landtags um 14:45 Uhr mit Tagesordnungspunkt 4 fortsetzen.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:48 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:46 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Tagesordnungspunkt 3 wird nach Tagesordnungspunkt 4 aufgerufen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Das Staatsministerium hat zur Vorbereitung der Regierungsbefragung folgende zwei zentrale Themen der letzen Kabinettssitzung mitgeteilt:

- 1. Hochschule 2012 Ausbaumaßnahmen der dritten Tranche (2011)
- 2. Bedarfsorientierter Ausbau der Ganztagsschulen in Baden-Württemberg

Herr Minister Professor Dr. Frankenberg wird zum Thema "Hochschule 2012 – Ausbaumaßnahmen der dritten Tranche (2011)" eine einleitende Erklärung für die Landesregierung abgeben.

Für die Regierungsbefragung gelten folgende Redezeiten: je fünf Minuten für die Beantwortung einer Frage und für die einleitenden Erklärungen sowie je bis zu drei Minuten für die Fragestellungen mit einleitenden Bemerkungen.

Bitte, Herr Minister Dr. Frankenberg.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Regierung will bis zum Wintersemester 2012/2013 20 000 neue Studienanfängerplätze schaffen. Mit dem Beschluss, den wir jetzt gefasst haben, kommen wir für das Wintersemester 2011/2012 bereits auf eine Zahl von 18 500 zusätzlichen Studienanfängerplätzen. Im Endausbau bedeutet dies, dass wir ca. 70 000 neue Studienplätze geschaffen haben. Um die Größenordnung der jetzt bereitgestellten Studienplätze klarzumachen: Das sind mehr Studienanfängerplätze, als alle Fachhochschulen im Land an Studienanfängerplätzen haben.

Wir sind in der jetzigen Ausbaustufe bei 18 500 Plätzen angelangt. Jetzt haben wir 7 000 neue Studienanfängerplätze beschlossen. Die Detailplanung entlang unseres Masterplans liegt vor. Der Ausbau dieser ca. 7 000 neuen Studienanfängerplätze geschieht vornehmlich an den Universitäten, während zuvor der Ausbauschwerpunkt bei den Fachhochschulen und der Dualen Hochschule lag.

Die Universitäten sind nun stärker am Ausbau beteiligt, weil wir jetzt in Richtung des doppelten Jahrgangs gehen, der das allgemeinbildende Abitur macht. Wir müssen immer bedenken, dass nur die Hälfte derer, die ein Studium aufnehmen, dieses mit einem allgemeinbildenden Abitur tun. Im Hinblick auf diesen doppelten Abiturjahrgang, bei dem natürlich auch das ganz normale Studierverhalten von Abiturienten gegeben ist, bauen wir jetzt mit ca. 3 000 zusätzlichen Studienanfängerplätzen vornehmlich die Kapazitäten an den Universitäten aus. Man muss sehen: Allein dieser Schritt entspricht praktisch dem Ausbau um eine kleinere Universität im Land, wenn man dies mit den Plätzen vergleicht, die wir bisher haben.

Das Programm "Hochschule 2012" ist so ausfinanziert, dass wir in der Spitze über 200 Millionen € pro Jahr an Landesmitteln einsetzen werden. Das ist angesichts der Finanzlage, angesichts der Wirtschaftskrise eine gewaltige Kraftanstrengung. Denn wir senken die Mittel der Hochschulen nirgendwo ab. Wir geben nur zusätzliche Mittel.

Zum Zweiten stehen für dieses Programm Bundesmittel aus dem "Hochschulpakt 2020" zur Verfügung. Wir bauen die Zahl der Studienanfängerplätze stärker aus, als es unserer Verpflichtung nach dem Vertrag zwischen den 16 Bundesländern und dem Bund entsprechen würde.

Wir sind, genauso wie in den vergangenen Phasen, sehr systematisch an die Frage herangegangen, welche Studiengänge wo eingerichtet werden. Es war wieder so, dass wir vor Ort – zentral organisiert durch die IHKs – regionale Arbeitskreise hatten, die im Grunde genommen die Überlegungen der Hochschule über die Frage reflektiert haben, welcher potenzielle Bedarf für akademische Absolventen auf dem Arbeitsmarkt besteht. Danach sind die Vorschläge der Hochschulen, bewertet durch die Arbeitskreise, an unser Ministerium gegangen. Wir haben – wieder im Dialog mit den Hochschulen – Prioritätenlisten festgelegt. Denn dieser Ausbau ist nicht nur ein Ausbau von Studienplätzen, sondern auch eine strategische Erweiterung der Hochschulen. Er muss im Grunde genommen jeweils in das Profil der Hochschule passen.

Es gab dann gewisse Prioritäten, wenn es die Hochschulen geschafft haben, für bestimmte Studiengänge sozusagen Drittfinanzierer, vor allem Stiftungsprofessuren, einzuwerben. Denn

Stiftungsprofessuren dokumentieren das besondere Interesse derer, die die Absolventen und Absolventinnen später einstellen sollen.

Wir haben dadurch im Land inzwischen eine Rekordzahl von etwa 160 Stiftungsprofessuren erreicht. Manche stellen die Frage: Was macht die Wirtschaft? Bei der Dualen Hochschule stellt sie die Ausbildungsplätze zur Verfügung. Ansonsten stellt sie wie noch nie zuvor Stiftungsprofessuren zur Verfügung. Das heißt, die Wirtschaft, vor allem die mittelständische Wirtschaft, gerade auch in Verbünden, leistet durchaus einen hohen Beitrag zum Erreichen des Ziels, dem doppelten Abiturjahrgang und der aus demografischen Gründen wachsenden Zahl von Studienberechtigten die gleichen Studienchancen zu bieten, wie sie gegeben wären, wenn es diesen demografisch bedingten Aufwuchs und den doppelten Abiturjahrgang nicht gäbe.

Wir können als Landesregierung mit Fug und Recht sagen: Kein Land hat eine solche Langfristplanung, und kein Land baut so systematisch Studienplätze auf wie Baden-Württemberg. Wir können den Abiturienten und Abiturientinnen sagen, ihre Studienchancen werden nicht dadurch schlechter sein, dass sie "zufälligerweise" einem doppelten Abiturjahrgang angehören.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Bachmann das Wort.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Minister! Für unsere Fraktion möchte ich vorab bemerken, dass wir dieses Programm aus Überzeugung mittragen und dass es sich zu einer Erfolgsgeschichte ausweitet.

Ich habe folgende Fragen an die Regierung:

Erstens: Hat die Kritik, die von der Opposition, insbesondere von den Grünen, immer wieder geäußert wird, die Zahl der Studienanfänger sei gesunken, in Anbetracht dieses gigantischen Ausbaus – mehr neue Studienanfängerplätze, als alle Fachhochschulen zusammen an Studienanfängerplätzen haben – überhaupt noch irgendeine Grundlage?

Zweitens: Existieren in anderen Bundesländern – Sie hatten erwähnt, dass kein anderes Land solche Anstrengungen unternimmt; Hamburg hat sich beim Thema Bildung ja "unsterblich" gemacht –, in denen die Grünen mitregieren, ähnliche Programme?

Drittens: Wie hat sich die Einbindung der Wirtschaft ausgewirkt? Sie erwähnten die Industrie- und Handelskammern, die Stiftungsprofessuren. Dabei ist auch immer die Frage der Opposition, ob mit der Beteiligung der Wirtschaft vielleicht in eine falsche Richtung gezielt wird. Weil wir den jungen Menschen beste Chancen geben wollen, ist für uns immer die Frage: Wie sind die Berufseinstiegsperspektiven der Absolventen?

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg: Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Abg. Bachmann, man muss zunächst einmal sagen: Das Angebot an Studiengängen, die wir neu eingerichtet haben, ist praktisch voll wahrgenommen worden. Wir haben also keine Studienplätze eingerichtet, die dann nicht nachgefragt und nicht besetzt worden wären. Allein im letzten Wintersemester hatten wir eine Steigerung der Anfängerzahlen um etwa 7 %. Wir haben unter den Flächenländern die höchste Steigerungsrate bei der Studierendenzahl.

Wir sehen zu diesem Wintersemester – das berichten auch die Zeitungen – geradezu einen Ansturm der jungen Generation auf unsere Hochschulen. Hätten wir das Programm nicht gemacht, hätten wir jetzt eine sehr schwierige Lage.

Ich persönlich empfinde es als besonders bemerkenswert, dass wir, da wir wissen, dass die Zukunft dieses Landes sehr stark davon abhängt, dass es über genügend Nachwuchs an Ingenieuren und in den MINT-Fächern verfügt, durch eine Konzentration dieses Programms auf diese Schwerpunktbereiche den höchsten Studierendenanteil in den MINT-Fächern überhaupt erreicht haben und damit deutlich über dem OECD-Durchschnitt liegen. Ich halte das für die Zukunft von Baden-Württemberg für sehr wesentlich. Wir können einen relativ leichten Rückgang der Studierendenzahlen in den Geistes- und Sozialwissenschaften als Gesellschaft durchaus verkraften.

Das Zweite: Wenn wir die Einstellungschancen sehen, müssen wir sagen: Gott sei Dank hat die Wirtschaft in der Krise kaum aufgehört, Absolventen einzustellen. Wir hatten für potenziell arbeitslose MINT-Absolventen ein MINT-Programm mit 500 zusätzlichen Plätzen, die gemeinsam mit der Wirtschaft finanziert werden sollten. Davon sind etwa die Hälfte wahrgenommen worden; mehr haben wir nicht benötigt, und zwar deshalb, weil sozusagen nicht mehr Arbeitslosigkeit drohte.

Weiter: Zum ersten Mal hat die Wirtschaft nicht entlassen, was ein wichtiges Signal war. Außerdem haben viele Unternehmen Absolventen eingestellt, und zwar aus einer gewissen Vorsorge, ohne im Grunde konkrete Beschäftigungsverhältnisse für diese Absolventen zu haben, aber um an die junge Generation das Signal zu geben: "Wir brauchen Sie. Wir stellen Sie ein."

Wir sehen jetzt ausgangs der Krise, dass die Unternehmen durch ihr Einstellungsverhalten und die Kurzarbeit in die Lage versetzt wurden, ihren Geist und ihr Potenzial sozusagen zu erhalten und sehr schnell wieder in die volle Produktion zu gehen.

Die Wirtschaft hat aus der letzten Krise gelernt, in der man sozusagen Ingenieure nicht einstellte, wodurch die Neigung, ein Ingenieurstudium aufzunehmen, dramatisch zurückging. Dadurch gab es, bezogen auf die Ingenieure, den als "Schweinezyklus" bekannten Effekt. Doch diesmal hat man sich anders verhalten.

Ich glaube, dazu hat erstens der Innovationsrat beigetragen, in dem wir in diesem Jahr mit den Unternehmen diskutiert haben

Zweitens hat dazu beigetragen, dass die Unternehmen über die Hochschulräte in den Hochschulen eingebunden sind, also die Verhältnisse viel besser kennen, als sie sie früher kannten

Zum Dritten hat dazu beigetragen, dass die Unternehmen an diesem Programm beteiligt sind und dabei auch eingebracht haben, welchen Bedarf sie haben. Jetzt wissen sie selbst, dass ihre Zukunft eigentlich davon abhängt, ob es uns gelingt, genügend qualifizierte, gut ausgebildete junge Menschen für die Unternehmen zur Verfügung zu stellen und ihnen zu geben. Dadurch bietet sich für beide Seiten – die Unternehmen und die jungen Menschen – eine große Chance.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Pfisterer das Wort.

Abg. Werner Pfisterer CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, es gibt Überlegungen, die Wehrpflicht ab dem Jahr 2011 auszusetzen. Daher habe ich die Frage: Wurde dies bei dem erwähnten Programm berücksichtigt? Werden da auch entsprechend viele Plätze eingeplant, damit wir, wenn eine solche Maßnahme käme, entsprechend vorbereitet sind?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg: Herr Abg. Pfisterer, wir konnten zu Beginn des Programms und auch jetzt bei dem laufenden Verfahren noch nicht berücksichtigen, dass die Wehrpflicht und damit die Dienstpflicht ausgesetzt wird. Wir haben aber immer gesagt, dass es sich um ein flexibles und atmendes Programm handelt. Wir haben es jetzt allerdings in der Weise ausgebaut, dass wir mehr Plätze bereitstellen, als wir wegen des doppelten Abiturjahrgangs und des demografisch bedingten Aufwuchses brauchen würden.

Die Lage ist insofern etwas komplizierter, als es darauf ankommt, wann denn die Dienstpflicht aufgehoben wird. Jetzt beabsichtigt die Bundesregierung, dies zum Frühsommer 2011 zu tun. Wenn sie das zum Frühsommer 2011 tut, dann werden wir dadurch, dass wir schneller aufgebaut haben, als wir hätten aufbauen müssen, ungefähr 3 000 Studienanfängerplätze "Luft" haben. Zum Sommer 2011 könnten wir also die Folgen aus einer Aufhebung der Dienstpflicht über dieses Programm mitbewältigen, ohne zusätzliche Studienanfängerplätze bereitstellen zu müssen.

Im Unterschied zu der demografischen Entwicklung ist die Aufhebung der Dienstpflicht und der Wehrpflicht ein Einmaleffekt; denn die betreffenden Personen gehen einmal nicht in die Dienstpflicht und kommen sozusagen auch nur einmal schneller an die Hochschulen. Dann normalisiert sich das Ganze.

Es gibt jetzt Bestrebungen anderer Länder, zu beantragen, die Aussetzung der Dienstpflicht zu verschieben. Das hängt von der jeweiligen Interessenlage ab. Bayern hat 2011 den doppelten Abiturjahrgang und hätte die Aussetzung der Dienstpflicht gern auf 2012 verschoben. Auch Nordrhein-Westfalen, das 2013 den doppelten Abiturjahrgang hat, hätte die Aussetzung der Dienstpflicht natürlich gern verschoben.

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

Wenn die Dienstpflicht erst 2012 ausgesetzt wird, müssten wir sie abfedern können. Es könnte aber sein, dass wir ungefähr 1 000 zusätzliche Studienanfängerplätze anbieten müssen. Das wissen wir aber relativ früh, wenn die Bundesregierung rechtzeitig entscheidet. Wir planen für diesen Eventualfall dann ein Überlastprogramm für 1 000 zusätzliche Studienanfängerplätze, sodass man denjenigen, die nun – je nachdem, wie sie dazu stehen – leider oder Gott sei Dank keine Dienstpflicht oder Wehrpflicht erfüllen können, wollen oder müssen, sagen kann: Wenn es bei den Plänen der Bundesregierung bleibt, dann sind die Folgen für uns in diesem Land zu bewältigen. Wenn die Aussetzung um ein Jahr verschoben wird, werden wir mit einem Überlastprogramm darauf antworten. Wenn der Beginn des Aussetzens der Dienstpflicht auf 2013 verschoben wird, dann haben wir nach dem doppelten Abiturjahrgang sozusagen ohnehin Luft.

Man muss allerdings sagen: Wir konnten nicht alles vorhersehen. Insofern haben wir bei Beginn des Programms zwar den demografisch bedingten Aufwuchs vorhergesehen, wenigstens soweit die Entwicklung richtig abgeschätzt war, aber wir haben sofort unsere Planung angepasst, als es eine Korrektur durch das Statistische Landesamt gab.

Wir haben 2012 den doppelten Abiturjahrgang, und wir hoffen jetzt, dass die Aussetzung der Dienstpflicht die letzte Überraschung in diesem Zeitablauf ist. Ich wüsste auch nicht, was uns sonst noch mehr Studierende bescheren könnte. Aber, wie gesagt, wenn es bei den Plänen bleibt, haben wir kein Problem, diese Dienstpflichtigen, die dann eben keinen Dienst mehr leisten, aufzufangen – immer vorausgesetzt, dass sie ein normales Studierverhalten und ein normales Verhalten nach dem Abitur zeigen. Das sind aber Imponderabilien, mit denen man einfach leben muss.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stober das Wort.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Minister Frankenberg! Wir von der SPD hatten schon vor einiger Zeit gefordert, anstatt 16 000 gleich 20 000 zusätzliche Studienanfängerplätze zu schaffen. Eine gute Opposition regiert mit. Deswegen begrüßen wir ausdrücklich den Schritt der Landesregierung, auf 20 000 Studienanfängerplätze zu gehen. Wir sind damit, was die Studienanfängerzahl angeht, von einem eher hinteren Platz jetzt ins obere Mittelfeld gekommen. Das ist eine positive Entwicklung. Deswegen haben Sie für diesen Schritt grundsätzlich die ausdrückliche Unterstützung von unserer Seite.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Punkt 2: Was mich jetzt vor dem Hintergrund der Pressemitteilung, die Sie gestern verschickt haben, besonders interessiert, ist die Permanenz des Aufwuchses. Sie reden jetzt von 4 000 temporären unter den 20 000 Studienanfängerplätzen. Ich frage Sie daher: Ist der Umkehrschluss richtig, dass die anderen 16 000 Studienanfängerplätze permanente Plätze sind?

Wir hatten bisher die Situation, dass es bei den Universitäten, den Fachhochschulen, der Dualen Hochschule und den übrigen Hochschulen die Unsicherheit gab, wie weit dieser Aufwuchs dauerhaft ist. In der Folge mussten die Hochschulen für die zusätzlichen Professorenstellen k.w.-Vermerke bei anderen Stellen ausbringen. Es gibt das Problem – ich weiß es jetzt von den Fachhochschulen Heilbronn und Karlsruhe ganz besonders –, dass man für dieses zusätzliche Programm zunächst einmal keine Neubauten durchführen kann, sondern zusätzliche Anmietungen vornehmen und Umbaumaßnahmen ergreifen muss. Das kostet Extrageld, das man sich aber sparen könnte, wenn man sich insgesamt sicher wäre, dass eine dauerhafte Lösung geschaffen wird, wir also unsere Hochschulen dauerhaft entwickeln.

Deshalb habe ich, insbesondere vor dem Hintergrund der Liste, die Sie gestern an die Presse gegeben haben, die konkrete Nachfrage, ob Sie uns dazu noch ein paar konkrete Auskünfte geben können.

Ansonsten nur ein Wermutstropfen zu dieser heutigen Diskussion: Unsere Forderung war auch immer, die soziale Infrastruktur – Wohnheimplätze, Mensen – letztendlich auszuweiten. Was ist in diesem Zusammenhang geplant? Denn im Hinblick auf das Wintersemester 2012/2013 müssten jetzt entsprechende bauliche Maßnahmen angegangen werden, um überhaupt rechtzeitig damit fertig zu werden.

Trotzdem noch einmal: Was die grundsätzliche Erweiterung auf 20 000 Studienanfängerplätze angeht, haben Sie unsere ausdrückliche Unterstützung.

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, bitte.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg: Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Abg. Stober, ich will jetzt keine Urheberrechtsdebatte führen. Aber es ist immer schön, wenn man sich einig ist, dass die Regierung etwas Vernünftiges macht und die Opposition eigentlich gut mitgedacht hat.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Umgekehrt! Sie wollten nicht! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Gefordert hat! Der Regierung auf die Sprünge geholfen!)

Das Zweite betrifft die Frage nach der Dauerhaftigkeit einer bestimmten Zahl von Studienanfängerplätzen. Die letzte Prognose des Statistischen Landesamts hat sich nicht nur in Richtung 2012 geändert. Vielmehr bleibt unter der Annahme einer gleichen Studierquote wie heute die Studienanfängerzahl auf einem relativ hohen Niveau, nämlich auf dem, das kurz vor dem Jahr 2012 erreicht wird. Das bedeutet logischerweise, dass wir bis zum Jahr 2030 – die Prognose endet 2030 – erheblich mehr Studienanfängerplätze brauchen als vor dem Ausbauprogramm. Das hat uns dazu geführt, dass wir sagen: 4 000 Plätze sind temporär, und 16 000 Plätze werden wir auf längere Sicht brauchen.

(Abg. Johannes Stober SPD: Können die k.w.-Vermerke entfallen?)

 Wir werden dann auch auf die k.w.-Vermerke entsprechend reagieren.

Das Zweite ist: Man muss politisch berücksichtigen und im Grunde in diese Überlegungen zumindest auch einbauen, dass es – dies können wir feststellen, wenn wir die Wirtschaftsentwicklung und die Frage der Qualifikationsnotwendigkeiten betrachten – eventuell höhere Studierneigungen gibt. Wir wer-

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

den nicht umhinkommen, zu sagen: Wir sind eine wissensbasierte Gesellschaft, und wir brauchen entsprechende Qualifikationen.

Das alles führt dazu, dass wir die 4 000 Plätze als vernünftige Annahme für einen temporären Teil und die 16 000 Plätze als vernünftige Annahme für einen langfristig etablierten Teil ansehen.

Bei Betrachtung der Infrastruktur muss man sehen – ich sage es einmal ganz deutlich und ehrlich –: Wir können uns nicht alles leisten. Wir haben aufgrund der Wirtschaftskrise Schulden von über 2 Milliarden € pro Jahr aufgenommen. Vorsorge für die junge Generation beinhaltet die Bereitstellung von Studienplätzen. Vorsorge für die junge Generation bedeutet aber auch, dass man die Haushalte nicht durch zusätzliche Schuldenaufnahme zu sehr belastet. Insofern müssen wir uns schlicht und ergreifend fragen, was wir uns leisten können.

Deshalb halten wir fest: Die Studienplätze sind mit unserem Programm und mit dem Bundesprogramm ausfinanziert. Wir haben jetzt erstmals auch ein Infrastrukturprogramm, auch für Baumaßnahmen, Anmietmaßnahmen, vor allem auch für den Ausbau von Laborflächen. Denn wenn wir die MINT-Fächer ausbauen, müssen wir natürlich auch die entsprechenden Möglichkeiten schaffen. Auf der anderen Seite sind die Hochschulen bereit, ihre Einrichtungen auch länger zu nutzen. Die Frage der Nutzung an Samstagen oder an Abenden wird heute also anders beantwortet, als sie noch vor einigen Jahren beantwortet wurde.

Aber wir können uns – das führt mich zum dritten Teil der Frage – den Ausbau von Studierendenwohnheimen und von Mensen im Moment nicht leisten. Das muss ich schlichtweg sagen. Die Studentenwerke tun alles, um auszubauen – mit eigenen Mitteln, mit den Mitteln, die wir ihnen geben. Sie sind dort im positivsten Sinn sehr kreativ. Aber angesichts der Haushaltslage ist es eine große Leistung der Landesregierung – das muss man sagen –, dass sie die Mittel für die Hochschulen hier nicht kürzt, sondern erhöht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: G 8 und G 9 kommen zusammen!)

Wenn man das mit der in Großbritannien vorgenommenen Kürzung von 3 Milliarden Pfund über vier Jahre vergleicht, muss man sagen: Es ist eine gewaltige Leistung, dass wir angesichts der Haushaltslage die Mittel steigern. Aber die Steigerung der Mittel ist natürlich auch irgendwo begrenzt.

Deshalb können wir den Ausbau in diesem Bereich – Studentenwerke – nicht genauso vornehmen wie im Infrastrukturbereich und bei der Zahl der Studienplätze. Das ist eben so. Wir können kein Geld drucken, weil wir den Euro haben. Aber ich würde auch kein Geld drucken, wenn ich verantwortlich dafür wäre.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Für die Fraktion GRÜNE erhält Frau Abg. Bauer das Wort.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Minister Frankenberg, ich will die Debatte um das Urheberrecht in Bezug auf den Bedarf von 20 000 neuen Studienanfängerplätzen hier nicht vertiefen. Das können wir aber gern einmal im Wissenschaftsausschuss machen. Ich melde hier für die Fraktion GRÜNE

schon einmal Ansprüche an. Ich hätte Belege zu liefern, dass wir diese Debatte angestoßen haben. Aber damit befassen wir uns heute nicht.

(Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Ich habe zwei Nachfragen zu Ihren Ausführungen.

Die erste Frage betrifft die 4 000 temporären zusätzlichen Anfängerplätze. Ich möchte in diesem Zusammenhang den Ausdruck "Überlast" ansprechen. Die Unterlagen, die Sie der Presse zur Verfügung gestellt haben, weisen "4 000 Plätze temporärer Überlast" aus. Der Begriff "Überlast" bedeutet eigentlich, dass zusätzliche Studierende ohne entsprechende Zusatzausstattung aufgenommen werden. Da müssen sich also mehrere Studierende einen Platz teilen. Ist in diesem Zusammenhang "Überlast" anders definiert, oder ist hier der klassische Begriff "Überlast" gemeint, der bedeutet, dass bei gleichen Mitteln mehr Studierende aufgenommen werden?

Die zweite Frage: Sie sagten vorhin, dass das Ausbauprogramm sehr gut angenommen werde, insbesondere im MINT-Bereich. Sie sagten, alle neu geschaffenen Studienanfängerplätze seien im Wesentlichen besetzt worden. Jetzt haben Sie uns Anfang Oktober einen Bericht zukommen lassen, der Auskunft über die Entwicklung bei den Studienanfängerplätzen gibt. Darin enthalten ist eine Tabelle, die zeigt, dass die Auslastung der neuen Studienanfängerplätze im Bereich der MINT-Studiengänge – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – nicht besonders gut gelungen ist. So ist beispielsweise nachzulesen, dass im MINT-Bereich in Freiburg 155 Studienanfängerplätze neu geschaffen wurden, dass aber 2009 gegenüber 2006 nur 15 zusätzliche Studierende ein solches Studium aufgenommen haben.

Für Heidelberg sehen die Zahlen nicht viel besser aus: 120 Plätze wurden neu geschaffen, aber nur 46 weitere Personen haben ein solches Studium aufgenommen. In Hohenheim wurden 80 Studienplätze geschaffen, aber nur 27 Personen haben ein entsprechendes Studium aufgenommen.

Habe ich Ihre Ausführungen vorhin falsch verstanden, oder stimmt die Tabelle nicht?

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg: Zu Ihrer eingangs gestellten Frage nach der "Erfindung" der Zahl von 20 000: Sie können es mir glauben: Nachdem das Statistische Landesamt seine Prognose korrigiert hatte, haben wir sehr schnell reagiert. Vielleicht können wir uns auf die Feststellung einigen, dass wir im Endeffekt alle richtig gedacht haben. Das zeigt im Übrigen, dass wir alle ganz gut in der Materie drin sind.

Zu Ihrer Frage bezüglich der 4 000 Studienplätze: Diese Angabe beruht tatsächlich nicht auf der alten Definition von "Überlast"; das haben Sie richtig bemerkt. Früher hat man als "Überlast" etwas bezeichnet, was man nahm, ohne entsprechend auszubauen. Die 4 000 Studienplätze, von denen jetzt die Rede ist, sind jedoch genauso mit neuen Stellen unterlegt wie die 16 000.

Aber hier gilt das, wonach Herr Stober gefragt hatte: Diese zusätzlichen Studienplätze sind eindeutig als temporär ge-

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

kennzeichnet. Insofern definieren wir den Begriff "Überlast" anders, als wir es früher getan haben. Andere Bundesländer würden sagen: Wir nehmen die 4 000 Plätze, aber wir geben nichts dafür. Das ist bei uns nicht der Fall.

Zur Frage nach der Auslastung der Studiengänge: Sie werden immer einzelne Beispiele für Studiengänge finden, bei denen es nicht gelungen ist, genügend geeignete Bewerber zu finden. Diese Beispiele – das sehen Sie auch – konzentrieren sich auf einzelne Universitäten. Bei der Dualen Hochschule ist weit überbucht worden. Auch im aktuellen Programm ist es so, dass wir im Rahmen dieses Ausbaus, der für die Jahre 2011/2012 geplant ist, für die Duale Hochschule den größten Teil der Plätze bereits vorziehen müssen, weil das entsprechende Angebot besteht. Wir werden aber auch dort einzelne Studiengänge finden, in denen auch einmal weniger Ausbildungsplätze bereitgestellt worden sind, als Studienplätze vorhanden gewesen wären.

Insofern werden Sie im Einzelfall immer Beispiele dafür finden – das beruht auf ganz normalem menschlichem Verhalten –, dass es nicht so viele Anmeldungen bzw. Wahrnehmungen von Zulassungen gab, wie es Angebote gegeben hätte. Das liegt aber noch immer auch daran – wir sehen es, wenn wir in diesem Wintersemester Studiengänge außerhalb des Programms "Hochschule 2012" in den Blick nehmen –, dass wir noch kein funktionierendes Verfahren der Stiftung für Hochschulzulassung haben. Das Verhältnis zwischen den Bewerberzahlen und der Zahl der Zulassungen ist noch immer sehr schwierig. Außerdem wird dieses Verhältnis zwischen Bewerbern und Zulassungen immer schwieriger vorherzusagen sein.

Wir haben in der Kultusministerkonferenz massiv darauf gedrängt, dass die Stiftung für Hochschulzulassung früher in der Lage sein soll, diesen Prozess wenn nicht zu dirigieren, so doch zu administrieren. Solange die Stiftung für Hochschulzulassung dies nicht schafft, wird es immer wieder zu solchen Verwerfungen kommen. Wir hoffen, dass die Stiftung allerspätestens zum Wintersemester 2012/2013 hierzu in der Lage ist; die Bayern hoffen dabei auf das Wintersemester 2011/2012. Beide Länder haben den Antrag gestellt, bis dahin die Vorbereitungen fertigzustellen und die Verfahren bereitzustellen.

Heute können wir 30 Bewerbungen für einen Studiengang haben, und tatsächlich kommen dann fünf Studienanfänger, während in einem anderen Studiengang nur sieben Bewerbungen eingehen und ebenfalls fünf Studienanfänger kommen. Früher haben wir dies einschätzen können; die Hochschulen wussten: Wir überbuchen die Zahl der Plätze um die Zahl X, und dann sind die Plätze zu 100 % ausgelastet. Dies können Sie heute jedoch überhaupt nicht mehr vorhersagen.

Ich glaube, wir sind uns einig: Wir brauchen die Servicestelle, wir brauchen eine bundesweite Administration; wir brauchen keine Entscheidung, wohl aber eine Administration der Bewerbungen. Solange das nicht gegeben ist, wird das Bewerberverhalten unvorhersehbar und unvorhersagbar bleiben und wird es dadurch auch zu Lücken bezüglich der Wahrnehmung von Studienplatzangeboten kommen. Im Mittel sind die Fachhochschulen weit überbucht, ist die Duale Hochschule überbucht und sind die Universitäten voll ausgelastet. Aber die Einzelentscheidung ist immer schwerer prognostizierbar.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Minister

Damit ist die erste halbe Stunde der Regierungsbefragung beendet. Ich darf mich bei Ihnen bedanken.

Wir kommen jetzt zum zweiten Teil der Regierungsbefragung, nämlich zu den Fragen der Opposition, heute zunächst zu einer Frage der Fraktion GRÜNE.

Ich erteile Frau Abg. Dr. Splett das Wort.

Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Verehrter Herr Präsident! In den letzten Jahrzehnten hat die Belastung der Bevölkerung durch Lärm erheblich zugenommen. Die Bedeutung dieses Problems hat dazu geführt, dass die EU im Jahr 2002 die Umgebungslärmrichtlinie beschlossen hat. Sie hat das Ziel, gesundheitliche Schäden abzuwenden. Als Instrument sieht sie die Aufstellung und Umsetzung von Lärmaktionsplänen vor. Bei der Aufstellung der Pläne ist eine Mitwirkung der Öffentlichkeit vorgesehen. Diese hat besonderes Gewicht.

Meine Fraktion sieht in der EU-Umgebungslärmrichtlinie ein wichtiges und zukunftweisendes Instrument. Für uns ist nicht nachvollziehbar, warum die Landesregierung den Verpflichtungen, die sich aus dieser Richtlinie ergeben, nicht nachkommt. Insbesondere ist für uns nicht nachvollziehbar, warum es noch immer keinen Aktionsplan für den Flughafen Stuttgart gibt, obwohl dieser nach EU-Recht bereits im Jahr 2008 hätte vorliegen müssen. Das hat uns die EU-Kommission im Übrigen aktuell in einem Schreiben bestätigt.

Auch in vielen Kommunen, die unter Lärm von Hauptverkehrsstraßen leiden, fehlen noch immer Aktionspläne. Ein wirksamer Lärmschutz in den Kommunen wird von der Landesregierung auch dadurch blockiert, dass Landesbehörden den Kommunen wirksame und kostengünstige Maßnahmen wie Geschwindigkeitsbeschränkungen oder Lkw-Durchfahrtsverbote verwehren. Dies machen sie, obwohl die Lärmaktionsplanung in der Zuständigkeit der Kommunen liegt und diese dabei nicht auf Einvernehmen mit Straßenverkehrsbehörden angewiesen sind. Gerade hier hätte ich mir durch die Zusammenlegung der Bereiche Verkehr und Umwelt zu einem Ressort Fortschritte erwartet. Diese Hoffnung ist bisher enttäuscht worden.

Ich frage deshalb: Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus der Feststellung der EU-Kommission, dass die Nichterstellung eines Lärmaktionsplans für den Flughafen Stuttgart einen Verstoß gegen EU-Recht darstellt? Wie sieht der Zeitplan für die Erstellung eines Aktionsplans aus? Trifft es zu, dass die Landesregierung bezüglich der Notwendigkeit der Erstellung eines Aktionsplans für den Flughafen Stuttgart externen Sachverstand eingeholt hat oder einholt? Falls ja, wann und zu welchen Kosten wurde ein entsprechendes Gutachten bei wem in Auftrag gegeben?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Einfache Frage! – Zuruf von der SPD: Kurze Frage!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Zur Beantwortung erteile ich Frau Umweltministerin Gönner das Wort.

Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Dr. Splett, zu Ihrer ersten Frage: Wir haben bereits, nachdem Sie schon mehrere Schreiben an die Europäische Kommission geschickt haben

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Oh! Gepetzt! – Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

und Ihnen die Europäische Kommission nach meinem Kenntnisstand zu einem früheren Zeitpunkt mitgeteilt hat, dass sie die Vorgehensweise des Landes Baden-Württemberg – so stellen Sie es in Ihrem eigenen Brief an die Europäische Kommission auch dar –, dass wir zunächst, was das Thema "Flughafen Stuttgart und Lärmkartierung" angeht, die Lärmaktionsplanung und die Festlegung der Lärmschutzbereiche nach dem Fluglärmgesetz vornehmen – –

Nachdem die notwendige Verordnung, mit der die Datenerfassung und die Berechnung der Lärmschutzbereiche geregelt wurde, erst Ende 2008 erlassen wurde und es sich hierbei um eine komplexe Aufgabe handelt, die Anfang 2009 mit Unterstützung kompetenter und externer Dienstleister angegangen wurde, liegt seit Juli eine Verordnung vor, zu der die Anhörung für die Festsetzung der Lärmschutzbereiche für den Flughafen Stuttgart derzeit läuft. Wir haben ergänzend für diese Verordnung – und damit eine entsprechende Anhörung stattfinden kann – zu Beginn dieser Woche, am 26. Oktober 2010, zu einer Informationsveranstaltung für die im Rahmen der Anhörung angesprochenen Behördenmitarbeiter und Mandatsträger sowie interessierte Bürger eingeladen. Wir gehen davon aus, dass die Festsetzung der Lärmschutzbereiche durch Verordnung der Landesregierung Anfang 2011 erfolgen kann. Diesen Sachverhalt hatten wir bereits im Jahr 2008 bzw. 2009 der Kommission mitgeteilt, die die damalige Akte der Beschwerde daraufhin geschlossen hat.

Wir werden auch aufgrund des Schreibens, das Sie jetzt an die EU-Kommission gerichtet haben, mit dem entsprechenden Antwortentwurf mit der Europäischen Kommission Kontakt aufnehmen und darauf hinweisen, dass wir zunächst – dieses Vorgehen wurde von der Kommission bisher so geteilt – die Festsetzung der Lärmschutzbereiche durch die Verordnung vornehmen. Ich gehe davon aus, dass die Europäische Kommission dann bereit ist, den Weg auch weiterhin mit uns zu gehen.

Zu der zweiten Frage: Es ist so, dass wir für die Aufstellung des Lärmaktionsplans externen Sachverstand einbeziehen. Es gab in der vergangenen Woche eine mündliche Beauftragung der ACCON GmbH aus Greifenberg in Bayern. Wir haben daraufhin ein entsprechendes Angebot erhalten. Auf der Grundlage dieses Angebots wurde inzwischen auch eine entsprechende schriftliche Beauftragung vorgenommen.

Die Arbeiten werden zu einem Festpreis von netto 17 600 € zuzüglich der geltenden Mehrwertsteuer ausgeführt, sodass brutto insgesamt 20 944 € vereinbart werden. Eventuelle Ergebnispräsentationen werden noch zusätzlich kommen, sodass dies entsprechend beinhaltet ist.

Die letzte Bemerkung bezieht sich auf das Thema "Kommunen und Unterstützung": Das Land Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, das den Kommunen bei der Erstellung von Lärmaktionsplänen finanzielle Unterstützung hat zu-

teilwerden lassen – denjenigen Kommunen, die diese Pläne im ersten Schritt erstellen müssen. Baden-Württemberg ist das einzige Land in ganz Deutschland, das den jeweiligen Kommunen, die in der ersten Phase die entsprechende Erstellung vornehmen müssen, 50 Cent pro Einwohner zur Verfügung gestellt hat. Dieses Geld haben wir gegeben. Insofern kann ich den Vorwurf, das Land unterstütze die Kommunen nicht entsprechend und trage nicht dafür Sorge, dass eine Umsetzung erfolgt, in dieser Weise nicht gelten lassen.

Vielen Dank.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Ministerin, Sie können gleich am Rednerpult stehen bleiben.

Gibt es weitere Fragen? – Von der CDU nicht, von der SPD auch nicht.

Herr Abg. Sckerl von der Fraktion GRÜNE, bitte.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frau Ministerin, noch einmal zum Verhältnis zwischen Land und Kommunen. Wir haben mehrere Fälle, in denen sich Kommunen über das Verhalten von Straßenverkehrsbehörden beschweren, die die Anordnung straßenverkehrsrechtlicher Maßnahmen blockieren oder ablehnen. Es sind Maßnahmen, die die Kommunen gern im Lärmaktionsplan hätten. Das gilt z. B. für Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Bundesstraßen oder Autobahnen als wichtigem integralem Instrument einer lokalen Aktionsplanung. Übergeordnete Verkehrsbehörden lehnen dies ab.

Wie beurteilen Sie dies, und wie werden Sie auch vor dem Hintergrund eingreifen, dass Sie gleichzeitig sagen, Kommunen seien in diesem Zusammenhang gegenüber dem Land nicht weisungsabhängig?

Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner: Ich beginne mit dem Hinweis, dass manche Kommunen als Erstes die Maßnahmen ergreifen wollen, für die Dritte zuständig sind. Ich glaube, dass die Aufgabe auch darin besteht, dass jeder zunächst den Teil bearbeitet, den er leisten kann.

Zweite Bemerkung: Die Schwierigkeit liegt darin, dass das Straßenverkehrsrecht, das bekanntermaßen Bundesrecht ist,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

den neuen Herausforderungen, die wir in verschiedenen Bereichen haben, möglicherweise noch nicht vollumfänglich angepasst ist. Das gilt nicht nur für Lärmfragen, sondern auch für Luftreinhaltefragen. Auch dort kennen wir die Diskussion über die Frage, welche Möglichkeiten gegeben sind, was der geringere Eingriff ist.

Damit geht der dritte Punkt einher. Natürlich muss man in jedem Einzelfall prüfen. Auf der anderen Seite gibt es im Straßenverkehrsrecht bestimmte Voraussetzungen, die zunächst erfüllt sein müssen, bevor es möglich ist, entsprechende Anordnungen zu treffen. Nicht immer sind diese Voraussetzungen erfüllt. Das ist der Grund, dass nicht jeder Wunsch der einzelnen Kommunen bezüglich der Frage "Können wir das machen oder nicht?" erfüllt werden kann.

Ich will nicht leugnen: Als kommunaler Vertreter würde ich auch als Erstes sagen: "Ich verhänge ein Lkw-Durchfahrts-

(Ministerin Tanja Gönner)

verbot." Mir wäre es ziemlich gleichgültig, wohin die Lkws dann fahren und ob es Ausweichstrecken gibt. Mir wäre es auch ziemlich gleichgültig, ob es sich um eine Bundesstraße handelt oder nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Vor diesem Hintergrund glaube ich schon: An diesem Punkt hat eine übergeordnete Behörde die Aufgabe, auch darüber nachzudenken und zu bewerten, ob die Grundvoraussetzungen jeweils gegeben sind. Denn ich glaube, Verdrängungsverkehre – Verkehre, die ich aus der einen Kommune hinausverlagere, um sie in andere Kommunen hineinzuverlagern – sind auch wenig hilfreich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/ DVP – Abg. Albrecht Fischer CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Wortmeldung, Herr Abg. Dr. Murschel von der Fraktion GRÜNE.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Frau Ministerin Gönner, ich möchte gern etwas konkreter nachfragen, weil das doch etwas schwammig im Raum stand. Sind allein die Kommunen für die Aufstellung von Lärmaktionsplänen, konkret für die Integration von Geschwindigkeitsbegrenzungen in diese Pläne, zuständig, und dies, ohne das Einvernehmen mit der höheren Straßenverkehrsbehörde herzustellen?

In verschiedenen Drucksachen haben Sie den Hinweis gegeben, dass es bei den Luftreinhalteplänen nach § 47 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes anders sei, bei Lärm allerdings allein die Kommune zuständig sei. Wie verhält es sich jetzt konkret?

Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner: Ich hoffe, dass Sie von mir jetzt keine juristische Vorlesung erwarten, weil ich das jetzt alles aus dem Kopf heraus beantworten muss.

Es ist tatsächlich so, dass bei den Luftreinhalteplänen eine entsprechende Rechtsgrundlage über § 47 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes geschaffen wurde, während bei den Lärmaktionsplänen eine solche nicht gegeben ist und deswegen die Kommunen zuständig sind.

Es gilt aber auch, dass nicht jede Kommune zugleich Straßenverkehrsbehörde ist. Soweit eine Kommune nicht Straßenverkehrsbehörde ist, bedarf sie zur Umsetzung der Mithilfe Dritter. Die Mithilfe Dritter besteht darin, dass man überprüfen muss, ob die Grundvoraussetzungen erfüllt sind, damit es entsprechend angewandt werden kann.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Abg. Dr. Splett.

Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Frau Ministerin, Sie haben vorhin versucht, die Frage des Verstoßes gegen EU-Recht zu relativieren. Deswegen möchte ich an dieser Stelle nachhaken. Deshalb lese ich Ihnen drei Sätze aus einem EU-Schreiben vor, das ich am Montag dieser Woche erhalten habe. Darin steht:

Der Flughafen Stuttgart wurde der Kommission von der Bundesrepublik Deutschland als Großflughafen gemeldet. Es wurde jedoch noch kein Lärmaktionsplan für den Stuttgarter Flughafen mitgeteilt. Ich teile Ihre Ansicht, dass dies ein Verstoß gegen Artikel 8(1) der Richtlinie 2002/49 ist.

Ich finde, das ist eine sehr klare Aussage. An dieser Stelle kann man nicht auf andere gesetzliche Regelungen zum Lärmschutz verweisen, sondern man muss dieser EU-rechtlichen Verpflichtung nachkommen.

In diesem Zusammenhang interessiert mich, ob Sie eine Vorstellung davon haben, wer im Falle eines Vertragsverletzungsverfahrens am Ende die Kosten tragen wird. Beim Flughafen Stuttgart ist das relativ klar. Hierfür müsste wohl das Land aufkommen. Bei den Kommunen ist das weniger klar. Mich interessiert, wie Sie das einschätzen.

Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner: Ich will mit der letzten Frage beginnen. Nachdem Sie genau diese Frage in Ihrem Schreiben mit der EU-Kommission nicht abgeklärt haben, gibt es auch noch keinen Hinweis der Europäischen Kommission, dass es zu einem Vertragsverletzungsverfahren kommt. Insofern handelt es sich um eine völlig hypothetische Frage.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Zu Ihrer ersten Frage weise ich auf Ihr Schreiben hin. Ich sage ganz ehrlich: Es ist nicht so, dass die Kommission jedes Mal beim Land anruft, wenn sie einen Brief bekommt. Sie teilt vielmehr ihre Meinung mit.

Wir werden Ihren Brief zum Anlass nehmen, genau das zu tun, was wir schon einmal gemacht haben. Ich zitiere jetzt aus Ihrem Schreiben an die Kommission:

Bezug nehmend auf meine Schreiben vom 28.10.08 und 28.01.09 zur Umsetzung ... sowie Ihre Antworten vom 03.02.09 und 22.12.09 wende ich mich nochmals in Ihrer Funktion als Hüterin der Verträge an Sie.

Weiter heißt es – das ist der entscheidende Satz –:

In Ihrem Schreiben vom 03.02.09 ... teilten Sie mir mit, dass auf Grundlage der vom Umweltministerium Baden-Württemberg gelieferten Informationen davon auszugehen sei, dass für den Flughafen Stuttgart ... "die grundsätzliche Bereitschaft besteht, im Anschluss an die Lärmerfassung einen Lärmaktionsplan zu erstellen." Zum damaligen Zeitpunkt war deshalb Ihres Erachtens ein weiteres Tätigwerden der Kommission in dieser Sache nicht erforderlich.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Sie haben also in Ihrem eigenen Schreiben dargelegt, dass die Kommission am 3. Februar 2009 ein weiteres Tätigwerden nicht für notwendig erachtete. Wir werden auf der Grundlage Ihres Schreibens der Kommission jetzt mitteilen, dass wir, nachdem die Lärmerfassung stattgefunden hat und die entsprechende Verordnung für die Fluglärmschutzzonen gemacht wird, anschließend in die Lärmaktionsplanung gehen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Kommission wie beim letzten Mal sehr bereit ist, die Aussage, die sie in ihrem Brief an Sie getroffen hat, insofern zu relativieren. Ich gehe davon aus, dass es auch in diesem Fall nicht zu einem Vertragsverletzungsverfahren kommen wird.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Pix.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE – Abg. Walter Heiler SPD: Er hat zum Publikum hinauf gewunken!)

Herr Abg. Dr. Murschel.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Frau Ministerin Gönner, da wir gerade dabei sind: Sie hatten gesagt, Sie unterstützten die Kommunen bei der Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen, das Land steuere hierzu 50 Cent pro Einwohner bei. Mich würde einfach Ihre Einschätzung interessieren: Halten Sie bei den anstehenden Maßnahmen in diesen Aktionsplänen – Pi mal Daumen: was von den Kommunen bisher eingebaut wurde – diese 50 Cent pro Einwohner für wenig, mittel oder viel Unterstützung für die Kommunen?

Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner: Ich glaube, dass –

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner: Vielen Dank, Herr Präsident. Entschuldigung, dass ich ohne Ihre Erlaubnis beginne.

(Oh-Rufe – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das läuft ja runter wie Öl! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Der Präsident ist begeistert! – Unruhe)

Deswegen habe ich mich gleich entschuldigt.

Herr Murschel, die 50 Cent pro Einwohner, die wir den Kommunen zur Verfügung gestellt haben, waren für die Lärmkartierung und für die Erstellung der Lärmaktionspläne. Sie waren nicht für die Maßnahmenumsetzung. Insofern haben wir uns von allen anderen Ländern in der Bundesrepublik unterschieden.

Zur zweiten Frage: Es gibt bereits seit 2008 – so meine ich – gemeinsame Bemühungen der Länder in Absprache mit dem Bund, um hier sicherstellen zu können, dass es gerade bei der Umsetzung der Lärmaktionspläne Unterstützung gibt. Es gab bereits eine Einigung der unterschiedlichen Bundesministerien mit den Ländern dergestalt, dass man eine Drittelfinanzierung vornimmt: Ein Drittel werden die Länder, ein Drittel werden die Kommunen und ein Drittel wird der Bund zur Verfügung stellen. Diese Einigung wurde dann durch die Konjunkturpakete aufgehoben. Derzeit befinden wir uns wiederum auf Bundesebene in einem Gespräch mit den zuständigen Ministerien, ob diese Drittelung für eine entsprechende Zeit nicht nur wieder aufgenommen, sondern als Grundlage genommen werden kann. Denn eines ist klar: Die Umsetzung der Maßnahmen wird natürlich erstens eine längere Zeit dauern, und zweitens wird es notwendig sein, hierfür auch entsprechende finanzielle Möglichkeiten – im Übrigen wirklich aller Beteiligten – bereitzustellen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. – Vielen Dank, Frau Ministerin.

Damit ist Tagesordnungspunkt 4, die Regierungsbefragung, erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

- a) Antrag der Fraktion der SPD Einsetzung und Auftrag des Untersuchungsausschusses "Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten" – Drucksache 14/7080
- b) Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder, der/des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses

Das Präsidium hat für die Begründung eine Redezeit von fünf Minuten und für die Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit über 15 Jahren setze ich mich zusammen mit vielen anderen für die Verwirklichung des Verkehrsprojekts Stuttgart 21 ein. In diesen langen Jahren gab es viele Aufs und Abs bei diesem Thema.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Abs?)

Aber kein einziges Thema, keine Stellungnahme, kein Ereignis hat dem Projekt Stuttgart 21 so geschadet wie der Polizeieinsatz am 30. September 2010. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben gerade diejenigen, die für dieses Projekt eintreten, ein enormes Interesse daran, dass aufgeklärt wird, warum dieser Polizeieinsatz so aus dem Ruder lief, damit wir wieder eine Chance haben, ohne die Belastung durch dieses Thema über Stuttgart 21 zu reden.

(Beifall bei der SPD)

Daran, dass der Polizeieinsatz aus dem Ruder lief, kann es überhaupt keinen Zweifel geben. Selbst der Ministerpräsident erklärte am Tag darauf, dass es solche Bilder aus Stuttgart und aus Baden-Württemberg nie mehr geben darf.

Diese Bilder, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben natürlich nicht nur diejenigen zu sehen bekommen, die sich mit diesem Projekt beschäftigen, sondern diese Bilder haben alle Menschen in Baden-Württemberg, in Deutschland und weit darüber hinaus zu sehen bekommen. Diese Menschen fragen sich: Wie konnte das geschehen? Wie konnte es geschehen, dass ein Polizeieinsatz so abläuft, dass selbst die Polizei hinterher sagt, der Einsatz hätte so nicht ablaufen dürfen, und dass die Landesregierung sagt, einen solchen Ablauf dürfe es nie wieder geben?

Deshalb haben auch die Menschen, die das gesehen haben, einen Anspruch darauf, aufgeklärt zu bekommen, warum dies so geschehen ist. Diejenigen, die selbst davon betroffen waren, haben ein enormes persönliches Interesse daran, aufgeklärt zu bekommen, was da geschah.

Wer eine Tochter an einer Schule hat, von der an dem angesprochenen Tag Schülerinnen im Schlosspark waren,

(Vereinzelt Oh-Rufe)

und wer erlebt hat, wie dies im Zusammenhang mit der Schilderung und mit Bildern, die in den Zeitungen zu sehen waren, auf junge Menschen wirkt, der kann nachvollziehen, weshalb nicht nur wir, sondern wahrscheinlich Sie alle ganz viele Zuschriften und E-Mails bekommen haben, die fordern, dass aufgeklärt werden muss, warum der Polizeieinsatz so verlaufen ist, wie er verlaufen ist.

In diesem Zusammenhang, Herr Kollege Scheuermann, finde ich es unangemessen, wenn derjenige, der als künftiger Vorsitzender des Gremiums berufen werden soll, das genau diesen Polizeieinsatz aufklären soll, das die Gründe finden soll, warum dies so schiefgelaufen ist, bevor das Gremium überhaupt zusammentritt in der Öffentlichkeit feststellt, dass alles in Ordnung gewesen sei, dass alles verhältnismäßig gewesen sei, dass dieser Untersuchungsausschuss eigentlich nicht zusammentreten müsste.

(Zurufe der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP und Klaus Herrmann CDU)

Ich schätze Sie persönlich sehr, aber das, was Sie da machen, ist völlig unangemessen und eigentlich inakzeptabel.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Es geht also um die Aufklärung des Einsatzes selbst, es geht aber auch um die Aufklärung der politischen Verantwortung. Alle haben erklärt, sie hätten überhaupt keine Verantwortung.

(Heiterkeit bei der SPD)

Herr Innenminister, das geht gar nicht. Natürlich ist der Innenminister in jedem Fall politisch verantwortlich, selbst dann, wenn er von nichts weiß.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Der Innenminister weiß nicht, wie Kastanien aussehen!)

Die politische Verantwortung bleibt. Wir glauben hierbei nicht an Zufälle, dass sich in der Einsatzplanung der Polizei plötzlich so viel ändert. Wie viel sich da geändert hat, das will ich authentisch zitieren, und zwar aus einem Interview mit dem Polizeipräsidenten Stumpf am 29. Juni 2010. Auf die Frage "Sie rechnen demnach nicht mit dem Einsatz von Wasserwerfern oder Tränengas?" sagte Herr Stumpf wörtlich:

Tränengas haben wir zwar noch, aber vom Einsatz solcher Mittel halte ich gar nichts – auch weil das einen starken symbolischen Charakter hat und uns keine Sympathien einbringen würde. Und unseren Wasserwerfer haben wir Ende der 1970er-Jahre aussortiert. Seitdem gibt es nur noch welche bei der Bereitschaftspolizei, die müssten wir anfordern. Wasser haben wir übrigens zuletzt Anfang der 1970er-Jahre aus Feuerwehrschläuchen verspritzt vor der Halle 6 bei einem Rockkonzert am Killesberg. Dort hatten sich die Massen an den Kassen schier zu Tode gedrückt.

Der Polizeipräsident schließt also aus, dass Tränengas und Wasserwerfer zum Einsatz kommen, von Pfefferspray ist gar nicht die Rede. Das war auch über viele Wochen hinweg die Linie der Polizei, auch dann, als es zu Demonstrationen auch in Verbindung mit Sitzblockaden vor dem Nordflügel gekom-

men war. Natürlich gab es da Rempeleien und verbale Attacken. Sicherlich haben auch da schon einige über die Stränge geschlagen. Aber insgesamt war es doch ein ausgesprochen friedlicher Verlauf. Jetzt plötzlich geht das alles anders.

Wir glauben hier nicht an einen Zufall, sondern wir müssen aufklären, welcher Zusammenhang damit besteht, dass Herr Ministerpräsident Mappus selbst das Thema als sein Wahlkampfthema entdeckt hat und man auch im Vorfeld dieses Einsatzes verbal aufgerüstet hat – auch Sie, Herr Kollege Hauk –, indem man die Demonstranten pauschal als Altkommunisten, als Berufsdemonstranten, als wohlstandsverwöhnt und was weiß ich was abqualifiziert hat,

(Abg. Peter Hauk CDU: Stimmt doch gar nicht! Nie pauschal! – Weitere Zurufe – Unruhe)

von denen eine zunehmende Eskalation und eine zunehmende Gewaltbereitschaft zu erwarten sei.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Von einem Teil schon!)

Das war im Vorfeld dieser Debatte eine völlig unnötige verbale Aufrüstung.

Deshalb müssen wir natürlich dem Zusammenhang nachgehen, welche politische Verantwortung, welche politische Einflussnahme es – ob direkt oder indirekt, egal, aus welchem Ministerium, auch aus dem Staatsministerium, egal, auf welcher Ebene – für diesen Einsatz gibt.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Müller?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Wenn es ihn danach drängt.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Thomas Blenke CDU: Sonst hätte er sich nicht gemeldet! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Er hat meistens drei Fragen! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es lohnt sich, ihm zuzuhören!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Müller.

Abg. Ulrich Müller CDU: Herr Kollege Schmiedel, Sie haben das Interview mit Herrn Polizeipräsident Stumpf genannt und sagen, da hätte sich etwas geändert, also müsse das auf politischer Intervention beruhen. Könnte es auch sein – ich drücke mich sehr vorsichtig aus –, dass sich die polizeiliche Lage in der Zwischenzeit vielleicht geändert hat?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist aber gefährlich! – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Was soll sich da geändert haben?)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich könnte Ihre Frage verstehen, Herr Kollege Müller, wenn Herr Stumpf der Einzige wäre, auf den ich mich bei meinem Verdacht stützen würde. Aber ein Polizeipräsident a. D. hat nach dem Einsatz erklärt, das sei völlig gegen die Linie der Polizei in Stuttgart, das sei völlig gegen die taktische Linie, die seither gefahren wurde, und er

könne es sich eigentlich nur mit politischem Einfluss erklären.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wann ist der ausgeschieden?)

Ein früherer Rektor der Polizeihochschule, der jetzt in einem anderen Bundesland tätig ist, hat sich ähnlich ausgelassen. Es gibt Erklärungen aus der Gewerkschaft der Polizei heraus, die genau dies unterstellen. Jetzt ist es doch symptomatisch: Diejenigen, die sich äußern, sind alle frühere Bedienstete des Landes oder solche in Gewerkschaftsfunktionen, die nicht unter der direkten Dienstanweisung des Innenministers stehen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich sagen, Herr Innenminister, dass wir nicht akzeptieren und nicht dulden, wenn gegen kritische Polizisten, die sich auch in der Öffentlichkeit äußern, disziplinarisch vorgegangen wird. Das kann nicht sein.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der SPD: Genau!)

Dasselbe sage ich in Richtung von Herrn Scheuermann, der erklärt hat, es gebe dort keine politische Verantwortung. Im Übrigen steht das in einem zentralen Gegensatz zu dem, was der Ministerpräsident selbst gesagt hat. Er hat gesagt: "Ich habe keine Verantwortung dafür, ich habe auch keine Probleme, ich lege alles auf den Tisch." Gestern haben wir aber von Ihnen und anderen gehört, dass Sie ganz unten bei den einfachen Polizisten anfangen und sich langsam hocharbeiten wollen und dann irgendwann im neuen Jahr der Ministerpräsident dran ist. Ich frage Sie: Wenn er nichts zu verbergen hat und alle Karten auf den Tisch legen will, warum fangen wir dann nicht mit ihm an?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Wenn Sie schon zitieren, dann zitieren Sie richtig!)

Jetzt möchte ich noch auf zwei Themen eingehen, die im Vorfeld dieser Debatte in der Öffentlichkeit eine Rolle gespielt haben. Das eine ist die Frage: Wann soll ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden?

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Wir als SPD-Fraktion haben das Aufklärungsinteresse in einem Berichtsantrag artikuliert, den wir eingebracht haben – übrigens als Einzige –, um eine Fach- und Sachklärung zu machen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und dann kamen die Jusos!)

Dann gab es aus der Öffentlichkeit heraus – auch aus der SPD heraus – die Erwartung, dass wir das möglichst beschleunigen, damit nicht noch einmal Wochen vergehen, bis man den Untersuchungsausschuss einrichtet,

(Zurufe der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP und Dr. Klaus Schüle CDU)

auch weil Äußerungen aus der Gewerkschaft der Polizei und aus anderen Polizeikreisen – ich habe sie gerade zitiert – nahelegen, dass tatsächlich mehr dahinter ist, als die Regierung heute einzuräumen bereit ist.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Die Jusos haben euch getrieben!)

Wir haben deshalb unseren Antrag sehr klug, wie ich finde, mit dem Untersuchungsauftrag verknüpft, um keine Zeit zu verlieren, und wir können deshalb, wenn die Antwort auf unseren Antrag vorliegt, unmittelbar mit der Arbeit beginnen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was sagt Herr Gönner dazu?)

Ich weise darauf hin: Wir haben absichtlich als Termin für die Beendigung der Arbeit des Untersuchungsausschusses Ende Januar vorgesehen, weil wir nicht wollen, dass in der heißen Phase des Wahlkampfs im Februar/März der Untersuchungsausschuss hineinspielt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Oh! Das glauben Sie selbst nicht! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich mache noch einmal deutlich: Es liegt an Ihnen, Herr Ministerpräsident, Herr Innenminister, wann die Arbeit beginnen kann. Die Arbeit kann dann beginnen, wenn die Fragen, die wir in unserem Antrag gestellt haben und die Sie schon einige Wochen auf dem Tisch liegen haben, beantwortet werden; denn sie beschreiben den Untersuchungsgegenstand.

Eine zweite Debatte hat es gegeben, und zwar ausgehend von den Kollegen von den Grünen, die meinten, unseren Antrag in der Öffentlichkeit qualifizieren zu müssen. Das weise ich in aller Entschiedenheit zurück.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Es passt wirklich nicht, zu meinen, hier parteipolitische Scharmützel pflegen zu müssen, und zu sagen, die SPD würde einen "Untersuchungsantrag light" stellen. Das geht überhaupt nicht. Deshalb muss ich das hier auch richtigstellen. Was Sie heute hier mit Ihrem Änderungsantrag beantragen, sind nicht einmal Schönheitsreparaturen an einem Antrag.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Nicht einmal Schönheitsreparaturen! Sie beantragen in Abschnitt I lauter Zusätze, die Gegenstand von konkreten Beweisanträgen in einem Untersuchungsausschuss sind. Sie stellen z. B. eine Frage hinsichtlich eines eventuellen Einsatzes von "Agents Provocateurs". Genau dies ist eine Frage nach der Einsatzplanung, nämlich wie sie angelegt war und was da vorgesehen war. Um genau dem nachzugehen, werden wir dann, wenn der Untersuchungsausschuss eingerichtet wurde, einen entsprechenden Beweisantrag stellen.

Das heißt, es ist überhaupt nicht notwendig, das hier zu beantragen. Die nächste Stufe sind die Beweisanträge, und dort kommt das hinein. Das gilt auch für alle anderen Fragen unter Abschnitt I des Antrags.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Oberlehrer!)

Die in Abschnitt II Ziffer 11 des Antrags enthaltene Frage, wann Feuerwehr und Rettungsdienste der Stadt informiert und einbezogen wurden, gehört genauso in einen Beweisantrag.

Abschnitt II Ziffer 12 Ihres Antrags – die Frage, wie die Blockade von Polizeifahrzeugen am 30. September 2010 sowie

der Widerstand gegen polizeiliche Anordnungen rechtlich zu bewerten ist – ist identisch mit Ziffer 10 unseres Antrags. Völlig identisch!

Abschnitt II Ziffer 13 Ihres Antrags ist tatsächlich neu. Er betrifft das Thema Juchtenkäfer und das Thema Naturschutz. Da sind wir der Meinung, dass wir uns jetzt auf die Frage nach dem Polizeieinsatz, der Polizeitaktik und dem Ablauf der Geschehnisse konzentrieren sollten und die Frage behandeln sollten, ob es verhältnismäßig oder nicht verhältnismäßig war. Hierzu hat der Ausschuss eine Bewertung abzugeben. Das ist Gegenstand unseres Antrags und deshalb Gegenstand der Untersuchung, ob der Einsatz verhältnismäßig war oder nicht. Deshalb sollten wir die naturschutzrechtliche Frage nicht mit der polizeilichen Geschichte und vor allem auch nicht mit der Frage nach der politischen Verantwortung für den Ablauf dieses Einsatzes verquicken.

Deshalb bitte ich darum, dass wir uns jetzt darauf konzentrieren, um in der Öffentlichkeit nicht den falschen Eindruck zu erwecken, als ginge es dem Parlament, dem Landtag von Baden-Württemberg, nicht darum, etwas aufzuklären, was sich nach den eigenen Worten des Ministerpräsidenten so nicht wiederholen darf, was nach den eigenen Worten des Stuttgarter Polizeipräsidenten so nie hätte stattfinden dürfen. Die Bevölkerung hat einen Anspruch auf eine sachliche, anständige, öffentliche Aufklärung. Deshalb haben wir unseren Antrag gestellt. Wir fordern Sie auf, ihm zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich jetzt zur Fortsetzung der Debatte weiter das Wort erteile, möchte ich unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne einen besonderen Gruß an den Generalkonsul von Frankreich und Direktor des französischen Instituts in Stuttgart, Herrn Michel Charbonnier, der heute einen offiziellen Besuch im Landtag macht, richten. Herzlich willkommen!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Generalkonsul, der Landtag von Baden-Württemberg wünscht Ihnen eine erfolgreiche Amtszeit. Ich freue mich auf die Fortsetzung der engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen dem Landtag von Baden-Württemberg und Ihrem Generalkonsulat. Nochmals herzlich willkommen in unserem Land!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hauk das Wort.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Respekt, lieber Kollege Schmiedel: So stellt sich die Wandlung vom Paulus zum Saulus dar.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Andersherum! – Abg. Andreas Stoch SPD: Wenn, dann andersherum! – Unruhe)

Ich will nur einmal für die SPD-Fraktion festhalten: Nach der besagten Sondersitzung des Innenausschusses sagte Ihr parlamentarischer Geschäftsführer Gall, dass für weitere, vertiefende Fragen eigentlich kein Bedarf bestehe. (Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Reinhold Gall SPD meldet sich.)

- Ich war nicht dabei.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Also!)

Ich habe das auch nicht authentisch gehört; ich gebe nur das wieder, was damals in der Presse zu lesen war.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Da muss man sich schon fragen, was sich unter Umständen an neuen Sachverhalten ergeben hat. Das haben Sie, Herr Schmiedel, in keiner Weise begründet.

Wahr ist, dass es am 30. September, am Tag, bevor die Bäume gefällt wurden – es ging zwar um Bäume, aber auch nur um Bäume –, eine Versammlung gab, die, glaube ich, nicht legal war. Sie war jedenfalls im Schlossgarten für die besagte Uhrzeit – morgens um halb zehn – nicht angemeldet. Ich will aber nicht nur nach Formalien bewerten; nicht dass ich hier falsch verstanden werde. Wahr ist also, dass es an diesem Tag Verletzungen von Menschen gab, bei Bürgern, bei Jugendlichen, dass es verletzte Polizisten und auch verletzte Demonstranten gab. Ich sage ganz offen: Wir bedauern sehr, dass es überhaupt zu dieser Eskalation kommen musste.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das reicht aber nicht! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer ist Opfer, und wer ist Täter?)

Es liegt im Wesen eines Untersuchungsausschusses, dass er nicht das Verhalten – ob legal oder illegal – von Bürgern bewertet, sondern einseitig das Verhalten der Landesverwaltung respektive auch der Landesregierung und ihrer ausführenden Organe bewertet.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Der Polizeichef gehört auch zur Landesverwaltung!)

Es liegt im Wesen eines Untersuchungsausschusses, dass sich der Blick einseitig auf die Frage richtet: Hat sich die Polizei als Teil der Landesverwaltung rechtmäßig verhalten, verhältnismäßig verhalten? Hat sich die politische Führung, hat sich die Polizeiführung rechtmäßig verhalten? Das ist völlig in Ordnung; das darf man in einem Rechtsstaat auch füglich fragen. Die Fragestellungen – wenn sie denn kommen; wir halten die Fragen allerdings für geklärt und die Fragestellungen daher für überflüssig – sind völlig in Ordnung. Wenn wir aus dem Konflikt bei Stuttgart 21 zum Thema Kommunikation eines gelernt haben, dann ist es das, dass Fragen dann zu beantworten sind, wenn sie gestellt werden. Diese Fragestellungen kann man füglich auch erheben.

Die Frage ist nur, ob das Instrument eines Untersuchungsausschusses der Problematik an diesem Tag und der Problematik des Themas insgesamt am Ende gerecht wird. Denn mit diesem Instrument des Untersuchungsausschusses rücken Sie nur einen Teil in den Mittelpunkt, nämlich den der Landesverwaltung, der Landesregierung. Aber den anderen Teil, nämlich die Seite derer, die an diesem Tag gleichermaßen beteiligt waren – ich will gar nicht beurteilen, ob schuldig oder unschuldig, sondern sage es einmal ganz wertneutral –, rücken Sie aus dem Blickfeld. Aus der Sicht der Opposition sind auf der

(Peter Hauk)

"Anklagebank" Polizei – Polizeiführung – und Regierung, und wer nicht auf der "Anklagebank" sitzt, ist demnach unschuldig. Politisch – das sage ich ganz offen – verurteile ich diesen Ansatz, weil er die Gesamtproblematik aus dem Blickfeld rückt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es ist Ihr gutes Recht als Opposition, dass Sie einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses stellen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das wissen wir!)

Man hätte die Fragen, die Sie aufwerfen – wenn sie denn einer Vertiefung bedürfen – auch auf anderem parlamentarischem Weg klären können. Da hätte es andere Instrumente gegeben, z. B. öffentliche Sitzungen, wie auch immer; das überlasse ich jedem selbst. Wer jedoch das Schwert des Untersuchungsausschusses wählt, weiß und ist sich ganz bewusst, was er damit bezweckt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, klar! – Abg. Norbert Zeller SPD: Wir ziehen keine Schwerter!)

Das weiß er ganz klar. Er weiß, dass er damit auch ein Stück weit Menschen mit zur Verantwortung zieht, die nicht der Regierung angehören.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Sie haben recht, Herr Kollege Schmiedel: Politische Verantwortung hat jeder, der Politiker ist, und wer an der Spitze der Exekutive steht, hat diese Verantwortung natürlich auch; das ist gar keine Frage.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Gute Einsicht, Herr Kollege!)

Aber Sie wissen gleichermaßen, dass damit nicht nur diese Fragen gestellt werden, sondern dass auch das Handeln derjenigen zumindest hinterfragt wird, die im Auftrag des Rechtsstaats an diesem Tag das getan haben, wofür sie jeden Tag im Einsatz sind, nämlich diesen Rechtsstaat zu schützen, Recht in diesem Rechtsstaat durchzusetzen. Das gilt für die Demonstrationsfreiheit, bei der sie die Demonstranten schützen, bei der sie Demonstrationen begleiten, organisieren und regeln, und das gilt gleichermaßen für den Schutz und die Umsetzung von Baurecht, wenn jemand ein Baurecht innehat. Dass Sie durch die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses bewusst auch diejenigen quasi in Misskredit bringen, die sich tagtäglich dafür einsetzen, ist verurteilenswert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau darum geht es! – Abg. Reinhold Gall SPD: Völliger Nonsens! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Ich will nun nicht besonders darauf abheben, Herr Kollege Schmiedel, dass die Grünen die Mehrheit hierzu nicht gehabt hätten. Aber die Wandlung kam ja offensichtlich erst nach einem Landesparteitag der SPD.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Heiterkeit der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ich frage mich, von wem die 130 Gegenstimmen stammen. Ich war nicht dabei. Das will ich im Prinzip auch gar nicht wissen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das geht Sie auch überhaupt nichts an!)

Aber Tatsache ist: Ihr Landesvorsitzender Schmid und Sie als Fraktionschef haben jedenfalls die Linie der SPD-Landtagsfraktion auf dem Parteitag nicht durchsetzen können. Das zeigt ein Stück weit die Kraft- und Saftlosigkeit in der Führungscrew der SPD.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das sind Ihre Sorgen!)

Herr Kollege Schmiedel, in der darauffolgenden Fraktionssitzung sind auch die Knie der SPD-Abgeordneten weich geworden – obwohl wahrscheinlich die meisten ihre Nominierung für die Landtagswahl schon hinter sich haben.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Aber wo bleibt da der von Ihnen oftmals zitierte Abgeordnete, der nur seinem Gewissen unterworfen ist?

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das ist ja abstrus!)

Wie können Sie sich diesen Sinneswandel innerhalb von nur drei Tagen erklären? Diese Frage muss man füglich stellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Abg. Reinhold Gall und Abg. Claus Schmiedel SPD: Intervention!)

Aber das ist jetzt passé. Das kann man beurteilen, das kann man werten. Die Wertung können, glaube ich, auch die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes vornehmen.

Die größere Frage, die sich mir stellt, ist eine politische Frage, und sie lautet: Wie konnte es eigentlich zu den Eskalationen an diesem Tag, die unbestreitbar in einem für Baden-Württemberg bisher nicht gekannten Ausmaß aufgetreten sind, kommen? Was sind denn Ursache und Wirkung? Jetzt komme ich noch einmal auf den Ausgangspunkt zurück. Ich verurteile in diesem Zusammenhang, dass mit dem Instrument des Untersuchungsausschusses der Blick nur einseitig auf einen Teil der Ursache und deren Wirkung gelenkt wird, aber anderes komplett ausgeblendet wird.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Hör doch auf! – Gegenruf des Abg. Klaus Herrmann CDU: Das wollen Sie nicht! Das passt Ihnen nicht!)

– Lieber Kollege Walter, das ist mir klar. Das ist Ihnen unangenehm.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Es geht um den Polizeieinsatz und sonst nichts! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Das passt nicht in Ihr Menschenbild. Sie haben über Wochen hinweg das Bild der friedlichen Demonstranten geprägt.

(Peter Hauk)

(Zurufe der Abg. Franz Untersteller GRÜNE und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Dass sich dieses Bild der einhellig friedlichen Demonstranten – jedenfalls an diesem Tag – nun nicht mehr ganz aufrechterhalten lässt, passt nicht in Ihre Philosophie. Dafür habe ich Verständnis.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wer hat denn die Wasserwerfer aufgefahren?)

Ich habe im Übrigen nie – das weise ich in aller Entschiedenheit zurück – pauschal von "Berufsdemonstranten" oder "Gewaltbereiten" gesprochen. Ich habe immer gesagt: Darunter befinden sich auch solche.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Logisch! Antifa-Leute!)

Das nehme ich auch nicht zurück. Denn spätestens wenn man sich Bilder dieser Demonstration ansieht, wird das bestätigt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ich habe sogar CDU-Mitglieder getroffen!)

Meine Frage an die Grünen lautet – mit dieser Frage werden Sie sich in den nächsten Monaten immer wieder konfrontiert sehen; das werden Sie auch aushalten müssen –: Wo liegen bei Ihnen die Grenzen dieses Rechtsstaats? Was ist für Sie eine friedliche Demonstration?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das halten wir locker aus!)

Kollege Kretschmann hält es hier schon gar nicht mehr aus.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er hat sich restlos verbraucht, der Rechtsstaat, nach seiner Meinung!)

Er hat sich restlos verabsentiert.

(Zurufe von den Grünen)

Ich frage Sie: Worüber hat Herr Wölfle letztlich die Krokodilstränen vergossen? Hat er sie über illegales Vorgehen von Menschen vergossen, die an diesem Tag Nötigungen begangen haben, die an diesem Tag Sitzblockaden nicht aufgelöst haben, obwohl sie dreifach, vierfach von der Polizei dazu aufgefordert wurden?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: So kann man bloß reden, wenn man an diesem Tag auf dem Volksfest war! Unverschämt! Schon drei Maß gehabt!)

Waren es Krokodilstränen über die Werfer von Wurfgeschossen nicht näher definierter Art?

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Nur weiter so! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ruhe, Herr Untersteller!)

Waren es Krokodilstränen über einzelne oder vielleicht mehrere Gewaltbereite, die es in dieser Gruppe nachweislich gab?

Waren es Krokodilstränen über diejenigen, die Feuerwerkskörper in die Reihen der Polizei geworfen haben?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

All das geben nämlich die Bilder dieses Tages auch her.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Da wird die Grenze dessen, was rechtsstaatlich erlaubt ist, nachweislich überschritten.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Sie sind jenseits der Grenze! – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Genau!)

– Ich weiß, Sie können es nicht ertragen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Doch! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU zu den Grünen: Die Wahrheit tut weh, und ihr kennt die Wahrheit! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Offensichtlich nicht.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Da wird die Grenze offensichtlich überschritten. Deshalb müssen auch die Grünen und deshalb müssen auch Herr Wölfle, Herr Kretschmann und andere

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Und der Herr Sckerl!)

politisch erklären: Wie halten Sie es denn mit den Menschen, die hierzu angestiftet haben?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, klar! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das war lange angemeldet!)

Wie halten Sie es denn mit denjenigen, die morgens um 9:25 Uhr SMS-Nachrichten an Kinder und Jugendliche versenden

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ach, so ein Blödsinn!)

und sie von einer angemeldeten Demonstration an einem anderen Ort an den Ort des Geschehens beordern? Wie halten Sie es mit denen?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich behaupte nicht, dass Sie sie angestiftet haben. Aber zu diesem Milieu habe ich bisher von Ihnen jegliche Kritik vermisst.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! Richtig!
Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Die können doch selbst denken, die Kinder!)

Ich vermisse bis zum heutigen Tag, meine Damen und Herren von den Grünen, dass Sie sich von denjenigen, die dort Aggressionspotenzial ausgestreut haben, die dort Gewalt

(Widerspruch bei den Grünen)

- Entschuldigung! - angewendet haben, distanzieren.

(Peter Hauk)

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! So ist es! – Abg. Thomas Blenke CDU: Kein Wort davon!)

Sie haben nicht nur kein Wort der Distanzierung in Bezug auf diese Menschen geäußert, sondern Sie haben auch nicht einmal Ihr Bedauern darüber ausgedrückt, dass auch Polizisten dabei verletzt wurden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Haben Sie sich schon für die Wasserwerfer entschuldigt? – Abg. Claus Schmiedel SPD: So viel zum Thema Dialog!)

die ausdrücklich im Auftrag dieses Rechtsstaats, dessen parlamentarische Vertretung auch Sie hier wahrnehmen, gehandelt haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist für die ja ein Polizeistaat!)

Das ist für Sie dann der berühmte "Polizeistaat" – und was sonst noch so an den Zäunen und Säulen angeklebt steht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Logisch! Der Rechtsstaat ist für die "restlos verbraucht"!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das müssen sich die Grünen in diesem Parlament fragen lassen, und das müssen sich auch diejenigen fragen lassen, die verantwortlich die Führerschaft verschiedener Bündnisse, Aktionsbündnisse etc., innehaben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Sie müssen sich fragen lassen: Was tun Sie, um sich von denjenigen, die dort gewaltbereit sind, abzugrenzen? Was haben Sie getan? Haben Sie, soweit Sie vor Ort anwesend waren, darauf hingewirkt, dass es erst gar nicht zu solchen Aggressionen kommt?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das haben sie nicht getan! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Euer Problem ist, dass es bisher keine Gewalttäter gab! – Gegenrufe von der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU zu den Grünen: Sie sollen zuhören! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das war jetzt die Deeskalationsstrategie!)

Mein sehr verehrten Damen und Herren, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist legitim. Das ist überhaupt keine Frage. Die CDU respektiert auch das Minderheitenrecht, das damit verbunden ist.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Kurzintervention des Herrn Abg. Gall?

Abg. Peter Hauk CDU: Gern, Herr Gall.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Präsident, wenn Sie einverstanden sind, möchte ich die Intervention gern am Ende der Ausführungen von Herrn Hauk machen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das entscheide nicht ich. Eine Kurzintervention findet während der Rede statt.

Abg. Peter Hauk CDU: Das geht nicht nach der Rede.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich habe mich bereits vor zehn Minuten gemeldet! Sie haben mir aber nicht das Wort gegeben, Herr Präsident!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das mag schon sein, Herr Abg. Gall. Aber Sie dürfen den Redner während seiner Rede nicht unterbrechen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich habe mich jetzt gerade gar nicht gemeldet!)

– Wollen Sie jetzt eine Kurzintervention vornehmen oder nicht?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nein! Wenn Sie einverstanden sind, mache ich die Kurzintervention am Ende der Rede! – Unruhe)

Bitte, Herr Abg. Hauk.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann gibt es auch später keine Möglichkeit zur Kurzintervention! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Trinkt doch einmal ein Viertele miteinander!)

Abg. Peter Hauk CDU: Damit ist das Thema wohl erledigt.

Die CDU respektiert, dass auch nach dem 30. September unter Umständen noch Fragen offen sind, die man stellen kann. Wir halten das Instrument des Untersuchungsausschusses aber für nicht verhältnismäßig, um solche Fragen zu beantworten – um das klar zu sagen. Es gibt ein Minderheitenrecht in diesem Parlament; das ist keine Frage. Deshalb werden wir uns bezüglich der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses der Stimme enthalten.

Was die Frage nach der politischen Verantwortung außerhalb des Gegenstands des Untersuchungsausschusses angeht, nämlich die Frage des Aggressionspotenzials der anderen Seite, in diesem Fall derer, die an diesem Tag dort illegal demonstriert haben, so ist diese Frage ebenfalls durchaus noch aufzuarbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Hauk, jetzt hat sich Herr Abg. Gall für die Kurzintervention gemeldet.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die findet während der Rede statt, nicht am Ende! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es ist keine Endintervention!)

– Das stimmt. Sie sehen, die Rede ist zu Ende.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben! – Heiterkeit)

– Herr Abg. Gall, Sie bekommen das Wort für eine persönliche Erklärung am Ende der Debatte.

(Stelly. Präsident Wolfgang Drexler)

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der übt sich jetzt in Geduld!)

Für die Fraktion GRÜNE erhält nun Herr Abg. Sckerl das Wort.

(Zuruf von der CDU: Oje! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der Mann, der unsere Demokratie ändern will!)

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hauk, vielen Dank dafür, dass Sie uns als Opposition das Minderheitenrecht auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zumindest nicht bestritten haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wieso Ihnen? Der SPD! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sie haben doch gar keinen Antrag gestellt!)

Dafür muss man nach Ihrer Rede schon dankbar sein.

Im Übrigen darf ich Sie darauf hinweisen, dass die Strategie, die Sie eben aufzubauen versucht haben, schon in sich zusammengebrochen ist.

(Oh-Rufe von der CDU)

Sie haben am 1. Oktober, am 2. Oktober und am 5. Oktober angekündigt, dass Sie den Nachweis dafür erbringen werden, dass die alleinige Verantwortung für die Eskalation der Gewalt am 30. September aufseiten der Demonstrierenden lag.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Werner Raab CDU: Sie haben die Bilder doch im Ausschuss gesehen!)

Sie konnten uns bis zum heutigen Tag nicht die angekündigten entscheidenden Bilder dafür zeigen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Sie konnten uns nur einzelne Sequenzen zeigen, und Sie haben in den Tagen nach dem 30. September sehr schnell gemerkt, dass Ihre These haltlos ist, dass es im Rahmen der Ereignisse,

(Zuruf der Abg. Andrea Krueger CDU)

wie sie tatsächlich stattgefunden haben, nichts gibt, was diese These stützt und trägt. Das ist Ihr Problem.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Im Innenausschuss wurde am 5. Oktober alles offengelegt!)

Deshalb wenden Sie sich – das wurde in Ihrer Rede deutlich – natürlich gegen den Untersuchungsausschuss.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das Werfen von Feuerwerkskörpern betrachten Sie als normal!)

Wir sind der Meinung, dass die Ursachen für diese traurigen Vorgänge,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unsere Polizisten werden mit Feuerwerkskörpern beworfen! Das ist normal für Sie!)

die das Land nachhaltig erschüttert haben, woanders liegen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So, wie die Demokratie "restlos verbraucht" ist!)

Deshalb wollen wir den Untersuchungsausschuss. Denn es wurde auch sehr schnell klar – schon bei der ersten bewertenden Pressekonferenz am 1. Oktober, aber insbesondere am 5. Oktober –, dass ein Aufklärungsinteresse auf Ihrer Seite gar nicht vorhanden ist. Das Urteil war schon gefällt: Es waren vermeintlich Demonstrierende. Der Satz "Der Einsatz der Polizei war verhältnis- und rechtmäßig" war von Anfang an zu hören

(Zurufe der Abg. Peter Hauk und Dr. Klaus Schüle CDU)

Sie haben dichtgemacht. Sie haben Ihre übliche Wagenburgmentalität – die Sie zugegebenermaßen beherrschen – ausgebreitet, und so ist es seitdem.

Jedem Beteiligten war klar: Wir werden in dieser so einschneidenden Frage um eine gründliche parlamentarische Untersuchung nicht herumkommen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Gunter Kaufmann SPD)

Ich sage Ihnen auch, warum. Es ist kein Problem der Grünen oder der SPD im Landtag. Dieses Ereignis war einschneidend, die Bilder gingen um die ganze Welt. Diese Bilder fangen Sie übrigens nie mehr ein. Das wissen Sie auch. Es war so einschneidend, dass sich viele Tausend Menschen in Stuttgart, im Land, in der Republik und darüber hinaus bis zum heutigen Tag die Frage stellen: Wie konnte es denn so weit kommen? Was ist dafür ursächlich gewesen? Was ist passiert, dass ein Kurs der Deeskalation, der stattgefunden hat und auch erfolgreich war, aufgegeben wurde?

(Zuruf der Abg. Andrea Krueger CDU)

Stichwort "Abriss des Nordflügels": Da werden auch Sie nicht behaupten, es habe gewalttätige Demonstrationen dagegen gegeben. Sie werden das nicht sagen, und Sie haben es auch nicht gesagt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eine starke Polizei hat das verhindert!)

Was ist passiert?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das fragt der Mann, der eine neue Demokratie will! – Zurufe der Abg. Hans Heinz und Andrea Krueger CDU)

Was ist am 30. September passiert, dass es diesen Strategiewechsel gegeben hat? Es ist doch vollkommen klar, dass diese Frage aufgeklärt werden muss. Sie bewegt Tausende von Bürgerinnen und Bürgern. Wir müssen den Bürgern diese Frage beantworten. Sie haben einen Anspruch darauf. Es gibt Verletzte. Es gibt sogar Menschen, die ihr Augenlicht verloren haben. Es gibt junge Menschen, die eine schlimme Lektion in Staatsbürgerkunde erhalten haben.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

(Hans-Ulrich Sckerl)

Es gibt verletzte Polizisten – deren Verletzungen wir ebenso bedauern und bedauert haben

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oh ja!)

wie die Verletzungen von Demonstrierenden. Das ist überhaupt keine Frage. Natürlich haben wir das getan.

(Beifall bei den Grünen)

Ich habe dies persönlich mehrfach in Diskussionen mit Polizisten und Gewerkschaften der Polizei zum Ausdruck gebracht. Was soll das denn hier? Selbstverständlich ist jeder Verletzte ein Verletzter zu viel. Das ist das Thema.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Aber die haben sich nicht selbst verletzt! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Achtung! – Lachen der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Weil es ein so einschneidendes Ereignis war, muss es aufgeklärt werden.

Wir haben nun einmal begründeten Anlass für die Annahme, dass nicht einfach die Polizei irgendwann am Vormittag des 30. September gesagt hat: Heute müssen wir irgendwie einmal härter durchgreifen und den Strategiewechsel vollziehen. Vielmehr haben wir Anlass zu der Annahme, dass die Politik da kräftig mitgemischt hat.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dieter Hillebrand: Unterstellungen!)

Denn es ging ja auch um etwas. Weil es so ist, müssen wir uns auch die Frage stellen, Herr Ministerpräsident: Worum geht es bei dieser Auseinandersetzung im Kern? Es geht im Kern um die Frage: Wie geht ein Staat mit Protesten seiner Bürgerinnen und Bürger um, insbesondere dann – das ist für uns alle in dieser Qualität in Baden-Württemberg neu –, wenn diese Bürgerinnen und Bürger eine in ihrer Vielzahl und Entschiedenheit nie gekannte oder nie für möglich gehaltene Massenbewegung – so wie in Stuttgart – darstellen? Das hat Sie selbstverständlich überrascht. Damit konnten Sie und können Sie bis zum heutigen Tag nicht umgehen, zumal wenn diese Massenbewegung die Regierung auch noch massiv unter Druck setzt und wenn diese Bürger in ihrem Anliegen, in ihrem Begehren eben besonders hartnäckig sind.

(Ministerpräsident Stefan Mappus: Darum geht es! Genau darum! Herzlichen Dank!)

Die Antworten auf diese Fragen muss man finden. Auch dafür muss es einen Untersuchungsausschuss geben. Für uns ist die politische Antwort – ohne Bewertung der einzelnen Vorgänge – in jedem Fall klar: In einer zivilen Gesellschaft muss eine Regierung ein solches Problem auch zivil lösen. Sie muss den Dialog führen,

(Zuruf der Abg. Andrea Krueger CDU)

sie muss sich den Bürgerinnen und Bürgern stellen, und sie muss vielleicht sogar – Stuttgart 21 gibt begründeten Anlass dazu – Konsequenzen aus der Ablehnung ihrer Position und ihrer bisherigen Politik ziehen.

(Lachen des Ministerpräsidenten Stefan Mappus)

Für Sie – dafür gibt es Anlässe – war zumindest am 30. September diese Antwort offensichtlich nicht klar. Entweder es hat Sie überrascht, oder Sie haben mit diesem Polizeieinsatz vorsätzlich oder fahrlässig die falsche Antwort gegeben.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt hört es aber langsam auf!)

Das herauszufinden ist Aufgabe des Untersuchungsausschusses. Das ist seine ganz vornehme Aufgabe.

(Beifall bei den Grünen – Ministerpräsident Stefan Mappus und Abg. Peter Hauk CDU: Unglaublich!)

Wir müssten heutzutage doch gemeinsam zu der Überzeugung kommen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie sollten aber die Hände aus der Hosentasche nehmen, wenn Sie mit dem Parlament sprechen!)

dass Wasserwerfer, Pfefferspray

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Schlagstöcke!)

und Schlagstöcke in einer modernen Demokratie kein Mittel der Überzeugung mehr sind.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Klaus Herrmann: Feuerwerkskörper gegen Polizisten aber auch nicht!)

- Feuerwerkskörper auch nicht. Daran haben wir nie einen Zweifel gelassen.

(Zurufe von der CDU – Gegenrufe von den Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das war unverhältnismäßig!)

Aber wir müssen, meine Damen und Herren von der CDU, die Verhältnismäßigkeit der Mittel wahren.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schaut doch einmal die Fotos an! – Unruhe)

Es ging am Vormittag des 30. September los, als über 1 000 Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 13 und 17 Jahren

(Abg. Winfried Mack CDU: Zwischen 11 und 17 Jahren!)

im Mittleren Schlossgarten aufgetaucht sind.

(Abg. Werner Raab CDU: "Aufgetaucht"! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wer hat sie denn in verantwortungsloser Weise herübergelockt, aufgestachelt, aufgehetzt?)

Zeigen Sie uns doch einmal die Gewaltszenen. Zeigen Sie uns die Gewalthandlungen dieser Schülerinnen und Schüler, und zeigen Sie uns den Anlass, den es für die Polizei gegeben hat, so zu reagieren, wie sie reagiert hat. Zeigen Sie uns diesen Anlass! Ich sage Ihnen: Fehlanzeige!

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Werner Raab: Sie haben doch die Videos gesehen! – Gegenruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

- Wir haben Videos gesehen, ja, richtig,

(Hans-Ulrich Sckerl)

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aber keine manipulierten!)

mit Uhrzeiten wie "14:00 Uhr", "16:00 Uhr", "18:00 Uhr", "22:00 Uhr" – das bestreitet niemand –, allerdings nicht für den entscheidenden Zeitraum. Verstehen Sie? Als Schülerinnen und Schüler demonstriert haben,

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

ist mit diesem Polizeieinsatz in verantwortungsloser Weise reagiert worden, meine Damen und Herren. Das ist das Problem.

(Beifall bei den Grünen)

Das muss aufgeklärt werden; das ist keine Frage.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Was Sie abliefern, ist unerträglich! Kommen Sie zum Ende! – Weitere Zurufe von der CDU)

Die Einflussnahme der Politik muss aufgeklärt werden. Es gibt Hinweise. Es gibt eine große Betroffenheit in der Polizei.

(Abg. Peter Hauk CDU: Dann nennen Sie doch die Hinweise!)

- Dafür setzen wir einen Untersuchungsausschuss ein.

Unterschätzen Sie die Stimmung in der Polizei nicht. Die Polizei muss mehr und mehr zu dem Eindruck gelangen,

(Zurufe der Abg. Peter Hauk und Dr. Dietrich Birk CDU)

dass sie wieder einmal als Prügelknabe für gescheiterte Politik missbraucht wird.

(Zurufe von der CDU)

Unterschätzen Sie das nicht. Es gibt weit mehr als den einen Kollegen, der sich kritisch geäußert hat. Es gibt viel mehr Kollegen. Das Problem dieser Kollegen ist – aber auch da wird der Untersuchungsausschuss Aufklärung bringen –, dass sie natürlich Angst vor disziplinarischen Maßnahmen haben.

Deswegen sagen wir: Für den Untersuchungsausschuss ist eine wesentliche Voraussetzung, dass Polizistinnen und Polizisten ohne Angst vor disziplinarischen Maßnahmen dort aussagen können. Das ist eine ganz wesentliche Voraussetzung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Sckerl, gestatten Sie eine Kurzintervention?

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein, die gestatte ich nicht.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So viel zum Thema Demokratie! Aber hier von Demokratie reden!)

Im Zentrum steht für uns die Frage, wer für diesen Strategiewechsel verantwortlich ist und wer diesen wollte.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Warum musste die Herstellung des Baufelds unbedingt am erstmöglichen Tag stattfinden? Das sind Fragen, die im Gesamtkontext unbedingt beantwortet werden müssen. Warum gab es keinen maßvollen Weg, wie ihn – Kollege Schmiedel hat zu Recht darauf hingewiesen – der Stuttgarter Polizeipräsident drei Monate zuvor beschrieben hat? Warum gab es einen solchen nicht? Diese Fragen müssen beantwortet werden. Deshalb begrüßen wir, dass die SPD heute diesen Antrag gestellt hat, keine Frage.

Nachdem Herr Kollege Schmiedel ein paar kritische Anmerkungen an unsere Adresse gerichtet hat, darf ich sagen, dass wir es begrüßt hätten, wenn es einen gemeinsamen starken Auftritt der Opposition bereits zu Beginn gegeben hätte. Noch ist aber nichts verloren. Lassen Sie uns im Untersuchungsausschuss gemeinsam kritisch diese Fragen stellen. Ich glaube, die Aufregung im Regierungslager zeigt deutlich, wie notwendig diese Aufklärung ist – um es einmal ganz vorsichtig zu formulieren.

Herr Kollege Schmiedel, unser Antrag präzisiert an notwendigen Stellen den Untersuchungsauftrag. Ich erinnere Sie an das, was Sie vorhin gesagt haben. Wir könnten in eine Situation kommen, in der Beweisanträge deshalb nicht gestellt werden können, weil sie vom ursprünglichen Untersuchungsauftrag nicht gedeckt sind. Dies gilt sowohl für die Frage nach der politischen Verantwortung für diesen Einsatz als auch für die Frage der Verhältnismäßigkeit der eingesetzten Mittel, als auch für zusätzliche Fragen.

Dabei geht es nicht um die Frage des Juchtenkäfers; das haben Sie völlig falsch verstanden. Es geht vielmehr um die Frage, ob nach all dem, was wir zwischenzeitlich wissen, der Polizeieinsatz überhaupt rechtmäßig war, ob er hätte stattfinden dürfen oder ob damit nicht zu diesem Zeitpunkt eine rechtswidrige Maßnahme durchgesetzt worden ist. Das ist eine klassische Aufgabe für einen Untersuchungsausschuss.

(Beifall bei den Grünen)

Ich sage Ihnen zu, dass wir gern zusammenarbeiten und gemeinsam das Beste versuchen werden, weil wir bei vielen Tausend Bürgerinnen und Bürgern im Wort stehen, die seitdem Fragen haben. Dieser einmalige Vorgang muss aufgeklärt werden, und dann müssen entsprechende Konsequenzen daraus gezogen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Ernst Behringer CDU: Zum zehnten Mal!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP/DVP-Fraktion bedauert die Entwicklungen vom 30. September 2010. Wir bedauern diese Bilder, die in der Tat um die Welt gegangen sind. Wir bedauern diese Bilder, die dem Land Baden-Württemberg ohne Zweifel geschadet haben. Wir bekennen uns mit Nachdruck zu der Aussage, die auch vom Ministerpräsidenten getätigt wurde: Diese Bilder dürfen sich nicht wiederholen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Nach unserer Einschätzung handelt es sich bei der Bewegung gegen Stuttgart 21, die irgendwann ihre Aktivitäten auf die Straße verlagert hat, um eine im Kern friedliche Bewegung, die ihr Demonstrationsrecht zu Recht ausübt.

Wir sind der festen Überzeugung, dass dieses Projekt richtig und nützlich für das Land Baden-Württemberg ist. Wir wissen auch, dass es demokratisch und rechtsstaatlich zustande gekommen ist. Deshalb wollen wir es auch durchsetzen. Wir akzeptieren eine Minderheitenmeinung. Wir akzeptieren auch das Recht auf Demonstration gegen dieses Projekt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber bitte friedlich!)

Nach unserer Einschätzung war die überwiegende Mehrheit der Demonstranten am 30. September 2010 auch friedlich, meine Damen und Herren. Bei der Entwicklung an diesem Tag und aufgrund des vorgelegten Bild- und Videomaterials ist aber erkennbar geworden, dass dies nicht für alle Demonstranten gilt. Aus dieser Demonstration heraus hat es vielmehr zumindest eine kleine Minderheit gegeben, die das Recht gebrochen und Gewalt angewandt hat.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Da waren sie aber schon nass! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Die Wasserwerfer waren schon vorher da!)

Aber die Frage, die sich stellt, ist, ob die Polizei in dieser Situation angemessen gehandelt hat oder nicht. Ohne Zweifel ist dies aufzuklären, meine Damen und Herren.

Wenn es 300 oder wie viele Strafanzeigen auch immer gegen Polizisten gibt, die auch nachverfolgt werden, und wenn es Fehlverhalten einzelner Polizisten gegeben hat, muss dies aufgeklärt werden. Selbstverständlich ist das rechtmäßig und zulässig.

Es ist ohne Zweifel auch das gute Recht der Opposition, der Regierungskoalition nicht zu glauben, wenn sie sagt, es habe diesen politischen Einfluss nicht gegeben, es habe keinen Einfluss auf das operative Handeln der Polizeiführung gegeben. Es ist Ihr gutes Recht, dies nicht zu glauben und dies zu hinterfragen. Für die FDP/DVP-Fraktion sage ich in aller Eindeutigkeit: Wir haben nicht den mindesten Beleg für einen solchen Einfluss. Wir haben in dieser Hinsicht nicht den mindesten Verdacht. Aber es ist Ihr gutes Recht, dies anders zu sehen und nach Aufklärung zu rufen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Kurzintervention des Herrn Abg. Blenke?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jawohl.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist bestellt! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das sieht schwer nach Vorlesestunde aus! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist ganz peinlich! Das ist abgesprochen! – Unruhe bei der SPD und den Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ruhe da drüben!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Kollege, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen – das wollte ich in Form einer Kurzintervention schon vorhin sagen –, dass Herr Kollege Sckerl seine Gespräche mit den Polizeigewerkschaften inhaltlich vielleicht nicht ganz vollständig wiedergegeben hat? Mir liegt eine sehr aktuelle Stellungnahme einer Polizeigewerkschaft vor, in der sie sich mit der Frage der Gewalttätigkeiten bei den Demonstrationen auseinandersetzt. Ich darf jetzt die Einschätzung dieser Gewerkschaft zitieren:

Der Einsatz war rechtmäßig, die eingesetzten Kräfte haben nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit gehandelt. Sie sind dort, wo ihnen erheblicher Widerstand entgegengebracht wurde, konsequent eingeschritten. Es entspricht nicht der Wirklichkeit, dass es sich bei den im Park versammelten Stuttgart-21-Gegnern ausnahmslos

ausnahmslos! –

um friedliche Rentner und Schüler gehandelt habe. Einzelne Beamte sind von Personen massiv angegriffen worden, die die überwiegend arglose Menge zur Deckung benutzt haben.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Es waren auch friedliche Menschen mittleren Alters dort!)

Weiter schreibt die Gewerkschaft, ihr gehe es um die politische Seite des Einsatzes. Das ist auch der Auftrag an den Untersuchungsausschuss.

Wären Sie bereit, das auch zum Gegenstand Ihrer Rede zu machen, weil Herr Sckerl das vorhin nicht gemacht hat?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei der SPD und den Grünen)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Kollege Blenke, ich bin bereit, dies mit Respekt zur Kenntnis zu nehmen und dazu zu sagen, dass sich das mit meinen eigenen Eindrücken deckt. Aber, wie ich schon gesagt habe: Die Opposition kann dies anders sehen, und sie kann natürlich Aufklärung verlangen.

Jetzt stellt sich die Frage nach den Mitteln und nach der Motivation. Da ist die Frage, ob es den Grünen, die sofort gefordert haben, das scharfe Schwert eines Untersuchungsausschusses zu zücken, tatsächlich um Aufklärung oder nicht vielmehr um die Bilder geht, die Herr Sckerl angesprochen hat. Als Sie vorhin von diesen Bildern, die niemand mehr einfangen kann, sprachen, haben Ihre Augen richtig geleuchtet.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Das ist doch Ihre Motivation: Sie möchten, dass diese Bilder, die dem Land Baden-Württemberg schaden, möglichst bis zum Wahltag nicht in Vergessenheit geraten. Denn Sie verfolgen mit diesem Untersuchungsausschuss wahltaktische Absichten und nichts anderes.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Es geht Ihnen nämlich nicht um Aufklärung, sondern um fliegende Teppiche. Das ist doch der Grund dafür, dass Sie so auftreten, meine Damen und Herren.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Aber gut, Sie haben nicht die Möglichkeit, einen solchen Untersuchungsausschuss durchzusetzen. Deshalb müssen Sie den Auftrag des Untersuchungsausschusses, wie ihn die SPD vorschlägt, zähneknirschend mittragen und akzeptieren.

Ich sage für die FDP/DVP-Fraktion ganz deutlich: Wir lehnen die Einsetzung des Ausschusses nicht ab. Aus unserer Sicht ist klar: Der Ausschuss ist ein rechtsstaatliches Instrument, das die Opposition hat.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wenn es die Opposition an dieser Stelle für richtig hält, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu beantragen, dann akzeptieren wir dies als legitim, obwohl wir nicht der Auffassung sind, dass dieser Weg unbedingt notwendig ist. Der gleichen Auffassung ist offensichtlich auch die SPD-Fraktion – nicht die SPD als Partei. Im Übrigen besteht auch die Möglichkeit, dass im Untersuchungsausschuss vielleicht die eine oder andere Sicht auf diesen 30. September 2010, die nicht im Interesse der Opposition ist, zur Sprache kommt.

Bei Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, liegen die Dinge etwas schwieriger. Sie haben festgestellt, dass das Thema Stuttgart 21 für Sie Haken und Ösen hat.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Für Sie auch! Wahrscheinlich größere!)

Deshalb ändern Sie auch hin und wieder Ihre Position und entdecken das Instrument der Volksabstimmung. Denn Sie haben festgestellt, dass Ihr Teppich im Gegensatz zu dem der Grünen nicht fliegt.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Peter Hofelich SPD: Wir stehen mit beiden Beinen auf der Erde!)

Deshalb wollten Sie zuerst auch diesen Untersuchungsausschuss nicht. Denn Sie haben gemerkt, dass Ihnen dieses Thema eher schadet.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Das konnten Sie aber nicht zugeben. Deshalb haben Sie den Leuten erzählt: "Wir machen das lieber mit Fragen." Dann sind Sie auf Ihrem Parteitag gelandet. Offensichtlich haben dort Ihre Erklärungsversuche, weil sie einigermaßen komplex sind, bei den Jusos keinen Widerhall gefunden. Deshalb hat Sie dann auch der Parteitag gezwungen, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, den Sie nicht wollen, weil Sie Angst haben, dass das Ganze nur den Grünen nutzt.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Sie haben es nötig!)

Aber gut, Umfallen hat bei Ihnen mittlerweile eine gewisse Tradition, insbesondere dann, wenn es um dieses Thema geht.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Marianne Wonnay SPD: Glashaus! Glashaus! – Weitere Zurufe von der SPD und den Grünen)

Aus diesem Grund ist die Einsetzung in Ordnung. Setzen Sie diesen Untersuchungsausschuss ein. Wir sind derselben Mei-

nung, die Sie ursprünglich hatten, dass es dieses Untersuchungsausschusses nicht bedurft hätte. Man hätte die Fragen durchaus im parlamentarischen Verfahren beantworten können. Sie bekommen alle Fragen beantwortet, die Sie stellen. Letztlich kann dann die Bevölkerung selbst urteilen, ob es dieses Untersuchungsausschusses bedurft hätte.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Oder dieses Einsatzes!)

Eine Anmerkung noch, Herr Kollege Schmiedel: Sie haben gesagt, Sie hätten wegen der demonstrierenden Schüler Zuschriften bekommen. Ich kann Ihnen sagen: Ich habe auch Zuschriften bekommen. Aber diejenigen, die mir geschrieben haben, haben überwiegend die Frage gestellt: Was machen denn diese Schüler während der Schulzeit auf Demonstrationen?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! So ist es!)

Diese Frage muss man vielleicht auch einmal stellen. Ich habe nichts dagegen, wenn auch Schüler demonstrieren. Dafür gibt es aber die Freizeit, und dafür gibt es das Wochenende.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Die haben sich für eine bessere Qualität der Schulen eingesetzt! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Herr Kollege Sckerl, Sie sprechen von einer schlimmen Lektion in Staatsbürgerkunde. Genau Sie sind doch derjenige, der schlimme Lektionen in Staatsbürgerkunde erteilt, weil Sie nämlich der Auffassung sind, dass Schüler, die im Alter zwischen 13 und 17 Jahren sind, während der Schulzeit gegen Stuttgart 21 demonstrieren sollten,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

und zwar dort, wo Polizeieinsätze sind.

(Lachen des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Was war vorher genehmigt?)

Das ist nicht unsere Auffassung von Rechtsstaatlichkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von den Grünen – Unruhe)

Die FDP/DVP-Fraktion akzeptiert das Recht auf Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses. Wir halten ihn für nicht angemessen. Wir halten diesen Untersuchungsausschuss für nicht notwendig. Deshalb werden wir uns bei der Abstimmung über den Einsetzungsantrag der Stimme enthalten.

(Oh-Rufe von den Grünen)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe - Zuruf: Pst!)

Ich möchte zum Schluss dieser Debatte eine Bitte äußern. Jeder hat seine Einstellung zu dem, was geschehen ist. Das weiß man. Vielleicht können wir uns gemeinsam darauf einigen, dass es doch in weiten Teilen unserer Bevölkerung in Baden-Württemberg und darüber hinaus eine Betroffenheit über das gibt, was sich ereignet hat und was zu sehen war.

Bei nicht wenigen gibt es die Erwartung, dass sich die gewählten Vertreterinnen und Vertreter darum kümmern, diese Geschehnisse aufzuklären. Wenn diese Menschen jetzt zuschauen und den Eindruck haben, alle Politiker beschäftigten sich lieber mit sich selbst und nutzten die Gunst der Stunde, um sich gegenseitig eine reinzuwürgen, dann wenden sich diese Teile der Bevölkerung mit Grausen ab, und zwar zu Recht.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Wir haben sehr viel Gelegenheit, miteinander zu streiten und uns gegenseitig Vorwürfe über Einstellungen und, und, und zu machen. Aber ich bitte darum, dass ab jetzt, wenn der Untersuchungsausschuss eingesetzt ist, der Untersuchungsgegenstand in den Mittelpunkt rückt, damit die Bevölkerung zu Recht den Eindruck gewinnt, dass sich die Politiker um Aufklärung bemühen. Das muss jetzt geschehen. Das sind wir den Betroffenen, die im Schlossgarten waren, schuldig. Das sind wir übrigens auch den Polizistinnen und Polizisten schuldig,

(Abg. Thomas Knapp SPD: Richtig!)

aber vor allem den Menschen, die sich die große Frage stellen, wie es in Baden-Württemberg nach Jahrzehnten wieder zu solchen Geschehnissen kommen konnte. Deshalb meine herzliche Bitte: Gegenseitig abrüsten und das Interesse lieber auf den Untersuchungsgegenstand richten.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Nach § 88 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Gall das Wort für eine persönliche Erklärung.

(Zuruf von der CDU: Das geht doch erst nach der Abstimmung, oder?

Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Kollege Hauk hat mich zu Beginn seiner Rede direkt angesprochen, aber auch gleich dazugesagt, dass er bei der besagten Sitzung des Innenausschusses nicht zugegen war. Deshalb, Herr Hauk, bitte ich, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich sowohl während der Sitzung als auch am Ende der Sitzung gesagt habe: "Die an diesem Tag von uns gestellten Fragen wurden beantwortet. Eine vollumfängliche Bewertung der Antworten behalten wir uns vor." Auch einen Untersuchungsausschuss habe ich an diesem Abend nicht ausgeschlossen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Wir nehmen diese Erklärung zur Kenntnis.

Nach § 88 der Geschäftsordnung erfolgt eine persönliche Erklärung vor der Abstimmung und nicht nach der Abstimmung, Herr Kollege. Ich wollte das nur noch einmal deutlich machen

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen deshalb jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/7080. Hierbei handelt es sich um einen Antrag einer qualifizierten Minderheit. Der Antrag ist von 38 Mitgliedern unterschrieben. Der Landtag ist deshalb nach Artikel 35 Abs. 1 der Landesverfassung rechtlich zur Annahme des Antrags verpflichtet.

Zu dem Antrag der Fraktion der SPD liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7098, vor, mit dem in Abschnitt I die bisherigen Ziffern 4, 6, 9 und 10 geändert sowie in Abschnitt II die Ziffern 11 bis 13 neu aufgenommen werden sollen.

Ich verweise auf § 3 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes, gemäß dem der in einem Minderheitsantrag bezeichnete Untersuchungsgegenstand gegen den Willen der Antragsteller nicht geändert werden kann.

Ich stelle deshalb jetzt den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7098, insgesamt zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag bei einer Enthaltung abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/7080, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Zwei Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Damit ist dem Antrag der SPD-Fraktion mehrheitlich zugestimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun unter Punkt 3 b der Tagesordnung zur Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder, der/des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses

Wir wählen zunächst die Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses. Es ist vorgeschlagen, dass dem Untersuchungsausschuss zehn ordentliche und zehn stellvertretende Mitglieder angehören sollen. Ein gemeinsamer Wahlvorschlag aller Fraktionen liegt Ihnen vor (Anlage 1). Wenn sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich fest, dass das Haus die vorgeschlagenen Abgeordneten zu Mitgliedern bzw. zu stellvertretenden Mitgliedern gewählt hat. – Es ist so beschlossen.

Wir kommen zur Wahl des Vorsitzenden. Nach § 6 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes steht der CDU-Fraktion das Vorschlagsrecht für die Wahl des Vorsitzenden zu. Die CDU-Fraktion schlägt Herrn Abg. Winfried Scheuermann zur Wahl vor (Anlage 2). Wer Herrn Abg. Scheuermann zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Herr Abg. Scheuermann zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt.

Ich frage Sie, Herr Abg. Scheuermann: Nehmen Sie die Wahl an?

Abg. Winfried Scheuermann CDU: Ja.

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Danke.

Wir haben nun den stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses zu wählen. Das Vorschlagsrecht steht der SPD-Fraktion zu. Sie schlägt Herrn Abg. Reinhold Gall zur Wahl vor (Anlage 3). Wer Herrn Abg. Gall zum stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wählen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Eine Enthaltung. Damit ist Herr Abg. Gall einstimmig bei einer Enthaltung zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden.

Ich frage Sie, Herr Abg. Gall: Nehmen Sie die Wahl an?

Abg. Reinhold Gall SPD: Ja.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 5 aufrufe, gebe ich bekannt, dass wir Tagesordnungspunkt 6 ohne Aussprache behandeln werden und Tagesordnungspunkt 8 abgesetzt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Bitte ist, dass wir jetzt den Tagesordnungspunkt 5 konzentriert und mit voller Aufmerksamkeit bearbeiten.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Reform des öffentlichen Dienstrechts (Dienstrechtsreformgesetz – DRG) – Drucksache 14/6694

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 14/7054

Berichterstatter: Abg. Rainer Stickelberger

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Groh für die CDU-Fraktion das Wort.

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Manfred Groh CDU: Vielen Dank. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Dienstrechtsreform schaffen wir die Voraussetzungen für ein zukunftsfähiges und tragfähiges Dienstrecht für das 21. Jahrhundert. Wir haben, wie Ihnen bekannt ist, lange dafür gekämpft, in diesem Bereich die Gesetzgebungskompetenz zu erhalten. Dies ist uns nunmehr mit der Föderalismusreform I auch gelungen. Mit dem heute zur Entscheidung anstehenden Gesetzespaket schöpfen wir diese Gesetzgebungskompetenz aus. Wir zeigen mit der Dienstrechtsreform auch, dass wir die hohe Leistungskraft und das Expertenwissen der Beamtinnen und Beamten des Landes wertschätzen und weiterhin verlässliche Partner der Beamtenschaft sind und auch bleiben werden.

Nun ist es, wie bei jeder Novellierung bzw. Generalrevision, auch erforderlich, einen ausgewogenen, sachgerechten Kom-

promiss zwischen den modernen Erfordernissen, die den Interessen der Beamtinnen und Beamten entsprechen, sowie den Belangen des Landes zu erreichen. Dabei haben wir auch darauf geachtet, die Freiräume derer, denen die Dienstherreneigenschaft vor Ort zukommt, zu vergrößern, damit sie in ihren Bereichen individuelle Lösungen im Einvernehmen mit den Personalvertretungen finden können.

Meine Damen und Herren, im Laufbahnrecht haben wir insbesondere durch Stellenhebungen im mittleren und im gehobenen Dienst strukturelle Verbesserungen geschaffen, die auch in der Fläche ankommen werden. Der einfache Dienst wird durch die Dienstrechtsreform abgeschafft. Sicherlich sind damit nicht alle Wünsche der Beamtenschaft hinsichtlich der Dienstrechtsreform erfüllt. Man kann aber, so glaube ich, mit Fug und Recht sagen, dass die strukturellen Verbesserungen fast historische Dimensionen haben.

Insbesondere haben wir auch den familienpolitischen Belangen Rechnung getragen. So haben wir z. B. als Baustein zum "Kinderland" Baden-Württemberg statusrechtliche Freistellungszeiten wie z. B. die unterhälftige Teilzeit eingeführt. Damit ist es in Zukunft nicht mehr zwingend notwendig, mindestens die Hälfte der wöchentlichen Arbeitszeit von 41 Stunden abzuleisten. Vielmehr ist es jetzt möglich, dass Familien ihre Arbeitszeiten noch individueller an ihre Lebenssituation anpassen.

Die Fortführung der Altersteilzeit für schwerbehinderte Bedienstete stand für die CDU-Landtagsfraktion stets außer Frage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir, bei dieser Gelegenheit auch den kommunalen Bereich noch kurz zu erwähnen. Auch hier standen für uns Flexibilität und Modernität im Vordergrund. So haben wir beispielsweise Mehrarbeits- und Sitzungsvergütungen in die Verantwortung der Kommunen gestellt. Darüber hinaus werden wir uns in naher Zukunft mit einem eigenständigen Landeskommunalbesoldungsgesetz über weitere Verbesserungen bei den Landräten und Bürgermeistern beschäftigen.

Mit Mehrausgaben von rund 40 Millionen € im Jahr schaffen wir durch die Dienstrechtsreform strukturelle Verbesserungen bei der Beamtenbesoldung in allen Laufbahnen. Diese sind bereits im Nachtragshaushalt 2011 etatisiert, insbesondere für Stellenhebungen in den unteren Besoldungsgruppen, vor allem im Bereich der Steuerverwaltung und der Polizei.

Die Förderung der Gesundheitsprävention mit 6 Millionen € ist ebenfalls Teil der Dienstrechtsreform. Wie Sie wissen, lassen sich viele Krankheiten durch eine gesunde Lebensweise, regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen und körperliche Aktivität verhindern. Gesundheit und Prävention gerade bei berufsbedingten Krankheiten sind ein sehr wichtiger Aspekt. Die Gesundheitsprävention hat sich bei den Arbeitgebern in der Privatwirtschaft nachweislich bewährt. Das wird auch im öffentlichen Dienst so eintreten. Die Gesundheitsprävention ist als Teil der Fürsorgepflicht zu sehen, die das Land Baden-Württemberg als Dienstherr gegenüber seinen Bediensteten hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich auf einen zentralen Bestandteil der Dienstrechtsreform kommen, auf die Erhöhung der Lebensarbeitszeit von 65 Jahren auf 67 Jahre. (Manfred Groh)

Hiermit zeichnen wir zunächst die Änderungen für die Beamten des Bundes und die Ruheständler im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung nach, indem die Lebensarbeitszeit bis ins Jahr 2029 stufenweise von 65 Jahren auf 67 Jahre angehoben wird. Diese Maßnahme ist zwingend notwendig.

Da der Bund mittlerweile durch die geänderten Gesetzgebungskompetenzen keinen Versorgungsbericht mehr erstellt, hat das Land jüngst den ersten eigenen Versorgungsbericht vorgestellt. Dieser zeigt in überaus deutlicher Weise auf, wie die Zahl der Versorgungempfänger von derzeit 93 000 auf fast 160 000 ansteigen wird. Das stellt nahezu eine Verdopplung der Zahl der Versorgungsempfänger dar und wird auch mindestens zu einer Verdopplung der Versorgungsausgaben führen. Wir schätzen den Aufwand hierfür auf etwa 6 Milliarden €. Wir fangen dies zwar durch den Versorgungsfonds, den wir eingerichtet haben, und die Versorgungsrücklage teilweise auf; zwingend ist aber auch, die Versorgungsausgaben durch flankierende Maßnahmen wie die Erhöhung der Lebensarbeitszeit weiter zu begrenzen.

Für die CDU-Fraktion ergibt sich daraus auch finanzpolitisch die zwingende Notwendigkeit, Maßnahmen zur Eindämmung der Ausgaben und zu deren Finanzierbarkeit zu ergreifen. Gerade aus der Sicht von Baden-Württemberg scheint der Beitrag, den wir mit der Erhöhung der Lebensarbeitszeit abverlangen, ohne Alternative zu sein, und nur dieser Teil der Dienstrechtsreform führt zu einer strukturellen Entlastung der Staatsfinanzen. Alle anderen Maßnahmen, meine Damen und Herren, führen zu Mehrausgaben, sodass die Dienstrechtsreform im Jahresdurchschnitt gerade einmal zu Einsparungen in Höhe von rund 75 Millionen € netto führen wird.

Mit dem sogenannten Altersgeld schaffen wir im Hinblick auf einen Wechsel zwischen dem öffentlichen Dienst und der privaten Wirtschaft deutlich mehr Flexibilität als bisher. Wie Sie wissen, scheiterte mancher Wechsel in die Privatwirtschaft allein schon deshalb, weil bis dahin erdiente Versorgungsansprüche verloren gegangen sind und ein Ausgleich durch den neuen Arbeitgeber schlichtweg nicht finanzierbar war. Durch die Neuregelung eröffnen wir in vorbildlicher Weise, wie ich meine, die Durchlässigkeit zwischen öffentlichem Dienst und privater Wirtschaft.

Mit einem Änderungsantrag zur Dienstrechtsreform wollen wir erreichen, dass für Beamtinnen und Beamte die Möglichkeit geschaffen wird, eine ehrenamtliche Betreuung in unabweisbaren Einzelfällen ausnahmsweise auch während der Arbeitszeit – unter Belassung ihrer Bezüge – wahrzunehmen. Das Land Baden-Württemberg setzt hierdurch wirksame Impulse, um Beschäftigte für die Übernahme eines solchen Ehrenamts gewinnen zu können.

Ein wichtiger Punkt, über den wir heute noch zu reden haben, ist die Anrechenbarkeit von Hochschulausbildungszeiten, wovon besonders teilzeitbeschäftigte Lehrerinnen betroffen wären. Die Kürzung der Anrechenbarkeit von Hochschulausbildungszeiten und die damit verbundenen Einsparungen waren eine Bedingung für den Verzicht auf eine schnellere Umsetzung der Pension mit 67 Jahren.

Die Kürzung der Anrechenbarkeit von Hochschulausbildungszeiten auf zwei Jahre und vier Monate wird daher auch im Rahmen der Vergleichsberechnung für 1991 bereits vorhan-

dene Beamtinnen und Beamte beibehalten. Da eine Benachteiligung teilzeitbeschäftigter Frauen jedoch vermieden werden soll, wird im Gegenzug eine Deckelung eingeführt, welche die finanziellen Auswirkungen der Kürzung auf den Betrag beschränkt, den auch andere Beamtinnen und Beamte durch die Kürzung der Anrechenbarkeit von Hochschulausbildungszeiten von drei Jahren auf zwei Jahre und vier Monate hinzunehmen haben.

(Beifall des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU sowie der Abg. Heiderose Berroth und Hagen Kluck FDP/DVP)

Die Kürzung der Anrechenbarkeit von Hochschulausbildungszeiten von drei Jahren auf zwei Jahre und vier Monate verringert das Ruhegehalt z. B. von teilzeitbeschäftigten Beamtinnen in der Besoldungsgruppe A 13 − verheiratet, Endstufe, keine Amtszulage zugrunde gelegt − um 53,68 €. Die finanziellen Auswirkungen der Kürzung der Anrechenbarkeit von Hochschulausbildungszeiten von vier Jahren und sechs Monaten auf zwei Jahre und vier Monate werden im Rahmen einer Vergleichsberechnung für 1991 bereits vorhandene Beamtinnen in dem genannten Beispiel − wiederum A 13 − ebenfalls auf 53,68 € begrenzt.

Diese Deckelung, meine Damen und Herren, erfolgt rechtstechnisch durch die Gewährung einer Ausgleichszulage, die das Ruhegehalt gegebenenfalls entsprechend erhöhen wird. Durch diese Deckelung wird eine überproportionale Schlechterstellung teilzeitbeschäftigter Frauen, die im Rahmen der Ruhegehaltsberechnung von der teilweisen Anwendung des vor 1992 geltenden Rechts profitieren, vermieden. Mit anderen Worten: Damit haben wir sichergestellt, dass alle Bediensteten bei der Anrechnung von Hochschulausbildungszeiten nicht mehr als acht Monate verlieren.

Mehr Details können Sie den Tabellen zum Änderungsantrag Drucksache 14/7100-9 entnehmen. Ich denke, wir haben damit einen guten Ausgleich der beiderseitigen Interessen gefunden.

Mit dem Änderungsantrag Drucksache 14/7100-10 werden wir es ermöglichen, dass der gehobene Forstdienst laufbahnrechtlich als gehobener technischer Dienst eingeordnet wird. Damit werden wir die bestehenden Ungleichbehandlungen im Vergleich mit anderen gehobenen technischen Diensten aufheben. Mit dieser Regelung wird es künftig auch möglich sein, im Wettbewerb mit angrenzenden Bundesländern um die besten Absolventen zu bestehen.

Bei der Vielzahl der von mir nicht im Einzelnen angesprochenen Änderungen handelt es sich um redaktionelle Änderungen oder technische Anpassungen. Insofern erlaube ich mir, auf die Ihnen vorliegenden Einzelbegründungen im Speziellen zu verweisen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend bemerken: Die Dienstrechtsreform ist ein wegweisender Schritt für ein modernes Dienstrecht für das 21. Jahrhundert. Sie ist einerseits Anerkennung für die erfolgreichen Leistungen unserer Beamtenschaft, andererseits berücksichtigt die Dienstrechtsreform auch die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen für unseren Landeshaushalt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Dienstrechtsreform ist ein ausgewogenes Reformkonzept; das habe ich schon mehr(Manfred Groh)

fach erwähnt. Der einzige Vorwurf, den man erheben kann, ist, dass sie auch hätte früher kommen können.

Die CDU-Landtagsfraktion wird aus den genannten Gründen dem gesamten Gesetzespaket mit vollster Überzeugung zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stickelberger.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir verabschieden heute sicherlich das umfangreichste Gesetz in dieser Legislaturperiode. Es wurde viel Arbeit in den Gesetzentwurf gesteckt. Ich habe mich schon in der ersten Lesung bei allen Beteiligten bedankt. Dieser Dank gilt weiterhin.

Ich will jetzt nicht auf viele Einzelheiten eingehen, sondern im Wesentlichen auf die Komplexe, die uns veranlassen, dem Reformwerk nicht zuzustimmen, es sei denn, die Koalitionsfraktionen wären bereit, unseren Änderungsanträgen zu folgen. Das würde ich auch empfehlen, damit wir nach dem 27. März 2011 nicht gleich wieder in eine Änderung dieses umfangreichen Werks eintreten müssen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr guter Vorschlag! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Der 11. 11. kommt doch erst!)

Meine Damen und Herren, in Zeiten des raschen gesellschaftlichen Wandels kann sich auch die Entwicklung des Dienstrechts dieser Dynamik nicht entziehen. Die Ursprünge des Dienstrechts reichen ja zurück in die preußische Geschichte, in die Weimarer Republik, zu den Anfängen des Grundgesetzes, wenn man an die althergebrachten Grundsätze des Beamtentums denkt.

Gerade in Zeiten des Aufgabenwandels ... brauchen wir mehr denn je leistungsbereite, engagierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Dieser Aussage in der Rede des Herrn Innenministers in der ersten Lesung können wir nur zustimmen. Deswegen begrüßen wir auch die Öffnung des öffentlichen Dienstes, die Möglichkeit, von der Wirtschaft in den öffentlichen Dienst zu wechseln und umgekehrt. Wir wissen, dass der öffentliche Dienst im Wettbewerb um gute Köpfe, um gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steht. Der Markt ist knapp. Wir haben das, Herr Groh, bei anderer Gelegenheit schon häufig diskutiert. Umso wichtiger ist es, dass wir Anreize bieten, den öffentlichen Dienst attraktiv zu gestalten.

Da begrüßen wir durchaus die Beförderungsmöglichkeiten, die geschaffen werden sollen, die Stellenhebungen, aber auch die Trennung der Altersversorgungssysteme, also die Möglichkeit der Mitnahme von Altersversorgungsansprüchen.

Wir begrüßen auch die Änderung des Laufbahnrechts. Vor allem begrüßen wir, dass auch qualifizierte Bewerber von außerhalb, ohne die Ochsentour des öffentlichen Dienstes durch-

laufen zu müssen, in Beamtenstellungen, in verantwortliche Positionen des öffentlichen Dienstes gelangen können.

Allerdings glauben wir, dass dazu auch erforderlich ist, dass von den Zeiten, in denen gearbeitet wurde, die Zeiten, die dem Dienst, der hinterher verrichtet wird, förderlich sind, auch vollumfänglich angerechnet werden. Deshalb haben wir nochmals einen Antrag eingebracht, um darauf hinzuwirken, dass die außerhalb des öffentlichen Dienstes erworbenen Zeiten ebenfalls vollumfänglich auf die Pensionsansprüche angerechnet werden.

Meine Damen und Herren, Ansprüche an Leistungsbereitschaft und Motivation sowie Effizienz erfordern engagierte und motivierte Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung. Verwaltungshandeln wird immer komplizierter, die Vermittlung von Verwaltungsvorgängen wird immer schwieriger. Das wissen wir nicht erst seit einigen Wochen. Umso wichtiger ist es, dass Mitarbeiter ihre Entscheidungskompetenz und ihre Erfahrungen auch in die Prozesse einbringen können, die innerhalb der Verwaltung ablaufen.

Mündige Beamte sind gefordert; nur sie können die schwierigen Aufgaben bewältigen, die die Verwaltung, die Behörden des Landes, der ganze öffentliche Dienst zu erbringen haben. So, wie Verwaltungshandeln Partizipation und Kommunikation nach außen verlangt, so bedarf es auch der Kommunikation und Partizipation nach innen. Deshalb verstehen wir überhaupt nicht, wie Sie beim Landespersonalvertretungsrecht zu diesen massiven Einschränkungen der Mitarbeiterrechte kommen können. Das tragen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Das Landespersonalvertretungsrecht obliegt nunmehr landesrechtlichen Regelungen. Die Länder haben hierfür die Zuständigkeit und ein Gestaltungsrecht. Sie machen von diesem Gestaltungsrecht für unser Land in der Weise Gebrauch, dass Sie Mitwirkungsrechte der Bediensteten massiv abbauen. Das kann nicht sein, schon gar nicht in diesen Zeiten.

Sie führen ein Evokationsrecht ein, also eine letzte Entscheidungsmöglichkeit der Behörde, ohne Rücksicht auf all das, was zuvor gelaufen ist, und ohne Rücksicht darauf, dass es Dienstvereinbarungen gibt, die mühsam erarbeitet wurden und auf die sich beide Seiten verlassen können sollten. Sie reduzieren die Mitwirkungsmöglichkeiten der Personalräte, Sie senken das Niveau der Beteiligung. Ich glaube, das ist ein Schritt in die völlig falsche Richtung.

Wir appellieren an Sie, die Eigenverantwortung der Beamten zu stärken und sie mitwirken zu lassen, damit sie dadurch von ihrer Erfahrung, von ihrem Fleiß und von ihrem Einsatz profitieren können. Beteiligen Sie sie, und lassen Sie sie nicht als unmündige Befehlsempfänger ihre Arbeit verrichten.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Na, na, na!)

– Ja, Herr Kollege Kluck, Sie als Liberale hätten ja Gelegenheit, sich auf unsere Anträge einzulassen.

(Lachen des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Insbesondere wenn es um Maßnahmen der Arbeitsleistung und der Arbeitsabläufe geht, um Dienstvereinbarungen, ist der (Rainer Stickelberger)

Sachverstand der Mitarbeiter besonders gefragt. Deshalb sollten wir dem durch entsprechende Änderungen Rechnung tragen.

Wir haben einen umfassenden Antrag mit dem Inhalt eingebracht, die Mitwirkungsrechte des Personals, der Bediensteten weiter zu stärken und dem Abbau, den Sie vorsehen, entgegenzuwirken. Ich kann nur an Sie appellieren: Stimmen Sie unserem umfassenden Änderungsantrag zu.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Nach dem 27. März!)

Wir legen auch Wert darauf, dass die Hauptpersonalräte erhalten bleiben und dass auch der Landespersonalausschuss erhalten bleibt, und zwar für Koordinationsaufgaben und für ressortübergreifende Fragestellungen. Diese Instrumentarien haben sich bewährt und sollten mit neuer Aufgabenstellung auch weitergeführt werden.

Wir begrüßen die Maßnahmen zur Gesundheitsprävention, wenngleich natürlich das Startkapital von 6 Millionen € für den gesamten öffentlichen Dienst doch etwas wenig ist. Wir begrüßen auch familienfreundliche Regelungen, etwa die Regelung zur unterhälftigen Teilzeit oder den Anspruch auf Freistellung für die Betreuung kranker Kinder. Aber zur Familienfreundlichkeit gehört auch, die Benachteiligung von Frauen zu verhindern.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Herr Groh, Sie haben vorhin Ihren Antrag, der mathematisch sehr kompliziert ist, sehr umfassend erläutert. Das ist jetzt der zweite Antrag. Im Ausschuss hatten Sie keinen Antrag eingebracht; gestern gab es einen Antrag von Ihnen, und heute gibt es wieder einen neuen.

Dies zeigt schon eine gewisse Lernfähigkeit bei Ihnen. Aber gleichwohl bleiben wir bei unserer Bewertung der beabsichtigten Änderung, was die Anrechnung von Hochschulzeiten angeht. Es bleibt dabei: Die bisherige Übergangsregelung darf nicht verschlechtert werden. Denn das erfolgt vor allem zulasten von teilzeitbeschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und trifft letztlich – seien wir doch ehrlich – auch Frauen. Was Sie vorhaben, kompensiert nicht das, was an Einbußen zu befürchten ist.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Deshalb: Stimmen Sie auch insofern unserem Antrag zu, um diese Verschlechterung zu streichen.

Ein besonderes Anliegen waren uns im Rahmen der Dienstrechtsreform natürlich immer die Sonderaltersgrenzen für Polizei und Feuerwehr. Daran halten wir fest. Das ist für uns ein unverzichtbarer Bestandteil der Zustimmung zu den neuen beamtenrechtlichen Regelungen. Beim Polizeivollzugsdienst, beim Werkdienst bei den Justizvollzugsanstalten und beim Einsatzdienst der Feuerwehr muss es wie bisher bei 60 Jahren bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Damit nehme ich vor allem Bezug auf die enormen physischen und psychischen Belastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in diesem Dienst eingesetzt sind. Wir sollten auf ihre Gesundheit achten, und zwar nicht nur im Interesse der Bediensteten, sondern auch im Interesse der Sicherheit für die Bevölkerung insgesamt bei der Verrichtung des Dienstes, aber auch im Interesse der Solidarität der Bediensteten untereinander, die einen Anspruch darauf haben, mit gesunden und leistungsfähigen Kolleginnen und Kollegen zu tun zu haben.

Unverzichtbar – jetzt bin ich bei einem Kapitel, bei dem ich die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung überhaupt nicht verstehen kann – ist für uns die Gleichstellung

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jetzt kommt es!)

von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften mit der Ehe. Das bezieht sich auf den Familienzuschlag, die Hinterbliebenenpension, Reise- und Umzugskosten, Trennungsgeld und Sonderurlaub.

(Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

Ich will Ihnen noch einmal zeigen, wie andere Bundesländer hierbei verfahren. Bei der Hinterbliebenenpension erfolgt die Gleichstellung in 11 Bundesländern,

(Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

beim Familienzuschlag in Stufe 1 in 10 Bundesländern, bei der Beihilfe bereits in 13 Bundesländern, bei den Reise- und Umzugskostenvergütungen sowie beim Trennungsgeld in 13 Bundesländern und im Bund, beim Sonderurlaub im Bund und in 13 Bundesländern, beim Laufbahnrecht ebenfalls im Bund und zumindest in 12 Bundesländern.

Sie befinden sich jetzt auch mit der Bundesregierung in guter Gesellschaft. Bundesinnenminister de Maizière hat am 13. Oktober einen Gesetzentwurf ins Kabinett eingebracht, der genau diesem Gleichstellungsanliegen Rechnung trägt. Deswegen haben auch wir heute zusammen mit der Fraktion GRÜNE einen umfassenden Antrag mit dem Ziel dieser Gleichstellung – wie auch einige andere Anträge, die ich bereits erwähnt habe – eingebracht. Wir fordern Sie auf, zuzustimmen.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Es ist an der Zeit, dass Baden-Württemberg seine Schlusslichtposition in diesem Bereich endlich aufgibt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich hätte noch Verständnis dafür, wenn sich der Finanzminister aus grundsätzlichen Erwägungen heraus gegen alles sperrt, was mehr Geld kostet.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Der ist doch sonst liberal!)

Das wäre noch nachvollziehbar. Aber Sie lehnen diese Gleichstellung immer mit dem Hinweis auf den Schutz der Ehe und der Familie ab. Der Ehe wird mit dieser Gleichstellung nichts genommen, überhaupt nichts genommen, aber eine Gleichstellung trägt der notwendigen gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung. Es handelt sich um eine Anpassung an die ge-

(Rainer Stickelberger)

sellschaftliche Realität, die auch die CDU endlich zur Kenntnis nehmen sollte.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dass die FDP/DVP sie zur Kenntnis nimmt, haben wir durch das Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen bereits vernommen. Aber ziehen Sie daraus auch die Konsequenz.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber sie tut nichts! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Wie immer! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE zur FDP/DVP: Trauen Sie sich!)

Gehen Sie doch diesen Schritt. Das, was wir hier vorhaben und was wir mit unseren Anträgen vorschlagen, ist in höchstem Maß liberal, Herr Kollege Kluck. Das ist wahrer Liberalismus.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Davon verstehe ich mehr!)

Deshalb könnten zumindest Sie zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: Da ist man bei dieser FDP/DVP fehl am Platz!)

Meine Damen und Herren, ich habe es eingangs und vor allem in der ersten Lesung bereits gesagt: Diese Dienstrechtsreform enthält viele Elemente, die wir mittragen können. Das haben wir in den Diskussionen – wir bedanken uns für den Gedankenaustausch mit den beiden Ministerien – immer betont.

Die Vorschläge, die wir Ihnen heute zusammen mit der Fraktion GRÜNE auf den Tisch gelegt haben, sind, glaube ich, umsetzbar. Sie sind notwendig, um dem Anspruch an ein modernes Dienstrecht wirklich gerecht zu werden.

Deshalb: Stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu. Sie würden es uns ermöglichen, dem Dienstrechtsreformgesetz in seinen zahlreichen Bestimmungen insgesamt ebenfalls zuzustimmen. Wenn diese für uns sehr wichtigen und dringend gebotenen Änderungen nicht erfolgen, müssen wir das Reformwerk heute ablehnen. Ich kann Sie schon jetzt auf einen ganz großen Abstimmungsmarathon, der uns bevorsteht, vorbereiten.

Ich bedanke mich jedenfalls für Ihre Aufmerksamkeit, kann Ihnen allerdings nicht ersparen, dass wir zum Thema Gleichstellung eine namentliche Abstimmung beantragen. Das tue ich hiermit. Dabei können Sie Farbe bekennen, wie Sie sich dazu stellen. Das gilt insbesondere für die Fraktion der FDP/DVP.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜ-NE erteile ich Herrn Abg. Oelmayer das Wort.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE nimmt den umfänglichen Gesetzentwurf Drucksache 14/6694 mit zum Rednerpult. – Zurufe von der CDU, u. a.: Schwerer Gang!)

Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ein schwerer Gang. – Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe das 1 109 Seiten umfassende Gesetzeswerk ganz bewusst mit zum Rednerpult genommen, um Ihnen gleich zu dokumentieren – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ist es auch das richtige?)

– Es ist das richtige, Herr Rülke; dessen können Sie versichert sein.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das Telefonbuch von Ulm!)

Es ist aber auch das dickste Gesetzeswerk, das ich in der Zeit, in der ich dem Landtag angehöre – das sind jetzt nahezu 15 Jahre –, an das Rednerpult tragen durfte.

Gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Jeder privatrechtlich organisierte Arbeitgeber – das Land ist privatrechtlich und öffentlich-rechtlich mit Abstand der größte Arbeitgeber in Baden-Württemberg – hätte diese Debatte, diese Entscheidung an ganz anderer, exponierter Stelle und mit viel mehr Transparenz geführt, als wir dies im Landtag von Baden-Württemberg tun.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Mehr Transparenz als im Landtag?)

Die Anstellung von Personal zur Umsetzung der Aufgaben, die das Land wahrzunehmen hat, ist einer der Kernbereiche, wenn nicht gar der Kernbereich, der dem Land durch die Föderalismusreform zugestanden worden ist. Dies hätte es geradezu bedingt, dass wir dieser Auseinandersetzung, die der Kollege Stickelberger hier zum Teil schon eingeführt hat, einen viel breiteren Raum eingeräumt hätten. Es gehört mit zur Föderalismusreform, dass wir unsere Kompetenzen auch ausleben und diese nicht nur in dicke Gesetzeswerke gießen, sondern auch versuchen, die Menschen durch Transparenz partizipieren zu lassen, mitzunehmen und letztlich auch die Entscheidungen, die wir im Landtag treffen, plausibel und nachvollziehbar zu machen.

(Beifall bei den Grünen)

Auch hier hat der Kollege von der SPD zu Recht gesagt: Das Gesetzeswerk umfasst durchaus gute und richtige Ansätze. Die Entwicklung dieses Gesetzeswerks ist für all die Beschäftigten in den Ministerien, die damit befasst waren, sicher eine Herkulesaufgabe gewesen. Dafür gilt ihnen ein uneingeschränkter Dank. Das ist gar keine Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir von der Fraktion GRÜNE haben zur heutigen Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs – überwiegend zusammen mit der sozialdemokratischen Fraktion dieses Hauses – Änderungsanträge eingebracht. Wir sind der Meinung, meine Damen und Herren, dass in diesem Gesetzeswerk durchaus manche zielgerichtete Veränderung fehlt.

(Thomas Oelmayer)

Dazu zählt z. B. die Frage nach der wirkungsgleichen Übertragung der Pensionsbemessung auf die Lebensarbeitszeit. Darüber hätte man zumindest einmal intensiv diskutieren können. Die Wirkungsgleichheit beim Eintritt in das Rentenalter haben wir jetzt erreicht – mit viel Kraft und Engagement, insbesondere auch des Beamtenbunds, der sich in dieser Hinsicht so heftig engagiert hat, dass sich die Landesregierung gar nichts anderes mehr getraut hat, als die wirkungsgleiche Übertragung umzusetzen.

Wir halten die wirkungsgleiche Übertragung für richtig und haben sie deshalb von vornherein mitgetragen. Doch wenn man die Regelungen zum Lebensalter wirkungsgleich überträgt, kann man auch über die Frage diskutieren, ob man künftig – in der Zukunft! – für die Menschen, die im Landesdienst tätig sind, auch die Bemessungsgrundlage für die Altersversorgung wirkungsgleich überträgt. Diese Diskussion haben wir im Landtag nicht geführt. Sie können sicher sein, dass diese Diskussion jedoch spätestens nach dem 27. März 2011 auf den Landtag zukommen wird.

Ein weiterer Punkt, der aus unserer Sicht in einem anderen Umfang in das Gesetzeswerk hätte einfließen können, bezieht sich auf die Leistungsvergütung, die Leistungsbesoldung bzw. die Leistungsentlohnung. Ich räume durchaus ein, dass wir uns als Fraktion – und ich insbesondere – über einen langen Zeitraum hinweg mit der Frage beschäftigt haben, was die Bemessungsgrundlagen für eine Leistungsbesoldung bzw. für eine Leistungsvergütung sein könnten. Ich bedaure, dass am Schluss – das gilt für alle Bereiche – so gut wie nichts übrig geblieben ist hinsichtlich der Frage, welche Möglichkeiten es gibt, wenn jemand richtig arbeiten will und gut arbeitet. Ich bin selbst Arbeitgeber, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Hans Heinz CDU unterhält sich mit Abg. Albrecht Fischer CDU.)

– Herr Kollege Heinz, hören Sie an dieser Stelle bitte zu.

Ich bin selbst Arbeitgeber. Wenn jemand richtig gut und engagiert arbeitet, muss dies auch zusätzlich entlohnt werden. Ich habe den Eindruck, dass über eine Laufbahnreform und ähnliche Mechanismen, die wir in dem Gesetz ein Stück weit reformiert haben, nicht genug erreicht wird. Mehr Engagement muss auch mehr Belohnung finden.

(Zuruf des Abg. Peter Schneider CDU)

– Herr Kollege Schneider, dabei hätte ich mir mehr gewünscht als Zwischenrufe, die kontraproduktiv sind.

(Abg. Peter Schneider CDU: Wie viele Leute haben Sie denn?)

-20.

(Abg. Peter Schneider CDU: Na also! Dann kennen Sie doch jeden!)

– Das weiß ich. Darum sage ich es. Ich sage es nicht nur abstrakt, sondern ich sage es aus eigener Erfahrung.

Ein weiterer Punkt, der meines Erachtens noch hätte ergänzt oder erweitert werden können, bezieht sich auf die Durchlässigkeit. Dazu liefert der Gesetzentwurf richtig gute Ansätze, vor allem was den Wechsel von einer privatrechtlichen Tätigkeit zu einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst und auch umgekehrt angeht, insbesondere in Bezug auf die Mitnahme von Altersversorgungsansprüchen. Das halten wir für richtige Ansätze

Trotz allem sind noch immer Bestandteile im reinen Dienstrecht enthalten, bei denen es für einige Menschen nicht einfach sein wird, diesen Paradigmenwechsel vorzunehmen. Auch in diesem Zusammenhang hätten wir uns mehr gewünscht.

Wir haben uns gemeinsam mit der Fraktion der SPD die Mühe gemacht, bezogen auf die Bereiche, in denen in Ihrem Gesetzeswerk Änderungen dringend notwendig sind, einige Änderungsanträge vorzubereiten, damit wir, wenn Sie zustimmen, die große Linie mittragen können und diesem Gesetzeswerk doch zustimmen können. Einige hat Herr Kollege Stickelberger schon vorgetragen. Ich darf auf einige Stellen noch einmal eingehen.

Zu den Sonderaltersgrenzen: Was Sie mit diesem Gesetzeswerk beschließen, bedeutet für Feuerwehrleute, für Polizisten und für die Beamten im Strafvollzug, dass es keine Sonderaltersgrenze mehr gibt, sodass die Menschen, die starken psychischen Belastungen ausgesetzt sind, nicht mehr mit 60 Jahren in den Ruhestand gehen können.

Nach unserer Auffassung haben Sie damit die Chance vergeben, diese Sonderaufgaben umzugestalten, die die Menschen im Land tagtäglich wahrnehmen. Unser Änderungsantrag bietet Ihnen die Chance dazu. Allerdings gibt es eine kleine Differenz zu dem, was die Sozialdemokraten wollen. Wir wollen nämlich, dass Polizeibeamte dann die Möglichkeit zur früheren Pensionierung erhalten, wenn sie mindestens 20 Jahre im Schichtdienst tätig waren. Damit unterscheidet sich unsere Position von dem, was die SPD will. Wir treten für die Beibehaltung der bisherigen Sonderaltersgrenze von 60 Jahren ein. Weshalb Sie diese Altersgrenze anheben, haben Sie bisher weder im Ausschuss noch im Plenum begründet. Herr Minister, ich bin gespannt, welche Antwort Sie uns heute darauf geben.

Ein weiterer Punkt bezieht sich auf die Gesundheit. Auch ihn haben Sie in das Gesetzeswerk einfließen lassen; Kollege Stickelberger hat dazu schon Ausführungen gemacht. Man muss sich um die Menschen kümmern, damit sie länger gesund bleiben, damit sie ihre Arbeitsleistung länger erbringen können.

Wir haben uns gedacht, dass man hier mehr tun muss als das, was Sie bisher in das Gesetzeswerk haben einfließen lassen. Deswegen haben wir einen Änderungsantrag eingebracht. Diesem können Sie, Herr Kollege, gern ohne Not zustimmen. Es wäre auch einmal ein klasse parlamentarischer Brauch, wenn Sie sagen würden, einem Antrag der Opposition stimmten Sie zu und nähmen diesen mit.

(Lachen des Abg. Hans Heinz CDU)

Dies wäre eine klasse Botschaft nach draußen, Herr Kollege.

(Abg. Hans Heinz CDU: Dann müssten Sie bessere Anträge machen! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Am 27. März wird es beschlossen!)

Ein weiterer für uns wichtiger Punkt ist das Thema "Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften". Darüber haben wir

(Thomas Oelmayer)

heute Morgen lange diskutiert. Wir haben ausführlich darüber diskutiert, wer nach vorn und wer nach hinten gerichtete Politik in diesem Land macht. An dieser Stelle, meine Damen und Herren von der CDU, könnten Sie sich wirklich einmal einen Ruck geben, indem Sie hier z. B. Ihrem Fraktionspartner folgen würden. Dazu zitiere ich jetzt einfach. Herr Rülke hat auf seiner Internetseite Folgendes stehen:

Was die rechtlichen Bedingungen angeht, sind wir in Baden-Württemberg, auch auf Drängen der Liberalen, gerade dabei, unsere überfälligen "Hausaufgaben" zu machen: Wir werden uns nun dafür einsetzen, dass im Rahmen der Dienstrechtsreform

- diese verabschieden wir heute -

die entsprechenden Entscheidungen für die Gleichstellung der Beamtinnen und Beamten getroffen werden, und gehen davon aus, dass wir hierüber schließlich auch ein Einvernehmen mit dem Koalitionspartner werden herstellen können.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das können Sie heute machen. Und weil Sie es mit Ihrem Koalitionspartner nicht geschafft haben: Tun Sie es mit uns! Dann haben Sie eine nach vorn gerichtete Botschaft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dann können Sie authentisch zu dem stehen, was Sie selbst offensichtlich vertreten und was wir auch begrüßen. Das soll gar kein Vorwurf sein. Aber geben Sie sich an dieser Stelle doch einfach einen Ruck.

(Abg. Ursula Haußmann SPD zur FDP/DVP: Lügen, ohne rot zu werden!)

Ein letzter Punkt, den ich erwähnen möchte, ist das Thema Landespersonalvertretungsrecht. Dazu kann ich nur einen Satz sagen – Herr Kollege Stickelberger hat sehr umfassend versucht, das darzustellen –: In den Zeiten, in denen wir leben, in denen alles komplexer wird, in denen für die Menschen viel mehr Partizipation nötig ist, brauchen wir mehr und nicht weniger Mitbestimmung, Herr Minister.

(Abg. Peter Schneider CDU: Machen Sie das bei sich auch so?)

Auch dabei, Herr Kollege Schneider, würde Ihnen kein Zacken aus der Krone brechen, wenn Sie unserem Änderungsantrag hier zustimmen würden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zu guter Letzt, Herr Präsident, das Thema Fachlehrer: Auch hierzu haben wir einen Änderungsantrag eingebracht, weil es aus unserer Sicht nicht angehen kann, dass vorgebildete Lehrerinnen und Lehrer, die ihr technisches Verständnis in unsere Schulen einbringen, nach wie vor geringer besoldet werden als viele andere Lehrkräfte an unseren Schulen. Deswegen ist es nur plausibel, auch dazu einen Änderungsantrag ins Parlament einzubringen und, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesem dann zuzustimmen.

Wenn Sie diese doch plausiblen und nachvollziehbaren Änderungen und Ergänzungen – so sehe ich sie – dieses wirklich

sehr umfassenden Gesetzes mittragen können, können wir uns als Fraktion GRÜNE, wie der Kollege Stickelberger es für seine Fraktion dargetan hat, dafür entscheiden, dieses Gesetzeswerk mitzutragen.

Meine Damen und Herren, die Hoffnung stirbt zuletzt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kluck das Wort.

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese heute hier zur Schlussabstimmung stehende Reform ist ein Programm zur Modernisierung des öffentlichen Dienstrechts, ein Programm der Strukturveränderung und der Strukturverbesserung.

Diese Reform hat einen Schönheitsfehler: Es ist uns nicht gelungen, die CDU von der Notwendigkeit der Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften zu überzeugen.

(Lachen der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Unser Koalitionspartner will unbedingt eine noch ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abwarten.

(Abg. Hans Heinz CDU: So ist es!)

Diese wird in unserem Sinn ausfallen. Wenn sie vorliegt, werden wir das Dienstrechtsreformgesetz entsprechend ergänzen. Dieses zusätzliche Geschäft könnten wir uns sparen. Aber die Sozialdemokraten kennen das aus früheren gemeinsamen Regierungszeiten mit der CDU: In mancher Beziehung sind und bleiben Konservative eben rückwärtsgewandt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Na, na!)

Wir Liberalen lassen die Dienstrechtsreform an dieser Frage aber nicht scheitern.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ah ja!)

Die Fraktion der FDP/DVP nimmt die Landesbediensteten nicht für die starre Haltung des Koalitionspartners in Geiselhaft.

(Heiterkeit)

Dazu ist diese Reform zu wichtig.

Meine Damen und Herren, darin sind wir uns mit den Lesben und Schwulen in der Christlich Demokratischen Union einig.

(Abg. Hans Heinz CDU: Jawohl!)

Da gibt es eine ganz große bundesweite Vereinigung, nämlich die LSU. Die LSU schreibt über sich Folgendes:

(Abg. Walter Krögner SPD: Outen die sich? Wo sind die?)

Ehe und Familie sind die tragenden Säulen unserer Gesellschaft, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften

(Hagen Kluck)

sind eine Ergänzung als eigenständige, aber gleichwertige Säule daneben.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Sie sind somit Teil der Realität einer modernen Gesellschaft, in welcher individuelle Lebensentscheidungen akzeptiert werden.

So weit das Zitat der Lesben und Schwulen in der Union. Das unterschreibe ich.

Wir waren und sind auch jederzeit bereit – aber auch darauf wollte die CDU leider nicht eingehen –, den Begriff "Familie" neu zu definieren. Im Programm der FDP aus dem Jahr 2006 ist klar formuliert: "Familie ist für Liberale dort, wo Kinder sind." Wenn wir uns auf diese Definition einigen könnten, dann wäre diese ganze Debatte überflüssig.

(Zuruf des Abg. Albrecht Fischer CDU)

Meine Damen und Herren, wir werden, weil uns, wie gesagt, diese Reform zu wichtig ist, den Änderungsantrag von der SPD und den Grünen zu diesem Thema in der namentlichen Abstimmung ablehnen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Feigling!)

Ich kündige aber schon jetzt an, dass sich einige unserer Kolleginnen und Kollegen der Stimme enthalten werden.

(Abg. Walter Krögner SPD: Da sind wir sehr gespannt! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Na toll!)

Die Dienstrechtsreform verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, z. B. durch die Ermöglichung der unterhälftigen Teilzeit aus familienpolitischen Gründen. Meine Vorredner haben schon auf die verschiedenen Punkte der Reform hingewiesen. Dabei ist deutlich geworden: Das Dienstrecht wird insgesamt flexibler und moderner. Das Leistungsprinzip wird gestärkt. Die FDP/DVP begrüßt besonders auch die verbesserten Chancen eines Personalaustauschs zwischen der freien Wirtschaft und dem öffentlichen Dienst.

Mit der Trennung der Alterssicherungssysteme betreten wir Neuland. Wir nehmen damit eine Vorreiterrolle vor allen anderen Bundesländern in der Republik ein. Das ist gut und richtig.

Wir erhöhen die Regelaltersgrenze sehr maßvoll und verbinden dies gleichzeitig – darauf möchte ich noch einmal hinweisen – mit einer Offensive für freiwillige längere Arbeitszeit. Ich bitte alle Beamtinnen und Beamten, sich zu überlegen, ob sie bereit sind, freiwillig länger für den Staat einzustehen, weil wir dann eine Möglichkeit haben, das alles finanziell besser abzufedern.

Kollege Groh hat schon darauf hingewiesen, dass bei einer so großen Reform auch einmal etwas übersehen werden kann, z. B. das Problem der vorgezogenen Kürzung der Anrechenbarkeit von Zeiten der Hochschulausbildung. Viele von Ihnen haben diesbezüglich viele Zuschriften bekommen. Das ist in den Auswirkungen schlichtweg übersehen worden. Dem tragen wir heute Rechnung. Ich bitte Sie also, diesem Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zuzustimmen. Damit wird das Problem gelöst.

Herr Kollege Stickelberger, ich glaube, Sie können hier jetzt die Trommel nicht weiter rühren, wir würden damit vor allem Frauen benachteiligen. Das tun wir nicht. Denn wir lösen dieses Problem.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Aber nicht vollständig!)

Wir müssen jetzt einfach schauen, dass wir das auf die Reihe bekommen. Ich will das jetzt nicht im Einzelnen erläutern; das ist viel zu kompliziert, und das ist zum Teil auch schon geschehen. Auf alle Fälle deckeln wir dies so, dass Teilzeitbeschäftigte, die vor 1991 in den öffentlichen Dienst eintraten – diese Personen sind davon betroffen –, in den Auswirkungen nicht stärker belastet werden als Vollzeitbeschäftigte. Damit ist das Problem meiner Meinung nach gelöst.

Ein weiterer Änderungsantrag – auch das hat Kollege Groh schon gesagt – betrifft den Forstdienst. Hier wollen wir den Kommunen und dem Staat die Möglichkeit geben, die in den Forstdienst eintretenden Absolventen – –

(Der Redner hustet laut. – Heiterkeit – Abg. Reinhold Gall SPD: Alarm! Wasser!)

Ich trinke normalerweise kein Wasser.

(Zuruf: Das fällt euch schwer! – Der Redner trinkt das Wasserglas in einem Zug leer.)

- Der Not gehorchend, nicht aus eigenem Triebe.

(Heiterkeit)

Wir wollen den Kommunen und dem Staat die Möglichkeit geben, die in den Forstdienst eintretenden Absolventen als technische Beamte einzustellen. Mit dem Landkreistag ist vereinbart, dass er dann nicht an das Land herantritt und sich auf das Konnexitätsprinzip beruft. Vorwiegend werden davon die Landkreise betroffen sein.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einmal sagen: Wir werden uns Gedanken machen müssen, wie wir die Absolventen der Fachhochschulen – heute Hochschulen genannt – behandeln. Wenn der Bologna-Prozess abgeschlossen ist, können wir wahrscheinlich nicht mehr die jetzige grobe Einteilung – Uniabsolventen gleich höherer Dienst, Hochschulabsolventen gleich gehobener Dienst – beibehalten, sondern müssen uns etwas einfallen lassen, wie wir nach Eignung und Qualifikation unterscheiden. Das kann man auf die Schnelle nicht lösen, aber es muss einmal generell angepackt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Uns ist es wichtig, meine Damen und Herren, dass der öffentliche Dienst in Baden-Württemberg attraktiv bleibt. Nur dann bekommen wir die richtigen Leute für den Dienst an den Bürgerinnen und Bürgern. Deswegen erfolgen zahlreiche Verbesserungen. Dazu gehören auch viele Stellenhebungen im Bereich der Fachlehrer und der Technischen Lehrer.

Kollege Oelmayer, Sie haben noch weiter gehende Vorstellungen. Aber wir haben schon sehr viel gemacht. Ich glaube, damit haben wir erst einmal den Druck aus der Sache herausgenommen.

(Hagen Kluck)

Nicht leicht gemacht haben wir es uns bei der Erhöhung der Lebensarbeitszeit, auch im Bereich der Sonderaltersgrenzen. Vor allem bei der Feuerwehr, die nicht in demselben Maß rückwärtige Dienste hat wie beispielsweise die Polizei, kann es Probleme geben. Aber wir flankieren die Erhöhung durch die Beibehaltung der Altersgrenze von 60 Jahren bei Dienstunfähigkeit, durch zusätzliche Freistellungstage unter besonderen Bedingungen und durch die Beibehaltung von Sonderregelungen des alten Bundesbeamtenversorgungsrechts, beispielsweise Ausgleichszahlungen und eine vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes. Wir meinen, dass wir das damit einigermaßen kompensiert haben. Man muss jetzt einmal abwarten, welche Erfahrungen gemacht werden.

All das, was Sie, Kollege Oelmayer, mit Schichtdienst und Ähnlichem vorgeschlagen haben, würde kompliziert sein und viele neue Ungerechtigkeiten schaffen. Dann muss man nach Stichtagen gehen usw.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Der Vorschlag kommt wahrscheinlich aus Hessen!)

Sehr wichtig ist uns die höhere Eigenverantwortung der Dienstherren. Ganz besonders wichtig – das ist heute noch gar nicht erwähnt worden, obwohl das einer der zentralen Punkte dieser Reform ist – ist der Wegfall des einfachen Dienstes.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Es ist ganz wichtig, dass diese sehr schlecht bezahlten Tätigkeiten künftig so bezahlt werden wie beim mittleren Dienst. Das ist notwendig. Das verlangt auch der Respekt vor der Arbeit dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für alle Beamten verbessern sich dank des Strukturprogramms die Chancen, beruflich voranzukommen und in angemessener Zeit befördert zu werden.

Kollege Stickelberger, wir bleiben bei der Auffassung, dass mit dieser Reform auch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts von 1995 zum Personalvertretungsrecht umgesetzt werden muss. Wir haben das immer vor uns hergeschoben. Wir sind einfach verpflichtet, das, was uns das höchste Gericht aufgetragen hat, in die Tat umzusetzen. Nun konnten wir das nicht länger hinausschieben. Deswegen gibt es jetzt dieses Evokationsrecht, und entsprechend ist es dort geregelt. Wir von der FDP/DVP haben uns vergewissert. Wir haben immer wieder geprüft, ob in dieser Neuregelung mehr drinsteht, als in dem Urteil aus Karlsruhe gefordert wird. Dies ist nicht der Fall. Es wird lediglich 1:1 umgesetzt. In einem Rechtsstaat ist man dazu verpflichtet, das, was die Richterinnen und Richter einem auftragen, dann auch zu machen.

Dass es hierzu unterschiedliche Auffassungen zwischen der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen auf der einen Seite und den Berufsverbänden und Gewerkschaften auf der anderen Seite gibt, liegt ein Stück weit in der Natur der Sache und ist zugleich eine Ausnahme. Ich verwahre mich aber dagegen, wenn Sie sagen, dass diese Einschränkung der Möglichkeiten von Personalvertretung ein Misstrauen gegenüber den Bediensteten sei. Nein, das hat damit überhaupt nichts zu tun.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ha, ha, ha! Dann hättet ihr es ja so lassen können!)

Ich möchte noch einmal betonen: Wir haben in einer Vielzahl von Gesprächen in vielen Fällen Regelungen erarbeitet – deswegen hat das auch so lange gedauert –, die im Konsens mit den Betroffenen gefunden worden sind. Das wollen wir auch künftig so halten.

Bitte stimmen Sie diesem Gesetzeswerk zu.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Rech das Wort.

Innenminister Heribert Rech: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Als Angehöriger eines freien Berufs darf ich mit umso größerer Überzeugung sagen, was ich hier schon oft gesagt habe, nämlich: Es ist meine ehrliche, feste Überzeugung, dass wir in Baden-Württemberg eine wirklich leistungsfähige, eine verlässliche und eine moderne Verwaltung haben. Das ist eine der wesentlichen Stärken unseres Standorts Baden-Württemberg. Eine moderne Verwaltung verlangt aber natürlich auch ein modernes Dienstrecht. Deshalb haben wir die Chance, die sich uns geboten hat, auch genutzt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber die Leute dürfen doch nicht auf der Strecke bleiben! Was soll das denn?)

– Nein, nein. Sie bleiben nicht auf der Strecke, Frau Kollegin Haußmann.

Lassen Sie mich noch einmal die Ziele verdeutlichen. Ich will das jetzt nicht in epischer Breite machen; Kollege Oelmayer hat ja einen Abstimmungsmarathon angekündigt.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Der wird richtig lang werden!)

Wir haben über die einzelnen Dinge auch schon ausführlich diskutiert. Die Ziele sind, erstens die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu sichern und auszubauen, zweitens das Leistungsprinzip zu stärken, drittens die Durchlässigkeit zwischen öffentlichem Dienst und der Wirtschaft zu verbessern und viertens die Eigenverantwortlichkeit des Dienstherrn zu stärken. Das sind die Ziele, und diese Ziele erfüllt der vorliegende Gesetzentwurf in vollem Umfang. Er hat sowohl im Schulausschuss als auch im Finanzausschuss, als auch im Innenausschuss viel Lob erfahren, auch von Oppositionsseite – Herr Stickelberger hat dies dankenswerterweise noch einmal erwähnt –, zwar nicht in allen Punkten, aber immerhin in wesentlichen Teilen, und er stellt naturgemäß einen Kompromiss dar, aber einen sehr ausgewogenen.

Ich will nur auf drei Punkte eingehen, die hier schon genannt wurden. Ich will es noch einmal verdeutlichen.

Erster Punkt: Anhebung der Pensionsaltersgrenzen. Die Anhebung der Regelaltersgrenze um zwei Jahre ist unstrittig. Diesen Konsens sehe ich positiv. Dann kommen wir zu den Sonderaltersgrenzen bei Polizei, Feuerwehr und Justizvollzug. Der Vorschlag von der SPD und Grünen, völlig oder jedenfalls weitgehend auf eine Anhebung zu verzichten, wäre, denke ich, ungerecht, weil ein solches Vorgehen diese Beamtengruppen privilegieren würde – ich würde sogar sagen: noch einmal privilegieren würde.

(Minister Heribert Rech)

Auch nach den Diskussionen in den Ausschüssen ist die im Dienstrechtsreformgesetz gewählte Lösung eindeutig vorzuziehen. Zum einen erfolgt eine Gleichbehandlung der Beamtinnen und Beamten mit Sonderaltersgrenzen; nur so wird verhindert, dass ein Spaltpilz in die Beamtenschaft getrieben wird. Zum anderen federn wir die Anhebung der Pensionsaltersgrenze auf 62 Jahre durch ein umfangreiches Maßnahmenpaket ab. Ich möchte hier nur beispielhaft auf die Ausdehnung des Zusatzurlaubs für den Schicht- und Wechselschichtdienst um zwei Tage verweisen.

Ich will auch daran erinnern, dass wir immerhin 6 Millionen € für die Gesundheitsprävention ausgeben. Wir tun also auch etwas dafür, dass die Pensionsaltersgrenze gesund erreicht werden kann. Da hilft es in diesem Zusammenhang auch nicht weiter, wenn seitens der Opposition gefordert wird, die Gesundheitsprävention gesetzlich im Dienstrechtsreformgesetz zu verankern.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Warum denn? Das ist doch gut!)

Kollegin Haußmann, nein! Das brauchen wir nicht. Das würde die notwendige –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das muss aber angewandt werden!)

- Wir sind uns doch sonst immer einig, dass wir eine Flexibilität für die Dienstherren haben müssen, und diese Flexibilität des Dienstherrn und der Ressorts würde eingeschränkt.

Wir brauchen passgenaue Lösungen im Bereich der Gesundheitsprävention. Außerdem ist wichtig – gerade wenn wir ein so umfangreiches Gesetzeswerk auf den Weg bringen –, dass wir, wenn möglich, auch dem Gesichtspunkt der Deregulierung Rechnung tragen.

Jetzt zu weiteren Punkten, die angesprochen wurden. Bei der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes geht es um die rechtliche Umsetzung des Verfassungsgerichtsbeschlusses von 1995, nicht mehr und nicht weniger. Wir reden hier nicht über essenzielle Fragen der Mitbestimmung. Es geht vielmehr um die Frage, wie im Detail unserem Demokratiegebot entsprochen wird. Wir sind auch nach den Ausschussberatungen der Überzeugung, dass es richtig ist, das Personalvertretungsrecht möglichst nahe an den vom Bundesverfassungsgericht aufgezeigten Lösungswegen zu orientieren.

Deshalb überweisen wir die drei Gruppen von Beteiligungsangelegenheiten, die deutlich stärker den Amtsauftrag betreffen als die Binnenverhältnisse der Beschäftigten und die vom Verfassungsgericht ausdrücklich als solche identifiziert wurden, in die eingeschränkte Mitbestimmung. Ferner sehen wir das Evokationsrecht auch bei Dienstvereinbarungen als letzte Steuerungsmöglichkeit der Exekutive vor, um der parlamentarischen Verantwortung der Regierung Rechnung zu tragen.

Dafür gibt es zwei gute Gründe: Den rechtsstaatlichen Erfordernissen ist hundertprozentig und zweifelsfrei entsprochen. Die Regelungen des Landespersonalvertretungsgesetzes sind dann nicht angreifbar. Zum anderen bleibt festzustellen, dass die praktische Relevanz, meine Damen und Herren, doch nur

sehr eingeschränkt ist; sie ist eigentlich gering. Wie selten gelangen Streitfragen der Art, über die wir hier reden, überhaupt vor die Einigungsstellen, und wann ist hier vorstellbar, dass die Regierungsverantwortung so wesentlich berührt wird, dass das Evokationsrecht eingesetzt werden kann? Wir bewegen uns hier – lassen Sie mich das hier so offen sagen – eher im Bereich theoretischer Rechtsfragen, aber nicht im Tagesgeschäft der Personalräte.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Wenn das so ist, dann können Sie uns doch zustimmen!)

Deshalb sollte sich die Opposition umgekehrt am Ende von diesen doch eher marginalen Fragen nicht davon abhalten lassen, unserem Gesetz insgesamt zuzustimmen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Für uns ist das nicht marginal!)

Zu den eingetragenen Lebenspartnerschaften: Die Landesregierung ist dem Prüfauftrag aus der ersten Lesung nachgekommen. Wir haben die Rechtslage sowohl europarechtlich als auch verfassungsrechtlich umfassend begutachtet. Dieses Gutachten lag für die Ausschussberatungen vor und wurde diskutiert. Eine zwingende rechtliche Notwendigkeit der Gleichstellung gibt es nicht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Warum habt ihr es im Abgeordnetengesetz gemacht? – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Im Abgeordnetengesetz habt ihr es gemacht! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da ist der Bedarf größer!)

Es fehlt eine eindeutige, die offenen Rechtsfragen klärende höchstrichterliche Entscheidung – Kollege Kluck hat zutreffend darauf hingewiesen –, und deswegen können wir es heute dabei belassen.

Zum Versorgungsrecht: Zwei Änderungsanträge der Regierungsfraktionen liegen auf dem Tisch. Die Kürzung der Anrechenbarkeit von Hochschulausbildungszeiten und die damit verbundenen Einsparungen waren eine Bedingung für den Verzicht auf eine schnellere Umsetzung der Pension mit 67 Jahren. Das ist weitgehend aus dem Blick verloren worden. Der Änderungsantrag Drucksache 14/7100-9 stellt sicher, dass unvermeidliche finanzielle Einbußen im Zusammenhang mit der Versorgungswirksamkeit von Hochschulausbildungszeiten für alle Beamtinnen und Beamten derselben Besoldungsgruppe annähernd gleich hoch ausfallen.

Altfälle, das heißt Fälle, in denen das Beamtenverhältnis bereits 1991 bestanden hat, werden insoweit behandelt wie die ab 1992 berufenen Beamtinnen und Beamten. Ich glaube, Herr Kollege Kluck hat auch darauf hingewiesen; deswegen kann ich mir Weiteres ersparen. Eine Benachteiligung der teilzeitbeschäftigten Beamtinnen, die häufig in besonderem Maß von der Altfallregelung profitieren können, wird dadurch jedenfalls vermieden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ein weiterer Änderungsantrag hat eine Problematik der Bürgermeisterversorgung zum Gegenstand. Bürgermeister, die vor 1991 ins Amt gewählt worden sind und nach wie vor Bür-

(Minister Heribert Rech)

germeister sind, konnten nach dem bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Recht den Höchstversorgungssatz bereits mit 24 Amtsjahren erreichen. Für solche Altfälle soll aus Bestandsschutzgründen bei der Berechnung des Ruhegehalts weiterhin das bis 1991 geltende Recht Anwendung finden. Dieser Personenkreis erreicht damit den Höchstruhegehaltssatz weiterhin bereits nach 24 statt nach 28 Amtsjahren.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie um Unterstützung dieser Änderungsanträge bitten.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Wir werden ein Beamtenrecht bekommen, das uns für lange Zeit das Werkzeug in die Hand gibt, um auf Veränderungen flexibel und situationsgerecht reagieren zu können. Wir werden wesentlich mehr Freiräume schaffen, als man das bisher vom Beamtenrecht kennt. Ich bin der festen Überzeugung, dass das neue Dienstrecht uns fit macht, um die Hausforderungen der Zukunft bewältigen zu können. Das Gesetz verdient, glaube ich, Ihre Zustimmung, meine Damen und Herren.

Ich danke allen, die über diesen langen Zeitraum so intensiv daran mitgearbeitet haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 14/6694.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 14/7054. Dazu liegen mehrere Änderungsanträge vor, die ich an den entsprechenden Stellen zur Abstimmung stellen werde.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Jawohl!)

Der Gesetzentwurf ist mit insgesamt 63 Artikeln und 364 Seiten Gesetzestext – ohne Begründung – sehr umfangreich. Ich schlage Ihnen deshalb vor, das Abstimmungsverfahren zu straffen und, soweit mir keine Wünsche auf getrennte Abstimmung signalisiert werden, innerhalb von Artikel 1 – Landesbeamtengesetz –, Artikel 2 – Landesbesoldungsgesetz – und Artikel 3 – Landesbeamtenversorgungsgesetz – große Teile sowie mehrere danach folgende Artikel zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe auf

Artikel 1

Landesbeamtengesetz (LBG)

Der Innenausschuss empfiehlt Ihnen in Teil A Abschnitt I seiner Beschlussempfehlung verschiedene Änderungen des Landesbeamtengesetzes.

Zu Abschnitt I der Beschlussempfehlung – das Landesbeamtengesetz betreffend – liegen vier Änderungsanträge vor, die ich an den entsprechenden Stellen zur Abstimmung stellen werde.

Ich rufe zunächst auf

Erster Teil

Allgemeine Vorschriften

mit den §§ 1 bis 5,

Zweiter Teil

Beamtenverhältnis

mit den §§ 6 bis 13 einschließlich des Anhangs zu § 8 Abs. 1,

Dritter Teil

Laufbahnen

mit den §§ 14 bis 23 und

Vierter Teil

Versetzung, Abordnung und Umbildung von Körperschaften innerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes

mit den §§ 24 bis 30.

Nachdem zu diesen Teilen des Gesetzentwurfs in der Fassung der Beschlussempfehlung keine Änderungsanträge vorliegen, schlage ich vor, darüber insgesamt abzustimmen. – Sie sind damit einverstanden.

(Zurufe: Ja!)

Wer dem Ersten bis Vierten Teil in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist es einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Fünfter Teil

Beendigung des Beamtenverhältnisses

1. Abschnitt

Entlassung

mit den §§ 31 und 32,

2. Abschnitt

Verlust der Beamtenrechte

mit den §§ 33 bis 35 und

3. Abschnitt

Ruhestand, Verabschiedung, Dienstunfähigkeit

mit den §§ 36 bis 46.

Nachdem zum 1. und 2. Abschnitt keine Änderungsanträge vorliegen, stelle ich diese gemeinsam zur Abstimmung. Wer dem 1. und 2. Abschnitt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Zum 3. Abschnitt – Ruhestand, Verabschiedung, Dienstunfähigkeit – des Fünften Teils liegen zwei Änderungsanträge vor, die eine Änderung von § 36 und § 40 begehren. Dies sind der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-1, und der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/7100-2.

Wir kommen zunächst zu § 36 – Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze. Zu § 36 Abs. 3 liegen der Buchstabe a des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-1, und die Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/7100-2, vor.

Der Antrag der Fraktion GRÜNE ist weiter gehend, da durch ihn nicht nur die Altersangabe, die bei beiden Anträgen identisch ist, sondern auch der Gesetzestext geändert wird. Daher lasse ich zunächst über den Buchstaben a des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-1, abstimmen. Wer diesem Buchstaben a zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Buchstabe a dieses Änderungsantrags abgelehnt

Ich lasse nun über die Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/7100-2, abstimmen. Wer Ziffer 1 dieses Änderungsantrags zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 1 dieses Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben jetzt noch über die Buchstaben b bis e des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-1, abzustimmen, die Änderungen bei Absatz 4 und den folgenden Absätzen begehren.

Wer den Buchstaben b bis e dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE abgelehnt.

Wir kommen nun zu § 40 – Versetzung in den Ruhestand auf Antrag. Hierzu stelle ich zu Absatz 2 die Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/7100-2, mit der eine Neufassung von Satz 4 begehrt wird, zur Abstimmung.

Wer der Ziffer 2 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der SPD abgelehnt.

Ich stelle nun den 3. Abschnitt des Fünften Teils, also die §§ 36 bis 46, in der Fassung der Beschlussempfehlung zur Abstimmung. Wer dem 3. Abschnitt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Abschnitt mehrheitlich so beschlossen

Wir kommen nun in der Abstimmung über den Gesetzentwurf zu

Sechster Teil

Rechtliche Stellung im Beamtenverhältnis

1. Abschnitt

Allgemeine Pflichten und Rechte

mit den §§ 47 bis 59,

2. Abschnitt

Nebentätigkeit, Tätigkeit nach Beendigung des Beamtenverhältnisses

mit den §§ 60 bis 66,

3. Abschnitt

Arbeitszeit und Urlaub

mit den §§ 67 bis 74,

4. Abschnitt

Fürsorge und Schutz

mit den §§ 75 bis 82 und

5. Abschnitt

Personalaktendaten

mit den §§ 83 bis 88.

Zum 1. und 2. Abschnitt liegen keine Änderungsanträge vor. Deshalb stelle ich diese Abschnitte in der Fassung des Gesetzentwurfs gemeinsam zur Abstimmung. Wer diesen beiden Abschnitten in der Fassung des Gesetzentwurfs zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem 1. und 2. Abschnitt mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse nun über den 3. Abschnitt in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer diesem Abschnitt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Diesem Abschnitt ist mehrheitlich zugestimmt.

Zum 4. Abschnitt – Fürsorge und Schutz – liegen zwei Änderungsanträge vor, die die Einfügung eines neuen § 77 a mit der Überschrift "Gesundheitsprävention" und Änderungen bei § 78 – Beihilfe – begehren. Es handelt sich dabei um den Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-3, und um Abschnitt I des Änderungsantrags der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-4.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-3, abstimmen. Dieser Antrag begehrt in Ziffer 1 die Einfügung eines neuen § 77 a. In Ziffer 2 wird eine Ergänzung von § 78 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 beantragt. Sie sind damit einverstanden, dass ich diesen Änderungsantrag insgesamt zur Abstimmung stelle.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-3, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle nun Abschnitt I des Änderungsantrags der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-4, der eine Einfügung in § 78 Abs. 2 Satz 4 begehrt, zur Abstimmung. Vorhin wurde hierzu der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gern!)

Dieser Antrag wird von der erforderlichen Anzahl von Abgeordneten unterstützt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer Abschnitt I des Änderungsantrags Drucksache 14/7100-4 ablehnen möchte, der antworte mit Nein. Wer diesem Abschnitt zustimmt, der antworte mit Ja, und wer sich enthalten möchte, antworte mit "Enthaltung".

Ich bitte die Kollegin Kurtz, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben R.

(Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, sind noch Abgeordnete im Saal, die noch nicht abgestimmt haben, die aber abstimmen möchten? – Nein. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte um das Auszählen der Stimmen.

(Auszählen der Stimmen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf das Abstimmungsergebnis bekannt geben:

An der Abstimmung haben sich 119 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 46 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 69 Abgeordnete gestimmt, enthalten haben sich vier Abgeordnete.

Damit ist Abschnitt I des Änderungsantrags der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-4, abgelehnt.

(Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: So ein Mist!)

*

Mit J a haben gestimmt:

SPD: Christoph Bayer, Dr. Tobias Brenner, Fritz Buschle, Wolfgang Drexler, Sabine Fohler, Reinhold Gall, Rosa Grünstein, Hans-Martin Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Walter Heiler, Peter Hofelich, Gunter Kaufmann, Thomas Knapp, Walter Krögner, Dr. Frank Mentrup, Georg Nelius, Dr. Rainer Prewo, Martin Rivoir, Ingo Rust, Nikolaos Sakellariou, Dr. Nils Schmid, Claus Schmiedel, Wolfgang Stehmer, Rainer Stickelberger, Johannes Stober, Wolfgang Wehowsky, Alfred Winkler, Marianne Wonnay, Norbert Zeller.

GRÜNE: Theresia Bauer, Winfried Kretschmann, Siegfried Lehmann, Brigitte Lösch, Bärbl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Ilka Neuenhaus, Thomas Oelmayer, Reinhold Pix, Renate Rastätter, Hans-Ulrich Sckerl, Edith Sitzmann, Dr. Gisela Splett, Franz Untersteller, Jürgen Walter.

Mit Nein haben gestimmt:

CDU: Norbert Beck, Ernst Behringer, Dr. Dietrich Birk, Thomas Blenke, Thomas Bopp, Elke Brunnemer, Jörg Döpper, Albrecht Fischer, Man-

fred Groh, Friedlinde Gurr-Hirsch, Peter Hauk, Hans Heinz, Dieter Hillebrand, Bernd Hitzler, Andreas Hoffmann, Manfred Hollenbach, Karl-Wolfgang Jägel, Karl Klein, Wilfried Klenk, Rudolf Köberle, Andrea Krueger, Jochen Karl Kübler, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Paul Locherer, Dr. Reinhard Löffler, Ulrich Lusche, Winfried Mack, Stefan Mappus, Ulrich Müller, Paul Nemeth, Veronika Netzhammer, Günther-Martin Pauli, Werner Pfisterer, Werner Raab, Helmut Rau, Nicole Razavi, Heribert Rech, Klaus Dieter Reichardt, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Helmut Walter Rüeck, Bernhard Schätzle, Volker Schebesta, Winfried Scheuermann, Peter Schneider, Dr. Klaus Schüle, Katrin Schütz, Marcel Schwehr, Willi Stächele, Gerhard Stratthaus, Peter Straub, Stefan Teufel, Karl Traub, Dr. Ilse Unold, Christa Vossschulte, Georg Wacker, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

FDP/DVP: Dietmar Bachmann, Dr. Friedrich Bullinger, Friedhelm Ernst, Dr. Ulrich Goll, Dieter Kleinmann, Hagen Kluck, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Hans-Peter Wetzel.

Der Stimme enthalten haben sich:

FDP/DVP: Dr. Birgit Arnold, Heiderose Berroth, Dieter Ehret, Dr. Ulrich Noll.

*

Es gibt noch einen Abgeordneten, der zu dieser Abstimmung eine Erklärung abgeben möchte. – Bitte, Herr Abg. Kluck.

(Oh-Rufe von der SPD)

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu meinem Abstimmungsverhalten muss ich Folgendes erklären:

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Lieber nicht!)

Ich habe den Antrag von SPD und Grünen abgelehnt, obwohl ich mit seiner inhaltlichen Zielsetzung übereinstimme. Da ich die Dienstrechtsreform mit ihren zahlreichen Verbesserungen für Beamtinnen und Beamte nicht gefährden wollte,

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

habe ich in diesem Punkt gegen meine Überzeugung gestimmt.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich habe Sie völlig falsch eingeschätzt, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich lasse nun über den 4. Abschnitt – Fürsorge und Schutz – des Sechsten Teils, die §§ 75 bis 82, in der Fassung des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer diesem Abschnitt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem 4. Abschnitt mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zum 5. Abschnitt – Personalaktendaten – des Sechsten Teils, die §§ 83 bis 88, in der Fassung des Gesetzentwurfs. Dazu gibt es keine Änderungsanträge. Wer diesem Abschnitt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Abschnitt mehrheitlich zugestimmt.

Weitere Änderungsanträge zum Landesbeamtengesetz liegen nicht vor. Deshalb schlage ich vor, den Siebten Teil mit den §§ 89 und 90 und den Achten Teil mit den §§ 91 und 92 gemeinsam zur Abstimmung zu stellen. –

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Ja!)

Sie sind damit einverstanden.

Siebter Teil

Beteiligung der Gewerkschaften und Berufsverbände sowie der kommunalen Landesverbände

Achter Teil

Besondere Beamtengruppen

Wer dem Siebten und dem Achten Teil in der Fassung des Gesetzentwurfs zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Siebten und dem Achten Teil mehrheitlich zugestimmt worden.

Damit ist die Abstimmung über Artikel 1 – Landesbeamtengesetz – abgeschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Landesbesoldungsgesetz Baden-Württemberg (LBesGBW)

Zu Artikel 2 liegen drei Änderungsanträge vor, die ich an den entsprechenden Stellen zur Abstimmung stellen werde.

Ich rufe auf

1. Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

mit den §§ 1 bis 19.

Zu § 1 liegt Abschnitt II des Änderungsantrags der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-4, vor, der die Einfügung eines neuen Absatzes 6 begehrt. Wer Abschnitt II dieses Änderungsantrags zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt II dieses Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den 1. Abschnitt des Landesbesoldungsgesetzes in der Fassung des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer diesem Abschnitt zustimmen möchte, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem 1. Abschnitt mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

2. Abschnitt

Grundgehälter, Leistungsbezüge an Hochschulen

mit den §§ 20 bis 39. Dieser Abschnitt ist in vier Unterabschnitte gegliedert.

Zum

1. Unterabschnitt

Allgemeine Grundsätze

mit den §§ 20 bis 27 liegen keine Änderungsanträge vor. Wer dem 1. Unterabschnitt des 2. Abschnitts in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem 1. Unterabschnitt mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den

2. Unterabschnitt

Vorschriften für Beamte der Landesbesoldungsordnungen A und B

mit den §§ 28 bis 34.

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-6, vor, der zu den Änderungen der Beschlussempfehlung des Innenausschusses weitere Änderungen in der Landesbesoldungsordnung A begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem 2. Unterabschnitt in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem 2. Unterabschnitt mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den

3. Unterabschnitt

Vorschriften über Richter und Staatsanwälte

mit den §§ 35 und 36.

Hierzu liegen keine Änderungsanträge vor. Wer diesem 3. Unterabschnitt in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem 3. Unterabschnitt ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den

4. Unterabschnitt

Vorschriften für Hochschullehrer sowie hauptberufliche Leiter und Mitglieder von Leitungsgremien an Hochschulen

mit den §§ 37 bis 39.

Wer dem 4. Unterabschnitt in der Fassung des Gesetzentwurfs zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem 4. Unterabschnitt mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zum

3. Abschnitt

Familienzuschlag

mit den §§ 40 bis 42.

Dazu liegen ebenfalls keine Änderungsanträge vor. Wer dem 3. Abschnitt in der Fassung des Gesetzentwurfs zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem 3. Abschnitt mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über den

4. Abschnitt

Zulagen, Vergütungen, Zuschläge

mit den §§ 43 bis 77. Dieser 4. Abschnitt gliedert sich in fünf Unterabschnitte.

Zum

1. Unterabschnitt

Amtszulagen und Strukturzulage

mit den §§ 43 bis 46, zum

2. Unterabschnitt

Stellenzulagen

mit den §§ 47 bis 57 und zum

3. Unterabschnitt

Andere Zulagen

mit den §§ 58 bis 64 liegen keine Änderungsanträge vor. Ich schlage vor, wir fassen die Abstimmung zusammen. Wer den ersten drei Unterabschnitten des 4. Abschnitts in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Teil einstimmig zugestimmt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den

4. Unterabschnitt

Vergütungen

mit den §§ 65 bis 68.

Zu diesem Abschnitt liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/7100-5, vor. Abschnitt I Ziffer 1 dieses Änderungsantrags begehrt bei § 65 – Mehrarbeitsvergütung – die Anfügung eines neuen Absatzes 7. Abschnitt I Ziffer 2 begehrt eine Neufassung von § 66 – Sitzungsvergütung. Sie sind damit einverstanden, dass wir über Abschnitt I des Änderungsantrags Drucksache 14/7100-5 insgesamt abstimmen. Wer Abschnitt I dieses Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt I dieses Änderungsantrags einstimmig zugestimmt.

Wer dem 4. Unterabschnitt mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den

5. Unterabschnitt

Zuschläge und sonstige Besoldungsbestandteile mit den §§ 69 bis 77.

Wer dem 5. Unterabschnitt in der Fassung des Gesetzentwurfs zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den

5. Abschnitt

Auslandsbesoldung

mit § 78, den

6. Abschnitt

Anwärterbezüge

mit den §§ 79 bis 84, den

7. Abschnitt

Vermögenswirksame Leistungen

mit den §§ 85 und 86 und den

8. Abschnitt

Sonstige Vorschriften

mit den §§ 87 bis 95.

Hierzu liegen keine Änderungsanträge vor. Wir werden diese Abschnitte gemeinsam zur Abstimmung stellen. Wer dem 5. bis 8. Abschnitt in der Fassung des Gesetzentwurfs zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem 5. bis 8. Abschnitt mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über den

9. Abschnitt

Übergangs- und Schlussvorschriften

mit den §§ 96 bis 106.

Hierzu liegen keine Änderungsanträge vor. Wer diesem 9. Abschnitt in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem 9. Abschnitt mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist die Abstimmung über Artikel 2 – Landesbesoldungsgesetz – abgeschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 3

Landesbeamtenversorgungsgesetz Baden-Württemberg (LBeamtVGBW)

Erster Teil

Allgemeiner Teil

mit den §§ 1 bis 16.

Zu § 1 liegt Abschnitt III des Änderungsantrags der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-4, vor, der eine Neufassung von Absatz 4 begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben.

– Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Ersten Teil, die §§ 1 bis 16, in der Fassung des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer dem Ersten Teil zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Ersten Teil mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Zweiter Teil

Versorgung

mit den §§ 17 bis 83, der in die folgenden elf Abschnitte untergliedert ist:

1. Abschnitt

Allgemeine versorgungsrechtliche Vorschriften mit § 17,

2. Abschnitt

Ruhegehalt, Unterhaltsbeitrag

mit den §§ 18 bis 29,

3. Abschnitt

Hinterbliebenenversorgung

mit den §§ 30 bis 42,

4. Abschnitt

Bezüge bei Verschollenheit

mit § 43,

5. Abschnitt

Unfallfürsorge

mit den §§ 44 bis 63,

6. Abschnitt

Übergangsgeld, Zuschläge

mit den §§ 64 bis 67,

7. Abschnitt

Anrechnungs- und Ruhensvorschriften

mit den §§ 68 bis 71,

8. Abschnitt

Erneute Berufung in das Beamtenverhältnis

mit § 72,

9. Abschnitt

Besondere Beamtengruppen

mit den §§ 73 bis 76,

10. Abschnitt

Versorgungsauskunft

mit § 77 sowie

11. Abschnitt

Versorgungslastenteilung bei landesinternen Dienstherrnwechseln

mit den §§ 78 bis 83.

Zu § 27 liegt die Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-7, vor, die die Anfügung einer neuen Nummer 4 in Absatz 3 begehrt. Wer der Ziffer 1 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 1 dieses Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Zweiten Teil – Versorgung – mit den §§ 17 bis 83 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses abstimmen. Wer dem Zweiten Teil zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Zweite Teil mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Dritter Teil

Trennung der Alterssicherungssysteme

mit den §§ 84 bis 98, der sich in folgende sechs Abschnitte untergliedert:

1. Abschnitt

Allgemeine Vorschriften zum Alters- und Hinterbliebenengeld

mit den §§ 84 bis 86,

2. Abschnitt

Altersgeld

mit den §§ 87 bis 90,

3. Abschnitt

Hinterbliebenengeld

mit § 91,

4. Abschnitt

Mischbiografien

(Heiterkeit)

mit den §§ 92 und 93,

5. Abschnitt

Zuschläge

mit den §§ 94 und 95 sowie

6. Abschnitt

Sonstiges

mit den §§ 96 bis 98.

Nachdem es hierzu keine Änderungsanträge gibt, schlage ich vor, den Dritten Teil insgesamt zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden.

Wer also dem Dritten Teil – Trennung der Alterssicherungssysteme – mit den §§ 84 bis 98 in der Fassung des Gesetzentwurfs zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Vielen Dank für die einstimmige Annahme auch des 4. Abschnitts – Mischbiografien

(Abg. Walter Heiler SPD: Da kann man ja nicht dagegen sein!)

Ich rufe auf

Vierter Teil

Übergangsvorschriften

mit den §§ 99 bis 113, der in die folgenden vier Abschnitte untergliedert ist:

1. Abschnitt

Allgemeine Übergangsvorschriften

mit den §§ 99 bis 107,

2. Abschnitt

Übergangsvorschriften über Ruhensregelungen für vorhandene Beamte oder Versorgungsempfänger

mit § 108,

3. Abschnitt

Übergangsvorschriften für besondere Beamtengruppen

mit § 109 und

4. Abschnitt

Übergangsvorschriften zur Versorgungslastenteilung

mit den §§ 110 bis 113.

Zu § 101 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/7100-9, vor, mit dem neue Absätze 4 bis 7 angefügt werden sollen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/7100-9, mehrheitlich angenommen.

Zu § 102 Abs. 5 liegen zwei Änderungsanträge zur Berücksichtigung von Dienstzeiten vor.

Ich lasse zunächst über Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-7, abstimmen, die eine Streichung in Satz 2 begehrt. Wer Ziffer 2 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 2 dieses Änderungsantrags der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/7100-11, der die Anfügung von neuen Sätzen 3 und 4 begehrt, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Änderungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zu Ziffer 3 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-7, die § 106 betrifft. Wer Ziffer 3 dieses Änderungsantrags zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 3 dieses Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Vierten Teil – Übergangsvorschriften – mit den §§ 99 bis 113 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses unter Einbeziehung der Änderungsanträge Drucksachen 14/7100-9 und 14/7100-11 abstimmen. Wer dem Vierten Teil mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Vierten Teil mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist die Abstimmung über Artikel 3 – Landesbeamtenversorgungsgesetz – abgeschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Ernennungsgesetzes

und

Artikel 5

Änderung des Landesdisziplinargesetzes

Nachdem hierzu keine Änderungsanträge vorliegen, schlage ich vor, die Artikel 4 und 5 gemeinsam zur Abstimmung zu stellen. Wer diesen Artikeln 4 und 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Artikeln 4 und 5 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 6

Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes

Zu Artikel 6 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-8, vor, der insgesamt sieben Ziffern enthält. Ich schlage vor, den Änderungsantrag insgesamt zur Abstimmung zu stellen. –

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ja!)

Sie stimmen diesem Vorschlag zu.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-8, mit den Ziffern 1 bis 7 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Artikel 6 in der Fassung des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer diesem Artikel zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 6 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe nun auf

Artikel 7

Änderung der Landeshaushaltsordnung

Wer Artikel 7 in der Fassung des Gesetzentwurfs zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 7 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen jetzt zu

Artikel 8

Änderung des Landesreisekostengesetzes

Hierzu liegt Abschnitt IV des Änderungsantrags der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-4, vor, der die Einfügung der Worte "oder Lebenspartners" in § 6 Abs. 1 Satz 2 begehrt. Wer Abschnitt IV dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt IV des Änderungsantrags Drucksache 14/7100-4 mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Artikel 8 in der Fassung des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer Artikel 8 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 8 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu

Artikel 9

Änderung des Landesumzugskostengesetzes

Hierzu liegt Abschnitt V des Änderungsantrags der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-4, vor. Ich stelle Abschnitt V des Änderungsantrags der beiden Fraktionen zur Abstimmung. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Abschnitt V des Änderungsantrags Drucksache 14/7100-4 ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Artikel 9 in der Fassung des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer Artikel 9 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 9 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Zu

Artikel 10 bis Artikel 24

liegen keine Änderungsanträge vor. Auch der Innenausschuss regt für diese Artikel außer den seit der Einbringung des Gesetzentwurfs notwendig gewordenen Ergänzungen von Fundstellen in den Einleitungssätzen bei den Artikeln 12 und 17 keine Änderungen an. Daher schlage ich vor, dass wir die Abstimmung über die Artikel 10 bis 24 zusammenfassen. – Sie sind damit einverstanden. Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wer den Artikeln 10 bis 24 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Artikeln 10 bis 24 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu

Artikel 25

Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg

und

Artikel 26

Änderung des Privatschulgesetzes

Nachdem auch hierzu keine Änderungsanträge vorliegen, schlage ich vor, beide Artikel in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses gemeinsam zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden.

Wer Artikel 25 und Artikel 26 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Artikeln 25 und 26 mehrheitlich zugestimmt

Wir kommen zu

Artikel 27

Änderung des Gesetzes über das Landesinstitut für Schulentwicklung

Artikel 28

Änderung des Medienzentrengesetzes

und

Artikel 29

Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen

Nachdem es auch hierzu keine Änderungsanträge gibt, schlage ich vor, die Artikel 27 bis 29 gemeinsam zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind einverstanden.

Wer den Artikeln 27 bis 29 in der Fassung des Gesetzentwurfs zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind diese Artikel mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen zu

Artikel 30

Änderung des Landeshochschulgesetzes

und

Artikel 31

Änderung des DH-Errichtungsgesetzes

Nachdem hierzu keine Änderungsanträge vorliegen, rege ich an, die Artikel 30 und 31 gemeinsam zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden.

Wer den Artikeln 30 und 31 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Artikeln 30 und 31 mehrheitlich zugestimmt

Wir kommen nun zu

Artikel 32

Änderung des KIT-Gesetzes

Artikel 33

Änderung des Akademiengesetzes

und

Artikel 34

Änderung des Universitätsklinika-Gesetzes

Dazu gibt es keine Änderungsanträge. Ich schlage vor, dass wir diese Artikel zusammen zur Abstimmung stellen. – Sie sind damit einverstanden.

Wer den Artikeln 32 bis 34 des Gesetzentwurfs zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Artikeln 32 bis 34 einstimmig zugestimmt.

Zu

Artikel 35 bis Artikel 42

liegen keine Änderungsanträge vor. Auch der Innenausschuss regt für diese Artikel außer den seit der Einbringung des Gesetzentwurfs mittlerweile notwendig gewordenen Ergänzungen von Fundstellen in den Einleitungssätzen bei den Artikeln 35 und 38 keine Änderungen an. Daher schlage ich vor, die Abstimmung über die Artikel 35 bis 42 zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden. Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wer den Artikeln 35 bis 42 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen Artikeln mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 42 a (neu)

Änderung des Gesundheitsdienstgesetzes

wie in Teil A Abschnitt XII der Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 14/7054, empfohlen. Wer diesem neuen Artikel 42 a zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 42 a mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 43

Änderung der Landesnebentätigkeitsverordnung

Wer Artikel 43 in der Fassung des Gesetzentwurfs zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit wurde Artikel 43 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 44

Änderung der Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung

Wer diesem Artikel in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 44 mit Mehrheit beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 45

Änderung der Beurteilungsverordnung

und

Artikel 46

Änderung der Beamtenrechtszuständigkeitsverordnung

Wer diesen beiden Artikeln in der Fassung des Gesetzentwurfs zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Artikeln 45 und 46 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 47

Änderung der Beihilfeverordnung

Hierzu liegt Abschnitt VI des Änderungsantrags der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-4, vor, der in § 1 die Einfügung eines neuen Absatzes 1 a begehrt. Wer Abschnitt VI des Änderungsantrags Drucksache 14/7100-4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt VI dieses Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Artikel 47 in der Fassung des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 47 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 48

Änderung der Jubiläumsgabenverordnung

Artikel 49

Änderung der Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge und des Sachschadenersatzes

und

Artikel 50

Änderung der Grundamtsbezeichnungs-Verordnung

Nachdem zu diesen Artikeln keine Änderungsanträge vorliegen, schlage ich vor, die Artikel 48 bis 50 gemeinsam zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden.

Wer dem zustimmt, dass die Artikel 48 bis 50 in der Fassung des Gesetzentwurfs beschlossen werden, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Artikeln 48 bis 50 einstimmig zugestimmt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich rufe auf

Artikel 51

Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten des Landesamtes für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses. Wer Artikel 51 so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 51 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 52

Änderung der Landestrennungsgeldverordnung

Hierzu liegt Abschnitt VII des Änderungsantrags der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-4, vor. Wer Abschnitt VII dieses Änderungsantrags zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt VII dieses Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Artikel 52 in der Fassung des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer diesem Artikel zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit wurde dem Artikel 52 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 53

Änderung der Leistungsbezügeverordnung

und

Artikel 54

Änderung der Lehrkräftezulagenverordnung

Wer diesen beiden Artikeln in der Fassung des Gesetzentwurfs zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Artikeln 53 und 54 mit Mehrheit zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 55

Änderung der Stellenobergrenzenverordnung

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses. Wer diesem Artikel zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig wurde diesem Artikel zugestimmt.

Zu

Artikel 56 bis Artikel 60

liegen keine Änderungsanträge vor. Auch der Innenausschuss regt für diese Artikel außer der seit der Einbringung des Gesetzentwurfs mittlerweile notwendig gewordenen Ergänzung der Fundstelle im Einleitungssatz bei Artikel 58 keine Änderungen an. Daher schlage ich vor, über die Artikel 56 bis 60 gemeinsam abstimmen zu lassen. – Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wer den Artikeln 56 bis 60 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Diese Artikel sind mehrheitlich so beschlossen.

Ich stelle nun Abschnitt I des Änderungsantrags der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/7100-10, mit dem ein neuer Artikel 60 a – Änderung der Landeslaufbahnverordnung – eingefügt werden soll, zur Abstimmung. Wer Abschnitt I dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Abschnitt I des Änderungsantrags Drucksache 14/7100-10 wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 61

Neubekanntmachung

sowie

Artikel 62

Übergangsbestimmungen

Nachdem hierzu keine Änderungsanträge vorliegen, stelle ich beide Artikel gemeinsam zur Abstimmung. – Sie sind damit einverstanden.

Wer diesen beiden Artikeln in der Fassung des Gesetzentwurfs zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Den Artikeln 61 und 62 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zum letzten Artikel des Gesetzentwurfs. Ich rufe auf

Artikel 63

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Hierzu liegen drei Änderungsanträge vor.

Ich rufe zunächst Abschnitt II des Änderungsantrags der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/7100-10, auf. Dieser Abschnitt begehrt im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des neuen Artikels 60 a die Neufassung von Absatz 1 Satz 1 und die Einfügung eines neuen Absatzes 4. Wer Abschnitt II dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer

enthält sich? – Abschnitt II des Änderungsantrags Drucksache 14/7100-10 ist einstimmig zugestimmt.

Ich lasse nun über Abschnitt II des Änderungsantrags der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/7100-5, der die Einfügung einer neuen Nummer 20 begehrt, abstimmen. Wer diesem Abschnitt zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

Ich lasse nun über Abschnitt VIII des Änderungsantrags der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7100-4, abstimmen. Wer diesem Abschnitt zustimmen möchte, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt VIII des Änderungsantrags Drucksache 14/7100-4 abgelehnt.

Ich stelle nun Artikel 63 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses mit den soeben beschlossenen Änderungen zur Abstimmung. Wer diesem Artikel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 63 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe nun die Inhaltsübersicht auf und weise auf Teil A Abschnitt XVIII der Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 14/7054, sowie auf Abschnitt III des Änderungsantrags der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/7100-10, hin, mit denen die Inhaltsübersicht aufgrund der beschlossenen Änderungen angepasst werden soll. – Sie stimmen beidem zu.

Die Einleitung

lautet: "Der Landtag hat am 27. Oktober 2010 das folgende Gesetz beschlossen:".

Die Überschrift

lautet: "Gesetz zur Reform des öffentlichen Dienstrechts (Dienstrechtsreformgesetz – DRG)". – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP zu SPD und Grünen: Gegen die Bediensteten des Landes!)

Wer enthält sich? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über die Teile B und C der Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 14/7054, abzustimmen. – Sie stimmen den Teilen B und C zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt. Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/ DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo, Herr Präsident! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Gut gemacht, Herr Präsident!) Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag – Drucksache 14/6802

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/7084

Berichterstatter: Abg. Andreas Stoch

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, auf eine Aussprache zu verzichten.

Wir kommen damit in der Zweiten Beratung zur Abstim-mung über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/6802.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 14/7084. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Gesetz zum Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten, Bekanntmachungen

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 2 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: "Der Landtag hat am 27. Oktober 2010 das folgende Gesetz beschlossen:".

Die Überschrift

lautet: "Gesetz zum Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag". – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, der möge sich erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Gesetz mehrheitlich beschlossen.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 14/7084, abzustimmen. – Sie stimmen diesem Abschnitt zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Es geht aber ruck, zuck heute! – Abg. Walter Heiler SPD: Die Ereignisse überschlagen sich!)

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

- a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

 Abschlussbericht der unabhängigen Expertenkommission zur Untersuchung der Dopingpraktiken am Universitätsklinikum Freiburg – Drucksache 14/4470
- b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Entwicklungsstand der Dopingbekämpfung in Baden-Württemberg – Konsequenzen aus dem Bericht der Expertenkommission zur Untersuchung der Dopingpraktiken am sportmedizinischen Institut des Universitätsklinikums Freiburg im Breisgau – Drucksache 14/6331 (geänderte Fassung)

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b je fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Krögner das Wort.

Abg. Walter Krögner SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! "Fleisch ist ein Stück Lebenskraft",

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

so hieß es vor vielen Jahren in der Werbung. Dieser Werbespruch gewinnt eine traurige Realität; das wird klar, wenn man in den letzten Wochen die Medienberichte verfolgt hat. Der Tour-de-France-Gewinner Alberto Contador wurde auf ein in der Kälbermast verwendetes Mittel positiv getestet. Es ist unklar, ob er verseuchtes oder kontaminiertes Fleisch gegessen hat. Das eigentlich Skandalöse an diesem Vorfall ist allerdings, dass es laut Medienberichten offenbar eine Absprache zwischen dem Weltradverband UCI und dem Fahrer gibt, diesen Vorfall zu vertuschen.

Doping ist kein Kavaliersdelikt. Doping ist Körperverletzung. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass auch all das lückenlos aufgeklärt wird, was sich in Freiburg zugetragen hat.

Der Antidopingkampf lässt in Baden-Württemberg allerdings noch immer zu wünschen übrig. Wir haben mit der Stellungnahme zu unserem Antrag Drucksache 14/4470 vom Mai 2009 erneut ein Exempel hierfür erhalten. Beim Fleisch heißt es: Gut abgehangen ist besser. Hier muss man allerdings sagen: Gut abgelagert macht den Vorgang und auch die Ergebnisse nicht immer besser. Der Abschlussbericht ist ernüchternd. Selbst die Expertenkommission spricht davon, dass im Abschlussbericht noch eine Menge offene Fragen existieren. Zudem ist der Bericht stark auf die beiden Mediziner Heinrich und Schmid eingegrenzt.

Der Bericht der Gutachterkommission zur Evaluierung der Freiburger Sportmedizin steht allerdings noch aus. Es gibt Gerüchte, dass diese Kommission die Unterlagen der Expertenkommission nicht einsehen darf.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Meine Damen und Herren, der Kalte Krieg ist vorbei. Sie alle erinnern sich noch an die Wettkämpfe der Systeme um die meisten Medaillen bei internationalen sportlichen Wettkämpfen. Diese Zeiten sollten der Vergangenheit angehören. Ein ganz engagierter Kämpfer gegen das Doping, Herr Werner Franke, hat einige Praktiken der DDR ans Licht gebracht. Er hat bei uns in Westdeutschland – namentlich am Universitätsklinikum Freiburg – ebenfalls einiges ans Licht gebracht. Wir hoffen, dass er auch noch einiges Weitere ans Licht bringen wird.

Ein trauriger Beweis für die nach wie vor nicht zufriedenstellenden Zustände ist, dass die Antidopingerklärung zwar von den neu einsteigenden Medizinern und Mitarbeitern an der Universitätsklinik erbracht wird, aber die nachträgliche Unterzeichnung der Antidopingerklärung noch immer nicht von allen Angestellten der Sportmedizin umgesetzt worden ist.

Meine Damen und Herren, Herr Minister, auch die Tendenzen zur Privatisierung an den Universitätskliniken tragen nicht unbedingt dazu bei, dass hier Klarheit entsteht. Die Kopflosigkeit namentlich des Universitätsklinikums Freiburg hält nun schon monatelang an. Es wäre dringend angesagt, Gerüchte endlich aufzulösen, beispielsweise dass angeblich darüber beraten wird, jemanden aus dem Münstertal neu in die Führung des Universitätsklinikums zu berufen.

Machen Sie endlich Ernst mit der Neubesetzung der Leitung des Universitätsklinikums Freiburg. Beenden Sie die Führungslosigkeit. Ich sage dies auch als Freiburger Abgeordneter: Für Freiburg sind die Führungslosigkeit und vor allem auch das Schleifenlassen – nicht nur im Bereich des Dopings, sondern auch in vielen anderen Bereichen – unerträglich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Ein weiterer Punkt, den wir im Zuge der weiteren Ermittlungen auch gern ausgeräumt hätten, ist, ob die Spitzen von Sportverbänden tatsächlich unabhängig agiert haben und inwieweit diese in die ganze Dopingproblematik involviert sein könnten. Denn weder in diesem Haus noch in der Öffentlichkeit glaubt irgendjemand, es handle sich hier ausschließlich um Verfehlungen der Mediziner Heinrich und Schmid, die über viele Jahre hinweg die Infrastruktur der Universitätsklinik genutzt haben. Kein Mensch glaubt, dies könne nur diesen beiden Medizinern angelastet werden. Es geht hier um eine strukturelle Aufarbeitung des Themas Doping. Wie gesagt: Doping ist kein Kavaliersdelikt. Doping ist Körperverletzung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler für die Fraktion der CDU.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat: Der Radsport steht in keinem guten Ruf. Viele namhafte Radsportler, aber auch Toursieger, stehen im Verdacht, unerlaubte Mittel zu sich genommen zu haben. Clenbuterol, ein Kälbermastmittel, scheint ganz oben auf der Hitliste zu stehen.

Während der Tour de France wurden bei allen Fahrern Dopingtests durchgeführt. Befunde wurden aber nicht realisiert.

(Dr. Reinhard Löffler)

Ich glaube, das Verhalten der UCI muss weiter aufgeklärt werden

Mir ist wichtig, dass alle Sportler, aber insbesondere Sportler aus Deutschland ihre Erfolge mit ehrlichen Mitteln erzielen. Alles andere ist Betrug an den Mitbewerbern und Betrug an uns Zuschauern. Wir alle wollen echte sportliche Leistungen bewundern dürfen und uns nicht die Frage stellen müssen, ob das, was wir sehen, noch eine echte sportliche Leistung ist.

Aus diesem Grund freue ich mich, dass Baden-Württemberg unsportliche Praktiken am Universitätsklinikum Freiburg nicht auf sich beruhen lässt, sondern umfangreich aufarbeitet. Es ist wichtig, unlauteren Machenschaften frühzeitig strukturell und konsequent den Boden zu entziehen. Denn nur durch solches Handeln kann der Sport seine Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Durch präventive Maßnahmen können Kinder und Jugendliche frühzeitig vor den schädlichen Risiken und den Nebenwirkungen von Doping, die sie womöglich ein Leben lang zeichnen, geschützt werden.

Wir im Land leisten einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen Doping. Dabei muss für uns ein Hauptaugenmerk auf der Prävention liegen.

Von der Expertenkommission wurden inzwischen Schwachstellen in den Verwaltungs- und Funktionsabläufen am sportmedizinischen Institut des Universitätsklinikums Freiburg erkannt. Der Abschlussbericht wurde im Mai 2009 vorgelegt und der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Land hat sofort reagiert und die Schwachstellen behoben. Wenn der Schlussbericht der Evaluierungskommission vorliegt, wissen wir genau, ob weiterer Bedarf zum Nachsteuern besteht. Dann werden wir konsequent reagieren und die Weichen richtig stellen.

Nachdem der Abschlussbericht der unabhängigen Expertenkommission vorlag, wurden in der Abteilung Sportmedizin der Universität Freiburg verschiedene Maßnahmen zur Dopingprävention durchgeführt. So sind alle ärztlichen und nicht ärztlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verpflichtet worden, eine Antidopingerklärung zu unterzeichnen. Damit soll bewusstes und verantwortliches Handeln im Institut nachhaltig verankert und gefördert werden.

Das Prinzip der Offenheit ist ein wichtiges Element im Kampf gegen dunkle Machenschaften. Deshalb bleiben die Räume, in denen die Patienten untersucht werden, stets unverschlossen. Auch die Raumbelegung ist für alle Mitarbeiter offenkundig. Eine Kultur des Hinschauens ist ein wirksames Antidopingmittel.

Künftig ist der ärztliche Bereitschaftsdienst bei Sportwettkämpfen keine Nebentätigkeit mehr, sondern eine ordentliche Dienstaufgabe des Instituts. Das Gleiche gilt für die Betreuung der Athleten in Trainingslagern. Ebenso gilt das Prinzip der Transparenz für sämtliche Mitarbeiter und ihr Verhalten. Die Bestellung von Medikamenten und Nahrungsergänzungsmitteln muss stets nachvollziehbar dokumentiert werden. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf verschreibungspflichtige Medikamente gelegt. Es gilt die Vorschrift, dass diese ausschließlich in der Abteilungsapotheke aufbewahrt werden dürfen

Eine grundlegende Neuerung in der Qualifizierung der Sportmediziner ist, dass Aspekte der Dopingbekämpfung zu einem wesentlichen Bestandteil von Ausbildung und Lehre werden. Die Teilnahme an den jährlichen Fortbildungsveranstaltungen zu den neuesten Dopingregularien ist künftig für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sportinstituts verpflichtend und wird dokumentiert.

Die umfangreiche Beantwortung der mit dem Antrag gestellten Fragen durch die Landesregierung macht mir Hoffnung, dass so der Dopingsumpf nachhaltig trockengelegt werden kann und dass unsere Sportinstitute nicht mehr zu Dopingzwecken missbraucht werden können, sondern unseren Sportlern zu fairen Erfolgen bei nationalen und internationalen Wettkämpfen verhelfen.

Mit einer präventiven Dopingbekämpfung legen wir frühzeitig die Grundlagen für einen ehrlichen und sportlichen Wettkampf. Deshalb wenden wir uns mit verschiedenen präventiven Aktivitäten an die Nachwuchssportler in unserem Land, vorrangig an die jungen Athleten an den Olympiastützpunkten und in führenden Fußballvereinen, die unsere Eliteschulen des Sports besuchen. Dort werden sie – neben dem Sport – auch auf das Leben in Beruf und Gesellschaft vorbereitet. Dabei darf für mich neben dem Sport die Werteerziehung nicht zu kurz kommen. Gerade junge Sportler brauchen Werte, an denen sie ihr Handeln ausrichten können.

Das Land hat nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Vorgänge am Freiburger Sportinstitut reagiert und ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Dopingbekämpfung geschnürt. Das Land und der Landessportverband treten gemeinsam aktiv gegen Doping ein. Dies entfaltet bereits eine heilsame Wirkung. Über 60 % der vom Land geförderten Vereine setzen sich aktiv mit dem Thema Doping auseinander und haben bis Mai 2009 schon entsprechende Antidopingregelungen in ihre Satzungen aufgenommen. Die übrigen Vereine werden diesem Beispiel folgen.

Bislang haben 80 % der Verbände – so ist der Stand heute – bereits einen Antidopingbeauftragten benannt. Wir wollen, dass dies in allen Verbänden Standard wird. Der Landessportverband hat einen speziellen Referentenpool für Antidopingmaßnahmen eingerichtet, auf den die einzelnen Sportverbände bedarfsgerecht zugreifen können.

An den fünf Eliteschulen des Sports wurden von der NADA Informationsveranstaltungen zum Schwerpunktthema Dopingprävention durchgeführt. Das Land fördert die NADA dabei mit bislang rund 150 000 € und war auch an der Entwicklung der von der NADA aufgelegten Broschüre "Highfive" beteiligt.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Ende. Sie haben Ihre Redezeit weit überschritten.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Es hat sich aber doch hoffentlich gelohnt.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf von der SPD: Für wen?)

Ich glaube, das, was wir tun, ist der richtige und zielführende Weg. Ich bin zuversichtlich, dass wir einen richtigen Schritt (Dr. Reinhard Löffler)

in die richtige Richtung machen und uns über ehrlichen Sport "Made in Baden-Württemberg" freuen können.

Frau Präsidentin, danke für die Nachsicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stelly. Präsidentin Christa Vossschulte: Ich erteile Frau Abg. Neuenhaus das Wort.

Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem Antrag wollten wir ein Jahr nach der Vorlage des Abschlussberichts der Expertenkommission zur Aufklärung der Dopingvorwürfe gegenüber den Ärzten der Abteilung Sportmedizin des Universitätsklinikums Freiburg eine Bestandsaufnahme über den Stand der Dopingbekämpfung in Baden-Württemberg erhoben haben. Die Landesregierung hatte damals strukturelle Maßnahmen, u. a. auch im Bereich der Förderung des Leistungssports, angekündigt.

Die Kultusministerin wies in der Plenarsitzung am 10. März 2010 darauf hin, dass im Dopingbereich seitens der Landesregierung endlich Flagge gezeigt werde. 2007, also vor fast drei Jahren, als die systematische Dopingbekämpfung am Uniklinikum Freiburg aktuell wurde, haben Herr Oettinger, Herr Rau, Herr Frankenberg unisono gesagt – ich zitiere –:

Wer durch Doping zum Erfolg kommt, untergräbt die Glaubwürdigkeit seiner Leistung und damit das wichtigste Kapital des Sports. Wir wollen in Baden-Württemberg deshalb den Kampf gegen Doping weiter verstärken. ... Dazu gehört aber auch, die Bewilligung von Geldern in der Leistungssportförderung noch strikter als bisher an die Dopingbekämpfung zu koppeln.

Meine Damen und Herren, konkrete Maßnahmen sind bislang nicht bekannt. Da herrscht seitens der Landesregierung wohl eher Flaute, als dass ein starker Wind weht.

In der Stellungnahme zu unserem Antrag weisen Sie darauf hin, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in sportnahen Bereichen eine Antidopingerklärung als festen Bestandteil ihres Arbeitsvertrags unterschreiben müssen. Meines Erachtens ist das ein ganz integraler Bestandteil des Arbeitsvertrags und im Rahmen der Obliegenheitspflichten selbstverständlich.

Die für 2010 und darüber hinaus in Aussicht gestellten weiteren präventiven Maßnahmen sind sicherlich ehrenwerte Ansätze, lassen aber aus unserer Sicht nicht wirklich einen starken Willen zur aktiven Dopingbekämpfung erkennen. Strukturelle Maßnahmen wie die von uns Grünen seit Jahren geforderten Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Dopingbekämpfung werden von Ihnen ohne plausible Argumente einfach abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Im Gegenteil, das Wissenschaftsministerium antwortete erst Mitte 2009 auf unseren damaligen Antrag wie auch auf die vorherigen Anträge lapidar, dass die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft nicht erforderlich sei. Zur Begründung wurde angeführt, dass in den vergangenen Jahren nur in

geringer Zahl Anzeigen gegen Dopingvergehen eingegangen seien, sodass sich eine separate Staatsanwaltschaft gar nicht lohnen würde.

Dies steht im Widerspruch zu dem, was wir in der Öffentlichkeit zum Thema Doping lesen. Wir gehen davon aus, dass genau dann, in diesen Situationen – bei organisierter Kriminalität –, Experten in der Lage wären, Dopingvergehen aufzuklären

Im Moment geht es um die Evaluierungskommission. Für uns bietet sich durch diese mit externen, unabhängigen und international angesehenen Experten besetzte Kommission eine Riesenchance, für eine glaubwürdige und schonungslose Aufklärung zu sorgen. Hier darf absolut nicht der fade Beigeschmack entstehen, als sei diese Kommission eine Alibiveranstaltung im Stil von "Wer nichts weiß, gründet einen Arbeitskreis". Hier ist alle Unterstützung gefordert. Hier ist auch alle Unterstützung seitens der Landesregierung gefordert. Wir fordern die Landesregierung auf, voll hinter dieser Kommission zu stehen und das gemeinsame Ziel der schonungslosen Aufklärung zu verfolgen.

Einige Fragen sind noch offen, die seitens der Landesregierung nicht umfassend oder nicht konkret beantwortet wurden. Folgende Fragen würden wir also gern noch von der Landesregierung beantwortet haben: Welcher zeitliche Rahmen ist dieser Gutachterkommission überhaupt gegeben? Welche Ressourcen personeller Art über die Experten hinaus, die jetzt zur Verfügung stehen, können noch verfügbar gemacht werden? Aber wir fragen auch, wie die Kommission in finanzieller Hinsicht ausgestattet ist und ob die Mittel für die Arbeit, die dort zu erledigen ist, ausreichen.

Ist zudem ein absolut uneingeschränkter Zugang zu den relevanten Unterlagen und zu den Informationen gewährleistet? Können schriftliche Quellen verwertet werden, können Zeugenaussagen verwertet werden, und können neue Zeugen vernommen werden?

Zeugen brauchen Schutzraum, wenn sie sich zu so schwierigen Themen äußern. Werden Zeugenmeldesysteme zur Verfügung gestellt – die ja einen nicht unerheblichen finanziellen Aufwand bedeuten? Es müssen die nötigen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass die Kommission Zeugen vernehmen und auch den entsprechenden Schutzrahmen zur Verfügung stellen kann.

In der Stellungnahme zu unserem Antrag geht die Landesregierung darauf ein und sagt, dass dies alles im Rahmen der rechtlichen und gesetzlichen Vorgaben stattfinden kann. Die Landesregierung gibt uns jedoch keine Auskunft darüber, welche gesetzlichen Vorgaben notwendig sind und ob etwaig bestehende juristische Lücken geschlossen werden können. Das ist für uns ein wichtiger Punkt, der noch geklärt werden muss. Wir gehen davon aus, dass die Evaluierungskommission nur dann arbeiten kann, wenn sie die volle Unterstützung der Landesregierung hat.

Die Landesregierung hat die Chance, sich hier so zu präsentieren, dass sie ihre eigene Glaubwürdigkeit zurückerlangt, indem sie alles dafür tut, dass die Dopingskandale aufgeklärt werden. Darüber hinaus könnte sie zeigen, dass die Strukturen an den Universitätskliniken so gestaltet sind, dass Auf-

(Ilka Neuenhaus)

sicht und Transparenz gewährleistet sind. Ich denke, genau hier, an diesem Fall, kann die Landesregierung zeigen – wir erwarten dies auch –, dass sie ihre Verantwortung wahrnimmt, um diese ganzen Hintergründe im Sinne des Sports aufklären zu können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Wem darf ich das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erteilen? – Herr Abg. Bachmann.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der heutigen Debatte geht es um den tragischen Todesfall eines Radsportlers vor vielen Jahren, um die Pflichtvergessenheit sehr weniger Mediziner und um Doping.

(Abg. Walter Krögner SPD: Aha!)

Beim Thema Doping geht es um den berechtigten Ärger der Bevölkerung darüber, dass von Spitzensportlern, die für viele Menschen eine Vorbildfunktion einnehmen, Regeln nicht eingehalten werden. Friedliches Zusammenleben unter den Menschen hängt davon ab, dass es vernünftige Regeln gibt, die möglichst freiwillig eingehalten werden. Immanuel Kant hat dies mit dem kategorischen Imperativ auf den Punkt gebracht: "Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne."

Der kategorische Imperativ ist ein Appell an jeden von uns, ein Appell an Anstand, an Fairness, an Sportlichkeit. Dieser Appell muss in besonderer Weise für Vorbilder, für Spitzensportler gelten. Fast alle von ihnen erreichen mit Anstand, Fairness und Sportlichkeit ihre Erfolge. Ihnen gilt Dank und Anerkennung.

Für die wenigen schwarzen Schafe,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Schwarze!)

die ihre Erfolge mit Doping erreichen, gilt aber das alte Grundprinzip der Menschheit: Wer nicht hören will, muss fühlen.

Dieses System ist immer in drei Schritten aufgebaut. Schritt 1 sind vernünftige, effektive und maßvolle Sanktionen. Strafgesetze und Strafregeln müssen nachvollziehbar und eingängig sein. So kamen Gott und Moses beispielsweise mit zehn Geboten aus. Ewig lange Antidoping-Aktionskataloge sind deshalb überflüssig und mindern vielleicht sogar die Akzeptanz.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Schritt 2 ist die konsequente Umsetzung und Anwendung dieser Regel. Es gilt die alte liberale Weisheit: Verbrecher fängt man nicht mit Gesetzen, Verbrecher fängt man mit Polizisten. Zur Bekämpfung von Doping braucht man also auch ein engmaschiges Netz von Kontrollen und rasch folgenden Sanktionen. Der Freiburger Fall zeigt wie viele andere, dass das System funktioniert, denn die Sünder sind erwischt worden.

(Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE: Das Dopingsystem funktioniert vielleicht!)

Schritt 3 ist die Bekämpfung der Ursachen. Aus der Kriminologie wissen wir, dass die Gier nach Macht, Geld und Ruhm die Hauptursache für Straftaten ist. Auch hier ist im Bereich Doping das Entscheidende geschehen. Die Medien und die Öffentlichkeit sorgen dafür, dass durch Doping kein Ruhm geerntet wird, sondern dass eher eine alte, mittelalterliche Sanktion wieder auflebt, nämlich der Pranger.

Beim Geld müssen Sie sich nur das Beispiel der Freiburger Universitätsärzte vor Augen führen: relativ wenig Gewinn und dafür der Verlust eines sicheren Arbeitsplatzes an einem Universitätsklinikum, der ein Leben lang bestens bezahlt worden wäre.

Sie sehen also, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass das System funktioniert und kein Handlungsbedarf besteht.

Bleibt das Thema "Universitätsklinikum Freiburg", das Kollege Krögner zu Recht ansprach. Das Thema Doping liegt einige Zeit zurück und ist im Großen und Ganzen aufgearbeitet worden. Der Fall Friedl liegt einige Zeit zurück und ist mit einem vernünftigen Ergebnis weitgehend abgeschlossen worden. Die kommissarische Neubesetzung der Spitzenpositionen beim Ärztlichen und beim Kaufmännischen Direktor liegt erst kurze Zeit hinter uns und ist, soweit man es beurteilen kann, auch dank des Einsatzes des Wissenschaftsministers mit einem vernünftigen Ergebnis abgeschlossen.

Die Häufung derartiger Vorgänge am Universitätsklinikum Freiburg gibt aber zu denken.

(Abg. Walter Krögner SPD: Allerdings!)

Gewährt die derzeitige Rechtsform eines öffentlich-rechtlichen Klinikums vielleicht zu viel Sicherheit? Kann Autonomie belassen und ausgebaut werden, wenn sie wenig verantwortlich wahrgenommen wird? Sollten die Klinika und insbesondere das Universitätsklinikum Freiburg nicht vielleicht einer effektiveren Kontrolle durch das Parlament als Vertretung der den ganzen "Laden" finanzierenden Steuerzahler unterworfen werden? Oder ist es gar doch die Rechtsform – zumindest im Fall Freiburg –, die man hinterfragen muss?

Aus privatisierten Universitätsklinika, lieber Herr Kollege Krögner, kenne ich allen Unkenrufen zum Trotz keine solchen Skandale.

(Abg. Walter Krögner SPD: Warten Sie ab!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss möchte ich in aller Deutlichkeit sagen: Selbst beim Universitätsklinikum Freiburg gibt es ganz wenige schwarze Schafe. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese wenigen schwarzen Schafe den Ruf der weißen Herde in den Schmutz ziehen. Deshalb müssen die schwarzen Schafe geschlachtet und die vielen ordentlich, sorgfältig, Tag und Nacht mit Engagement für die Menschen arbeitenden Mediziner ins rechte Licht gerückt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Heiterkeit des Abg. Walter Krögner SPD)

Stelly. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Professor Dr. Frankenberg.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Jetzt wird es ein bisschen interessanter!)

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erstens: Wir alle sind uns sicherlich in der Einschätzung von Doping einig. Zweitens: Was die Maßnahmen gegen Doping betrifft, die wir in den Universitätskliniken bezüglich des Profisports und des Breitensports ergriffen haben, hat Herr Abg. Dr. Löffler alles ausführlich und sehr gut dargelegt. Er hat zwar seine Redezeit überschritten, aber ich spare jetzt wieder Zeit ein, da das Gesagte von mir nicht wiederholt werden muss. Ich komme im Wesentlichen zu den aufgeworfenen Fragen.

Der Bericht der Expertenkommission ist im Internet verfügbar und, wie ich glaube, auch von allen rezipiert worden. Die Evaluierungskommission nehmen wir ernst. Wir hätten sie gar nicht eingesetzt, wenn wir sie nicht ernst nehmen würden. Wir hätten nicht etwa Herrn Professor Franke in diese Kommission berufen, wenn wir nicht die wirklichen Antidopingexperten in Freiburg noch einmal sozusagen auf einer zweiten Ebene recherchieren lassen wollten.

Die Aufgabe der Evaluierungskommission geht allerdings weiter. Es geht nicht nur um die konkreten Dopingvorwürfe, sondern es geht um die Gesamtfrage, die sich an die Abteilung Rehabilitive und Präventive Sportmedizin richtet, und zwar um die Frage der Organisation, die Frage, ob sozusagen ein Organisationsverschulden oder spezifische Strukturen die Dinge, die dort im Bereich Doping vorgefallen sind, in der Vergangenheit begünstigt haben oder nicht.

Es geht zudem um Fragen der Forschung; denn wir wissen, dass Antidopingforschung zum Teil nur schwer von Doping abzugrenzen ist, weil manches, was in der Medizin als Doping vorgenommen wird, Teil einer Strategie von Antidopinguntersuchungen war.

Dies voneinander zu trennen ist schwierig, aber eine solche Expertenkommission kann das. Sie wird sicherlich in etwa einem Jahr – so sehen das die Experten selbst – hier noch einmal eine ganz fundierte Berichterstattung in wesentlich breiterer Dimension bieten.

Dabei dürfen die Vernehmungsprotokolle vor allem der Zeugen, denen zugesichert worden ist, dass ihre Aussagen im Rahmen der Expertenkommission vertraulich sind – wir haben dies rechtlich noch einmal durch eine unabhängige Anwaltskanzlei prüfen lassen –, nicht der Evaluierungskommission zur Verfügung gestellt werden. Denn wenn man Zeugen Vertraulichkeit zugesagt hat, können solche Protokolle eben nicht weitergegeben werden.

Es hat eine gewisse Verzögerung bei dieser Kommission gegeben, weil der Vorsitzende Schäfer ausgeschieden ist. Wir haben aber – davon bin ich fest überzeugt – mit der Kriminologin Frau Professorin Paoli eine erstrangige Vorsitzende gefunden. Wir hätten sicherlich nicht eine Kriminologin der Katholischen Universität Löwen gesucht, gefunden und gewon-

nen, wenn wir diese Kommission nicht ernst nehmen würden. Wir haben im Grunde genommen die beste Expertin an die Spitze dieser Kommission gesetzt. Sie nimmt die Aufgabe jetzt auch noch einmal sehr gründlich und sehr ernsthaft wahr, wie auch die anderen Teilnehmer, und deshalb wird es eben noch etwa ein Jahr dauern, bis dieser Bericht dann wirklich fundiert vorliegt.

Ich glaube, dass wir dieses Zweischichtverfahren gewählt haben, zeigt schon, wie ernst wir die Aufarbeitung dieser Fälle nehmen und wie ernst wir auch die Aufgabe nehmen, die gesamten Hintergründe und das Umfeld sorgfältig zu recherchieren, um auch von dort Hinweise zu bekommen, warum es so weit hat kommen können, und auf der anderen Seite Hinweise darauf zu bekommen, wie man so etwas verhindern kann.

Die Fragen, die weiter aufgeworfen sind, Herr Krögner, haben nicht unbedingt etwas mit dem Dopingfall zu tun. Was die Frage der Rechtsform einer Klinik – privat oder nicht privat – mit Doping zu tun hat, erschließt sich mir nicht.

(Zuruf der Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE)

 Sie haben das nicht gesagt, Frau Neuenhaus. Das war Herr Krögner. – Das hat sicherlich nichts damit zu tun. Es gibt Vergehen in privaten wie in öffentlichen Einrichtungen, und die Moral der Menschen hat eigentlich wenig damit zu tun, wie die Rechtsform der Einrichtungen aussieht, in denen sie tätig sind.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Das Zweite: In Freiburg gibt es keine Führungslosigkeit. Professor Siewert macht seine Sache hervorragend, vor allem wenn es um die Aufgabe geht, diese Klinik und diese Medizin in ihren Persönlichkeiten wieder zusammenzuführen und auch die notwendigen weiteren Aufgaben jenseits der Dopingproblematik zu erfüllen.

Frau Neuenhaus, zur Frage der Schwerpunktstaatsanwaltschaften: Wenn wir Bayern ansehen, müssen wir feststellen, dass es in dem Bereich, um den es hier geht, durch die Schwerpunktstaatsanwaltschaften nicht mehr Erkenntnisse gegeben hat. Die Fälle, die dort aufgetreten sind, beziehen sich vielmehr alle auf eine Szene, die wir hier gar nicht im Blick haben, die auch die Universitätsmedizin nicht im Blick hat, und sind damit auch keine Fälle, die hier zum Gegenstand gemacht werden können: Das ist der gesamte Bereich der Bodybuilderszene.

Ich glaube, eines müssen wir sehen: So berechtigt es ist, im Rahmen unserer Zuständigkeiten Ordnung schaffen zu wollen – das müssen wir –, so sollten wir insgesamt von der Politik her auch sehen, dass es andere Bereiche gibt, für die wir hier nicht zuständig sind, durch die jedoch für einen Umgang mit Doping eine Art Grund gelegt wird, der letztlich zu einer Einstellung führt, die wir alle nicht wollen können und die vor allem – auch im breiten Umfeld – das, was wir hier zu bekämpfen suchen, erst möglich macht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen nun zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags.

Der Antrag Drucksache 14/4470 ist ein Beschlussantrag. Wie wünschen Sie ihn zu behandeln? Wünschen Sie Abstimmung oder Überweisung an den zuständigen Ausschuss?

(Abg. Walter Krögner SPD: Ausschuss!)

Dann schlage ich vor, den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/4470, an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu überweisen. – Sie stimmen zu. Es ist so beschlossen.

Der Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/6331 (geänderte Fassung), ist ein reiner Berichtsantrag. Er ist durch die Aussprache erledigt.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, Punkt 8 von der Tagesordnung abzusetzen.

Ich rufe deshalb **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Kein Patent auf Tiere und Pflanzen – Drucksache 14/4544

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meine Ausführungen mit einem Zitat beginnen:

Im Grundgesetz wurde dem Tierschutz Verfassungsrang gegeben – und im Patentrecht werden Tiere und Pflanzen mit Toastern und Staubsaugern gleichgestellt. Das passt nicht zusammen! Tiere und Pflanzen sind keine Erfindungen des Menschen.

Das sagte Herr Mörsdorf, der ehemalige saarländische Umweltminister, der der CDU angehört. Er begründete damit seine Zustimmung zur Bundesratsinitiative des Landes Hessen zum Verbot der Patentierung von Pflanzen und Tieren. Konkret forderte das Bundesland Hessen, eine Patentierung von Erfindungen, deren Gegenstand Pflanzen und Tiere sind, künftig auszuschließen, wenn sie auf klassischen Züchtungsmethoden wie Kreuzung und Selektion beruhen.

Nun sieht aber die Hessische Landesregierung ein Patent auf Tiere und Pflanzen grundsätzlich sehr kritisch und hat deshalb in ihrer Bundesratsinitiative noch das weiter gehende Ziel formuliert, dass der Erwerb von Patenten auf Tiere und Pflanzen sowie deren Fortpflanzungsprodukte, die aus patentierten Verfahren hervorgehen, untersagt wird.

Wir Grüne unterstützen diese Forderungen in vollem Umfang und fordern die Landesregierung hier auf, diese hessische Initiative zu unterstützen und sich bei der Bundesregierung für ein grundsätzliches Verbot der Patentierung von Tieren und Pflanzen einzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Aktuell liegen dem Bundestag auch zwei Anträge der Grünen und der SPD vor – die Initiativen wurden im Juni und im Juli dieses Jahres eingebracht –, mit denen die Bundesregierung ebenfalls aufgefordert wird, sich für eine Änderung der EU-Richtlinie über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen einzusetzen und damit eben ein Verbot der Patentierung von Tieren und Pflanzen zu erreichen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, für mich ist es zwingend, dass diese Richtlinie geändert werden muss, denn das Europäische Patentübereinkommen verbietet zwar Patente auf Pflanzensorten und auf Tierrassen, aber Patente auf Pflanzen und Tiere werden durch die EU-Richtlinie 98/44 ausdrücklich erlaubt. Inzwischen gibt es über 1 000 Patente auf Tiere und auf Pflanzen; darunter sind auch Patente auf Nutztiere wie Schweine und Rinder sowie auf Nutzpflanzen wie Brokkoli, Sojabohnen, Weizen oder Sonnenblumen, das heißt, Patente auf Tiere und Pflanzen, die entweder durch genetische Verfahren oder durch konventionelle Züchtungsverfahren erzeugt wurden.

Das zeigt uns doch ganz klar: Das Verbot der Patentierung von Pflanzensorten und Tierrassen, wie es das Europäische Patentamt vorschreibt, ist weitgehend wirkungslos.

Es gibt natürlich gelegentlich auch Ausnahmen. Erst aufgrund von Massenprotesten von Bauern und Bauernverbänden sowie von Umweltorganisationen Mitte letzten Jahres in München wurde z. B. ein Schweinepatent zur Selektion von Tieren durch Markergene verhindert. Dennoch zeigt die gesamte Entwicklung durch die massive Zunahme der Zahl von Patenten auf Tiere und Pflanzen das wachsende Risiko der Monopolisierung von genetischen Ressourcen. Die Gefährdung der genetischen Ressourcen nimmt dadurch nicht nur bei uns, sondern auch weltweit zu. Es kommt faktisch zu einer schleichenden Enteignung der Allgemeinheit.

Nun enthält auch der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP – vielleicht haben Sie sich entsprechend sachkundig gemacht – das Ziel eines Verbots der Patentierung von Tieren und Pflanzen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Hier gibt es eine grundlegende Übereinstimmung. Das ist an sich ein erfreulicher Sachverhalt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

In der Praxis ist es allerdings so – daran entzündet sich auch die Kritik von uns Grünen –, dass sich die Bundesregierung und die Bundestagsfraktionen leider als Bremser erweisen. Es kommt hier zu einer unglücklichen Verzögerungstaktik. Im Bundesrat wurde die Initiative Hessens auf Eis gelegt mit der Begründung, man wolle erst abwarten, wie die Entscheidung über die Beschwerde gegen das Brokkolipatent vor der Großen Beschwerdekammer des Europäischen Patentamts ausfällt. Das ist momentan der Stand.

(Renate Rastätter)

Genauso verhält sich die CDU/CSU-FDP-Koalition im Bundestag, indem sie zum Ausdruck bringt: Wir sind zwar grundsätzlich für ein Patentierungsverbot, aber wir wollen erst einmal die Entscheidung der Großen Beschwerdekammer des Europäischen Patentamts abwarten.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Das ist auch der richtige Weg!)

Die Landesregierung von Baden-Württemberg argumentiert in der Stellungnahme zu unserem Antrag ebenso. Ich muss dazusagen – unser Antrag ist ja schon älter –: Die Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag unterscheidet sich sogar völlig von den Aussagen, die von der CDU/CSU-FDP-Regierungskoalition aus Berlin kommen, indem sie u. a. zum Ausdruck bringt, dass sie überhaupt keinen Handlungsbedarf sehe, die EU-Richtlinie strenger und klarer zu formulieren. Insofern erwarte ich heute eine Klarstellung von den Regierungsfraktionen und von der Landesregierung, dass die Position so, wie sie in der Stellungnahme zu unserem Antrag steht, nicht mehr aufrechterhalten wird, sondern dass Sie im Gegensatz dazu inzwischen auch ein Verbot der Patentierung von Tieren und Pflanzen anstreben.

Ich möchte aber noch betonen, dass für mich das Ziel dadurch noch nicht erreicht ist. Sie wissen, dass es keine Kontrollinstanz für das Europäische Patentamt gibt. Die Große Beschwerdekammer ist ein Eigengremium. Das heißt, unabhängig davon muss das Signal ausgehen, dass man diese strengeren Regelungen will. Es kann nicht sein, dass immer dann, wenn wieder ein Patent erteilt werden soll und die Bauernverbände und Umweltorganisationen dagegen Sturm laufen, erst wieder mit allen Mitteln versucht werden muss, die Vergabe des Patents zu verhindern. Hier müssen klare, transparente Regeln geschaffen werden. Die Richtlinie muss geändert werden.

Deshalb erwarte ich, dass Sie, wenn Sie schon dieser Auffassung sind, unserem Antrag zustimmen, der genau dies begehrt. Wir brauchen hier keine weitere Verzögerungstaktik, sondern einen neuen Umgang mit Patenten auf biologische Verfahren, wonach die Erteilung von Patenten auf Tiere und Pflanzen ein für alle Mal beendet wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rombach für die Fraktion der CDU.

Abg. Karl Rombach CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zum Thema "Patente auf Tiere und Pflanzen" gibt es in der Tat unterschiedliche Betrachtungsweisen und unterschiedliche Auffassungen.

Einerseits erfordern Entwicklungen und Forschungen, wie wir alle wissen, auch im Bereich Biotechnologie hohe Investitionen, die nur durch einen wirksamen Schutz für die entsprechenden Akteure rentabel sind. Ein derartiger Schutz in Verbindung mit einem Verwertungsrecht ist die zentrale Voraussetzung dafür, dass auf dem Gebiet der Biotechnologie überhaupt Investitionen getätigt werden. In einem wissenschaftsund wirtschaftsorientierten Land wie Baden-Württemberg sind Forschung und Entwicklung insgesamt der Motor für die betroffenen Wirtschaftszweige.

Andererseits ist klar, dass unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen sind. Patente auf Tiere und Pflanzen hemmen den Züchtungsfortschritt, weshalb auch ich persönlich und insbesondere der bäuerliche Berufsstand solche Patente grundsätzlich ablehnen

(Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ja, genau!)

und eine Änderung der Biopatentrichtlinie fordern. Das haben Sie angesprochen. Der Weg ist im Grundsatz – das können wir, glaube ich, feststellen – nicht unstrittig. Sie sind ausführlich darauf eingegangen, Frau Rastätter, was den Antrag von Hessen anbelangt.

Ich stelle fest, dass in der Stellungnahme alle Fragen aus dem Antrag ausführlich beantwortet sind. Insoweit kann der Antrag vom Grundsatz her als behandelt betrachtet werden.

Zu dem zuletzt von Ihnen genannten Punkt, was die Bundesratsinitiative anbelangt: Ich bin immer dafür, dass ein zielführender Weg eingeschlagen wird – aber maßvoll. Ich glaube, dass die in der Stellungnahme der Landesregierung zu Ihrem Antrag enthaltene Aussage, dass die Initiative zur Änderung der Biopatentrichtlinie so lange ausgesetzt werden soll, bis die Entscheidung der Beschwerdekammer vorliegt, einen Weg in die richtige Richtung aufzeigt. Deshalb werden wir dem folgen und den Sachverhalt weiterhin aufmerksam im Auge behalten, um die Zusammenhänge auch entsprechend sachgerecht beurteilen zu können. Damit werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Schade!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Winkler für die Fraktion der SPD.

Abg. Alfred Winkler SPD: Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Rombach, exakt der letzte Satz in Ihrer Rede stört. Denn genau das Gegenteil wäre richtig gewesen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Am 16. Juli 2008 hat das Europäische Patentamt in München ein Patent auf die Zucht von Schweinen mit der Nummer EP 1651777 erteilt.

(Abg. Hans Heinz CDU: Das war jetzt interessant!)

Das Patent basiert auf der Nutzung von Erbanlagen, die bei allen Schweinerassen vorkommen, und es wurde ursprünglich von Monsanto angemeldet. Es bezieht sich auf ein Verfahren zur Gendiagnose von Schweinen, die durch die Fütterung von gentechnisch verändertem Mais bestimmte Fähigkeiten entwickeln.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Welche?)

Aber der Erfolg bzw. der Effekt des Patents wäre, dass jeder Nachkomme dieses Schweines unter diesen Patentschutz fallen würde.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Schweinerei!)

(Alfred Winkler)

Dabei muss man sagen: Es gibt in diesem strittigen Punkt schwierige Diskussionen bezüglich des Europäischen Patentamts. Denn dieses umstrittene Patent ist mittlerweile wieder zurückgezogen worden. Sie haben das vorhin erwähnt.

Buchstaben und Sinn des Gesetzes klaffen auseinander. Ich zitiere aus dem Patentgesetz, § 2 a Abs. 1:

Patente werden nicht erteilt für

1. Pflanzensorten und Tierrassen sowie im Wesentlichen biologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen und Tieren:

Das ist fast eindeutig. In Absatz 2 folgt jedoch als Ergänzung:

Patente können erteilt werden für Erfindungen,

 wenn die Ausführung der Erfindung technisch nicht auf eine bestimmte Pflanzensorte oder Tierrasse beschränkt ist:

In der ersten Passage steht also ein Nein und in der zweiten ein "Ja, aber". Diese europäische Patentrichtlinie ist also sehr umstritten, weil sie sehr schwammig formuliert ist. Die Formulierungen ermöglichen Patentierungen von genetischem Material. Der Deutsche Bauernverband wie auch Greenpeace haben sich gegen die Patentierung der Züchtung dieser Schweine gewehrt. Allein den Deutschen Bauernverband hat das Verfahren 30 000 € gekostet. Es kann nicht sein, dass durch eine unklare Formulierung im Gesetz Betroffene Geld aufwenden, um die Vergabe eines Patents durchzusetzen oder sie zu verhindern.

Es besteht also – der Bauernverband mahnt das richtigerweise an – ein großer Bedarf zur Reform der bestehenden europäischen Biopatentrichtlinie und des deutschen Patentgesetzes. Das "Verfahren" muss zwingend vom "Ergebnis", nämlich der Züchtung von Tieren und Pflanzen, getrennt werden.

Es gab hierzu genügend Versuche. Sie, Frau Kollegin Rastätter, haben einige davon erwähnt. Das Brokkolipatent ist eines der berühmtesten Beispiele für die Patentierung einer Pflanze. Der Versuch der Patentierung von Tomaten wurde ebenfalls unternommen; dem wurde noch nicht stattgegeben. Die großen Firmen hierbei sind Monsanto, Bayer, Syngenta und Unilever.

Es geht um einen Markt von 50 Milliarden €. Da ist es lukrativ, mit Patenten ein Monopol zu errichten. Genau das ist das Problem der Landwirtschaft, weil die Landwirte dadurch abhängig von den Monopolisten und damit auch wirtschaftlich abhängig werden. Wir wissen, dass US-Patente auf diesem Gebiet existieren und Türöffner in Europa sind.

Bei Pflanzen und Tieren, die auf Zucht und Kreuzungen beruhen, haben Patente nichts zu suchen. Deswegen ist Ihr Antrag, mit dem Sie fordern, die Vergabe von Patenten auf Tiere und Pflanzen eindeutig abzulehnen und sich den entsprechenden Initiativen von Hessen und Bayern anzuschließen, richtig. Wir stimmen dem zu.

Die Landwirte sind in einer kritischen Situation. Heute ist der Landwirt noch privilegiert. Er darf jedes Tier weiter züchten, und er darf jede Pflanze weiter züchten – soweit es geht; bei Hybriden geht es nicht. Nach einer Patentierung ist dies nicht mehr möglich. Die Erzeugung von Nachkommen eigener Tiere und die Erzeugung von neuen Tierrassen sind, beruhend auf Patenten, nicht möglich. Es muss deswegen aufhören, dass Anträge auf die Vergabe von Patenten gestellt werden, gegen die dann in aufwendiger Weise vorgegangen werden muss. Frau Aigner hat dies gefordert. Insofern fordert sie ein eindeutiges Verbot von derartigen Patenten. Diese Klarstellung ist richtig.

Die Präzisierung dieser Forderung ist im Bundestag von den Grünen und der SPD erfolgt. Wir sind der Meinung, dass die vorliegende Stellungnahme der Landesregierung zu dieser Frage falsch ist. Sie unterstellen darin, die Antragsteller hielten derartige Patente derzeit für zulässig. In dem Antrag wird vielmehr gefordert, dass derartige Patentierungen verboten werden.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ja! So ist es!)

Das ist das entscheidende Merkmal dieses Antrags und entspricht dem, was z. B. auch Frau Aigner gesagt hat.

Ich frage mich, warum sich die Landesregierung – Herr Minister, die Stellungnahme zu dem Antrag stammt nicht von Ihnen – so gegen dieses Anliegen spreizt, das der komplette Agrarausschuss unwidersprochen mittragen müsste, weil es sogar die Bundesregierung in Person von Frau Aigner mitträgt. In der Stellungnahme sollte eigentlich auch nicht der ablenkende Hinweis auf den Schutz sogenannter biotechnologischer Erfindungen enthalten sein, auch nicht der auf den Schutz von Investitionen dieser Unternehmen.

Wenn diese Patentierung nicht möglich ist, braucht kein Unternehmen in die Forschung zu investieren, um dann eine Patentierung zu erreichen. Dann gibt es keine Fehlinvestitionen mehr. Die gibt es nur, wenn man den Unternehmen die Patentierung zusagt, sie schließlich aber nicht zulässt. Deswegen ist es richtig: Pflanzen und Tiere sind nicht patentwürdig. Sie dürfen es auch nicht werden. Die Landesregierung sollte sich dieser Forderung inhaltlich voll anschließen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf: Tosender Beifall!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Ich erteile Herrn Abg. Dr. Bullinger für die Fraktion der FDP/DVP das Wort.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema ist eigentlich zu wichtig, um darüber zu diskutieren und zu sprechen, ohne dass es die Presse und die Bürgerinnen und Bürger mitbekommen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Meine Damen und Herren, dieses Thema ist deshalb wichtig, weil – davon bin ich überzeugt – unsere Zukunft davon abhängt, wer die Vorherrschaft über die Versorgung mit Energie, Wasser und Nahrung haben wird. Das heißt für mich: Die Vorherrschaft, die politisch in den letzten 30 Jahren bei den Atommächten lag, wird zukünftig bei denjenigen sein, die das Sagen und die Macht über Nahrung, Wasser und vor allem eben über die Energie haben. Das wird sie in die Lage versetzen, auf unserer einzigartigen Erde das Sagen zu haben. Des-

(Dr. Friedrich Bullinger)

halb ist es, glaube ich, wichtig, dass wir in diesem Zusammenhang auch einmal den Blick darauf werfen.

Ich werde all die Punkte, die bereits angesprochen wurden, bei denen es sehr viel Übereinstimmung gab – vor allem auch mit dir, Kollege Karl Rombach – und die klar und deutlich wurden, nicht wiederholen. Ich darf allerdings mit der Erlaubnis der Frau Präsidentin aus dem "Landwirtschaftlichen Wochenblatt", Nummer 40 vom 8. Oktober 2010 zitieren:

Berlin will bessere Biopatentrichtlinie. Klöckner

Frau Klöckner ist Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium; sie kommt aus Rheinland-Pfalz und ist dort Spitzenkandidatin der CDU –

will keine Patentierung von Pflanzen und Tieren durch die Hintertür.

Das heißt: Wir müssen diese EU-Richtlinie noch einmal ganz genau anschauen. Ich bin wie auch Kollege Rombach der Meinung, dass wir das Verfahren abwarten müssen

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Wieso denn? Warum denn?)

und jetzt nicht im Vorfeld über Dinge reden sollten, für die wir vor allem keine Kompetenz haben. Denn zunächst einmal sind das EU- und das Bundesrecht angesprochen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Bundesrat!)

Das Signal, das von dieser Diskussion ausgehen sollte, ist, glaube ich, klar. Die Bundesregierung warnt nämlich jetzt auch auf europäischer Ebene vor einer Patentierung von Pflanzen und Tieren durch die Hintertür. Das ist, glaube ich, ein klares Zeichen. Sie sagt auch, es gebe klare Grenzen zwischen einer Entdeckung und einer Erfindung. Weiter sagt sie, wer etwas Vorhandenes lediglich entdecke, schaffe nichts Neues.

Ich war als Präsident des Landesgewerbeamts auch für unsere Patentberatungsstelle im Haus der Wirtschaft zuständig. Dort kann man auch deutsche und europäische Patente und Marken für das Europäische Patentamt in München anmelden. Klar ist: Wir brauchen Patentschutz dort, wo es in der Forschung um Verfahren und um Erfindungen geht, aber nicht dort, wo letztlich die Natur auch zukünftig das Sagen haben muss.

Meine Damen und Herren, ich bin als praktischer und auch als wissenschaftlich ausgebildeter Landwirt – Populationsgenetik, Tierzucht und, und – nach wie vor der Überzeugung: Wir sind durch gute Züchtung zu einer 10 000-Liter-Kuh gekommen. Wir können durch entsprechende Züchtung auch mit weniger Pflanzenschutz 80 bis 100 Dezitonnen Weizen pro Hektar ernten. Dazu brauchen wir bestimmte Methoden bei uns nicht.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Sehr gut! Genau!)

Das muss man klar und deutlich sagen. Das schließt aber nicht aus, dass wir in der Forschung in bestimmten Bereichen auch in Baden-Württemberg, gerade wenn es um Methoden geht, die Möglichkeit zum Schutz haben müssen.

Unser Minister Pfister war erst vor wenigen Tagen in China. Wer weiß, wie man dort mit Erfindungen, mit dem Schutz von Wissen und geistigem Kapital umgeht, weiß auch, dass wir Patente, Patentschutz und Markenschutz nach wie vor dringend brauchen. Denn sonst wird auch bei uns niemand mehr entsprechend forschen und investieren.

Deshalb bitte ich bei dem, was wir hier ansprechen, Folgendes zu unterscheiden: Wir brauchen in der traditionellen Züchtung bei uns in Baden-Württemberg bestimmte Dinge nicht, müssen sie aber in der Wissenschaft weiterhin ermöglichen.

Ich bin der Auffassung, meine Damen und Herren: Es ist wichtig, dass wir diese Rechtsprechung, diese Novellierung abwarten. Dann können wir noch einmal über das Thema sprechen. Im Augenblick werden wir Ihrem Antrag – so, wie es auch Kollege Karl Rombach gesagt hat – nicht zustimmen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Köberle.

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Rudolf Köberle: Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, vor allem liebe Frau Rastätter als Antragstellerin! Ich kann Ihnen eines versichern: Eine Partei, die das "C" in ihrem Namen trägt, handelt auch danach.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Oi!)

Sie ist sich sehr wohl bewusst, wer das eigentliche Patent auf Leben und Tod, auf Menschen, Tiere und Pflanzen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wir wundern uns eigentlich, dass Sie einen Antrag, der vom Mai des vergangenen Jahres stammt, aus der Ablage holen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Den habe ich nicht geholt! Er ist in der Reihenfolge drangekommen! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Diejenigen, die im Bundesrat tätig waren, haben ihre Anträge dort aus genau den Gründen ruhen lassen, die von den Kollegen zuvor genannt worden sind. Denn wir warten Entscheidungen ab, die für die weitere Diskussion über diese Thematik ganz wichtig sind.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Inzwischen werden täglich neue Patente erteilt! – Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Es gibt gar keinen Grund zur Aufregung. Ich glaube, wir haben in diesem Haus in dieser Frage einen ziemlich hohen Grad an Gemeinsamkeit. Diese Gemeinsamkeit sollten wir nicht zerreden. Vielmehr sollten wir schauen: Wo besteht noch Diskussionsbedarf?

(Beifall der Abg. Jörg Döpper und Albrecht Fischer CDU sowie Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Darauf will ich auch zu später Stunde mit einigen Sätzen eingehen.

(Minister Rudolf Köberle)

Es geht nicht um die Frage der Patentierung insgesamt. Wir alle sind uns sicher, dass gerade ein Wissenschafts-, ein Forschungs- und ein Innovationsland wie Baden-Württemberg diese Patente braucht, um geistiges Eigentum zu sichern. Wir wenden uns jetzt nur den Biopatenten zu. Das ist das Thema.

Das deutsche Patentgesetz aus dem Jahr 2005 hat die EU-Biopatentrichtlinie in nationales Recht umgesetzt. Das ist die Rechtslage. Nach ihr müssen wir uns gegenwärtig ausrichten. Das deutsche Patentgesetz formuliert ausdrücklich, dass Erfindungen auch dann patentiert werden können, wenn sie sich auf biologisches Material beziehen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Neu müssen sie sein!)

Laut Patentgesetz dürfen keine Patente – das ist wieder unser gemeinsamer Satz – auf Pflanzensorten und Tierrassen erteilt werden. Ebenso sind Patente für "im Wesentlichen biologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen und Tieren" ausgeschlossen.

Jetzt beginnt das Problem, nämlich die Auslegung. Was heißt "im Wesentlichen biologische Verfahren"? Die Auslegung dieser Formulierung ist Gegenstand des schon mehrfach zitierten aktuellen Verfahrens vor der Großen Beschwerdekammer des Europäischen Patentamts im Zusammenhang mit dem Brokkolipatent.

Geprüft wird dabei, ob durch einen kleinen technischen Schritt, der in ein herkömmliches Pflanzenzuchtverfahren eingebaut wird, das Kriterium "im Wesentlichen biologische Verfahren" erhalten bleibt. In diesem Fall ist der technische Teil, ein DNA-Marker-Test, lediglich ein Hilfsmittel zur Erkennung einer besonderen Eigenschaft. Ich gehe von einer Entscheidung zugunsten des Kriteriums "im Wesentlichen biologische Verfahren" aus. Ich gehe also von einer Entscheidung gegen das erteilte Patent aus. Eine derartige Entscheidung würde für künftige Patentanträge Klarheit schaffen.

Es gibt weitere Einschränkungen von Patentansprüchen. Dies gilt beispielsweise für das sogenannte Züchterprivileg und das Landwirteprivileg.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Sie lassen die weitere Entwicklung von Pflanzensorten zu und ermöglichen den Zugang zu genetischen Ressourcen für Landwirte.

Fazit: Die Landesregierung unterstützt alle Bestrebungen, die Patentierung von Tieren und Pflanzen zu verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/ DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Jetzt warten wir die weiteren Verfahren im Bundesrat ab. Wenn uns das Thema nach einer Entscheidung auf europäischer Ebene wieder vorgelegt wird, dann können wir uns in diesem Plenarsaal in großer Gemeinsamkeit üben. Bei Fragen, bei denen es auch um ethische Dimensionen geht, ist das sehr erfreulich.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir müssen noch über den Antrag Drucksache 14/4544 befinden. Abschnitt I des Antrags ist ein reiner Berichtsteil, den wir für erledigt erklären können. Wünschen Sie eine Abstimmung über Abschnitt II?

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Zurückziehen!)

Dann lasse ich über Abschnitt II abstimmen. Wer Abschnitt II des Antrags Drucksache 14/4544 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 9 der Tagesordnung erledigt, und wir sind am Ende der Tagesordnung angekommen.

Die nächste Sitzung findet morgen, am 28. Oktober 2010, um 9:30 Uhr statt.

Heute Abend finden drei Parlamentarische Abende statt. Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen dabei.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Vielen Dank für die freundliche Einladung!)

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 19:38 Uhr

Anlage 1

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses "Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten"

CDU SPD GRÜNE FDP/DVP

Mitglieder:

Blenke Gall Sckerl Kluck

Müller Stickelberger Razavi Stoch

Scheuermann
Dr. Schüle

Stellvertreter:

Hauk Sakellariou Wölfle Bachmann

Heinz Dr. Schmid Herrmann Schmiedel

Kurtz Dr. Löffler

27. 10. 2010

Peter Hauk und Fraktion Claus Schmiedel und Fraktion Winfried Kretschmann und Fraktion Dr. Hans-Ulrich Rülke und Fraktion

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU	Anlage 2
Wahl der/des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses "Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten"	
Zur Wahl wird vorgeschlagen:	
Winfried Scheuermann	
27. 10. 2010	
Peter Hauk und Fraktion	
	Anlage 3
Wahlvorschlag	
der Fraktion der SPD	
Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses "Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten"	
Zur Wahl wird vorgeschlagen:	
Reinhold Gall	
27. 10. 2010	

Claus Schmiedel und Fraktion